Veronika Bennholdt-Thomsen
und Maria Mies

Eine Kuh für Hillary

Die Subsistenzperspektive

Frauenoffensive

DANKSAGUNG

Viele Menschen haben uns beim Schreiben dieses Buches durch Erzählen von Geschichten, Literatur, Diskussionen, Informationen und durch praktischen und emotionalen Beistand unterstützt. Es ist nicht möglich, alle namentlich zu erwähnen, aber allen möchten wir danken. Unseren ausdrücklichen Dank sprechen wir jedoch folgenden Frauen aus: Hermine Karas (Köln) und Eva May-Igelmund (Auel), die mit Kompetenz, großem Engagement und Mit-Denken einen Teil des Manuskripts in den Computer getippt haben. Wir danken auch Agnes Simon und Lisbeth Reuland (Schönfeld), die uns großzügig Einblick in ihre Lebensgeschichte und die ländliche Lokalgeschichte seit 1945 gegeben haben. Und nicht zuletzt danken wir Farida Akhter (Dhaka, Bangladesch) für die Übermittlung der Titelgeschichte dieses Buches.

1. Auflage, 1997

(Knollerstr. 3, 80802 München)

ISBN 3-88104-294-6

Druck: Clausen & Bosse, Leck
Umschlaggestaltung: Erasmi & Stein, München

Dies Buch ist gedruckt auf Papier aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

INHALT

Hillary Clinton hat keine Kuh

Die folgende Geschichte erzählte Farida Akhter aus Dhaka, Bangladesch, auf der Tagung „Frauenpower, weltweit" (Sommerakademie der Frauenstudien, München, Juli 1996).

Im April 1995, einige Monate vor dem Beginn der Weltfrauenkonferenz in Beijing, besuchte die First Lady der USA, Hillary Clinton, Bangladesch. Sie war gekommen, um das Grameen-Bank-Projekt zu besuchen. Die Verantwortlichen hatten alle möglichen Vorkehrungen getroffen, damit Hillary Clinton mit den Dorffrauen reden konnte, die einen Grameen-Bank-Kredit bekommen hatten. Ms Clinton wußte, daß diese Frauen vorher alle arm waren, aber das Kreditprogramm hatte sie „empowered" (ermächtigt). Denn „empowerment" heißt für die Grameen-Bank und in der Entwicklungspolitik: eigenes Geldeinkommen und Eigenbesitz zu haben.

Hillary besuchte die Frauen aus dem Dorf Maishahati und stellte ihnen Fragen. Die Frauen sagten auch alle ganz stolz: Ja, sie hätten ein eigenes Einkommen und auch „Eigenkapital" in Form von Kühen, Hühnern, Geflügel usw. Ihre Kinder gingen zur Schule. Aber Hillary war nicht auf die nächste Runde vorbereitet, als die Frauen ihr plötzlich dieselben Fragen stellten. Der Austausch von Fragen und Antworten zwischen den Dorffrauen und Hillary verlief wie folgt:

- *Apa (Schwester), hast du Kühe?*
- *Nein, habe ich nicht.*
- *Hast du ein eigenes Einkommen?*
- *Ja, früher hatte ich das. Aber seit mein Mann Präsident wurde und ich ins Weiße Haus ziehen mußte, habe ich aufgehört, Geld zu verdienen.*
- *Wie viele Kinder hast du?*
- *Eine Tochter.*
- *Möchtest du mehr Kinder haben?*
- *Ja, ich wünschte mir noch ein oder zwei weitere Kinder, aber wir sind ganz glücklich mit unserer Tochter.*

Da sagten die Dorffrauen: *Poor Hillary!* Hillary hat keine Kuh, kein eigenes Einkommen, und sie hat nur eine Tochter. Hillary war in den Augen der Dorffrauen aus Bangladesch nicht „empowered", keine ermächtigte Frau. Eigentlich hatten sie Mitleid mit ihr.

Wenn Sie dieses Buch in die Hand nehmen, mögen Sie sich fragen, was Titel und Buchumschlag vermitteln sollen: „Eine Kuh für Hillary“, zwei tanzende Frauen, eine Kuh, die um die Ecke lugt, und ein Untertitel: „Die Subsistenzperspektive“. Soll der die disparaten Elemente in einen Zusammenhang bringen? Was hat die First Lady der USA mit Subsistenz zu tun? Wieso braucht sie eine Kuh? Sie hat doch alles.

Des Rätsels Lösung ergibt sich, wenn Sie das Buch aufschlagen und die obige Geschichte lesen. Denn in der Tat gibt es einen objektiven Zusammenhang zwischen jenen unverbunden erscheinenden Teilen. Aber nicht wir haben ihn hergestellt, sondern die Dorffrauen aus Bangladesch, die Hillary Clinton interviewten.

Mehr noch, dieser Zusammenhang wird erst sichtbar, wenn wir die Welt, wie die Frauen aus Bangladesch, „von unten“, vom Lebens-notwendigen her betrachten. Dann erscheinen alle Verhältnisse plötzlich in einem anderen Licht.

Wahrscheinlich war die Begegnung mit den Landfrauen von Maishahati für Hillary eine Art Kulturschock. Wahrscheinlich hatte sie erwartet, daß diese Frauen sie schüchtern um irgendwelche Gelder für irgendwelche Frauenentwicklungsprojekte bitten würden, zumindest, daß sie sich als „arm“ vorkommen würden. Aber nichts dergleichen. Die Frauen übernehmen nicht die Perspektive Hillarys und ihrer reichen Schwestern im reichen Norden. Sie haben eine andere Sichtweise, aus der sie beurteilen, wer reich, wer arm ist. In ihrer direkten Frage nach dem *Lebens-Notwendigen*, d.h. einer unabhängigen Nahrungs- und Einkommensquelle zeigen sie in einem Satz, wie absurd der bei uns herrschende Begriff von „gutem Leben“ ist, wie abgehoben von der Realität der meisten Menschen.

Vielleicht hat Frau Clinton auch mit Verblüffung realisiert, daß ihr etwas fehlt. Etwas Wesentliches. Obwohl auch wir, wie Hillary Clinton, in einem „reichen“ Land leben, nehmen wir in diesem Buch die Perspektive der Frauen von Maishahati auf die Dinge dieser Welt ein. Wir nennen das die Subsistenzperspektive. Denn wir sind mit dieser Art des Reichtums in unseren Ländern nicht einverstanden, vor allem nicht mit der Zerstörung, die er zurückläßt – der Menschen, der Menschlichkeit und der Erde. Bei diesem anderen Blick auf die Realität sind Frauen wie die von Maishahati in Bangladesch unsere Lehrerinnen. Aus dem Interview, das sie mit Hillary führten, geht hervor, was eigentlich wichtig ist, und zwar nicht nur für sie selbst in ihrem Dorf in Bangladesch, sondern auch für uns und alle Hillaries und Bills in dieser Welt. Wer dieses Lebens-Notwendige, Lebenswichtige, das wir Subsistenz nennen, richtig erkennen will, muß der

Methode der Frauen von Maishahati folgen. Für uns sind ihre Lehren folgende:

Da ist *erstens* der Blick von unten. Vom alltäglichen Leben (der Frauen) her. Wenn wir Klarheit über uns, den Zustand der Welt und notwendige zukünftige Veränderungen gewinnen wollen, müssen wir bei den Dorffrauen in der Dritten Welt anfangen. Der Blick von oben, etwa von dem aus, was im Weißen Haus für notwendig gehalten wird, kann uns kein realitätsgerechtes Bild, weder über uns selbst noch über die „anderen", geben. Dieser Blick von unten ist insbesondere wichtig, wenn wir bedenken, daß dieser Planet begrenzt ist, und wenn wir wollen, daß das „gute Leben" nicht nur für einige, sondern für alle Wirklichkeit wird.

Zweitens lehren uns die Frauen aus Bangladesch, daß nicht Geld, nicht Bildung, nicht Status und Prestige die Grundlage für dieses „gute Leben" sind, sondern „eine Kuh", Kinder, ein eigenes Einkommen. Das heißt, die materielle Möglichkeit, das Leben, die Nahrung, die Subsistenz aus eigener Kraft und unabhängig von Lohnarbeit und vom kapitalistischen Markt zu produzieren und zu reproduzieren.

Drittens verleiht dieses Wissen um die eigene Subsistenzfähigkeit den Frauen von Maishahati (wie allen SubsistenzproduzentInnen) die Würde, das Selbstbewußtsein, das Gefühl der Egalität, mit dem sie der First Lady der USA gegenübertreten. Sie sind keine Bettlerinnen. Sie reden sie mit *Apa,* Schwester, an.

Und *viertens* drehen sie in ihrer Befragung den Satz von Friedrich Engels um: *Was für die herrschende Klasse gut ist, soll gut sein für die ganze Gesellschaft, mit der die herrschende Klasse sich identifiziert.* (Engels 1989, 205) Aus den Fragen der Frauen von Maishahati kann das Gegenteil erschlossen werden: *Was gut ist für die „armen" Frauen in Bangladesch, soll gut sein für die ganze Gesellschaft.*

Konkret heißt das: Die Vision einer nicht-sexistischen, ökologischen, gerechten, guten Gesellschaft ist nicht ein Cadillac oder „eine Villa im Engadin" für jeden Mann und jede Frau, wie Gunther Sachs einmal seine sozialistische Utopie formulierte, sondern umgekehrt – „eine Kuh für jede/n", d.h. die Möglichkeit der Subsistenzsicherung. Wir wissen inzwischen, daß der Versuch, Engels' Utopie zu realisieren, im Realsozialismus zur Katastrophe geführt hat.

Das heißt *fünftens,* daß wir in unserem Buch diesen gespaltenen Blick auf hier die Erste, dort die Dritte Welt (oder wie immer das bezeichnet wird) nicht mehr mitmachen. Die Frauen in Bangladesch kennen diese Spaltung natürlich; sie wissen, wer Hillary Clinton ist, aber sie akzeptieren die unterschiedliche Bewertung nicht, die mit

dieser Spaltung einhergeht. Hillary ist zunächst einmal *Apa* (ältere Schwester) und Frau und hat, wie auch ihre Antworten zeigen, ähnliche Grundbedürfnisse wie die Frauen in Maishahati. Und offensichtlich ist Hillary, trotz ihres Status als First Lady, in bezug auf diese Frage keine „reiche Frau". Darum ist die Subsistenzperspektive nicht nur gut für die Dorffrauen in Bangladesch, sondern auch für Hillary Clinton. Der Titel unseres Buches ist also durchaus ernst gemeint.

Hiermit ist freilich eine andere Vorstellung von Wirtschaft angesagt als die auf ständiges Wachstum von Waren- und Geldproduktion programmierte kapitalistische Industriegesellschaft, die seit dem Fall der Mauer als die einzig mögliche Form des Wirtschaftens überhaupt gilt und die im Zuge der Globalisierung bis in jedes Dorf der Dritten Welt durchgesetzt wird. In diesem Buch setzen wir dieser Konzeption von Wirtschaft eine sowohl ältere als auch neuere entgegen, die nicht auf der Kolonisierung von Frauen, Natur und fremden Völkern beruht, sondern das *Leben*, das Lebens-Notwendige ins Zentrum allen Wirtschaftens stellt und nicht die Anhäufung von Totem, von Kapital. Eine solche Abkehr von der Expansionswirtschaft und der Aufbau einer subsistenzorientierten Wirtschaft ist nicht nur aus ökologischen, feministischen, ökonomischen, kulturellen Gründen notwendig, sie ist auch wünschenswert und ersehnenswert. Darüber hinaus hat sie schon begonnen

Normalerweise wird mit dem Begriff Subsistenz Armut und Rückständigkeit assoziiert. Das Selbstbewußtsein der Dorffrauen aus Maishahati und die tanzenden Frauen aus Juchitán in Südmexiko auf dem Buchumschlag drücken jedoch aus, daß Subsistenzorientierung nicht nur notwendige Plage und Last bedeutet, sondern auch Lust, Lebensfreude und Fülle. Dies setzt allerdings voraus, daß die Menschen, insbesondere die Frauen, das Eigene, die Eigenmächtigkeit nicht selbst entwerten und gering achten und dann das Glück, das „gute Leben" in der Nachahmung derer „da oben" suchen. Natürlich ist die Entwertung des Eigenen bei allen Kolonisierten ursprünglich mit Gewalt geschehen. Sie wird aufrechterhalten durch die Illusion der „nachholenden Entwicklung", des „nachholenden Konsums", das heißt das Versprechen, daß mit Modernisierung und Entwicklung alle Menschen an die Spitze der hierarchisch strukturierten Weltgesellschaft gelangen könnten. Für die Dorffrauen aus Bangladesch ist das kein erstrebenswertes Ziel. Für uns auch nicht.

Dieser Blick von unten auf die globalisierte, expansive, patriarchal-kapitalistische Wirtschaft führt jedoch nicht zu Verzweiflung und Ohnmacht, wie manche denken, sondern zeigt uns, wo eigentlich die

Quelle für ein „gutes Leben", für Selbstbestimmung und Eigenmacht, besonders für uns Frauen, zu suchen ist. Die Frauen von Maishahati zeigen Hillary Clinton sehr deutlich, daß sie nicht machtlos sind. Vielleicht war das auch der Hintersinn ihrer Fragen an die First Lady: Nicht du bist mächtig, und wir sind ohnmächtig. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Deshalb benutzt Farida Akhter die Geschichte von Hillary und der Kuh, um das entwicklungspolitische Kauderwelsch von „empowerment of poor women" zu kritisieren. (Akhter 1996) Auch die Frauen von Juchitán sind starke, lebensfrohe und selbstbewußte Frauen. Sie brauchen kein „empowerment" aus dem Weißen Haus. Empowerment liegt in uns selbst und in der Natur, von der wir ein Teil sind, nicht in der Macht, die das Kapital, das Tote, gewähren kann. Sie liegt in Gegenseitigkeit, nicht in Konkurrenz, sie liegt im Selbst-Tun und nicht im Konsumieren. Sie liegt in der Großzügigkeit und der Freude des Miteinander und nicht im ängstlichen Geiz des individuellen Selbstinteresses. Sie liegt auch darin, daß wir wieder unsere Verwandtschaft mit allen Kreaturen der Erde entdecken. Auch in diesem Sinn wäre eine Kuh für alle Hillaries ein Gewinn.

Wir möchten in diesem Buch daran erinnern, daß das Wirtschaftsgeschehen, das von den meisten Menschen in den Industrieländern inzwischen wie eine unverstandene Naturgewalt angesehen wird, von Menschen gemacht wird und von Menschen verändert werden kann. Vor allem halten wir es für notwendig, daß die Globalisierung der Wirtschaft als eine mit der kapitalistischen Entwicklung einhergehende, notwendige und fortdauernde Kolonisierung begriffen wird, die heute ihre negativen Konsequenzen auch für die Industrieländer zeigt. Denn jetzt wird der barbarische Untergrund der Zivilgesellschaft, die „Drittweltisierung" der Ersten Welt sichtbar.

Plötzlich sind wir in den Wohlstandsinseln des reichen Nordens nicht mehr so weit entfernt von den Dorffrauen in Bangladesch. Viele Menschen reagieren auf diese Erkenntnis mit Panik. Wirtschaftswissenschaftler und Politiker haben ihnen gesagt, es könne immer nur aufwärts gehen. Und sie glaubten, alle Zukurzgekommenen könnten dem Entwicklungsmodell der Sieger folgen: die Dritte Welt der Ersten, das Land der Stadt, die Frauen den Männern, die Proletarier den Bürgern. Sie haben nie gelernt, die Zusammenhänge zwischen dem Reichtum des Nordens und der Armut des Südens, zwischen der First Lady der USA und den Dorffrauen aus Bangladesch zu sehen.

Wenn dieser Zusammenhang jedoch sichtbar wird, wenn der Allmachtswahn der Industriegesellschaft Risse bekommt und deutlich wird, daß die Basis, auf der unsere Sicherheit aufgebaut ist, Geld und

Kapital, von heute auf morgen zusammenbrechen kann, geht für viele die Welt unter. Sie haben ja auch nicht mal mehr eine Kuh, von der sie Nahrung bekommen könnten

Wer die Welt aus der Perspektive der Frauen aus Maishahati betrachtet, ist gegen diese Weltuntergangsstimmung gefeit. Aus dieser Perspektive wird sichtbar, daß Verzweiflung der Luxus einer verwöhnten Minderheit ist, der die Menschen daran hindert, das Richtige und Notwendige zu erkennen und entsprechend zu handeln. Vor allem macht die Subsistenzperspektive klar, daß wir auf keine Agentur von oben oder außen zu warten brauchen, um eigen-mächtig und gemeinsam handeln zu können.

In diesem Buch zeigen wir, daß der Subsistenzblick auf die Wirklichkeit nicht nur notwendig ist, sondern auch schon in vielfältiger Weise in der ganzen Welt begonnen hat. Und ferner, daß eine solche Orientierung *alle* Verhältnisse verändert, verändern *muß:* zwischen Frauen und Männern, den Generationen, zwischen Stadt und Land, Klassen und Völkern. Wenn die Sorge um die Erhaltung des Lebens im Zentrum wirtschaftlichen Handelns steht und nicht die unendliche Geldvermehrung, kann nichts mehr so bleiben, wie es jetzt ist.

Um deutlich zu machen, daß die Subsistenzperspektive kein abstraktes, theoretisches Modell darstellt, führen wir die einzelnen Kapitel mit größeren oder kleineren Subsistenzgeschichten „aus dem Leben" ein. Auch innerhalb der mehr analytischen Kapitel gibt es empirische Subsistenzberichte. Wer Ohren hat zu hören und Augen zu sehen, wird, das ist unsere Überzeugung, selbst viele solcher Subsistenzgeschichten entdecken. Denn die Subsistenzperspektive ist eine *Perspektive*, ein anderer *Blick*, sie ist kein fertiges Modell.

Köln, im Juli 1997

Veronika Bennholdt-Thomsen
Maria Mies

KAPITEL I

ZUR GESCHICHTE DES SUBSISTENZANSATZES

Meine Mutter und die Sau. Das Leben soll weitergehen.

Bei mir, Maria Mies, fing die Geschichte der Subsistenzperspektive mit meiner Mutter an. Die Frage nach der Geschichte der Subsistenz führt unvermeidlich zu der Einsicht in die Verwobenheit der eigenen Lebensgeschichte mit der Zeitgeschichte. Als ich mich fragte, wo ich mit diesem Rückblick beginnen sollte, fiel mir meine Mutter und ihre Sau ein. Meiner Mutter zu Ehren möchte ich diese Geschichte erzählen.

Es war im Februar oder März des Jahres 1945. Der Krieg ging dem Ende entgegen. Meine Eltern waren Bauern. Unser Dorf lag in der Nähe der Front, in der Eifel. Fünf meiner Brüder waren Soldaten, irgendwo. Um diese Zeit kamen die zerlumpten, verlausten Soldaten der geschlagenen deutschen Armee von Westen zurück und suchten Wärme und ein bißchen Essen bei den Bauern. Mutter kochte jeden Abend einen Topf Milchsuppe und einen Topf Pellkartoffeln. Jeden Abend saßen Soldaten mit uns am Tisch.

Die Menschen hatten die Hoffnung aufgegeben. Die meisten Bauern schlachteten ihre Kühe, ihre Schweine, sie dachten nicht mehr daran, ihre Äcker zu bestellen, zu säen. Alle warteten auf das Ende des Krieges, ohne daß sie über das Ende hinausdachten. In dieser Zeit brachte meine Mutter eine Sau zum Eber ins Nachbardorf – Schweine und Ferkelaufzucht war Frauensache. Es war auch eine ihrer Einnahmequellen. Die Nachbarn lachten sie aus und sagten, sie solle lieber ihr Schwein schlachten, ob sie denn nicht sähe, daß alles zu Ende ginge. Da sagte meine Mutter: *Das Leben geht weiter!* Vielleicht sagte sie auch: *Das Leben muß weitergehen.*

Sie brachte ihre Sau zum Eber. Und Ende Mai, als der Krieg zu Ende war, bekam die Sau zwölf Ferkel. Niemand hatte in dieser Zeit Ferkel oder Kälber oder Fohlen. Da das Geld keinen Wert mehr hatte, tauschte Mutter ihre Ferkel gegen Schuhe, Hosen, Hemden und Jacken für ihre fünf Söhne, die einer nach dem anderen aus dem Krieg zurückkamen. *Das Leben ging weiter.*

Aber ging es von selbst weiter? Meine Mutter hat sich ja nicht einfach hingesetzt und gesagt: Das Leben wird schon weitergehen –

oder als christliche Bäuerin: Der Herr wird schon sorgen! Sie wußte, daß sie etwas tun mußte, daß sie mit der Natur mitwirken mußte, wie sie immer sagte, damit das Leben weitergehen konnte. Das Leben *sollte* weitergehen. Das war ihr Wunsch, ihre Leidenschaft, das machte ihren Lebensmut und ihren Lebenswillen aus.
Meine Mutter war keine Feministin, und das Wort Ökologie kannte sie nicht. Aber sie hatte etwas erkannt, das heute so dringend notwendig ist wie das tägliche Brot, nämlich, daß wir Verantwortung für das Leben übernehmen müssen, wenn wir wollen, daß es weitergeht. Heute wissen wir, daß das Leben nicht mehr einfach von selbst, „von Natur aus" weitergeht. Die zunehmenden ökologischen Katastrophen lehren uns, daß die moderne Industriegesellschaft mit ihrer Jagd nach ständigem Wachstum von Waren und Geld die Regenerierbarkeit der Natur, des Lebens zunehmend zerstört, bis es nicht mehr kann. Das gilt für die menschliche Natur, besonders für die Frauen, die Kinder, wie für die außermenschliche Natur.
Denn bislang waren es die Frauen, Frauen wie meine Mutter, die im Alltag, vor allem aber nach Kriegen und anderen Katastrophen die Verantwortung übernahmen, daß das Leben weiterging, für ihre Töchter, Söhne, Männer und für die Natur. Sie räumen nach den Kriegen, die die Männer gegen die Natur und fremde Völker führen, auf. Die Subsistenzperspektive bedeutet für uns Feministinnen jedoch nicht nur, dafür zu sorgen, daß das Leben nach den patriarchalen Kriegen weitergeht, sondern daß solche Kriege nicht mehr stattfinden.

Wie kamen wir zur Subsistenzperspektive?

Als wir – Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies und Claudia von Werlhof – uns Anfang der siebziger Jahre in der neuen Frauenbewegung engagierten, geschah dies auf dem Hintergrund unserer langjährigen Erfahrungen, die wir in verschiedenen Ländern des Südens gemacht hatten: in Indien, Costa Rica/San Salvador, Venezuela und Mexiko. Von Anfang an haben wir deshalb die „Frauenfrage" mit der „Dritte-Welt-Frage" verbunden.

Dabei entdeckten wir Rosa Luxemburgs Werk über den Imperialismus neu und fanden dort eine plausible Erklärung, warum der Kapitalismus, anders als Marx angenommen hatte, „nicht-kapitalistische" Schichten, Gesellschaften und Milieus braucht, um die „erweiterte Reproduktion des Kapitals", also die Kapitalakkumulation – und nur das

macht Kapitalismus aus – aufrechtzuerhalten. (Luxemburg 1923) Diese gleichzeitige gewaltsame Eroberung/Unterwerfung, Aneignung und Zerstörung „nicht-kapitalistischer" Wirtschaften – es waren die traditionellen Subsistenzwirtschaften – ist nicht nur die blutige Vorgeschichte des Kapitalismus, der ursprünglichen Akkumulation, wie Marx meinte, sondern die bis heute andauernde Grundvoraussetzung für die Kapitalakkumulation – das, was gemeinhin Wirtschaftswachstum genannt wird. Während Rosa Luxemburg nur an die alten bäuerlich-handwerklichen und die Natural- oder Subsistenzwirtschaften in den Kolonien gedacht hatte, also an den Imperialismus als Voraussetzung für den Kapitalismus, bezogen wir nun auch die Hausarbeit in den Industrieländern und die der Bauern im Süden und der Marginalisierten im sogenannten informellen Sektor – sowohl hier als auch in den Kolonien – in die Analyse mit ein. (v. Werlhof 1978) Das Gemeinsame an zunächst so heterogen erscheinenden Produktionsverhältnissen wie der Arbeit einer Hausfrau und Mutter in der BRD und der einer Subsistenzbäuerin am Himalaya, eines Kleinbauern in Mexiko:

1) Diesen Produzentinnen und Produzenten geht es um Herstellung und Erhaltung der unmittelbaren Lebensmittel und des Lebens und nicht um Gelderwerb, um damit Lebensmittel zu kaufen, um *dann* leben zu können.

2) Diese SubsistenzproduzentInnen leben aber nicht in einer „vorkapitalistischen" oder „nicht-kapitalistischen" Welt – wie Rosa Luxemburg noch meinte –, sondern ihre Arbeit wird ebenfalls vom Kapital ausgebeutet – nicht über den Lohn, aber über ihr Produkt, das ihnen abgenommen oder sehr schlecht bezahlt wird. Veronika Bennholdt-Thomsen nennt dies die Marktsubsumption unter das Kapital. (Bennholdt-Thomsen 1979) Die vielen Produkte aus der Dritten Welt, die heute in den Supermärkten in der BRD liegen, z.B. Orchideen aus Thailand, Handarbeiten aus Mexiko oder Indien, stammen aus dieser Art von Arbeit. Das bedeutet im Endeffekt, daß der Kapitalismus mehr Arbeits- und Produktionsverhältnisse ausbeutet als nur das Lohnarbeitsverhältnis, daß Kapitalismus etwas qualitativ anderes ist, als bisher von Marxisten wie auch von Liberalen angenommen wurde.

Mit der Einbeziehung der Subsistenz in die Analyse des Kapitalismus wurde es dann auch möglich zu erklären, warum in den hochentwickelten Industrieländern Frauenarbeit weiterhin weniger wert ist als Männerarbeit und warum die Hoffnung der Dritten Welt auf „nachholende Entwicklung" genauso wenig erfüllt werden kann wie die Hoffnung der Frauen hier auf „Gleichstellung".

Um zu sehen, ob dieser zuerst thesenhaft entwickelte Theorie-

ansatz einer empirischen Überprüfung standhalten würde, führten wir in den Jahren 1978/79 empirische Aktionsforschungsprojekte durch: über bäuerliche Ökonomie in Mexiko (V. Bennholdt-Thomsen), unter Landfrauen in Indien (M. Mies) und in Venezuela (C. v. Werlhof). Diese Forschungen bestärkten nicht nur unsere Annahme, daß die Subsistenzarbeit der Frauen die eigentliche Grundlage der Entwicklung genannten Integration in den kapitalistischen Weltmarkt war, uns gingen auch weitere Dimensionen dieses Verhältnisses auf. In ihrer Untersuchung über Frauen in einer Heimindustrie in Indien entdeckte Maria Mies den *Prozeß der Hausfrauisierung*, durch den Frauenarbeit im Kapitalismus generell unsichtbar und daher unbegrenzt ausbeutbar gemacht wird, und zwar nicht nur die Reproduktionsarbeit der „Nur-Hausfrauen" in den Industrieländern, sondern auch die Arbeit der Heimarbeiterinnen, Landarbeiterinnen, Bäuerinnen, Kleinhändlerinnen und Fabrikarbeiterinnen im Süden (Mies 1982).

1978 und 79 wurden am Schwerpunkt Entwicklungssoziologie der Universität Bielefeld mehrere Konferenzen zur Subsistenzreproduktion durchgeführt, die maßgeblich von Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof konzipiert worden waren. Der aus der Frauen- und Dritte-Welt-Forschung erwachsene Ansatz wurde nun dezidiert Subsistenz-Ansatz genannt. Das Thema der Tagungen war die Subsistenz-Reproduktion in Entwicklungsländern.

Schon ziemlich früh – etwa um 1976/77 – war uns im Anschluß an die Analyse der bäuerlichen Arbeit in der Dritten Welt klargeworden, daß die Ausbeutung der Subsistenzarbeit, vor allem der lebenschaffenden und -erhaltenden Arbeit von Frauen ähnlich wie die der Kleinbauern qualitativ anders verläuft als die der Lohnarbeit, nämlich nach dem Muster, wie auch die Natur als Ressource ausgebeutet wird, die angeblich kostenlos und grenzenlos zur Verfügung steht. Das Mittel zur Herstellung und Erhaltung eines solchen Ausbeutungsverhältnisses ist nicht der *Arbeitsvertrag* wie beim Lohnarbeiter, sondern die *Gewalt*, und zwar physische und strukturelle Gewalt. Die Naturressourcen werden als „freies Gut" angesehen und genauso räuberisch vom Industriesystem ausgebeutet und angeeignet wie die Schaffung des Lebens durch die Frauen. Diese Analyse war der Schlüssel, der uns eine neue Sicht sowohl auf das Mann-Frau-Verhältnis wie auf das Mensch-Natur-Verhältnis im Industriesystem eröffnete. Zwischen beiden Verhältnissen gab es nicht nur eine *strukturelle Analogie*, sondern auch einen ursächlichen Zusammenhang, dessen Grundlage das moderne Mensch-Natur-Verhältnis ist. Die geschlechtliche und gesellschaftliche Arbeitsteilung, die der patriarchale Industriekapitalismus

geschaffen hatte – die Trennung zwischen Erwerbs- und Hausarbeit, „öffentlicher" und „privater" Arbeit, „Produktions-" und „Reproduktionsarbeit" –, war nur durch die „Naturalisierung"[1] des einen Pols dieser Arbeitsteilung möglich – des weiblichen. Das ist der Grund, warum wir die Natur, die Frauen und die ausgebeuteten Länder der Dritten Welt die „Kolonien des Weißen Mannes" genannt haben. Kolonien werden nicht durch Vertrags-, sondern durch Gewaltverhältnisse unterworfen und ausgebeutet. Mit diesem Ansatz war eine Brücke geschlagen von der Frauenfrage sowohl zur Dritte-Welt-Frage wie zur Ökologiebewegung, die seit Anfang der siebziger Jahre an Bedeutung zugenommen hatte (Bennholdt-Thomsen/Mies/v. Werlhof 1983/92).

Der Zusammenhang zwischen Frauenausbeutung und Naturausbeutung wurde damals vielen Frauen bewußt, die sich in der Anti-AKW-Bewegung engagierten. Besonders nach Tschernobyl (1986) war nicht mehr zu übersehen, daß das gesamte Projekt der Moderne, das moderne Industriesystem – sowohl in seiner kapitalistischen wie in seiner sozialistischen Variante – nicht nur auf der Kolonisierung von Natur, Frauen und hinunterentwickelten Völkern aufbaut, sondern daß dabei auch mehr und mehr die Natur selbst als die Lebensgrundlage aller zerstört wird (Gambaroff u.a. 1986). Rosa Luxemburgs These wurde noch einmal bestätigt, daß nämlich die Kapitalakkumulation die Subsistenzproduktion nicht nur ausbeutet, sondern sie dabei ruiniert. Besonders die zunehmende Beschäftigung mit der Ökologiefrage machte deutlich, daß die Strategie der „nachholenden Entwicklung" ein Holzweg ist. Nach dieser Theorie sollten alle Gesellschaften den ökonomischen Weg der kapitalistischen Industrieländer nachvollziehen, um schließlich auch auf das Produktions- und Konsumniveau zu gelangen, das in den reichen Industrieländern vorherrscht. Inzwischen ist klar, daß eine solche „nachholende Entwicklung" für alle, einschließlich des „nachholenden Konsums", eine ökonomische und ökologische Unmöglichkeit ist. (Mies/Shiva 1995)

Das bedeutet aber, daß die Hoffnung, durch weitere Industrialisierung, technischen Fortschritt und Modernisierung Elend, Hunger, soziale Ungerechtigkeit und auch Frauenausbeutung zu beseitigen, endgültig gescheitert war. Es war also notwendig, sich nach einer Befreiungsperspektive für die Natur, die Frauen, den Süden umzusehen, die nicht auf der Fortschreibung des ·beutemachenden, kolonisierenden Industriesystems beruht und nicht der Strategie der „nachholenden Entwicklung" folgt.

Zu Beginn der achtziger Jahre wurde deutlich, daß das moderne Industriesystem nicht nur auf Kosten der Umwelt und der Dritten Welt

weiter expandierte, sondern daß gerade diese Expansion, vorangetrieben u.a. durch die neuen Technologien im Bereich der Mikroelektronik, auch die Arbeitswelt grundlegend verändert und zu zunehmender Arbeitslosigkeit führt. Von der Erwerbslosigkeit waren wiederum vor allem Frauen betroffen. Aus diesem Grund organisierten wir 1983 in Bielefeld einen Frauenkongreß mit dem Thema „Die Zukunft der Frauenarbeit". Dieser Kongreß war auch eine Reaktion auf einen ähnlich betitelten Kongreß in Bielefeld im Jahr zuvor (Zukunft der Arbeit), bei dem von der unbezahlten und schlecht bezahlten Frauenarbeit nicht einmal die Rede war.

Auf dem Frauenkongreß von 1983 wurde erstmals der Subsistenzansatz nicht nur aus der Perspektive der Kritik an den vorherrschenden Kapitalismusanalysen vorgetragen, sondern auch als notwendige und mögliche *Zukunftsperspektive* für Frauen sowohl in der Ersten wie in der Dritten Welt und für alle Kolonisierten. Außerdem wurde damals schon vorausgesagt, daß die flexibilisierte, hausfrauisierte Arbeit auch die Männer im Norden erreichen wird.

Kritik und Rezeption

Als wir betonten, daß die Subsistenzperspektive *gerade für uns* in den Industrieländern, speziell für *uns Frauen* eine Zukunftsperspektive ist, im Gegensatz zu der „Strategie der nachholenden Entwicklung" auf dem von Grünen Frauen organisierten Kongreß „Frauen und Ökologie" (Köln 1986), erhob sich ein Schrei der Entrüstung. Hier wurde plötzlich deutlich, daß Frauen in den Industrieländern und Mittelklassefrauen im Süden nicht nur *Opfer,* sondern auch *Nutznießerinnen* der internationalen Ausbeutungsordnung sind. Wenn wir aus dieser Ausbeutungsordnung aussteigen wollten, mußten wir die Komplizinnenschaft aufgeben, mußten wir von den Frauen und Männern der Dritten Welt lernen, wie ein „gutes Leben" aussehen könnte, das *nicht* total vom internationalen Warenmarkt abhängig ist. Als Maria Mies zum ersten Mal ihre Thesen über die Notwendigkeit einer Politisierung des Konsums, gar der Konsumbefreiung vor allem auch unter den Mittelklassefrauen des Nordens vortrug (Mies 1988, a u. b), rief eine Frau aus dem Publikum empört: „Ich will aber meine Banane!"

Den Vorschlag, den Zusammenhang zwischen Frauen- und Naturausbeutung in der Dritten Welt und unserem Konsumverhalten in der Ersten Welt nicht nur wahrzunehmen, sondern auch durch Politik mit dem Einkaufskorb anzugehen, lehnten viele Feministinnen ab.

(Böttger 1987, Lenz 1988, Wichterich 1992) In der Folge befaßten sich auch deutsche Feministinnen mit dem Subsistenzansatz bzw. dem Ökofeminismus. Den einen war er nicht orthodox-marxistisch genug, den anderen war da noch zuviel von Marx drin, vor allem in der Begrifflichkeit. Wieder andere fanden ihn utopistisch, romantisierend, weltfremd. Mehrere Diplomarbeiten wurden geschrieben, die den Bielefelder Ansatz entweder zerrissen oder lobten. Ein großer Teil der Kritik ist polemisch und unseriös. Etliche Kritikerinnen gingen dabei nach der Methode vor, die Maria Mies „feministischen Muttermord" genannt hat: Zuerst werden die „Mütter" (einer Idee, eines Werkes, eines Projekts) „dekonstruiert", dann werden Teile aus ihrem Werk herausgerissen, umbenannt und als Eigenes ausgegeben (Mies 1995). Statt „Ökofeminismus" ist dann von „ökologischem Feminismus" die Rede (Wichterich 1992); statt über Subsistenz redet frau nun über „gemeinwesenorientierte Selbstversorgung". (Möller 1997)

Folgendes sind die meistgenannten Kritikpunkte:

- Der Subsistenzansatz ist *frauenfeindlich*, denn nun sollen wir Frauen schon wieder die ersten sein, die verzichten sollen. Dabei haben wir sowieso kaum Geld. (Konsumverzicht) (u.a. Böttger 1987, Pinl 1993)
- Ihr macht uns Frauen zu den ewigen Trümmerfrauen der Gesellschaft. (Ökofeminismus) (u.a. Wichterich 1992)
- Das ist *moralisch*. Wir sind solche moralischen Appelle leid. Moral hat in der Wirtschaft nichts zu suchen. Da geht es um Interessen. (Becker 1988, Klinger 1988, Schultz 1994, Wichterich 1992)
- Ihr redet immer von der *Dritten Welt*. Aber wir leben hier. Was ihr sagt, mag für die Dritte Welt gut sein, aber nicht für uns. Wir sind einen anderen Lebensstandard gewöhnt. Wieso muß frau sich für die ganze Welt verantwortlich fühlen? (Klinger 1988)
- Der Subsistenzansatz verstärkt die traditionelle weibliche Rolle, verherrlicht Mutterschaft und Kinderkriegen. (Becker 1988, Pinl 1993)
- Euer Subsistenzansatz mag gut sein für reiche Mittelklassefrauen, die im Bioladen kaufen können. Was ist aber mit der armen Frau, der Sozialhilfeempfängerin, der Studentin?
- Wir wollen nicht alle *aufs Land*, um dort unsere Kartoffeln selbst anzubauen.
- Das ist nahe an „Blut- und Boden"-Ideologie. (Ökolinx)
- Euer Ansatz bedeutet ein *Zurück* (in die Steinzeit, ins Mittelalter). Ein Zurück kann es in der Geschichte aber nicht geben.
- Ihr seid Maschinenstürmerinnen!

- So etwas kann für einzelne Individuen und Gruppen ganz spannend sein, aber das kratzt das Kapital nicht. Das führt nicht zu einer gesamtgellschaftlichen Veränderung. Euer Reden über Konsumbefreiung z.B. bleibt ein Appell an die Einzelnen und ist bisher machtlos geblieben. (Pinl 1993, Wichterich 1992)
- Und schließlich ist das doch alles nicht politisch. Die Subsistenz muß erst politisiert werden. Es genügt nicht ein Fleckenteppich von tausend Subsistenz-Kommunen oder Ökodörfern. Die sind alle nur mit Existenzsicherung befaßt (Spehr 1996).

Kennzeichnend ist, daß sich viele dieser Frauen und Männer bisher selbst noch keine Gedanken darüber gemacht haben, wie sie von der Kritik am kapitalistischen Patriarchat zu einer gesellschaftlichen Alternative kommen wollen. Stillschweigend erwarten sie, daß z.B. die Frauenprobleme durch mehr Quotierungs- und Gleichstellungspolitik im Rahmen des bestehenden Sozialstaats gelöst werden, z.B. durch ein garantiertes Mindesteinkommen für alle. Sie wollen nicht immer daran erinnert werden, daß andere (z.B. die Natur, fremde Frauen und Männer) die Kosten für dieses Modell tragen werden. In der Ökologiefrage erwarten sie die Wende z.B. von einer Ökosteuer.

Wir werden uns bemühen, in den folgenden Kapiteln Antworten auf einige dieser Fragen zu finden.

Methodologisch halten wir uns an die Prinzipien, die wir schon Ende der siebziger Jahre formuliert haben (Mies 1978, Bennholdt-Thomsen1979). Das heißt, daß wir bei der Darstellung der Subsistenzperspektive den „Blick von unten“ beibehalten. Nur so macht die Subsistenzperspektive Sinn.

Trotz oder gerade wegen der Kritik wurde dieser Ansatz jedoch auch in Deutschland immer bekannter. Es sind vor allem Frauen und Männer, die selbst angefangen haben, nach Auswegen aus den Sackgassen des Industriesystems zu suchen. Dazu gehören Frauen und Männer der Kommune-Projekte und Ökodorf-Bewegung, AnarchistInnen, Frauen, die sich bisher nicht als Feministinnen verstanden, sich aber Gedanken um die Zukunft der Erde und der kommenden Generationen machen, feministische Theologinnen, Menschen, die nach einem „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus suchen, Öko-Verbände in Ostdeutschland wie die Grüne Liga, Ökobildungswerke und Volkshochschulen, Biolandbauern, Verbraucherorganisationen, Frauen und Männer in kirchlichen Organisationen und der Dritte-Welt-Bewegung, AktivistInnen der Umwelt-, Anti-Gen- und Anti-Atom-Bewegung. Kurz, der Subsistenzansatz, der aus der Frauenbewegung entstand, ist inzwischen längst über diesen Rahmen hin-

ausgewachsen und wird unter verschiedenen Etiketten von verschiedenen Leuten diskutiert.

Zu der breiteren und positiveren Rezeption dieses Ansatzes hat natürlich beigetragen, daß die weltweite Krise seit Anfang 1990 nun auch Deutschland erfaßt und hierzulande eine wahre Panik ausgelöst hat, besonders nach der Euphorie, die überall nach dem Zusammenbruch des Sozialismus im Osten Europas herrschte. Schlagartig ist vielen Menschen klargeworden, daß der Boden des Modells Deutschland nicht mehr trägt und jederzeit wie eine dünne Eisdecke einbrechen kann. „Es kann nicht mehr lange so weitergehen." In dieser Situation suchen plötzlich viele nach Alternativen, besonders angesichts der Tatsache, daß sich nun das für alle bestätigt, was wir schon Anfang der achtziger Jahre festgestellt haben: daß die Zeit der Vollbeschäftigung auch für die Industrieländer endgültig vorbei ist. Wir kamen zu diesem Schluß aus dem Studium der Frauenarbeit, der Bauern und der Ausbeutung des Südens durch den Kapitalismus. Heute ist das Realität auch für Männer. Langsam begreifen mehr und mehr Menschen, daß die alte linke Gewerkschaftsstrategie, die am männlichen „Normalarbeitsverhältnis" festgemacht war, angesichts der globalen Ausbeutung von hausfrauisierten Arbeitsverhältnissen und der ungebremst fortschreitenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch den Wachstumswahn keine Zukunft mehr hat. Wo aber gibt es eine Alternative zu dieser Strategie? Wo gibt es eine andere Vision?

Im Ausland, sowohl in der Dritten wie in der Ersten Welt, wurde der Subsistenzansatz von Anfang an positiver als in Deutschland rezipiert. Ein Teil unserer Arbeiten erschien als Erstveröffentlichungen im Ausland.[2] Andere wurden ins Englische, Spanische, Japanische und Koreanische übersetzt.[3]

Die Subsistenzperspektive – Ein Weg ins Freie

Im März 1987 organisierten Claudia von Werlhof, Irmgard Ehlers und Maria Mies in der Evangelischen Akademie Bad Boll eine Tagung zum Thema „Die Subsistenzperspektive: Ein Weg ins Freie?".

Zu dieser Tagung hatten wir AktivistInnen aus der Frauen-, Bauern-, Drittwelt- und Ökologiebewegung aus der BRD, Asien und Lateinamerika eingeladen, Menschen, die trotz aller Unterschiede sich darin einig waren, daß der bisherige Entwicklungsweg eine Sackgasse ist, die nach einem Ausweg suchten, die – wie in dem von Helena Norberg-Hodge vorgestellten Ladakh-Projekt – sich dagegen wehrten, von ihrer Subsistenzbasis weg und in die Moderne hinein-„entwickelt" zu werden. (Norberg-Hodge 1993)

Vandana Shiva sprach über die Chipko-Bewegung am Himalaya, wo vor allem Frauen die moderne „Entwicklung" (d.h. die Abholzung ihrer Wälder für u.a. die Produktion modernen Sportgeräts) dadurch verhinderten, daß sie die Bäume umarmten. Aktivisten aus Venezuela berichteten über ihre Bauernbewegung und ihren Kampf um die Wiederherstellung der Subsistenz. Aus Deutschland waren AktivistInnen der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) gekommen, einer Intiative, die seit der Studentenbewegung existiert, seit Jahren vom Müll der Wohlstandsgesellschaft lebt und sich weigert, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Die meisten Mitglieder sind Menschen, die in der Gesellschaft keinen Platz gefunden haben – aus der Psychiatrie Entlaufene, obdachlose Jugendliche, Alte. Den Mitgliedern der SSK ging während dieser Tagung blitzartig auf, daß sie dasselbe anstrebten wie die Leute im Ladakh-Projekt, die Frauen in der Chipko-Bewegung und die Bauern in Venezuela. Und dies Gemeinsame war mit dem Begriff *Subsistenzperspektive* umschrieben. *Die einen wollen nicht in die moderne Industriegesellschaft hineinentwickelt werden, die anderen streben aus ihr heraus.*

Was heißt Subsistenz?

Der Krieg gegen die Subsistenz seit 1945

Ein großer Teil der Ablehnung, die dem Subsistenzansatz entgegengebracht wird, liegt u.E. daran, daß in modernen Industriegesellschaften alles, was mit der unmittelbaren Herstellung und Erhaltung des Lebens zusammenhängt, alles, was nicht über Warenproduktion und -konsum vermittelt wird, entwertet worden ist. Dazu gehören alle Tätigkeiten der Selbstversorgung, sei es im Haus, im Garten, in der Werkstatt, auf dem Feld, im Stall. Was kein Geld kostet oder kein Geld einbringt, hat keinen Wert. Diese Entwertung von selbstversorgender Arbeit wird aber nicht verstanden, wenn man sie nur quantitativ bemißt; sie bedeutet gleichzeitig eine Entwürdigung, eine Geringschätzung derer, die eine solche Arbeit noch tun. „Hausarbeit? Was für eine Plackerei! Landarbeit? Pfui! Bauern stinken!" (vgl. Kap. 3)

Diese Ekelschranke, die alle diese unbezahlten, lebensnotwendigen, selbstversorgenden Tätigkeiten heute umgibt, hat dabei nichts mit dem Inhalt dieser Tätigkeiten zu tun, denn wenn dieselben Tätigkeiten als industrialisierte Lohnarbeit ausgeführt werden, wenn möglich noch tariflich abgesichert, gelten sie plötzlich als anständiger Beruf, nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer. Die Hoch-

schätzung der Lohnarbeit heute liegt offenbar in der Hochschätzung und im *Mythos des Geldes*. Nicht des Geldes als einfachem Tauschmittel oder Wertmesser, sondern des Geldes, das immer mehr Geld gebiert, als Grundlage des Lebens, als Sicherung des Lebens, als Hoffnung auf Fortschritt, auf Emanzipation, auf Kultur, auf das „gute Leben". Wer kein Geld hat, kann nicht leben. An diesen Satz glauben heute die meisten Menschen in den Industriegesellschaften. Der Mythos des Geldes geht einher mit dem Mythos der Lohnarbeit. Wer keine (Lohn-)Arbeit hat, kann nicht leben.

Wenn DAS LEBEN im materiellen und emphatischen Sinn von Lohnarbeit und Gelderwerb abhängt, kann eine Perspektive, die von Subsistenzarbeit als Hoffnung spricht, nur als Romantizismus, Rückständigkeit oder gar als Todesdrohung empfunden werden. Wie ist es zu dieser Entfremdung der Menschen von ihrer Arbeit und ihrem Leben gekommen, so daß sie das Toteste, das es gibt, das Geld, als Quelle des Lebens und die eigene Subsistenzarbeit als Quelle des Todes ansehen?

Der Abscheu vor der Subsistenz ist noch gar nicht so alt. Bis nach dem zweiten Weltkrieg waren die meisten Menschen in den Industrieländern sowohl auf dem Land als auch in den Städten in der einen oder andere Weise mit Subsistenztätigkeiten beschäftigt. Kleinbauern waren Selbstversorger und produzierten nur teilweise für den Markt. Die Arbeiter in den Industriestädten hatten häufig Kleinvieh und einen Garten, die Frauen produzierten vielerlei Dinge für den täglichen Gebrauch. Viele Konsumgüter wurden nicht gekauft, sondern getauscht, selbst hergestellt, auf Trödelmärkten erstanden. Es existierte ein gut funktionierendes Netz von Nachbarschaftshilfe und Gegenseitigkeiten, Werten der alten bäuerlichen „Moral Economy", die auch in den Städten überlebten.

Die Subsistenzorientierung der Lohnarbeiter war zwar einerseits *notwendig*, um die geringen Löhne aufzubessern, andererseits aber auch ein Stück Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, ein Stück Lebenslust, ein Stück Heimat in einer fremden und entfremdenden Industriewelt. Außerdem hielt die Subsistenzarbeit auch in den Städten die Gemeinschaften intakt, weil sie auf Kooperation und gegenseitiger Hilfe beruhte.

Die Subsistenzorientierung dauerte nach Torry Dickinson in den USA bis nach dem zweiten Weltkrieg. Erst nach 1945 begann ein systematischer und rigoroser *Krieg gegen die Subsistenz* (Illich 1982). Er war identisch mit dem neuen Entwicklungsparadigma. Im Norden erhielten die Lohnabhängigen im Zuge des New Deal höhere Löhne,

als sie je zuvor hatten, so daß sie ihre vielfältigen Subsistenztätigkeiten aufgeben konnten, weil sie sich nicht mehr lohnten. Gleichzeitig expandierte der Warenmarkt, der nun billig lieferte, was Frauen und Männer bisher noch in Eigenarbeit hergestellt hatten. Es fand eine rapide Kommodifizierung der Hausarbeit statt. Zwischen 1945 und 1970 wurde in den USA – aber auch in Europa – „das Bild einer Lohnarbeiter-Monokultur geschaffen, einer monolithischen Staats- und Unternehmermacht, eines unersättlichen Konsumismus, wachsender Gewerkschaftsmacht und sicherer Lohnabschlüsse für Männer, mit einer mittelklassemäßigen Hausfrau, die aufs private Leben beschränkt war". (Dickinson 1995, 168)

> *Je mehr die Massenproduktion wuchs, um so mehr verschwand die Subsistenz, vor allem in städtischen Gebieten. Die Bepflanzung großer Gemüsegärten, die Hühner- und Ziegenhaltung, das Einwecken von Gemüse und Früchten, das Brotmachen – nahmen ab.* (Dickinson 1995, 169)

Die Fünfzig- bis Sechzigjährigen unter uns erinnern sich an ähnliche Prozesse in Deutschland. Wir alle lernten, sie als quasi naturhaft notwendige Prozesse der „Entwicklung", des „Fortschritts" der „Produktivkraftentwicklung", der „Modernisierung" hinzunehmen, ohne zu fragen, ob das so sein müsse (vgl. Kap. 3).

Erst seit einigen Jahren, erst mit dem Zusammenbruch dieses Modells der Lohnarbeiter-Monokultur durch wachsende Arbeitslosenzahlen beginnen auch im Norden einige darüber nachzudenken, daß es doch ein Leben vor, zwischen und nach der Lohnarbeit geben müsse und daß dieses Leben nicht nur ekelhaft, mühselig und beladen sein muß. Wenn wir also heute von Subsistenzperspektive reden, dann ist das keine neue, voluntaristische Marotte, sondern knüpft an eine Geschichte an, die viele noch kennen. Wir wollen die Subsistenzorientierung von dem Makel befreien, den der Fortschrittsdiskurs ihr angehängt hat und der nun wie Pech an ihr klebt. Wir wollen die Pechmarie Subsistenz nicht gleich in eine Goldmarie verwandeln. Aber wir wollen daran erinnern, daß wir Menschen das Leben schaffen und erhalten, nicht das Geld, nicht das Kapital. Das ist Subsistenz.

Ivan Illich hat schon 1982 festgestellt, daß *der Krieg gegen die Subsistenz*, der eigentliche Krieg des Kapitals ist, nicht der Kampf gegen die Gewerkschaften und ihre Lohnforderungen. Denn nur wenn die Subsistenzfähigkeit der Menschen zerstört ist, sind sie dem Kapital bedingungslos ausgeliefert.

Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg zur Kolonisierung der Subsistenz*arbeit* – wie z.B. der Hausarbeit –, sondern auch zur Kolonisie-

rung der Sprache, der Kultur, der Nahrung, der Erziehung, des Denkens, der Bilder. An die Stelle der Vielfalt der Subsistenzweisen – Illich nennt sie die vernakulären Lebensweisen – sollen Mono-Arbeit, Mono-Sprache, Mono-Kultur, Mono-Essen, Mono-Denken, Mono-Medizin, Mono-Erziehung treten. Subsistenzperspektive bedeutet, Widerstand gegen diese Mono-Kulturisierung zu leisten und den Krieg gegen die Subsistenz zu beenden.

Warum der Begriff „Subsistenz"?

Wir haben uns viele Gedanken über diesen Begriff gemacht. Wir wissen, daß er sperrig ist, nicht leicht und flott. Er verlangt nach Erklärung. Aber das ist auch gut so. Denn wir wollen verhindern, daß er wie viele neue Plastikwörter (z.B. Nachhaltigkeit) bald wie Kleingeld gehandelt und von den Feinden der Subsistenz für ihre Zwecke kooptiert werden kann. Wir haben uns entschlossen, den Begriff Subsistenz aus verschiedenen Gründen beizubehalten. Hier einige der wichtigsten:

- Er drückt am umfassendsten alles das aus, was wir von einer anderen Gesellschaftsorientierung erwarten: Freiheit, Glück, Selbstbestimmung *innerhalb* des Reichs der Notwendigkeit – nicht in irgendeinem Jenseits; außerdem: Durchhalten, langen Atem, Widerständigkeit, Sicht von unten, Fülle. Der Begriff Selbstversorgung ist u.E. viel zu begrenzt, denn er bezieht sich nur auf die ökonomische Dimension. „Subsistenz" umfaßt Begriffe wie „Moral Economy" oder „Das Ganze Haus", eine Lebensweise in allen Dimensionen: Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft, Politik, Sprache usw., die nicht (mehr) voneinander getrennt sind.
- Der Begriff „Subsistenz" hat nicht nur für uns eine Geschichte, er drückt vielmehr den historischen Zusammenhang aus, der uns in den Industrieländern, vermittelt durch Kolonisierung und Entwicklung, mit den Ländern des Südens verbindet. Moderne Entwicklung geschah und geschieht an beiden Polen der Welt durch den Krieg gegen die Subsistenz. Was wir vor Jahren in den Ländern des Südens beobachtet und für den Norden vorausgesagt haben, bewahrheitet sich heute.
- Der Begriff „Subsistenz" wird in allen modernen Sprachen gebraucht und genauso verstanden wie im Deutschen.
- Außer dieser historischen und geographisch-politischen Kontinuität drückt der Begriff aber auch die Widersprüchlichkeit, ja die Janusköpfigkeit dieser modernen Geschichte aus, je nach der Perspektive, aus der frau/man sie betrachtet. Für die Kriegsgewinn-

lerInnen im Krieg gegen die Subsistenz bedeutet „Subsistenz“ Rückständigkeit, Armut, Plackerei. Für die Kriegsopfer bedeutet „Subsistenz“ Sicherheit, „gutes Leben“, Freiheit, Autonomie, Selbstbestimmung, Bewahrung der ökonomischen und ökologischen Grundlagen und kulturelle und biologische Vielfalt.

- Der Begriff „Subsistenz“ drückt unsere Kontinuität mit der Natur in uns und um uns aus, die Tatsache, daß wir die Abhängigkeit vom „Reich der Notwendigkeit“ nicht als Unglück und Beschränkung, sondern als Glück und Bedingung unserer Freiheit verstehen.
- Je mehr die heutige Krise auch aus den bisherigen Nutznießern des Krieges gegen die Subsistenz Opfer macht, um so mehr werden sie auch die Attraktivität dieser Lebensweise wieder entdecken. Der Begriff umfaßt vieles, womit man sich heute unter Stichworten wie Regionalisierung, lokale Ökonomie, Selbstversorgung, neue Kommunen, alternative Lebensweise, vorsorgendes Wirtschaften, dritter Weg zu beschäftigen beginnt.
- Wir halten auch deshalb am Begriff Subsistenz fest, weil er gerade heute eine Perspektive aufweist.

Wir betonen seit Jahren, daß die Subsistenz- oder Lebensproduktion durch Modernisierung, Industrialisierung und Warenwirtschaft nicht nur *nicht* verschwindet, sondern daß sie im Gegenteil der dauernde Gegenpol *und* die Grundlage der modernen Industriegesellschaft und ihrer verallgemeinerten Warenproduktion ist. *Ohne Subsistenzproduktion keine Warenproduktion, ohne Warenproduktion aber sehr wohl Subsistenzproduktion.* Bis zum Beginn des Industriezeitalters hat die Subsistenzproduktion das Leben und Überleben der Menschen gesichert. Wäre die Menschheit auf die verallgemeinerte Warenproduktion und die universalisierte Lohnarbeit angewiesen gewesen, auf den kapitalistischen Warenmarkt, der heute als Retter aus Armut und Unterentwicklung propagiert wird, sie hätte nicht bis heute überlebt.

Innerhalb der Industriegesellschaften wird die Subsistenzproduktion vor allem in der Form der unbezahlten Hausarbeit fortgesetzt. Durch lohnlose Hausarbeit wird die Reproduktion der Arbeitskraft gesichert und verbilligt. Subsistenzproduktion definierten wir daher so:

> *Subsistenzproduktion – oder Lebensproduktion – umfaßt alle Arbeit, die bei der Herstellung und Erhaltung des unmittelbaren Lebens verausgabt wird und auch diesen Zweck hat. Damit steht der Begriff der Subsistenzproduktion im Gegensatz zur Waren- und Mehrwertproduktion. Bei der Subsistenzproduktion ist das Ziel „Leben“. Bei der Warenproduktion ist das Ziel Geld, das immer mehr Geld „produziert“, oder die Akkumulation von Kapital. Leben*

fällt gewissermaßen nur als Nebeneffekt an. Es ist typisch für das kapitalistische Industriesystem, daß alles, was es möglichst kostenlos ausbeuten will, zur Natur, zur Naturressource erklärt wird. Dazu gehört die Hausarbeit der Frauen genauso wie die Arbeit der Kleinbauern in der Dritten Welt, aber auch die Produktivität der gesamten Natur. (Mies 1983)

Wir haben seinerzeit den Subsistenzbegriff nicht nur eingeführt, um die Ausbeutung unbezahlter Arbeit im Kapitalismus erklären zu können, sondern auch um aus den Sackgassen der warenproduzierenden und -konsumierenden kapitalistischen Marktwirtschaft einen Ausweg zu finden. Wir sahen schon damals, daß die Utopie des wissenschaftlichen Sozialismus, die den höchsten Stand der Produktivkraftentwicklung voraussetzt, um den Kapitalismus zu überwinden, auf dem gleichen Entwicklungsmodell beruht. (Ullrich 1979)

Der Begriff Subsistenz hat nicht nur die negativen Konnotationen, die ihm oft zugeschrieben werden. Wie Erika Märke nachweist, bedeutet er „die Eigenschaft der Selbständigkeit", des Durch-sich-selbst-Existierens. Märke nennt drei Eigenschaften der Subsistenz: 1. Eigenständigkeit im Sinne der Autonomie, 2. Selbstgenügsamkeit im Sinne eines Nicht-Expansionismus, 3. Aus-sich-selbst-Bestand-Haben im Sinne kultureller Identität. (Märke 1986, 138f) Dieser positive Subsistenzbegriff ist für uns maßgeblich, wenn es um die Entwicklung einer anderen gesellschaftlichen Perspektive geht.

Mit „Subsistenzperspektive" verbinden wir eine andere Vorstellung von „gutem Leben". Neuere Entwicklungen und Erkenntnisse im Ökologiebereich haben gezeigt, daß die Subsistenzperspektive nicht nur ein Ansatz ist, Patriarchalismus und Kolonialismus, die Voraussetzungen des modernen Industriesystems, zu überwinden, sondern auch Befreiung der Natur in uns und um uns von der selbstzerstörerischen Wachstumslogik des Kapitals.

Der Prozeß der Kapitalakkumulation – also die Verwandlung von Leben (lebendiger Arbeit und Natur) in Waren, Geld und stets wachsendes Kapital – ist polarisierend und nicht umkehrbar. Das heißt: Aus Leben kann Geld und Kapital entstehen, aus Kapital und Geld kann aber kein neues Leben gemacht werden. Stets muß dem Geld und dem Kapital Leben *hinzugefügt* werden, um es „genießbar" zu machen, um es zu verlebendigen. Das Geld, das aus sich neues Geld „gebiert" (z.B. qua Zinsen), ist ein Mythos.

Das, was dem toten Geld/Kapital hinzugefügt werden muß, ist das, was wir Subsistenz nennen oder Lebensproduktion. Wollen wir tatsächlich eine Zukunft für uns und die Natur, deren Teil wir sind, dann

muß die Lebensproduktion wieder ins Zentrum gerückt werden. Das heißt, die kolonisierten, marginalisierten Gruppen und Bereiche (Natur, Frauen, Kinder etc.) müssen im Zentrum wirtschaftlichen Handelns stehen, Gelderwerb muß wieder sekundär werden.

Die Subsistenzperspektive ist nicht nur praktisch und theoretisch notwendig, sie ist auch möglich und hat bereits begonnen. Sie hat angefangen bei denen, die nicht „entwickelt" werden wollen, die wissen, daß sie zwar den Preis für die Modernisierung zahlen, aber nie ihre Früchte ernten werden. Das sind in der Dritten Welt Menschen, Frauen, Stämme, die um die Erhaltung ihrer autonomen Subsistenzbasis kämpfen. In solchen Bewegungen entsteht jener andere Begriff vom „guten Leben", den wir mit „Fülle" umschreiben.

Doch auch in den Industrieländern des Nordens beginnt ein neues Nachdenken über eine andere Konzeption von Wirtschaft als die herrschende. Da gibt es nicht nur Tausende Initiativen zur Gründung von Kommunen, Ökodörfern, selbstverwalteten Betrieben, Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, Selbsthilfe- und Gemeinwesenprojekten in de-industrialisierten Städten und Regionen; es gibt auch systematische Ansätze zur Entwicklung einer *anderen* Ökonomie als der des globalen – und wir fügen hinzu: patriarchalen – Kapitalismus.

Natürlich sind diese Ansätze nicht alle mit einer breiten Abkehr der Gesellschaft vom herrschenden kapitalistischen Produktions- und Konsummodell oder mit einer revolutionären Bewegung gleichzusetzen. Der alte Begriff der Revolution – der meist plötzliche, gewaltsame Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse – paßt nicht zu dem, was wir Subsistenzorientierung nennen. Nach so vielen gescheiterten oder wiederrufenen Revolutionen haben wir kein Vertrauen mehr in die „Macht aus den Gewehrläufen" der Internationale der Krieger.

Die Veränderungen, um die es beim Subsistenzansatz geht, setzen weder eine politische Avantgarde voraus noch müssen sie warten, bis die Situation oder die Produktivkräfte „reif" sind. Sie können von jeder und jedem hier und heute sofort begonnen werden. Allerdings setzt dies eine andere Perspektive voraus.

Nicht die Frauen in Subsistenzgesellschaften haben ein Problem mit der Entwicklung einer radikal neuen Perspektive, wohl aber Mittelklassenfrauen, die den Käfig, in dem sie sitzen, für das Paradies halten. Deshalb möchten wir im folgenden Frauen aus dem Süden, die zur untersten Schicht der Ausgebeuteten gehören, zu Wort kommen lassen. Ihre Analyse des herrschenden Wirtschaftssystems, ihre Vision einer anderen Wirtschaft ist klarer als die der meisten feministischen Akademikerinnen hierzulande. Denn diese Frauen haben verstanden,

daß sie immer nur die Kosten für das zu zahlen haben, was „Entwicklung" genannt wird, dessen Früchte sie aber nicht ernten werden. Sie halten nichts mehr von der herrschenden Wirtschaft. Das wurde klar ausgedrückt auf dem Frauenworkshop in Rio de Janeiro 1992.

Gummizapferinnen, Fischerinnen, Paranußsammlerinnen, Kleinbäuerinnen, Kokosnußzerkleinerinnen, Frauen aus städtischem Kleingewerbe, städtische Feministinnen führten 1992 im Zusammenhang der UNCED-Konferenz diesen Workshop in Rio de Janeiro durch. Er hatte das Thema: „Mit Mut und Kompetenz: Frauen in Subsistenzwirtschaften, Landwirtschaft und Sammelwirtschaft." (Viezzer 1992, abgedruckt in Subsistenzrundbrief Nr. 6, ITPS 1996)

Auf diesem Workshop schilderten die Frauen, wie ihr Leben und ihre Arbeit aussahen. Sie analysierten die ökologischen und ökonomischen Folgen des Industriemodells, sowohl für sie selbst wie für die Frauen im Norden.

Nachdem die Frauen einander zugehört hatten, stellten sie fest, welche Vielfalt und Fülle die Natur bereitgestellt hat und welchen Reichtum sie selbst durch ihre Produktions- und Sammeltätigkeit geschaffen hatten, einen Reichtum allerdings, um den die kapitalistische Weltwirtschaft sie total beraubt hat. Wenn sie diesen Reichtum nicht mehr exportierten, sondern untereinander tauschten, wäre damit nicht nur der Natur geholfen, sondern sie alle könnten ein gutes, volles Leben haben. Nach ihren Erzählungen, Analysen, Vorschlägen, Tänzen, Rollenspielen formulierten sie zum Schluß den Slogan: *Schluß mit dem kapitalistischen Wirtschaftsmodell!* und:

Es lebe die Fülle!

Anmerkungen

1 Naturalisierung heißt, wie Claudia v. Werlhof es einmal ausdrückte, daß das, was fürs Kapital gratis sein soll, zur Natur erklärt wird.

2 Maria Mies, *The Lace Makers of Narsapur. Indian Housewives produce for the World Market* London 1982; *Indian Women in Subsistence and Agricultural Labour*, Genf 1986; *Patriarchy and Accumulation on a World Scale*, London 1986; *Ecofeminism* (zus. mit Shiva), London 1993.

3 In Japan erschienen: Bennholdt-Thomsen/Mies/v. Werlhof, *Frauen, die letzte Kolonie* (1995); Bennholdt-Thomsen u.a., *Die Frauen von Juchitán.* In Indien, Australien, Kanada (Englisch) erschienen: *Frauen, die letzte Kolonie*; Mies/Shiva, *Ökofeminismus*. In Korea erschienen: *Frauen, die letzte Kolonie* und *Ökofeminismus*. In Mexiko (Spanisch): Bennholdt-Thomsen, *Bauern in Mexiko*.

Globalisierung und Subsistenz

Mein Vater, Herr Weizenbaum und das „Schwarze Loch"

Vor ein paar Jahren organisierte die „Trierer Initiative für angewandtes Denken" anläßlich des 175. Geburtstages von Karl Marx am 5. Mai ein Symposium. Eingeladen waren u.a. Rolf Schwendter, Claus Eurich und als Hauptredner Josef Weizenbaum. Ich, Maria Mies, sollte in diesem Männerkreis die feministische Position vertreten.
Josef Weizenbaum, der vom Computerspezialisten zu einem heftigen Gegner der Computer und vor allem der „künstlichen Intelligenz" (K.I.) konvertiert war, hielt einen sehr kritischen Vortrag über den Zustand der Wissenschaft in den USA. Er widerlegte nicht nur die gängigen Annahmen, daß durch Computer alles verbessert worden wäre, vor allem daß Zeit, Geld, Arbeit gespart worden wären. Er wies auch nach, daß die Computerforschung letztlich aus dem Verteidigungsministerium gefördert worden sei, mehr noch: daß heutzutage fast sämtliche Forschung an einem wissenschaftlichen Institut wie dem MIT (Massachussetts Institute of Technology) vom Pentagon finanziert würde. Und daß die jungen Wissenschaftler, die etwas werden wollten, kein Problem mit dieser Tatsache hätten. Auf die Frage einer Zuhörerin, ob es denn gegen diese Militarisierung der Forschung keine Proteste von studentischer Seite gäbe, erwiderte er, das Curriculum sei so straff, daß den Studierenden keine Zeit für politische Aktivitäten bliebe. Er schloß mit der Bemerkung, das größte Problem, mit dem die Welt heute konfrontiert sei, sei nicht mehr die Atombedrohung sondern das Bevölkerungswachstum. Die Wissenschaft müsse alles daransetzen, dieses Wachstum zu stoppen. Am Ende fand eine Podiumsdiskussion statt. Sie hatte das Thema: „Perspektiven für die Zukunft".
Die Podiumsteilnehmer, einer nach dem anderen, malten die Zukunft in düsteren Farben. Ich schaute in den Saal: lauter junge Leute mit besorgten Mienen. Sie waren am Sonntagmorgen hierher gekommen, um von berühmten Männern Wegweisendes für ihre Zukunft zu hören. Diese aber verbreiteten Weltuntergangsstimmung, vor allem das Gefühl, es sei sowieso nichts zu machen.
Das konnte ich nicht hinnehmen. Ich sagte, wir sollten doch nicht

vergessen, wo wir uns hier befänden, nämlich in Trier, auf den Ruinen eines früheren Imperiums, von dem die Leute auch geglaubt hätten: Wenn Rom untergeht, geht die Welt unter. Die Welt sei aber nicht untergegangen. Mein Vater, Bauer in der Eifel, sei mit seinem Pflug auf einem bestimmten Feld immer wieder auf Steine gestoßen, mit denen die Römerstraße von Trier nach Köln gepflastert war. Wo früher die römischen Legionen marschiert seien, sei wieder Gras gewachsen, wir hätten unsere Kartoffeln auf der Römerstraße angebaut. Ich wollte damit sagen, daß nach dem Zusammenbruch großer Systeme nicht das Ende der Welt gekommen sei, sondern sich die Menschen dann wieder auf das Grundlegende, die Subsistenz, besinnen müßten.
Herr Weizenbaum fuhr mich wütend an: Das sei ja der Gipfel der Naivität. Nach den Katastrophen, die uns bevorstünden, würde nirgendwo auch nur mehr ein Grashalm wachsen. Es sei verantwortungslos, so zu tun, als ob das Leben einfach so weitergehen würde. „Nein, das Einzige, was jetzt not tut, ist, daß wir erkennen, daß wir alle vor einem riesigen schwarzen Loch sitzen und daß es kein Danach mehr gibt." So oder so ähnlich drückte er das aus. Und dann wandte er sich noch einmal an mich, die Feministin: Und außerdem hätten wir Frauen auch nichts unternommen, die Kriege zu verhindern. Wir hätten ja keinen Sex-Streik gemacht.
Das reichte mir dann. Ich sagte, das sei doch seltsam, daß er nun uns Frauen für die Kriege verantwortlich mache, nachdem er gestern gesagt habe, das Institut, an dem er arbeite, lebe vom Pentagon, und man könne dort angeblich nichts gegen diese Kriegsforschung tun. Wir Frauen hätten jedenfalls keine Lust mehr, ewig die Trümmerfrauen zu spielen, die die Welt nach den Männerkriegen wieder heil machen sollen. Danach stand ich auf und ging. Ich ließ die Männer vor ihren schwarzen Löchern sitzen.
Was mir durch diese Episode klarwurde, ist der Zusammenhang zwischen technologischem Allmachtswahn und politischem Ohnmachtswahn. Josef Weizenbaum steht hier für viele männliche Wissenschaftsgrößen, die am Ende ihres Lebens erschrecken, „wenn sie sich in ihren Werken anschauen" (Christel Neusüß) und feststellen, daß der Gott, dem sie ihr Leben geopfert haben – der wissenschaftliche Fortschritt –, ein Götze, ein Moloch ist, der seine Kinder frißt. Einige Wissenschaftsmänner werden dann vom Saulus zum Paulus. Was an der Geschichte jedoch auch sehr deutlich wird, ist der totalitäre Allmachtswahn hinter dem Projekt der Moderne. Wenn schon nicht die Probleme der Menschheit durch eine all-

mächtige Wissenschaft und Technik gelöst werden können, dann muß wenigstens die Katastrophe total sein, dann darf aber auch kein Grashalm mehr auf der Stätte ihres Wirkens wachsen. Wenn das große Männerprojekt mit Theaterdonner zusammenbricht, muß es die ganze Welt – und auch die Zukunft – mit in den Abgrund reißen, dann muß die Welt untergehen. Wer dann noch, wie ich, von Weiterleben, Kartoffelanbau, Subsistenz, Hoffnung, Zukunft, Perspektiven redet, muß als Feindin bekämpft werden. Allmachtswahn und Ohnmachtswahn bedingen einander.
In dem Bild meines Vaters mit dem Pflug auf der Römerstraße wird eine andere Philosophie, eine andere Logik ausgedrückt, die Wissenschaftsmännern schwer zugänglich ist. Es ist weder die Haltung, daß „das Leben" schon von selbst weitergehen wird, daß das Gras und die Natur sich aus sich selbst regenerieren und wir nur zuwarten müssen, noch die Haltung, daß nur wir Menschen mit unserer Herrschaftstechnik die Dinge unter Kontrolle bringen und die Natur reparieren können. Was die Subsistenzorientierung vom Allmachtswahn der Wissenschaft unterscheidet, ist die Erkenntnis, daß das Leben sich weder von selbst herstellt noch eine Erfindung von Ingenieuren ist, sondern daß wir als Naturwesen mit der Natur kooperieren müssen, wenn wir leben wollen.

Das „Schwarze Loch" der globalisierten Wirtschaft

Das „Schwarze Loch", vor dem die Menschen in den Industrieländern derzeit ziemlich rat- und hoffnungslos stehen, hat die Globalisierung der Wirtschaft seit Anfang der neunziger Jahre vor ihnen aufgerissen. Das gilt insbesondere für Deutschland, wo die ökonomische Euphorie nach dem Zusammenbruch des Ostblocks in sehr kurzer Zeit im Osten wie im Westen des Landes tiefem Pessimismus gewichen ist.

Die Arbeitslosenzahlen sind die höchsten nach dem Zweiten Weltkrieg. Am höchsten sind diese Zahlen in Ostdeutschland, wo 1989 ein rascher wirtschaftlicher Aufschwung und die Angleichung an westdeutsches Konsumniveau innerhalb von drei Jahren versprochen wurde. Inzwischen müssen die „Verantwortlichen" in Wirtschaft und Politik offen zugeben, daß die Zeit der Vollbeschäftigung auch in Deutschland unwiderruflich vorbei ist. Vor allem für Junge, Frauen, ältere Menschen ist die Aussicht auf einen existenzsichernden Dauerjob so gut wie verschwunden. Sie müssen froh sein, wenn sie Gelegenheitsarbeit, Teilzeitjobs oder ABM-Stellen bekommen.

In der Tat ist es mit dem „Schwarzen Loch“ der zunehmenden Überflüssigmachung von Erwerbsarbeit in den reichen G-7-Ländern wie mit dem „Schwarzen Loch“ von Herrn Weizenbaum: der Vorstellung von absoluter Ohnmacht und Ausweglosigkeit ging die totale Weltherrschafts- und Allmachtsphantasie voraus, die mit dem Begriff der *Globalisierung der Wirtschaft* umschrieben ist. Sie bekam Hochkonjunktur, als nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus im Osten die (kapitalistische) Marktwirtschaft als die weltweit und für alle Zeiten einzig erfolgversprechende Wirtschaftsform angesehen wurde. Sofort verschwand das Wort „Kapitalismus“ aus dem öffentlichen Diskurs. Die Rede war nur noch von Marktwirtschaft, die sich nur per „nachholender Entwicklung“ und vor allem durch Beseitigung aller Handelshemmnisse global durchsetzen sollte. Sieben Jahre später ist diese Omnipotenz-euphorie über die globale Marktwirtschaft einer tiefen Depression gewichen – nicht nur in Deutschland sondern in allen Industrieländern. Was ist geschehen?

Was ist und wie kam es zur Globalisierung der Wirtschaft?
Der Begriff „Globalisierung der Wirtschaft“ bezieht sich auf die Beseitigung aller bisherigen nationalen Handelshemmnisse und auf die Öffnung aller Wirtschaftsräume der Welt für die kapitalistische Wirtschaft. Pauschal können wir sagen, daß der Geld- und Warenverkehr der nationalen Ökonomien, *aller* nationalen Ökonomien, so stark in den internationalen Geld- und Warenverkehr eingebunden ist wie nie zuvor. Der wirtschaftliche Prozeß hat weltweit dadurch eine neue, andere Qualität gewonnen, die deshalb mit einem neuen Namen belegt wird. Die Veränderung wurde durch zwei Phänomene ermöglicht: 1. die elektronische Kommunikationstechnologie oder Computervernetzung, 2. den Zusammenbruch des Realen Sozialismus.

Die Computertechnologie macht, daß Daten mit Lichtgeschwindigkeit von einem Kontinent zum anderen übertragen werden können, m.a.W. daß Raum und Zeit hinsichtlich der Information zu einer einzigen Weltzeit zusammenschnurren. Während die Büroangestellten eines Weltunternehmens in Manhattan gerade schlafen, bearbeiten ihre Kollegen in Hongkong die gleiche Aufgabe weiter, um die Staffel dann an London abzugeben. Dank der schnellen Datenübertragung in sogenannter „Echtzeit“ sind heutzutage Gewinne zu machen, indem etwa für Minuten bestehende Kursdifferenzen zwischen der New Yorker und der Frankfurter Börse kapitalisiert werden. Mit diesen Beispielen sind zugleich zwei entscheidende Aspekte der globalisierten Weltwirtschaft angesprochen: zum einen die Kapitalkonzentration und

die Beherrschung der Märkte durch die Transnationalen Konzerne (TNKs), zum anderen die wachsende Bedeutung der Finanzgeschäfte.

Die Hälfte des weltweiten Handels entfällt heute auf finanziell miteinander verflochtene Unternehmen. 90% dieser TNKs haben ihren Sitz in der Ersten Welt, und die 100 mächtigsten unter ihnen dominieren auf allen Ebenen. (Decornoy, *Le Monde Diplomatique*, 25.9.1996)

Der Zusammenbruch des Sozialismus hat dazu geführt, daß sich die großen westlichen Wirtschaftsmächte der G 7 die Welt ungebremst nach Einflußzonen aufteilen konnten, in denen das große Kapital immer freier operiert. Begonnen worden war diese Politik schon nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Schaffung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (WB). Weitergeführt wurde sie in den letzten Jahren mit den internationalen Verhandlungen um GATT (General Agreement on Trade and Tariffs), das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen, dessen Aufgabe der Abbau nationaler Zölle und sonstiger Handelsschranken ist. Am 1. Januar 1995 hat die Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) die Aufgaben des GATT übernommen und führt sie von Genf aus fort.

Die Auflösung des Ostblocks hat schnell zu einer neuen trilateralen Struktur der Weltordnung geführt. An den Ecken des zentralen Dreiecks befinden sich die USA, Japan und die EU mit ihren jeweiligen Einflußgebieten Lateinamerika, Asien und Afrika, die sich freilich auch überschneiden. Die zentralen Länder beherbergen zusammen zwar nur 12% der Weltbevölkerung, verfügen aber über 60% der Weltproduktion und sind verantwortlich für 51% der Weltmilitärausgaben. Letzteres zeigt, daß es einiges Gemeinsames zu verteidigen gibt.

Im Zuge der Globalisierung haben sich die Volkswirtschaften, zumal die der weltwirtschaftlich dominierenden Länder, in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich verändert. Die sichtbaren Transfers, also der Güterwarenhandel, verlieren in der Leistungsbilanz der Länder gegenüber den unsichtbaren Transfers (Bankenwesen, Transport, Versicherung und Tourismus) an Bedeutung. Das Finanzwesen ist dabei in erheblichem Maß an der Verschiebung beteiligt. So ist in den USA, die in dieser Hinsicht am weitesten fortgeschritten sind, der Anteil des Finanzsektors am BSP von 18% 1970 auf 25% 1990 gestiegen. Ferner ist ein erheblicher Teil des Zuwachses auf internationale Finanzgeschäfte zurückzuführen. Die Finanz-, Devisen- und Warenterminmärkte, die eigentlich nur ein Schmiermittel für den Welthandel sein sollten, verselbständigen sich in besonderem Maß und sind weitgehend der Kontrolle der nationalen Finanz- und Wirtschaftsbehörden entzogen.

Es wäre jedoch irreführend zu meinen, die Globalisierung der Wirtschaft sei ein absolut neues Phänomen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise war von Anfang an, wie Wallerstein nachgewiesen hat, ein *Weltsystem* (1974). Nicht nur historisch betrachtet wäre ohne den Kolonialismus und den darauf aufbauenden Welthandel der Kapitalismus nicht entstanden und hätte sich nicht erhalten können. Auch von seiner inneren Akkumulationslogik her zielt das Kapital, wie schon Marx festgestellt hat, auf Universalität. Das bedeutet einerseits, daß das, was wir unter dem Stichwort „Globalisierung" fassen, auf einer strukturellen Grundlage aufbaut, die im Kern seit Beginn dieser Wirtschaftsweise existiert: dem prinzipiellen Zugriff auf die ganze Welt. Andererseits hat die heutige Globalisierung gegenüber früheren Epochen des Kapitalismus tatsächlich Neues gebracht, u.a. die Zerstörung der Illusion, globalisierte Wirtschaft bedeute universale Gleichheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle. (Altvater/Mahnkopf 1996)

Diese Erkenntnis ist den Menschen im Süden und dort vor allem den Ärmsten zuerst aufgegangen. Bauern, Landfrauen und indigene Völker haben früher als die Mehrheit der Bevölkerung im reichen Norden begriffen, daß Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung, vorangetrieben durch Weltbank, Internationalen Währungsfonds (IWF) und Transnationale Konzerne (TNKs), Mogelpackungen sind.

In Indien hat man die neue neoliberale Wirtschaftspolitik kurzerhand mit dem Kürzel GLP – Globalisierung, Liberalisierung, Privatisierung – bezeichnet. Bauernorganisationen mit Millionen Mitgliedern weisen die GLP-Politik zurück und machen erfolgreichen Widerstand gegen GATT, gegen TNKs wie Pepsi-Cola, Cargill, Kentucky Fried Chicken und andere, die versuchen, die indische Landwirtschaft in den „freien" Weltmarkt zu integrieren (Mies/Shiva 1995, Mies 1996, Shiva 1996).

Warum regt sich hier bei uns so wenig Widerstand gegen die GLP-Politik? Ein Grund ist, daß der Sozialstaat *noch* in der Lage ist, den Opfern dieser Politik – Erwerbslosen, SozialhilfeempfängerInnen, „stillgelegten" Bauern – ihre Existenz zu sichern, wenn auch auf zunehmend niedrigerem Niveau. Ein anderer Grund ist die nach wie vor bestehende Illusion über das, was Marktwirtschaft genannt wird. Wir haben dieses System seit den frühen siebziger Jahren „kapitalistisches Patriarchat" genannt.

Um die Prozesse, die sich heute im Zuge der GLP-Politik im Süden wie im Norden abspielen, zu verstehen, ist es notwendig, daß wir uns diese Wirtschaftsweise genauer ansehen, und zwar aus der Perspektive „derer von unten".

Der Kapitalismus ist anders...
Einige Thesen über das kapitalistische Patriarchat

Wir haben seit Anfang der siebziger Jahre eine Kapitalismuskritik formuliert, die sich vom herrschenden neoliberalen wirtschaftstheoretischen Mainstream als auch von der marxistischen Gegenposition unterscheidet. Diese feministische Analyse der herrschenden Wirtschaft ist im öffentlichen Diskurs kaum wahrgenommen worden. Darum hier noch einmal die wichtigsten Grundthesen. Sie treffen heute genauso zu wie vor zwanzig Jahren:

Frauen, Kolonialismus und die kapitalistische Weltwirtschaft

1. Fortschritt wird üblicherweise als ein linearer, evolutionärer Prozeß verstanden, der auf einer „primitiven" oder „rückständigen" Stufe beginnt und, angetrieben durch die Entwicklung von Wissenschaft und Technik – marxistisch gesprochen: der Produktivkräfte – in grenzenloser Progression immer „höher" aufsteigt. Bei diesem prometheischen Projekt werden jedoch weder die Grenzen unseres Planeten noch die Grenzen der Zeit und unserer menschlichen Existenz berücksichtigt. Das Ziel „grenzenloser Fortschritt" und „grenzenloses Wachstum" kann in einer begrenzten Welt immer nur *auf Kosten* von anderen erreicht werden. Anders ausgedrückt: Wohlstand einiger bedingt die Verarmung anderer, Fortschritt in einigen Teilen basiert auf dem Rückschritt von anderen Teilen, Entwicklung einiger Gesellschaften baut auf der Hinunterentwicklung anderer Gesellschaften auf. Begriffe wie „grenzenloses Wachstum" beinhalten in einer begrenzten Welt notwendigerweise, daß irgendwelche „anderen" (Völker, Klassen, Geschlechter, Rassen, die Natur) die Kosten dieses Wachstums zu tragen haben.

2. Das bedeutet, daß der Prozeß der Kapitalakkumulation nicht nur auf der Grundlage „normaler" Ausbeutung der LohnarbeiterInnen in den kapitalistischen Industrieländern funktionieren kann, wie noch Marx annahm. Fortgesetzte Akkumulation ist nur möglich, wenn dauernd weitere Milieus und Gebiete für mehr Arbeitskräfte, mehr Rohstoffe und mehr Märkte erschlossen werden. Wir nennen diese Gebiete und Milieus Kolonien. Die wichtigsten Kolonien sind: die Natur, die Frauen, fremde Völker, Gebiete, Kulturen. Die Ausplünderung solcher Kolonien war nicht nur am Anfang des Kapitalismus notwendig, während der Periode der „ursprünglichen Akkumulation", wie Marx diese Epoche bezeichnete. Die gewaltsame Ausbeutung dieser Kolonien ist auch heute notwendig, um die Wachstumsmaschine-

rie in Gang zu halten. Darum reden wir von der „fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation". (Bennholdt-Thomsen, Mies, v. Werlhof 1983/1992)

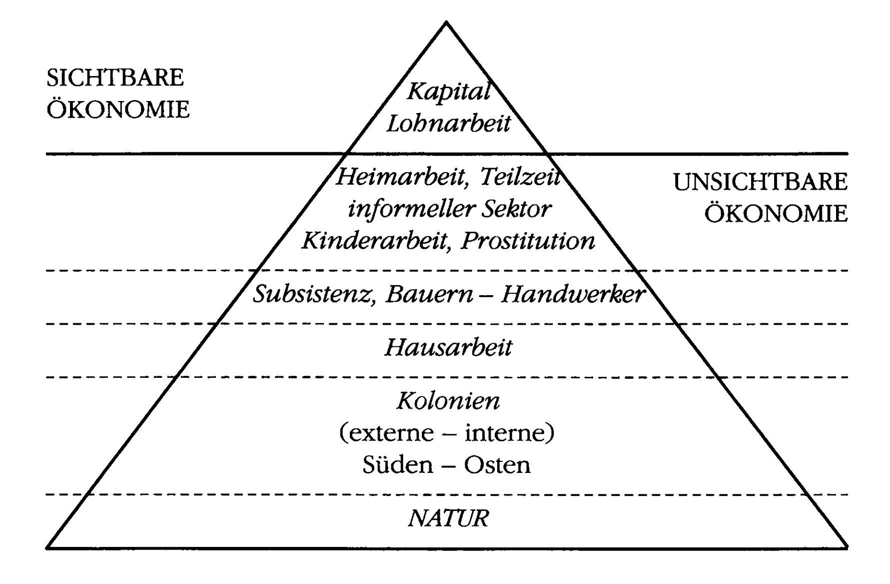
3. Es gibt keine Kolonisierung ohne Gewalt. Die Beziehung zwischen dem Kapitalisten und dem Lohnarbeiter ist, juristisch gesprochen, eine zwischen Eigentümern – der eine ist Eigentümer von Kapital, der andere von Arbeitskraft –, die einen Vertrag abschließen. Die Beziehung zwischen einem Kolonisator und einer Kolonie ist aber nie eine Vertrags- oder Tauschbeziehung. Diese Beziehung wird durch Gewalt initiiert und durch direkte und strukturelle Gewalt aufrechterhalten. Aus diesem Grund ist Gewalt weiterhin notwendig, um ein System aufrechtzuerhalten, das auf stetes Wirtschaftswachstum zielt.

4. Diese Gewalt ist nicht geschlechtsneutral; im Gegenteil, sie richtet sich zunehmend gegen Frauen. Normalerweise wird angenommen, daß das Patriarchat als System der Männerherrschaft über Frauen mit der Modernisierung und Industrialisierung verschwinden und die Gleichberechtigung der Geschlechter folgen würde. Entgegen dieser Annahme ist unsere These, daß das Patriarchat nicht nur *nicht* durch die Modernisierung verschwindet, sondern daß der nie endende Expansionsdrang einer auf Wachstum programmierten Wirtschaft nur möglich ist, wenn patriarchale Mann-Frau-Beziehungen erhalten und, wenn notwendig, neu geschaffen werden.

5. Wir erleben heute nicht nur die Globalisierung dieses Wirtschaftssystems, sondern auch die weltweite Zunahme von Gewalt vor allem gegen Frauen, Kinder und andere schwächere Gruppen. Diese Gewalt nimmt nicht nur in den Gebieten der Dritten Welt zu, sondern auch in den kapitalistischen Zentren, die sich als „Zivilgesellschaft" verstehen. Angesichts dieser Gewalt, die Teil der Wachstumsmaschinerie ist, reicht bloße Gleichstellungspolitik nicht aus. Innerhalb eines solchen Systems heißt Gleichstellung „nachholende Entwicklung" mit Kolonisatoren, nicht aber Beseitigung kolonialer Verhältnisse.

6. Eine solche Wirtschaft läßt sich am besten im Bild eines Eisbergs darstellen. Nur der Teil des Eisbergs, der aus dem Wasser ragt, nämlich Kapital und Lohnarbeit, gilt üblicherweise als Wirtschaft. Nur dieser „Über-Wasser"-Teil der Wirtschaft erscheint in der nationalen Gesamtrechnung, die im Bruttosozialprodukt (BSP) oder Bruttoinlandprodukt (Gesamtmenge der jährlich produzierten Waren und Dienstleistungen, in Geld ausgedrückt) dargestellt wird (Waring 1989). Alle Nicht-Lohnarbeit – vor allem die der Hausfrauen, aber auch die der Subsistenzproduzenten und aller anderer Kolonien und auch die

Produktion der Natur – befindet sich unter Wasser, ist unsichtbar. Auf diese unsichtbare Ökonomie werden alle Kosten abgeschoben, die das Kapital nicht zahlen will. Man sagt, sie werden „externalisiert". Und auch die Arbeiter und ihre Vertreter, die Gewerkschaften, haben sich bisher nicht dafür eingesetzt, daß diese Produktion sichtbar gemacht und in die Berechnung der Kosten einbezogen würde. Denn auch ihr Anteil am erwirtschafteten Reichtum basiert auf der fortgesetzten Ausbeutung der „Unterwasserökonomie".



Das Eisberg-Modell der kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaft

Die *sichtbare* Ökonomie wird getragen und *subventioniert* von der unsichtbaren Ökonomie. Die Anordnung der verschiedenen Schichten von Arbeit in der „Unter-Wasser"-Ökonomie folgt dem Prinzip der abnehmenden Monetarisierung. Je näher an der „Wasseroberfläche", je mehr nähert sich die Arbeit der Lohnarbeit an, ohne jedoch zur regulären, durch Verträge abgesicherten Lohnarbeit zu werden. Je weiter nach „unten", um so „freier" wird die Arbeit vom Tauschwert Geld. Am „freiesten" ist die Natur, die für die „Über-Wasser-Ökonomen" als „freies Gut" gilt. Generell gilt, daß alle Tätigkeiten in der unsichtbaren Ökonomie „naturalisiert" worden sind, weil sie angeblich nicht dem Zweck der Kapitalverwertung dienen, sondern das Ziel haben, das eigene Leben, die eigene Subsistenz herzustellen und zu

erhalten. Darum wird, nach Claudia v. Werlhof, alles zur Natur „erklärt“, was fürs Kapital gratis sein soll. (v. Werlhof 1983/1992) Während den Menschen in der unsichtbaren Ökonomie weisgemacht wird, das eigentliche Leben sei „oben“, in der sichtbaren Ökonomie – der Geldökonomie –, hängt aber letztere von der ersteren ab.

Was unter dem Einfluß der Globalisierung jedoch geschieht, ist nicht das, was alle erwarten, nämlich daß sie per „nachholender Entwicklung“ aufsteigen – im Gegenteil: Mehr und mehr LohnarbeiterInnen in der sichtbaren Ökonomie verlieren ihren Job und sinken ab in die unsichtbare Ökonomie. D.h. aus festen Arbeitsplätzen wird Gelegenheitsarbeit, aus Fabrikarbeit Heimarbeit, aus gewerkschaftlich und rechtlich geschützter Arbeit werden flexibilisierte, hausfrauisierte Arbeitsverhältnisse, aus der sichtbaren Wirtschaft wird „Schattenwirtschaft“. (Illich 1982) Dabei ist es genau umgekehrt, wie uns die kapitalistische Wirtschaftstheorie weismacht, nämlich, daß es einen „trickle-down“-Effekt von oben nach unten gäbe, ein Durchsickern des Reichtums von der Spitze der Pyramide zu den Zukurzgekommenen an ihrem Fuß. Das Gegenteil ist richtig: An der Spitze des „Eisbergs“ wird immer mehr Reichtum angehäuft, der den verschiedenen Schichten der „Unter-Wasser-Ökonomie“ abgepreßt wurde und dort dann eben *nicht mehr* vorhanden ist. Inzwischen wird selbst im UNDP-Bericht von 1996 zugegeben, daß globales Wachstum dazu geführt hat, daß der Anteil der Wohlhabenden am Reichtum dieser Welt, die 20% der Weltbevölkerung ausmachen, innerhalb von 30 Jahren von 70% auf 85% gestiegen ist, während der Anteil der 20% Ärmsten an diesem Reichtum im selben Zeitraum von 2,3% auf 1,4% gesunken ist. Die zehn reichsten Personen der Welt besitzen 133 Milliarden Dollar, anderthalbmal soviel wie die Nationaleinkommen der 48 ärmsten Länder. (*Frankfurter Rundschau*, 4.6.1997) Die wachsende Kluft zwischen reichen und armen Ländern, Klassen, Geschlechtern wird zugegeben.

Auch in Deutschland ist dieselbe Kluft festzustellen. 1995 betrug das registrierte Geldvermögen der privaten Haushalte ca. 4650 Mrd. DM. Von diesem Vermögen waren knapp 50% in der Hand von 10% der Reichsten, während sich die untere Hälfte der Bevölkerung 8,5% dieses Geldvermögens teilen mußte. (Klauss 1997, 5ff) Einige zweifeln inzwischen daran, daß Wachstum diese Kluft verkleinern würde, aber man gibt immer noch nicht zu, daß die Kluft eine notwendige strukturelle Folge eben dieses Wirtschaftssystems ist. Im globalen kapitalistischen Patriarchat kann es nicht Gleichheit für alle geben. Dies gibt selbst die Weltbank indirekt zu, wenn sie sagt, daß Ungleichheit der

Löhne, des Einkommens, des Wohlstandes eine notwendige Begleiterscheinung des „Übergangs“ von der sozialistischen zur kapitalistischen Wirtschaft ist. („A Global Poverty Gap“, in *The Economist*, 20.7.1996, S. 36) Dieses kapitalistische Patriarchat hat jedoch eine lange Vorgeschichte.

Patriarchat, Kolonisierung und Hausfrauisierung

Das Patriarchat ist ein System der Herrschaft von Männern über Frauen, das vor etwa 5000 Jahren unter bestimmten Stämmen entstand, die Krieg und Eroberung, und damit die Herrschaft über andere Stämme und deren Territorium, zur Hauptquelle ihres Reichtums machten. Das Geheimnis des Erfolgs dieser Stämme ist *nicht* ihre überlegene Intelligenz oder Kultur, sondern ihre *Waffenüberlegenheit*, genauer: das Monopol über Waffen in der Hand einiger Männer. Waffen gaben diesen Männern Macht über Frauen, fremde Völker und fremde Territorien, Macht, die nicht aus ihrer Arbeit erwuchs, sondern aus der Gewalt über Leben und Tod.

Dieses Waffenmonopol in der Hand einiger Männer einiger Stämme (vor allem aus den zentralasiatischen Steppen, vgl. M. Gimbutas 1991), veränderte radikal die Beziehungen zwischen Mensch und Natur, verschiedenen Clans, Stämmen, Völkern und auch zwischen Männern und Frauen. Nicht mehr die, die das menschliche Leben hervorbringen, die Frauen, gelten als der Ursprung des Lebens, sondern diejenigen, die das Tötungsmonopol besitzen. Denjenigen, die sie am Leben ließen, hatten sie das Leben „geschenkt“. *Wer tötet, ist.* Das ist der Kern der patriarchalen Philosophie und Logik bis heute (Mies 1988, Keller 1990). Das gilt auch für die europäische Zivilisation, einschließlich ihrer modernen Phase der Industrialisierung und der Schaffung der Kleinfamilie. Es gibt jedoch nicht nur Kontinuitäten zwischen dem alten Patriarchat und dem modernen, industrie-kapitalistischen oder -sozialistischen Patriarchat, sondern auch Unterschiede. Zu den Unterschieden gehört die Hausfrauisierung der Frauen.

Hausfrauisierung

Einer der wichtigsten Unterschiede ist die Neudefinition des Begriffs von Arbeit und der geschlechtlichen Arbeitsteilung, nach der der männliche „Ernährer der Familie“ seine Arbeitskraft für einen Lohn verkauft, womit er dann eine Familie (Frau und Kinder) erhält. Die Frau soll als Hausfrau die notwendige unbezahlte Arbeit zur Produktion und Reproduktion des Lebens tun.

Die Neudefinition der geschlechtlichen Arbeitsteilung, vor allem

die Definition der Frau als Hausfrau ist nicht das Resultat eines eingeborenen männlichen Sadismus, sondern eine strukturelle Notwendigkeit des Prozesses der Kapitalakkumulation. Ohne diese inzwischen internationale „Hausfrauisierung" von Frauen wären Produktivitätszuwächse und Wirtschaftswachstum im Norden und Süden nicht aufrechtzuerhalten und zu erklären.

Maria Mies hat den Begriff der Hausfrauisierung im Zusammenhang ihrer Forschung über Spitzenhäklerinnen in Narsapur, Südindien, geprägt. Schottische Missionare hatten dort im 19. Jahrhundert die Spitzenindustrie eingeführt und die armen Landfrauen gelehrt, in Heimarbeit Spitzen zu häkeln, die dann in Europa, U.S.A. und Australien verkauft wurden. Die Frauen verdienten einen Bruchteil des Mindestlohns, der ansonsten für Landarbeiterinnen gezahlt wurde. Sie arbeiteten nach dem Verlagssystem und für Stücklohn. Die Ausbeutung funktionierte, weil die Exporteure, die Millionäre geworden waren, die Landfrauen als Hausfrauen definierten, die sowieso zu Hause säßen und ihre freie Zeit produktiv nutzen könnten. Hausfrauisierung bedeutete also nicht nur *kostenlose Reproduktion* der Arbeitskraft durch private Hausarbeit, sondern auch die *billigste Art der Produktionsarbeit* in Heimarbeit oder ähnlichen Arbeitsverhältnissen, speziell für Frauen. (Mies 1982)

Diese Hausfrauisierung der Frauen wird aber auch nicht in Frage gestellt, wenn Frauen erwerbstätig oder die einzigen Ernährerinnen der Familien sind, was zunehmend der Fall ist. Sie ist der Grund dafür, daß Frauenlöhne fast überall auf der Welt niedriger als Männerlöhne sind.

Die Analyse der Hausfrauisierung wäre unvollständig, wenn wir sie nicht im Zusammenhang der Kolonisierung betrachteten. Hausfrauisierung und Kolonisierung, die 1. Phase der Globalisierung, sind nicht nur zwei Prozesse, die historisch zeitgleich – im 18. und 19. Jahrhundert – abliefen. Sie sind auch ursächlich miteinander verknüpft. Ohne die Eroberung von Kolonien, die Ausbeutung ihrer Rohstoffe und der menschlichen Arbeit wäre die Unternehmerklasse nicht in der Lage gewesen, ihre industrielle Revolution zu beginnen; Wissenschaftler hätten kaum Kapitalisten gefunden, die an ihren Erfindungen interessiert gewesen wären; die bürgerliche Klasse der Gehaltsempfänger hätte kaum genug Geld gehabt, sich eine „nicht-arbeitende Hausfrau" und Dienstpersonal zu leisten; die Arbeiter hätten weiterhin ein miserables Proletarierleben geführt. Der Kolonialismus war die materielle Voraussetzung für die Steigerung der Produktivität menschlicher Arbeit, die die industrielle Expansion erst ermöglichte.

Wie schon erwähnt, ist die Globalisierung der Wirtschaft im Kapitalismus selbst angelegt. Wir können im Lauf der Geschichte des kapitalistischen Patriarchats drei Phasen unterscheiden:

1. die koloniale Phase, die bis zum Ende des zweiten Weltkriegs dauerte und durch den Entwicklungs-Kolonialismus ersetzt wurde.

2. die Phase der sogenannten neuen internationalen Arbeitsteilung, die in den frühen siebziger Jahren begann. Sie ist gekennzeichnet durch die Verlagerung ganzer Produktionszweige wie Textilien, Elektronik, Spielwaren, aus den alten Industriezentren in sogenannte Billiglohnländer wie Südkorea, Philippinen, Malaysia, Mexiko. Stichwort: Globales Fließband.

3. die Phase, in der wir uns zur Zeit befinden. Sie ist gekennzeichnet durch die Abschaffung aller protektionistischen Handelsschranken weltweit, durch Strukturanpassungsprogramme, GATT/WTO, Deregulierung, Förderung des Freihandels und Ausdehnung der Warenproduktion und des Warenkonsums auf alle Bereiche der Wirklichkeit.

In allen drei Phasen spielt die Hausfrauisierung eine entscheidende Rolle. Wir beschränken uns hier jedoch auf die 2. und 3. Phase.[1]

2. Phase der Globalisierung: Frauen am Globalen Fließband

Inzwischen ist deutlich geworden, daß die Erfindung der „Hausfrau" nicht nur die beste Methode war und ist, um die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft so gering wie möglich zu halten, sondern daß sie auch die optimale Arbeitskraft in der Warenproduktion ist. Das ist zunächst in der Dritten Welt deutlich geworden, wohin seit Anfang der siebziger Jahre zentrale westliche Produktionsbereiche wie Textilien, Elektronik, Spielwaren usw. verlegt wurden. Die Tatsache, daß die Löhne in den FPZs und Weltmarktfabriken so gering waren/sind, ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß etwa 80% der Arbeitskräfte junge, unverheiratete Frauen sind, sondern daß sie als „Hausfrauen" definiert sind. Sie werden eingestellt wegen ihrer Hausfrauenqualifikationen: ihrer „geschickten Finger", ihrer Fügsamkeit, Sorgfalt, ihrer Näh-Kenntnisse und der Tatsache, daß sie nach der Heirat entlassen werden können. Wenn von Südkorea, Thailand, Singapur, Malaysia als den erfolgreichen „neuen Tigern" die Rede ist, wird übersehen, daß das Wirtschaftswunder dieser Länder auf der brutalen Ausbeutung junger Frauen und ihrer Definition als Hausfrauen beruht. (Mies 1988/92)

Die klassische Form hausfrauisierter Produktionsarbeit im Weltmarkt ist die Heimarbeit, bei der Frauen ihre Haus- und Familienarbeit

mit der Herstellung irgendwelcher Produkte (Handarbeiten, Nahrungsmittel, Teile für die Weltmarktfabriken, Tele-Heimarbeit usw.) verbinden können, keinerlei Arbeitsschutz unterliegen, total vereinzelt arbeiten, die geringsten Löhne und oft die längsten Arbeitszeiten haben. Auch in anderen Produktionsbereichen – Landwirtschaft, Handel, Dienstleistungen – werden weibliche Arbeitskräfte nach dem Modell der Hausfrau engagiert.

3. Phase: Globalisierung ohne „menschliches Gesicht"
Strukturanpassung GATT/WTO

In den späten 70er und frühen 80er Jahren wurden den „unterentwickelten" Ländern billige Auslandsanleihen geradezu aufgedrängt.

Aber beginnend 1982 mit Mexiko haben die meisten Länder des Südens nun zunehmend Schwierigkeiten mit der Zinszahlung für ihre Auslandsschulden. Die sog. Schuldenkrise bricht an, und mit ihr setzen die massiven Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand ein. IWF und Weltbank, die 1945 eingesetzten Garanten für das Funktionieren einer „freien" Weltwirtschaft, treten in Aktion. Dem neoliberalen Credo dieser beiden mächtigen internationalen Finanzbehörden zufolge – das da lautet: private unternehmerische Initiative und ungehindertes Wirken der freien Marktkräfte bringen den großen wirtschaftlichen Aufschwung –, betreffen die Sparmaßnahmen vor allem den Sozialbereich, d.h. die öffentliche Wohlfahrt, das staatliche Gesundheits- und Erziehungswesen und die Zuschüsse für Grundnahrungsmittel. Vor allem arme und alleinstehende Frauen mit Kindern, die von der Wohlfahrt abhängen, Analphabetinnen und auf öffentliche medizinische Versorgung angewiesen sind, sind von dieser Sparpolitik betroffen.

Die skizzierte Sparpolitik, „Strukturanpassungsprogramme" (SAPs) genannt, wird von Weltbank und IWF von den Regierungen gefordert, bevor neue Kredite vergeben werden, häufig, damit die alten zurückgezahlt werden können, was „Umschuldung" heißt. In den letzten Jahren haben Weltbank und IWF mehr Geld von den hochverschuldeten, ärmeren Ländern zurückerhalten, als sie an sie ausgezahlt haben.

Während in der zweiten Phase der Globalisierung die Menschen noch die Illusion haben konnten, die kreditgesteuerte, exportorientierte Industrialisierung in der Dritten Welt würde nicht nur den Konzernen und KonsumentInnen in den reichen Ländern und Klassen, sondern auch den armen Ländern zugute kommen – daß also alle irgendwann ein wirtschaftliches Niveau wie das Schwedens erreichen würden –, ist diese Illusion mit der Umstrukturierung der Weltwirtschaft, wie sie sich seit 1990 vollzieht, nicht mehr aufrechtzuerhalten.

In dieser dritten Phase der Globalisierung werden die Prozesse, die in der zweiten Phase begannen, nicht nur fortgesetzt und erweitert, sondern auch qualitativ verschärft. So wird die Strategie, Produktionsstätten in Billiglohnländer zu verlagern, durch GATT und WTO praktisch auf fast alle Länder der Welt ausgedehnt. Diese dritte Phase der Globalisierung wird theoretisch begründet durch das Dogma von den *komparativen Kostenvorteilen*, das David Ricardo (1772–1822) entwickelt hat. Ricardo erklärte, daß es für Länder günstiger sei, miteinander Handel zu treiben, als daß jedes Land die Güter selbst herstellt, die es braucht. Er illustrierte seine Theorie der „komparativen" – also der vergleichweisen – Kostenvorteile durch das berühmte Beispiel des Geschäfts mit Tuch und Wein zwischen England und Portugal. Es war kostengünstiger für England, Tuch nach Portugal zu exportieren und dafür Wein zu kaufen. Umgekehrt hatte Portugal einen Vorteil, wenn es Wein nach England exportierte und dafür Tuch von dort kaufte.

Die Folgen dieser neuen globalen Umstrukturierung für die alten Industrieländer sind nicht mehr nur der Verlust von Arbeitsplätzen, auf denen vormals Frauen gearbeitet haben, sondern nun sind auch die männlichen Lohnarbeiter – und zwar die Stammarbeiter – von Firmenverlagerungen betroffen. Das Dogma der *komparativen Kostenvorteile* wird heute jedoch vor allem durch die Lohnkostenvorteile in den Billiglohnländern realisiert. Nach Pam Woodall waren die Stundenlöhne für Produktionsarbeiter 1994 im Durchschnitt wie folgt:

in Deutschland	US$ 25,-
in USA	US$ 16,-
in Polen	US$ 1,40
in Mexiko	US$ 2,40
in Indien, China, Indonesien	US$ 0,50

Es ist bekannt, daß deutsche männliche Produktionsarbeiter die teuersten der Welt sind. Kein Wunder, daß das deutsche Kapital, trotz hoher Gewinne, dahin geht, wo es billigere Arbeiter und laxere Umweltgesetze gibt.

Die Vorteile des internationalen Handels bestehen darin, daß die Länder ihre komparativen Kostenvorteile ausbeuten können, nicht darin, daß sie versuchen, „gleich" zu sein. Und ein großer Teil der komparativen Kostenvorteile der Dritten Welt besteht in der einen oder anderen Weise in der Tatsache, daß sie arm sind, besonders in der billigen Arbeitskraft und der größeren Toleranz in bezug auf Umweltverschmutzung. (Woodall 1994, 42)

Was auch Pam Woodall nicht erwähnt, ist die Tatsache, daß die billigsten der billigen Arbeitskräfte weltweit Frauen sind, Frauen, die als

Hausfrauen „konstruiert" wurden. Das wurde schon in der zweiten Phase der Globalisierung deutlich. Es ist in noch viel umfassenderem Maß in der dritten Phase sichtbar. Denn die globale Umstrukturierung hat nun alle Länder, alle Sektoren der Wirtschaft einschließlich Landwirtschaft und Nahrungsproduktion und alle Arbeitsverhältnisse erfaßt.

Hatten Arbeiterinnen in den Weltmarktfabriken bis vor kurzem noch gehofft, daß sie durch heroische Arbeitskämpfe halbwegs menschliche Arbeitsverhältnisse, wie sie von der *International Labour Organisation* (ILO) gefordert werden, durchsetzen könnten, so müssen sie jetzt feststellen, daß die TNKs, für die sie bisher gearbeitet haben, entweder einfach ihr Land verlassen und in noch billigere Länder umziehen, z.B. von Südkorea nach Bangladesch, Vietnam, Guatemala oder China; oder daß sie, in Hongkong etwa, billigere Arbeiterinnen aus China anheuern. Die Hauptstrategie zur Verbilligung auch der weiblichen Arbeitskraft ist jedoch eindeutig eine weitere Hausfrauisierung und Globalisierung.

Das *Committee for Asian Women* (CAW) hat 1995 unter dem Titel *„Silk and Steel"* eine datenreiche Analyse der Folgen der globalen Umstrukturierung für die Arbeiterinnen in asiatischen Industriezentren, vor allem in den *Export Processing Zones* (EPZs) in den Philippinen, Südkorea, Hongkong, Singapur herausgegeben. Die Autorinnen beschreiben nicht nur die Zunahme sexistischer Diskriminierung – Männer bekommen feste Jobs, Frauen nur noch Teilzeit- und ungesicherte Arbeit –, sondern vor allem auch, daß verheiratete Frauen vom formellen Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden,

> *denn Manager wollen die Kosten für Mutterschaftsurlaub und andere Vergünstigungen vermeiden. Sie argumentieren meist, daß verheiratete Frauen zu viele Familienpflichten hätten und sich nicht auf ihre Arbeit konzentrieren könnten.* (CAW, 1995, 31)

Das heißt aber keineswegs, daß diese verheirateten Frauen nun von einem Ehemann „ernährt" werden und nicht mehr direkt fürs Kapital arbeiten müßten. Der Druck, der durch die Verlagerung von EPZs in noch billigere Länder auf die Arbeiterinnen ausgeübt wird, hat zu einer weiteren „Casualization" von Frauenarbeit geführt: Aus festen werden unsichere, aus geschützten ungeschützte, aus Vollzeit- werden Teilzeitjobs, aus Vollzeitarbeiterinnen Gelegenheitsarbeiterinnen, Fabrikarbeit wird vor allem ausgelagert in Heimarbeit. Diese verrichten dann die nach Hause geschickten verheirateten Frauen neben ihrer Familienarbeit und der Betreuung ihrer Kinder. Oder sie sind gezwungen, stundenweise irgendwelche Dienstleistungen zu erbrin-

gen. 70% der aus dem produzierenden Bereich entlassenen Frauen werden Gelegenheitsarbeiterinnen im Dienstleistungssektor.

Und wo arbeiten diese Gelegenheitsarbeiterinnen? Bei MacDonalds, Spaghetti House, Maxim, in Supermärkten, als Putzfrauen, Hausangestellte und in Büros. Wahrscheinlich auch als Sex-Arbeiterinnen. Das ist der „Dienstleistungsektor", von dem sich hiesige Ökonomen und Politiker die Lösung des Arbeitslosenproblems erwarten!

Die Gesamtanalyse der Autorinnen von „Silk and Steel" zeigt nicht nur die Tendenz zur weiteren Hausfrauisierung von Arbeit auf, die mit der Globalisierung einhergeht, sondern vor allem, daß diese Strategie für Frauen zu einer allgemeinen Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen geführt hat. Hinzu kommt, daß auch die Männer sich immer weniger „als Ernährer" für ihre Familien verantwortlich fühlen und die Frauen verlassen, die dann allein für ihre Kinder sorgen müssen. Hausfrauisierung ist fürs Kapital die beste Strategie, im Zuge der Globalisierung komparative Kostenvorteile zu realisieren. Für Frauen ist sie eine Katastrophe.

Aber nicht nur für Frauen. 1986 wurde auch der Agrarsektor weltweit in das GATT-Abkommen aufgenommen. Damit wurde nun auch der Agrarhandel globalisiert und liberalisiert. Die Kosten dieser Politik tragen weltweit die Kleinbauern, die Natur und die Frauen. Das soll an einigen weiteren Beispielen aus dem Süden illustriert werden.

Sie predigen Nahrungssicherheit für alle und erzeugen Hunger.

Die Theorie von den komparativen Kostenvorteilen bedeutet heute, daß Nahrung dort produziert wird, wo die Löhne am niedrigsten und die Umweltgesetzgebung am laxesten ist. Außerdem bedeutet es, daß die Bauern nicht mehr hauptsächlich für die Versorgung der eigenen Bevölkerung produzieren, sondern Produkte für einen externen Markt herstellen, wo höhere Gewinne winken.

Garnelen statt Reis

In Indien wurde entlang der Ostküste fruchtbares Reisland von Firmen gepachtet oder gekauft, um dort Garnelenfarmen anzulegen. Diese „Aquakultur"-Projekte wurden durch die Weltbank angeregt. Die Garnelen werden nach Europa, Japan, Korea und USA exportiert und sind inzwischen auch in unseren Supermärkten billig zu kaufen. Zur Anlage der Garnelenbassins muß Meerwasser aufs Land gepumpt werden, was das Land und das Trinkwasser versalzt. Außerdem zerstört

die Garnelenzucht die traditionelle Küstenfischerei und damit die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen, die von Reis und Fisch leben. Zwischen 1990 und 1994 ist der indische Export landwirtschaftlicher Produkte von 1 Billion Rupies auf 12 Billionen Rupies gestiegen. Davon entfielen 2 Billionen Rupies auf den Export von Garnelen.

Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Kosten dieses „Wachstums" tragen jedoch, wie Vandana Shiva nachweist, die lokalen Gemeinschaften, vor allem die Frauen. Während die Garnelenexporte in den nationalen und globalen Wachstumsstatistiken auftauchen, bleibt die Zerstörung der Grundlagen der lokalen Nahrungs- und Trinkwasserversorgung unerwähnt. Vor allem die Frauen der Fischer- und Bauerndörfer, die seit je von Reis und Fischen gelebt haben, sehen sich ihrer Nahrungsgrundlage beraubt. Sie sind daher diejenigen, die am aktivsten gegen diese Garnelenfarmen protestieren. Vandana Shiva zitiert Govindamma aus dem Dorf Kumu:

> *Zuerst haben sie uns von der Meeresküste vertrieben, und wir mußten uns Arbeit auf dem Land suchen. Jetzt bauen sie die Garnelenfarmen auf dem Reisland... Dort verlieren wir nun auch unsere Arbeit. Wo sollen wir unser Einkommen verdienen?* (in Shiva 1995a, S. 14)

Eine weitere Folge der globalen Freihandelspolitik ist der Raub und die Kommerzialisierung traditionellen Wissens durch TNKs.

Die GATT-Bestimmungen enthalten u.a. eine Klausel über die „Trade-Related-Intellectual-Property-Rights" (TRIPs), die handelsbezogenen intellektuellen Eigentumsrechte. Hinter diesem Kürzel verbirgt sich der Versuch der reichen Industrieländer und ihrer TNKs, Zugang zur genetischen Vielfalt der südlichen Tropenländer und zum traditionellen Wissen der dortigen Gemeinschaften über Pflanzen, Tiere, Erde usw. zu bekommen, um dieses Wissen zu industrialisieren, zu kommerzialisieren, zu privatisieren und am Ende zu monopolisieren. Dies wird möglich, weil die TRIPs es Forschern und Konzernen im Rahmen von GATT erlauben, bio- oder gentechnisch manipulierte Pflanzen und Tiere zu patentieren. Die Folgen für die einheimischen Bauern und Kleinproduzenten wurden in den letzten Jahren u.a. von der indischen Bauernbewegung gegen GATT und gegen die Patentierung der Produkte des Neembaums deutlich gemacht. Produkte des Neembaums werden in Indien seit Jahrtausenden zur Desinfektion und Schädlingsbekämpfung verwandt. Das Wissen um die Qualitäten von Neem ist Allgemeingut – Allmende. Als der Amerikaner Larson das Patent auf alle Neemprodukte erwarb und an den Chemie-Multi W. R. Grace verkaufte, hatte er nichts Neues erfunden, sondern sich nur das

uralte Wissen der indischen Bauern angeeignet und vermarktet. Hinfort müssen Inder, die Neemprodukte herstellen wollen, Lizenzgebühren an Larson und W. R. Grace zahlen. Ähnliche Prozesse laufen auf dem Saatgutsektor ab, wo TNKs wie Cargill weltweit ihre Kontrolle über Saatgut und pflanzengenetische Ressourcen ausweiten und ihre kommerziellen Interessen gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung durchsetzen und international rechtlich festschreiben.

Der globale Freihandel geht auf Kosten der Natur, der Bauern, der Armen, der Kinder und der Frauen. Die Suche nicht nach komparativem, sondern nach absolutem Vorteil bedeutet für arme Länder des Südens, daß das Überleben der Bauern und die Nahrungssicherheit der Armen geopfert wird für die Wachstumsinteressen des Kapitals. In Indien, schreibt Vandana Shiva, wurden durch diese neoliberale exportorientierte Politik die Preise für Reis und Weizen sofort erhöht. Gleichzeitig wurden die Bauern in armen Regionen durch den Import von Hirse ihres eigenen Marktes beraubt. (Shiva 1995a, 13; 1997)

Die Maisbauern von Mindanao

Die 1,2 Millionen Kleinbauern von Mindanao, die hauptsächlich vom Verkauf von Mais abhängen, sind durch die Freihandelspolitik von GATT/WTO auf einen Schlag in die Armut getrieben worden. Die USA verkaufen nun Mais in den Philippinen zu einem Preis, der weit unter dem Erzeugerpreis der philippinischen Bauern liegt. Auf jeden Fall können die BäuerInnen von Mindanao mit diesem Billigmais nicht konkurrieren und müssen die Landwirtschaft aufgeben. Die verarmten Bauern ziehen entweder in die schon überfüllten Slums der Städte, oder die Männer versuchen, Gelegenheitsarbeiter auf den Plantagen des amerikanischen Multis Del Monte zu werden, der nun das Land der Bauern billig erwirbt, um dort Exportfrüchte für amerikanische, europäische und japanische Supermärkte zu produzieren.

> *Anstatt Nahrung für sich selbst auf ihrem eigenen Grund anzubauen, werden die, die das Glück haben, Gelegenheitsarbeit auf diesen Plantagen zu finden, Ananas, Bananen und Gemüse für die westlichen Supermärkte produzieren. Und all das wird als ein weiterer Sieg der „komparativen Kostenvorteile“ und des Freihandels gefeiert werden. Schließlich, warum Nahrung selbst anbauen, wenn du sie billiger kaufen kannst? Und billiger als in den USA kann man sie nicht kaufen. Da es keine Handelshemmnisse mehr gibt, kann Mais, der im Mittelwesten der USA angebaut wird, für die Hälfte des Marktpreises in Mindanao verkauft werden.* (Kevin Watkins, *Guardian Weekly*, 16. Feb. 1997)

Dabei ist dieser freie Agrarhandel der USA keineswegs wirklich frei. Er wird vielmehr pro Farmer mit 29.000 US-$ subventioniert. Freihandel bedeutet also nicht, wie behauptet wird, ein „level playing field", sondern er hat *Gewinner* und *Verlierer*. Gewinner sind die Agrarmultis und Chemiebetriebe. Verlierer sind weltweit die KleinbäuerInnen, Frauen und Kinder.

Doch wie ist es mit den KonsumentInnen im Norden? Gehören die nicht auch zu den Gewinnern dieser Freihandelspolitik? Stimmt es denn nicht, was die Vertreter der G 7 im Herbst 1996 in Lyon verkündeten, daß Freihandel den KonsumentInnen billigere Nahrungsmittel beschert? Die Verbraucherverbände haben GATT zugestimmt, weil alle Waren billiger würden. Die VerbraucherInnen hierzulande haben den Abschluß der GATT-Verträge kaum wahrgenommen. Sie fragen nicht, warum es das ganze Jahr über exotische Früchte in unseren Gemüseläden zu erschwinglichen Preisen gibt und warum die T-Shirts noch billiger als vor einigen Jahren sind. Diese Art von Bewußtlosigkeit in bezug auf die tatsächlichen ökonomischen Verhältnisse ist jedoch Teil der neoliberalen Strategie. Nur so kann verhindert werden, daß das Volk, wie z.B. im Süden, gegen GATT/WTO, Weltbank und TNKs aufsteht.

Die Rückkehr der Krise in die Metropolen oder: Die Globalisierung bringt es an den Tag

Obwohl die Länder des Nordens bislang die Gewinner dieser Handels- und Kapitalschlacht sind, zeitigt sie auch hier bedenkliche Wirkungen. Ein gutes Beispiel sind die Ereignisse in Deutschland nach der Wiedervereinigung, die unter neoliberalem Vorzeichen betrieben wurde. Erstes Ergebnis waren massenhafte Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Zwei Drittel aller Arbeitslosen in den Neuen Bundesländern sind Frauen. Das geschieht dort, wo die Frauenerwerbsrate die höchste der Welt war und Frauen in allen Berufszweigen vertreten waren. Es ist schon fast verwunderlich, mit welch schamloser Selbstverständlichkeit der demokratische Staat das unternehmerische sexistische Wirtschaftsgebaren sich entfalten läßt, ja unterstützt.

Damit aber nicht genug. Inzwischen haben die Sparmaßnahmen auch uns erreicht, und zwar aus demselben Grund wie in der Dritten Welt auch: Die öffentliche Verschuldung ist zu hoch, die TNKs, die globalen Institutionen und regionalen Handelsblöcke (GATT, WTO, EU, NAFTA) sind durch die internationale wie die nationale Wirt-

schaftspolitik so erstarkt, daß allein ihre Interessen die volkswirtschaftlichen Entscheidungen bestimmen. Die Regierung sieht es als ihre wichtigste Aufgabe, diese Interessen zu vertreten, vorgeblich zum Wohl aller, es gehe darum, den „Wirtschaftsstandort Deutschland", d.h. seine hohe Exportquote und seine Attraktivität für Kapitalanleger zu erhalten. Allerdings ist man sich einig, daß damit kein Zuwachs, sondern weiterer Abbau von Arbeitsplätzen und entsprechend höhere Arbeitslosigkeit verbunden sein werden. *(Die Zeit,* 30.12.1994)

Hier ist es also, das berühmte Phänomen des „jobless growth"; das künstlich Produzierte scheint über die lebendige Arbeitskraft erhaben. Wer glaubt, sich freuen zu können, daß die Maschinen und die Menschen in den Billiglohnländern uns die Arbeit abnehmen, daß alles nur eine Frage der richtigen Umverteilung sei, denen sei gesagt, daß auch der Hunger von einer Milliarde Frauen mit Kindern nur eine Frage der Umverteilung ist.

Teile und herrsche

Für Frauen bedeutet die neoliberale Entwicklung nicht mehr Freiheit, sondern mehr Sorgen. Insgesamt hat der Anteil der Sozialausgaben am BSP abgenommen. Auch in Deutschland waren es 1980 noch 33%, 1994 sind es nur noch 30%. Schon jetzt liegen die Frauenlöhne in Deutschland bei nur 66,8% – 73,2% der Männerlöhne. 53% der Frauen, die wöchentlich 40 Stunden und mehr arbeiten, haben kein existenzsicherndes Einkommen (es liegt unter 1800,- DM, davon ca. 50% mtl. für Miete), ganz abgesehen von den Teilzeitarbeitenden, die fast ausschließlich Frauen sind. (Möller 1991) Die wirtschaftliche Lage von Haushalten, in denen allein Frauen für das Einkommen zu sorgen haben, hat sich gegenüber 1980 verschlechtert. Gleichzeitig nimmt auch in Deutschland die Zahl der alleinerziehenden Mütter stark zu. Seit 1980 kamen mehr als eine Million Haushalte hinzu, in denen Frauen die einzigen Verdiener sind; sie machen nun 1/5 aus. (DIW lt. *Frankfurter Rundschau,* 22.9.94)

Nun ist es nicht so, daß diese Frauen hungern müßten – aber darum allein geht es nicht immer und in jedem Fall unmittelbar. Das Problem der gegenwärtigen Globalisierung ist vielmehr, daß im Norden wie im Süden eine erneute patriarchale Unterordnung der Frau einfach dadurch geschieht, daß scheinbar wertfreie wirtschaftliche Prioritäten gesetzt werden. Eine fundamentalistisch frauenfeindliche Politik versteckt sich hinter der Maske des Sachzwangs – genau darin auch liegt ihr Fundamentalismus – das allerdings birgt sehr wohl Gefahr für Leib und Leben.

Tatsächlich erleben wir in den letzten Jahren eine bedrückende reaktionäre Wende im Sozialdenken. Nach dem bekannten Prinzip des „Teile-und-Herrsche" sind in der geschlechtsspalterischen Gesellschaft Frauen die Hauptleidtragenden. Der Niedergang des Sozialismus ist dabei nur Auslöser, nicht Ursache. Was wir jetzt auszubaden haben, und zwar als geistesgeschichtliches und aufklärerisches Versäumnis, ist die Folge der bornierten Auseinandersetzung darüber, ob der Kapitalismus oder der Sozialismus das bessere soziale System seien. Dabei war die Antwort längst gegeben; sie lautete: „Weder noch!"

Der Proletarier ist tot, es lebe die Hausfrau

Das ist der Titel eines Aufsatzes, den Claudia v. Werlhof 1983 schrieb. Es war die Zeit, als die Rede vom „Ende der Arbeitsgesellschaft" umging. (Gorz 1983) C. v. Werlhof weist nach, daß nicht mehr der männliche, tariflich abgesicherte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter die optimale Arbeitskraft fürs Kapital darstellt, sondern die Hausfrau.

1983/84 wurde diese Strategie unter dem Begriff der „Flexibilisierung der Arbeit" diskutiert. Sie wurde als notwendige Folge der Arbeitsrationalisierung durch Mikroelektronik und Computer angepriesen. Die Gewerkschaften antworteten mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Doch selbst diese Strategie hat die Krise nicht aufgehalten. Heute schlägt Bundeswirtschaftsminister Rexrodt offen vor, innerhalb der deutschen Wirtschaft einen „Billiglohnsektor" zu etablieren. Damit soll verhindert werden, daß deutsches Kapital in die „Billiglohnländer" abwandert. Das sind ja inzwischen nicht nur die Länder in der Dritten Welt, sondern nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks auch ganz Osteuropa, sogar Ostdeutschland. Nach dem Vorherigen braucht es uns nicht zu wundern, daß Minister Rexrodt diesen neu zu errichtenden „Billiglohnsektor" in Deutschland vor allem den Frauen zugedacht hat. Sie wären durch ihre Hausfrauentätigkeit ja großartig qualifiziert für diesen Sektor, wo sie Familien- und Erwerbsarbeit, z.B. durch Heimarbeit, kombinieren könnten.

Bei dieser Strategie spielt die Hausfrauisierung der Arbeit, auch der männlichen, die entscheidende Rolle. Denn nicht der männliche weiße Lohnarbeiter ist das Bild der Zukunft für alle Arbeitenden. Der Traum aller Kapitalisten ist die Verallgemeinerung der Hausarbeit.

> *Es gibt keine billigere und produktivere, fruchtbarere menschliche Arbeit, und man kann sie auch ohne Peitsche erzwingen. Ich glaube, die Umstrukturierungen unserer Ökonomie wird der Versuch sein, das weibliche Arbeitsvermögen auch den Männern anzuer-*

ziehen und aufzuzwingen, soweit möglich. Denn der Lohnarbeiter macht zuwenig und kann zuwenig. Er kann nur tun, was bezahlt wird und was vertraglich vereinbart wurde. (v. Werlhof 1983, 129)

Das „Schwarze Loch" der Arbeitslosigkeit

In Deutschland waren im Februar 1997 4,7 Millionen Menschen offiziell arbeitslos gemeldet, eine Zahl, die höher ist als die im Januar 1933, als 4.463.841 Menschen erwerbslos waren. *(Frankfurter Rundschau*, 3.2.1997) Auch in den reichen Industrieländern hat man sich inzwischen daran gewöhnt, daß „jobless growth" der Normalzustand einer modernen Markwirtschaft ist. Nur noch einige Unentwegte fordern nach wie vor Vollbeschäftigung, allerdings nur für Europa. Auch ihnen ist klar, daß so etwas weltweit nicht zu realisieren ist.

Globalisierung der Wirtschaft, weltweites Agieren der großen Konzerne, Privatisierung von Staatsbetrieben, Abbau aller Handelshemmnisse durch GATT/WTO und die sie stützende Weltbank haben dazu geführt, daß auch die deutschen Facharbeiter weltweiter Konkurrenz ausgesetzt sind. Nicht nur Fließbandarbeiter, Bauarbeiter, Bergleute, Schiffsbauer usw., also die echten „Proletarier", sondern auch die hochqualifizierten Angestellten in Industrie, Banken, Versicherungen, Universitäten, die mit dem „weißen Kragen", werden überflüssig.

Indische Städte wie Bangalore, Hyderabad, Puna und Bombay sind zu Zentren der weltweit operierenden Software-Industrie geworden, wo Fluggesellschaften wie Swissair, British Airways und Lufthansa ihre Abrechnungen machen lassen, wohin Firmen wie Siemens, Texas Instruments, Microsoft, Toshiba, Compaq große Teile ihrer Software-Dienstleistungsarbeit verlagert haben. Das hat in den alten Industriestandorten Zigtausende Arbeitsplätze vernichtet.

In Deutschland strichen allein die Computerriesen IBM, Digital Equipment und Siemens-Nixdorf seit 1991 mehr als zehntausend Stellen, nicht nur, aber auch wegen des Aufbaus ihrer Filialen in Bangalore. (Martin & Schumann 1996, 143)

Die Gründe für die Verlagerung gerade nach Indien sind die günstigen Bedingungen, die die indische Regierung ausländischem Kapital einräumt – z.B. Industriesonderzonen mit für die Firmen kostenloser Infrastruktur –, vor allem aber niedrige Lohnkosten und die ausgezeichnete Qualifikation der indischen Computerfachleute.

Martin und Schumann schätzen, daß von den 200 000 Arbeitsplätzen der deutschen Software-Industrie durch weitere Verlagerung von Arbeit in Billiglohnländer und weitere technologische Entwicklung 2000 Arbeitsplätze übrigbleiben werden.

Was für den industriellen Software-Bereich gilt, gilt auch für Banken und Versicherungen. Die Globalisierung auch dieses Dienstleistungssektors macht die Hoffnung zunichte, die die Gesundbeter des Kapitalismus an die Verwandlung der „Produktionswirtschaft" in eine „Dienstleistungswirtschaft", knüpfen. Die neuen Dienstleistungsjobs im Cyberspace sind eher Jobkiller als Arbeitsbeschaffer. Diese Politik hat, in Kombination mit immer weitergehender Rationalisierung und Automatisierung, in den 23 reichen OECD-Ländern bereits 40 Millionen Menschen aus gutbezahlten Jobs vertrieben. Nach den Erhebungen der Weltbank und anderer Forschungsinstitute werden in den kommenden Jahren weitere 15 Millionen Menschen in der Europäischen Union ihre Erwerbsplätze verlieren. Diese Zahlen kommen zu den bereits vorhandenen Arbeitslosen hinzu, denn die Hoffnung, daß all diese Erwerbslosen wieder in Lohn und Brot kommen, wenn die Konjunktur wieder anzieht, ist im Zeitalter der GLP-Politik ein frommer Wunsch. Martin und Schumann kommen nach ihrer Analyse des Job-Verfalls in den OECD-Ländern zu dem Schluß, daß auch in Deutschland (West) die Arbeitslosenquote von derzeit 9,7 Prozent auf 21 Prozent hochschnellen könnte. (ebd., 146f)

„Schwarze Löcher" der Politik

Es ist erstaunlich, daß angesichts solcher Zahlen und Prognosen die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften nicht nur keine Erklärung für den rapiden Verfall des Arbeitsmarkts in den reichen Ländern, sondern auch keine andere Lösung als die bereits gescheiterte Strategie des „Weiter-so-wie-Bisher" anzubieten haben. Sie hoffen auf weiteres Wachstum, besonders durch die sogenannten Zukunftstechnologien Computer und vor allem Gentechnik, durch die neue – „intelligente" – Jobs geschaffen werden sollen. Angesichts dessen, was wir bereits jetzt über die Verlagerung von „intelligenten Jobs" in Billiglohnländer wissen, ist dies reine Gesundbeterei.

Jedem Laien mußte klarsein, daß die Abschaffung aller protektionistischen, nationalen Kontrollen der Märkte auch den Arbeitsmarkt betreffen würde. Wieso haben sich dann nicht die Gewerkschaften rechtzeitig gegen GATT, TRIPs und WTO gewandt? Wieso sind sie den Gesundbetern auf den Leim gegangen, das, was bisher die Jobs vernichtet hat, nämlich der technische Fortschritt und die koloniale Struktur der Weltwirtschaft, würde neue Jobs bescheren? Vor allem, warum glauben alle immer noch, daß Wissenschaft und Technik die Probleme durch weitere *Produktivitätsschübe* lösen würde?

Wenn wir solche „dummen Fragen" stellen, merken wir, daß sich

nicht nur riesige „schwarze Löcher“ in bezug auf Ökonomie, Politik, Arbeitsmarkt und Existenzsicherung der Menschen auftun, sondern daß auch massenweise schwarze Löcher in den Köpfen der „Verantwortlichen“ sind, wenn es um die theoretischen Erklärungen dieses plötzlichen polit-ökonomischen Einbruchs geht.

Das „Schwarze Loch“ in den Staatskassen

Es ist unter anderem dadurch verursacht, daß die transnational operierenden Banken und Konzerne ihre Konzernsitze steuerrechtlich in Länder verlegen, in denen sie kaum Steuern zu zahlen haben, während sie ihre Aufwendungen dort entstehen lassen, wo die Steuern am höchsten sind, also im Inland. Auf diese Weise sinken die Steuereinnahmen des Staates aus den Konzernen, die riesige Gewinne im globalen Geschäft machen. 1988 überwies BMW 545 Millionen DM an den Fiskus. 1992 noch 6 Prozent davon, 31 Millionen DM. Von 2,1 Milliarden DM, die Siemens 1994/95 als Ertrag hatte, bekamen deutsche Steuerämter 1996 nur 100 Millionen. (Martin & Schumann 1996, 272)

Während die großen Konzerne immer weniger Steuern zahlen – das Steuereinkommen des deutschen Staates aus Unternehmensgewinnen und Selbständigen sank seit 1980 von 37 auf 25 Prozent –, müssen die normalen Steuerzahler die Summen finanzieren, die der Staat dem global agierenden Kapital in den Rachen wirft. Bei abhängig Beschäftigten stiegen die Steuerzahlungen seit 1980 um 163%, bei Unternehmern und Vermögensbesitzern nur um 33%. (Klauss 1997).

Der Skandal an diesen „schwarzen Löchern“ in der Staatskasse ist nicht nur diese Umverteilung von unten nach oben, sondern auch die Tatsache, daß es zur Zeit für die Nationalstaaten keinerlei Möglichkeiten gibt, die global agierenden Konzerne in irgendeiner Weise steuerlich zu kontrollieren oder zu zähmen. Ein Grundpfeiler der Demokratie ist die Steuerhoheit, die bisher an Nationalstaaten gebunden und demokratisch legitimiert war. Für das globale Kapital gilt diese Begrenzung nicht mehr. Damit ist der Traum vom „gebändigten“, den Menschen dienstbar gemachten, „humanen“ Kapitalismus, wie er z.B. von den Kirchen gepflegt wurde, ausgeträumt. Die neoliberale Politik hat das Kapital endlich „befreit“. Jetzt redet man wieder von „Kapitalismus pur“, „Kapitalismus ohne menschliches Gesicht“, „Marktwirtschaft radikal“, „Rückkehr frühkapitalistischer Zustände“, „Rückfall in vormoderne Verhältnisse“, „Wildwest-Kapitalismus“.

Was bei diesen neuen Schimpfwörtern übersehen wird, ist die Tatsache, daß der Kapitalismus immer inhuman war. Das konnten alle, die es wollten, an seinem Wirken in der sog. Dritten Welt studieren.

Die „rückständigen", angeblich vor-kapitalistischen Verhältnisse im Süden gehörten zum metropolitanen Kapitalismus genauso hinzu wie die Sozialstaaten, mehr noch, sie waren die Voraussetzung, daß in einigen Ländern ein sozial gezähmter Kapitalismus entstehen konnte.

Die Globalisierung bringt diese verdrängte, „untergetauchte" Seite des kapitalistischen Weltsystems ans Licht. Und plötzlich erkennen die Menschen, daß das, was das System als Perspektive anbietet, nicht die Universalisierung des Sozialstaats ist, sondern daß auch in den Metropolen Drittweltverhältnisse angesagt sind. Zumindest für all die, die nicht zu den 20 Prozent der Profiteure der Globalisierung gehören.

Subsistenz statt Globalisierung
Die große Konfusion

Das Chaos, das die neoliberale Globalisierungspolitik in den realen Verhältnissen weltweit anrichtet, findet seine Entsprechung in der Konfusion, die sich in bezug auf theoretische Erklärungen und Lösungsansätze in der ökonomischen Theorie breitgemacht hat. Wirtschaftswissenschaftler können zwar beschreiben, *wie* sich die Globalisierung auf verschiedene Sektoren der Wirtschaft auswirkt – je nach Standpunkt wird das positiv oder negativ bewertet. Aber sie können nicht mehr schlüssig erklären, *warum* es nach den Boom-Jahren in den reichen Industrieländern um 1990 plötzlich zum Einbruch des Keynesianischen Modells kam, warum erfolgreiche Wohlfahrtsstaaten wie Schweden plötzlich nicht mehr so weitermachen können, und warum dort vor allem die Frauen, die bislang weltweit am meisten von diesem Wohlfahrtsstaat profitierten, nun wieder zurückversetzt werden ins europäische Normal-Patriarchat.[9]

Die Konfusion wird besonders deutlich, wenn nach neuen Ansätzen zur Lösung der Job-Krise gefragt wird.

> *Wir gehen immer noch aus vom traditionellen Arbeitnehmerbegriff des vollzeitigen Industriearbeiters, obwohl es zunehmend Beschäftigte gibt, die von diesem Normalarbeitsverhältnis abweichende Arbeitsverhältnisse haben, die keine Arbeitnehmer sind, sondern unter Werkvertrag stehen oder sich – aus dem Fabrikraum heraus – zu Scheinselbständigen entwickeln. Ich glaube, wir müssen in der Tarifpolitik für diese Arbeitsverhältnisse Angebote entwickeln.* (Walter Rister, IG Metall, in *Frankfurter Rundschau*, 20.3.1997)

Weder in den Gewerkschaften noch auf Unternehmerseite hat bis jetzt

eine Diskussion über solche neuen Arbeitsverhältnisse stattgefunden. Dabei befassen wir Feministinnen uns seit Jahren ausführlich – und weltweit – mit Arbeitsverhältnissen, die nicht in das Gewerkschaftsmodell passen. Aber es wäre vielleicht zuviel verlangt, zu erwarten, daß Gewerkschafter und Wirtschaftswissenschaftler sich mit feministischer Literatur befassen. Oder?

Ein weiteres Beispiel für die Konfusion ist die Forderung nach innovativen Investitionen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die Unternehmen benutzen diese Investitionen zur Rationalisierung, d.h. zur weiteren Verringerung des Faktors Arbeit. Seit Jahren beklagen die Gewerkschaften, daß es auf der einen Seite „hohe Unternehmensgewinne, sensationelle Kursrekorde an den Aktienbörsen und ein Rekordniveau bei den Exporten" gebe, andererseits aber auch Rekordarbeitslosigkeit. Nirgendwo lesen wir, wie der Widerspruch zwischen steigender Rationalisierung und Erhöhung der Arbeitsproduktivität und, daraus folgend, wachsenden Arbeitslosenzahlen zu lösen sei.

Einen Grund für diesen „ökonomischen Analphabetismus" sehen wir in dem blinden Glauben an die Grundannahmen und Axiome, auf denen die Theoretiker der kapitalistischen Marktwirtschaft ihre Versprechungen vom „Wohlstand für alle" aufgebaut haben.

Das kapitalistische Credo

Angesichts der überall herrschenden Orientierungslosigkeit halten wir es für absolut notwendig, daß diese Grundannahmen und Axiome einer radikalen Kritik unterzogen werden, einer Kritik, die über die marxistische Kritik der politischen Ökonomie hinausgeht. Diese Kritik ist seit langem von Feministinnen geäußert worden (Dalla Costa 1973, Bock/Duden 1977, v. Werlhof 1978, Bennholdt-Thomsen 1979b, Henderson 1985, Waring 1989, Steinem 1994, Mies 1988/1992). Es ist an der Zeit, daß Kritik und entsprechende Gegenkonzepte in der öffentlichen Diskussion wahr- und ernstgenommen werden.

Die theoretischen Axiome des kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaftscredos sind *Glaubenssätze,* die einer empirischen Überprüfung nicht standhalten.

1. Der Mensch (homo oeconomicus) ist von Natur aus eigensüchtig (folgt seinem Selbstinteresse), individualistisch und konkurrenzorientiert.
2. Die Natur ist geizig. Ökonomie hat es immer mit (zu) knappen Ressourcen zu tun.

3. Menschliche Bedürfnisse sind grundsätzlich unersättlich.
4. Eine moderne Wirtschaft muß permanent wachsen. Als „Arbeit“ gilt nur „produktive“ Lohnarbeit.
5. Ohne „Lohnarbeit“ (Geld) kein Leben.
6. Produktivitätssteigerung ist wünschenswert und unendlich.

Sehen wir uns diese Glaubenssätze über den Menschen und die Natur an. Methodologisch folgen wir dabei unseren alten feministischen Prinzipien des „Blicks von unten“, dem Ausgang von der Subsistenzperspektive, den konkreten Erfahrungen und einem historischen Blick auf die ganze Realität, nicht nur auf einen Teilbereich.

Zu 1. Der Mensch ist eigensüchtig

Wenn die Väter des Kapitalismus, wie Adam Smith, nicht einen einsamen konkurrierenden Bürger-Mann als kleinste ökonomische Einheit im Hinterkopf gehabt hätten, als sie ihre Theorien entwarfen, sondern die Mütter, dann hätten sie das Axiom von der selbstsüchtigen Natur des Menschen so nicht formulieren können. Zumindest hätten sie zugeben müssen, daß der Mensch beides sein kann, egoistisch *und* altruistisch, aggressiv *und* liebevoll. Daß das Menschenleben keinesfalls nur „einsam, arm, kümmerlich, roh und kurz“, der Krieg aller gegen alle nicht das einzige Gesetz der Geschichte und der Mensch nicht immer „der Wolf des Menschen“ ist. Sie hätten auch gesehen, daß Menschen miteinander kooperieren, in Gemeinschaften leben, friedlich und barmherzig sein können.

Lieselotte Steinbrügge hat nachgewiesen, daß den Philosophen der Aufklärung im 18. Jahrhundert das Dilemma durchaus bewußt war, das entsteht, wenn man den egoistischen, feindseligen, konkurrenzsüchtigen, individualistischen „rationalen“ homo oeconomicus ins Zentrum der Wirtschaft stellt. Wo bleiben dann „menschliche“ Werte wie Barmherzigkeit, Liebe, Frieden usw.? Die Aufklärer lösten dieses Dilemma, indem sie eine Spaltung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich vollzogen, die Frauen in den privaten, häuslichen Bereich sperrten und ihnen die Verantwortung für jene menschlichen, „moralischen“ Werte zuschoben. Um so ungestörter konnten die Männer in Wirtschaft und Politik „wertneutral und rational“ den Krieg aller gegen alle betreiben. (Steinbrügge 1987)

Zu 2. Die Natur ist geizig und arm. Der Mythos der Knappheit

Die Anthropologie des einsamen, egoistischen, kriegerischen Menschen-Mannes paßt zu der Kosmologie einer prinzipiell geizigen, armen Natur mit ewig zu knappen Ressourcen. Natur war, wie Carolyn

Merchant nachweist (1983), zunächst noch als weiblicher Organismus gedacht, als generöse „Mutter Natur" – aber die Theoretiker des kapitalistischen Patriarchats machten sie zu einer geizigen Hexe, der man(n) ihre knappen Güter mit Gewalt entreißen muß.

Alle vorindustriellen Völker gelten bis heute nicht nur als „arm", sondern auch als Tag und Nacht damit beschäftigt, das Lebensnotwendige – Nahrung, Kleidung und Behausung – herbeizuschaffen, so daß für die „höheren" Dinge des Lebens, Kultur z.B., keine Zeit bleibt. Bezeichnungen wie „Primitive", „Naturmenschen", „Steinzeitmenschen" drücken diese Vorstellung aus. Im Kontrast dazu erscheint die kapitalistische Industriegesellschaft als Schöpferin von Reichtum, Überfluß und Kultur.

Marshall Sahlings hat festgestellt, daß „Steinzeitökonomien" und „Steinzeitgesellschaften", vergangene wie die wenigen gegenwärtigen Jäger- und Sammlergesellschaften, die ursprünglich wohlhabenden Gesellschaften sind. Dabei definiert er wohlhabende oder reiche Gesellschaften als solche, „in denen die materiellen Bedürfnisse aller Menschen leicht zu befriedigen sind". (1974, 1) „Leicht zu befriedigen" kann heißen, „weniger zu wünschen" oder „viel zu produzieren". Der Kapitalismus hat den zweiten Weg eingeschlagen und mußte dafür den Begriff der Knappheit, des Mangels einführen:

> *Das industrielle Marktsystem institutionalisiert die Knappheit in einer Weise und zu einem Grad, der nirgendwo eine Parallele oder seinesgleichen findet. Wo Produktion und Verteilung durch die Bewegung der Preise bestimmt werden und der Lebensunterhalt total vom Kaufen und Verkaufen abhängt, wird der Mangel an materiellen Mitteln der kalkulierbare, explizite Beginn aller ökonomischen Aktivität.* (Sahlings 1974, 4)

Knappheit ist im kapitalistischen System strukturell eingebaut und notwendig. Denn in einem System, dessen Hauptantriebskraft das unendliche Wachstum von Geld und Kapital ist, kann es kein Genug geben. Es ist darum notwendig, daß die Menschen glauben, daß „von Natur aus" zuwenig da ist. Vor allem steht ihnen immer die Drohung vor Augen, sie könnten auf die „bloße Subsistenz" zurückfallen, wenn sie aus dem Kreislauf von Arbeit – Gelderwerb – Konsum herausfallen.

„Die bloße Subsistenz" ist nach Sahlings einer der Begriffe, mit denen der Mythos der Knappheit aufrechterhalten wird. In existierenden Subsistenzgesellschaften – z.B. bei den Aborigines in Australien oder den Buschmännern der Kalahari-Wüste in Afrika – arbeiten Frauen und Männer höchstens sechs Stunden am Tag, um genügend, vielseitige und kalorienreiche Nahrung herbeizuschaffen. Sahlings zitiert die

Untersuchungen von Lee über die Buschmänner. Danach „arbeiteten" diese 2,5 Tage pro Woche; die Männer jagten, die Frauen sammelten. Ein „Arbeitstag" bestand im Durchschnitt für beide Geschlechter aus sechs Stunden. Trotz der geringen Arbeitszeit konsumierten die Dobe-Buschleute 2140 Kalorien pro Tag. Lee schätzt, daß sie auf Grund ihrer geringen Körpergröße eigentlich nur 1975 Kalorien bräuchten. Die überschüssige Nahrung geben sie den Hunden. (Sahlings 1974, 20ff)

Sicher ist jedenfalls, daß diese „Steinzeitmenschen" nicht hungerten und nicht „arm" waren. Im Gegenteil, es waren reiche Gesellschaften. Sie mußten weniger arbeiten, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, als wir „Zivilisierten", ihre Nahrung war besser, vielfältiger und kalorienreicher als das, was die FAO heute für die 800 Millionen Hungernden und Unterernährten auf der Welt festgestellt hat. In Afrika südlich der Sahara beträgt die tägliche Kalorienmenge heute pro Person 1300 Kalorien (Welternährungsgipfel 1996), also weit weniger, als die „primitiven" Pygmäen zur Verfügung hatten, solange sie ungestört durch die „zivilisierten" Kolonisatoren leben konnten.

Hunger, Unterernährung, Mangel, Armut sind *nicht* das Ergebnis einer zu kargen Natur oder unterentwickelter Arbeitsproduktivität. Sie sind auch nicht Resultat einer „ungebremsten" Vermehrung der Menschen, sondern sie sind das Ergebnis einer Produktionsweise, die nie sagen kann: Es ist genug. Wir sind satt. Der patriarchale Kapitalismus ist der Vater der Knappheit, nicht eine geizige „Mutter Natur".

Zu 3. Menschliche Bedürfnisse sind prinzipiell unersättlich

Auch dieser Glaubenssatz steht im eklatanten Widerspruch zu unserer alltäglichen Erfahrung in der „realen Ökonomie". Alle unsere wesentlichen Bedürfnisse sind irgendwann gesättigt: nach Nahrung, Kleidung, Wohnung, Wärme. Selbst die „höheren" Bedürfnisse wie die nach Wissen, Kultur, Mobilität, Freundschaft, Anerkennung usw. sind irgendwann befriedigt. (Mies 1988/92) Es ist ja gerade das Problem des auf stetes Wachstum zielenden Kapitalismus, daß die menschlichen Bedürfnisse so „unflexibel" sind, nicht über einen gewissen Sättigungspunkt hinaus stimuliert werden können, es sei denn, daß man sie auf immer neue „Befriediger" (Max-Neef 1989), immer neue Moden hinlenkt. Wenn Durst nicht einfach durch Wasser, sondern durch Cocacola, Pepsicola, Wein, Bier usw. gestillt werden muß, kann die Warenproduktion und der Warenkonsum ins Unendliche gesteigert werden. (Mies in Mies/Shiva 1995, 331ff)

Doch selbst diese Steigerung der Warenproduktion stößt irgendwann an die Grenze der Marktsättigung. Nicht nur aus dem Grund,

weil zuwenig Kaufkraft vorhanden ist, sondern weil die kaufkräftigen Klassen bereits alles haben außer vielleicht Lust auf noch weiteren Konsum. Dies ist z.Zt. das wahrscheinlich größte Problem des Kapitalismus, daß die Märkte nicht beliebig auszudehnen sind.

Um dieses Problem wenigstens dort zu lösen, wo noch Geld vorhanden ist – im Norden generell und in den wachsenden Mittelklassen des Südens –, betreibt die Wirtschaft einen sagenhaften Werbeaufwand. Nach Trainer gibt sie jährlich weltweit *100.000.000.000 US-Dollar* aus, um Menschen zu stimulieren, noch mehr zu konsumieren. Das meiste ist Ramsch und befriedigt wirkliche Bedürfnisse nicht. Und darum müssen die Menschen wieder mehr kaufen. (Trainer 1996, 19)

In einer Subsistenzgesellschaft werden die menschlichen Bedürfnisse tatsächlich befriedigt und nicht durch „Pseudo-Befriediger" (Max-Neef) ständig gleichzeitig kompensiert und angeheizt. Pseudo-Befriediger und kompensatorischer Konsum verlieren ihre Attraktion, wenn Menschen durch Selbsttun einen Zusammenhang zwischen produktiver Tätigkeit und Konsum erfahren. Das bedeutet vor allem, daß sie Sinn in ihrer Arbeit sehen und diese nicht nur um des Gelderwerbs willen getan wird. Wenn Menschen sich in ihren Werken als sinnvoll tätig wiedererkennen, wird die angebliche Grenzenlosigkeit menschlicher Bedürfnisse drastisch reduziert.

Zu 4. Die Wirtschaft muß permanent wachsen.
Nur „produktive" Arbeit gilt als Arbeit

Dies ist der zentrale Glaubenssatz der kapitalistischen Wirtschaft. Er wird weder von Politikern noch von Wirtschaftswissenschaftlern, schon gar nicht von Wirtschaftsbossen und auch nicht von den Medien angezweifelt.

Die Ökonomen definieren Wachstum als das jährliche Anwachsen aller Waren und Dienstleistungen, die produziert und vermarktet wurden. Die Summe dieser Waren und Dienstleistungen eines Landes wird im Bruttosozialprodukt (BSP) gemessen. Wenn das BSP am Ende eines Jahres nicht um 2 bis 3 Prozent gewachsen ist, gerät die Wirtschaft in die Krise. Die Arbeitslosigkeit steigt, Firmen machen bankrott. Trainer hat ausgerechnet, daß bei dieser Wachstumsrate im Jahr 2060 ein Output herauskommen müßte, der achtmal so hoch wäre wie der jetzige. Was das für die Umwelt, die Ressourcen, die Lage im Süden, die Spannungen zwischen den Nationen bedeuten würde, läßt sich leicht ausmalen. (Trainer 1996, 21) Wie aber kommt die Berechnung des Bruttosozialprodukts zustande?

Marilyn Waring hat klipp und klar nachgewiesen, daß dieser Indi-

kator den größten Teil der Arbeit, die notwendig ist, um auf diesem Planeten Leben zu schaffen und zu erhalten – die Arbeit von Hausfrauen, Müttern, SubsistenzbäuerInnen, -händlerInnen, -handwerkerInnen, der Natur –, nicht berücksichtigt, wohl aber alle destruktive Arbeit – in der Rüstungsindustrie, der Handel mit Waffen, die Zerstörung der Umwelt. Marilyn Waring sagt, das Tankerunglück der Exxon-Valdez vor der kanadischen Küste habe die enormste Steigerung des BSP verursacht, die denkbar sei. Denn alle Arbeit zur Beseitigung der Schäden habe sich positiv auf das BSP ausgewirkt.

Wenn wir heute von der Notwendigkeit des Wachstums hören, meinen wir, es hätte dieses Dogma und den Indikator BSP schon immer gegeben. Marilyn Waring hat herausgefunden, daß er erst im Zweiten Weltkrieg von den britischen Ökonomen Gilbert und Keynes erfunden wurde, als sie die Frage beantworten sollten, „ob der Krieg sich für die Wirtschaft rechne". Und siehe da, der Krieg rechnete sich. Es war für das Wachstum der Wirtschaft günstiger, aus Seide Fallschirme herzustellen als Damenstrümpfe. Nach dem Krieg wurde der Indikator BSP von der UNO übernommen und für alle Länder der Welt, arme und reiche, durch das *United Nations System of National Accounting* (UNSNA) zum gültigen Maßstab erklärt. (Waring 1989)

Die Frage, warum die kapitalistische Wirtschaft permanent wachsen muß, ist damit aber immer noch nicht beantwortet. Woher kommt dieser Wachstumszwang, der uns heute selbstverständlich erscheint?

Um diese Frage zu beantworten, ist es hilfreich, sich noch einmal das Ziel allen kapitalistischen Wirtschaftens vor Augen zu führen, sowie die Grundformel, nach der dies geschieht. In der Subsistenzproduktion – manche nennen sie auch „häusliche Produktionsweise" (Sahlins 1974, Trainer 1996) – geht es bei der Produktion von Waren nicht um die Herstellung von Gebrauchsdingen zur Befriedigung begrenzter menschlicher Bedürfnisse, sondern um die Herstellung von *Gebrauchswerten*. Wenn sie auf dem Markt getauscht werden, geht es um den Tausch von Gebrauchswert gegen Gebrauchswert. Marx nannte das die „einfache Warenzirkulation" und drückte dies in der Formel aus: Ware —> Geld —> Ware.

Der kapitalistische Produktionsprozeß hat sowohl einen anderen Anfang als auch ein anderes Ziel. Er fängt mit dem Geld (Kapital) an und hat das Ziel, dieses Kapital durch das Hinzufügen menschlicher Arbeit in Waren zu verwandeln, die dann auf dem Markt als *Tauschwerte* verkauft werden, wodurch *mehr* Geld erwirtschaftet werden soll, als am Anfang dieses Prozesses verausgabt wurde. Die Formel lautet hier: Geld —> Waren —> Geld'.

Dieses nun gewachsene Kapital wird in der nächsten Produktionsrunde wieder investiert, um durch weitere Waren bzw. Tauschwertproduktion noch mehr Geld zu erwirtschaften. Und so ad infinitum. Gebrauchswert- oder Lebensproduktion und Tauschwertproduktion realisieren daher zwei entgegengesetzte wirtschaftliche Ziele: Leben oder Geld. Das Ziel der Gebrauchswert- oder Lebensproduktion – wir nennen sie auch Subsistenzproduktion – ist mit der Befriedigung konkreter, begrenzter Bedürfnisse erreicht und kann dann aufhören. Es macht keinen Sinn, mehr zu arbeiten, wenn man die Dinge erzeugt hat, die man braucht, um ein gutes Leben zu führen.

Anders bei der Tauschwertproduktion. Sie hat ein quasi unendliches Ziel, nämlich Anhäufung – Akkumulation – von mehr und mehr Geld, von allgemeinem, abstraktem Reichtum. Und diese Akkumulation kennt keine Grenzen. Die Formel dieser unendlichen Geldvermehrung ist daher: Geld —> ∞.

Hier liegt der eigentliche Schlüssel zur Erklärung des Wachstumswahns, nicht in einer anthropologischen Konstante unersättlicher menschlicher Gier, wie manche annehmen.

Der Gegensatz zwischen Gebrauchswert- und Tauschwertproduktion erklärt dann auch, warum trotz gestiegenem BSP, wachsendem Warenausstoß und fortschreitender Akkumulation, trotz gestiegenem *Lebensstandard* die *Lebensqualität*, d.h. das „gute Leben" der Menschen in den reichen Ländern nicht gestiegen ist. Cobb und Daly haben nachgewiesen, daß in den USA das BSP pro Kopf sich von 1950 bis 1990 verdoppelt, die Lebensqualität aber, gemessen an 20 Indikatoren wie Umweltbedingungen, Verlust von Ackerboden u.a., sich im gleichen Zeitraum verschlechtert hat. (Cobb & Daly 1989, 420). Wir können heute sagen, daß es einen Widerspruch zwischen Lebensstandard und Lebensqualität gibt und daß mehr Wachstum im allgemeinen zu mehr Armut führt. (Trainer 1996, 28)

Die Subsistenzperspektive besteht dagegen auf der Priorität des Gebrauchswerts gegenüber dem Tauschwert, auf der Erkenntnis, daß auf einem durch Raum und Zeit begrenzten Planeten grenzenloses Wachstum von Geld und Waren zerstörerisch sein und darum eine Kreislaufwirtschaft in begrenzten Wirtschaftsräumen angestrebt werden muß. Eine solche Wirtschaft muß natürlich der Globalisierung eine Absage erteilen. Die Subsistenzperspektive ist ökonomisch nur *in kleineren, regionalen, dezentral strukturierten Wirtschaftsräumen* zu realisieren. Nur in einer regionalen Ökonomie können Produktion und Konsum so verbunden werden, daß die Interessen von ProduzentInnen und KonsumentInnen identisch sind.

Die Subsistenzperspektive bedeutet ferner eine radikale Abkehr vom herrschenden Arbeits- und Produktivitätsbegriff. Nicht *die* Arbeit ist viel „wert" und „produktiv", die möglichst viel weiteres Geld hervorbringt, sondern die, die das unmittelbare Leben herstellt und erhält. Leben ist nicht mehr Nebeneffekt unendlicher Geldvermehrung, sondern das Hauptziel des Arbeitens. Es erwächst aus reziproken, respektvollen, liebenden, fürsorglichen Beziehungen zwischen Mensch und Natur und zwischen Menschen, Alten und Jungen, Männern und Frauen. Damit diese lebenserhaltende Nicht-Lohnarbeit einen anderen Wert erhält als das Geld, ist es notwendig, daß Männer die gesellschaftlich notwendige Nicht-Lohnarbeit teilen und die Gesellschaft Subsistenzarbeit höher schätzt als Gelderwerb. Die Aufhebung der herrschenden hierarchischen geschlechtlichen und sozialen und kolonialen Arbeitsteilung ist Grundvoraussetzung und Ergebnis einer subsistenzorientierten Wirtschaft.

Zu 5. Ohne Lohnarbeit (Geld) kein Leben.
Obwohl hierzulande noch niemand bei Arbeitslosigkeit von Hunger bedroht ist, herrscht Depression und ein Gefühl der Ausweglosigkeit. Das ist u.E. direkte Folge des Glaubens, nur Lohnarbeit sei Arbeit, nur durch Lohnarbeit sei Geld zu verdienen, um die nötigen Lebensmittel zu kaufen. Der Satz „Ohne Geld kein Leben" ist in den meisten Köpfen fest verankert. Er ist das Echo auf das, was wir vorher über die Dominanz des Tauschwerts über den Gebrauchswert gesagt haben.

Es ist in dieser Situation nicht verwunderlich, daß die Lohnarbeiter nur eine andere Verteilung fordern, das Wirtschaftsmodell selbst aber nicht in Frage stellen. Sie haben keinen Boden mehr unter den Füßen, keinen Ort, von dem aus sie das Ganze in Frage stellen könnten. Deshalb sind sie ohne Alternative und erpreßbar.

In einer Subsistenzgesellschaft und -wirtschaft werden die Menschen ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit wie durch Nicht-Lohnarbeit erwerben, wobei die Nicht-Lohnarbeit zentraler und wichtiger ist als die Lohnarbeit. In einem solchen Kontext ist der Verlust des Lohnarbeitsplatzes keine existenzbedrohende Katastrophe, Einkommen aus Lohnarbeit ist nur *eine* Form der Existenzsicherung.

Das setzt allerdings voraus, daß lokale und regionale Gemeinwesen die Kontrolle über ihre natürlichen, lebenswichtigen Ressourcen zurückgewinnen – über Land, Wasser, Wälder, Artenvielfalt, Wissen usw. – und daß diese weder privatisiert noch verstaatlicht werden. Dies bedeutet so etwas wie die Wiedererfindung der Allmende (vgl. Kap. VII). In einer solchen Gesellschaft wäre vor allem der

Widerspruch zwischen Erhaltung der Umwelt und dem Zwang zur Umweltzerstörung zwecks Schaffung von mehr „Arbeitsplätzen“ aufgehoben. Statt *Lohnarbeitsplätzen* hätten die Menschen *Lebensplätze*.

Zu 6. Produktivitätssteigerung ist wünschenswert und unendlich
Unter Produktivität ist der Output pro ArbeiterIn pro Zeiteinheit zu verstehen. Diese Produktivität kann durch den Einsatz von Wissenschaft und Technologie gesteigert werden. Der Automobilarbeiter, der einen Roboter bedient, hat natürlich eine viel höhere Produktivität als ein früherer Fließbandarbeiter in einer Autofabrik. Das heißt, daß eine Firma für den gleichen oder gar höheren Output weniger Arbeiter braucht. Rationalisierung der Betriebe hat genau dieses Ziel: die Produktivität durch Ersatz menschlicher Arbeit durch Technologie zu erhöhen. Mikroelektronik und Computertechnologie haben die Arbeitsproduktivität in den letzten beiden Jahrzehnten in unvorstellbarem Maß gesteigert. Ökonomen gehen davon aus, daß die Produktivität pro Jahr um 2 Prozent steigt. (Trainer 1996, 23)

Diese kontinuierliche Produktivitätssteigerung erscheint wie ein Naturgesetz. Eine arbeitssparende Technologie wird permanent durch eine neue ersetzt, die noch mehr menschliche Arbeit spart. So wie Wirtschaftswachstum als eine ins Unendliche steigende Kurve gedacht wird, wird auch angenommen, daß die Produktivität durch weiteren technischen Fortschritt weiter gesteigert werden könne, zumindest bis zu einem Punkt, wo kaum noch menschliche Arbeit zur Produktion von Waren notwendig sein würde. Marx hat das Verhältnis zwischen Maschinen (Technologie) und menschlicher Arbeit zur Erzeugung von Waren die „organische Zusammensetzung des Kapitals“ genannt, z.B:

Arbeit	Maschinen	—>	Waren
80%	50%	—>	Waren

Dieses Verhältnis verändert sich dauernd zugunsten von Maschinen oder der Technik, so daß schließlich Arbeit = 0% : Maschinen = 100% herauskommen müßte. Jedenfalls in der Theorie.

Der unaufhaltsame technische Fortschritt wird bei dieser Rechnung vor allem dem unersättlichen menschlichen, d.h. männlichen Forscherdrang zugeschrieben. Wenn wir uns aber die Geschichte dieses Fortschritts in den Industrieländern, vor allem in den letzten 20 bis 30 Jahren, konkret ansehen und alle Faktoren berücksichtigen, die zu seiner Erzeugung notwendig waren, sehen wir, daß es sich auch bei diesem Glaubenssatz um einen Mythos oder eine Halbwahrheit handelt.

Nehmen wir als Beispiel Mikroelektronik und Computertechnologie. Natürlich haben Wissenschaftler diese Halbleitertechnologie

erfunden, wie im Lauf der Zeit vieles erfunden wurde, das gesellschaftlich nicht relevant wurde. Um die Computertechnologie zu einer arbeitsplatzvernichtenden Leittechnologie zu machen, bedurfte es aber mehr als der Intelligenz einiger Wissenschaftler. Für die Industrie wurden diese Erfindungen erst interessant, als es möglich war, Mikrochips durch billigste Arbeitskräfte – Frauen – zunächst in Silicon Valley und dann vor allem am „globalen Fließband" in Südostasien herstellen zu lassen. Wir behaupten, daß es keine Computer gäbe, wenn alle Arbeit, die bei ihrer anfänglichen Produktion nötig war, zu den Löhnen eines männlichen deutschen Facharbeiters hätte bezahlt werden müssen. Das wäre dem Kapital viel zu teuer gewesen.

Müssen wir darum zu den Faktoren, die zu dem rasanten Produktivitätsfortschritt durch die Computertechnologie geführt haben, nicht auch die Millionen ausgebeuteter, sexistischer Gewalt unterworfener junger asiatischer Frauen hinzuzählen, die diesen Fortschritt maßgeblich realisiert haben? Selbst wenn heute darauf verwiesen wird, daß inzwischen ja Automaten z.B in Bayern die Schaltpläne zusammenlöten, ist selbst dies *eine Folge* der auf Gewalt gegen Frauen beruhenden „fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation".

Das Dilemma der permanenten Produktivitätssteigerung besteht jedoch nicht nur darin, daß dieser Realhintergrund ignoriert und aus der Diskussion ausgeklammert wird, sondern daß selbst die angeblichen Nutznießer des technischen Fortschritts nun seine Opfer sind.

Die einen argumentieren, Arbeitslosigkeit sei die Folge der Globalisierung, die anderen führen sie auf den Fortschritt der Produktivität zurück. Sicher ist jedoch, daß Produktivität nicht in einem sozialen und ökonomischen Vakuum gesteigert werden kann. Der technische Fortschritt ist ohne das transnational operierende Kapital und die koloniale Ausbeutung von Frauen impotent.

Grundprinzipien einer anderen Ökonomie

Wenn wir bedenken, daß ein Eisberg nicht revolutioniert (d.h. umgestülpt) werden kann, sehen wir uns vor der Schwierigkeit, ein adäquates Denkmodell einer anderen Wirtschaft und Gesellschaft zu visualisieren als das gewohnte. Es geht also nicht darum, die Pyramide umzukehren. Wir müssen ein ganz anderes Paradigma erfinden.

Um bei der Eisberg-Metapher zu bleiben, stellen wir uns vor, was notwendig ist, wenn ein Eisberg auseinanderbricht – Eisberge sind sehr unstabile Gebilde – oder wenn er schmilzt. Dann brauchen wir

zum Überleben so etwas wie ein Floß, das uns wieder an Land, vielleicht auf eine Insel bringt. Wie könnte eine solche Überlebenswirtschaft, die ihre eigenen Grundlagen nicht zerstört, strukturiert sein?[5]

1. Einige ethisch-philosophische Axiome

- Eine neue Ökonomie kann nicht von der Grundannahme ausgehen, daß Egoismus und individuelles Selbstinteresse die alleinige Triebkraft ökonomischen Handelns ist. Menschliche (und tierische) Gesellschaften hängen weit mehr von gegenseitiger Fürsorge und Hilfe, Liebe, Mitmenschlichkeit und zweckfreier Lebensfreude ab – Motiven, die im kapitalistischen Patriarchat den Frauen zugewiesen und darum „entwertet" wurden.
- Daraus folgt, daß auch Konkurrenz aller gegen alle – direkte Folge des Egoismus-Axioms – nicht mehr als Motor für Wirtschaftshandeln akzeptiert wird, sondern Kooperation und Gegenseitigkeit.
- Die Wissenschaft von der Ökonomie muß sich wieder als ganzheitlich verstehen, im Sinn der „Moral Economy", nicht im Sinn einer Einzeldisziplin. Das heißt insbesondere, daß Ethik integraler Bestandteil des Wirtschaftshandelns wird. Sie kann nicht an einzelne Experten und eine abgespaltene Disziplin delegiert werden.
- Das Ziel aller Ökonomie ist die direkte Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, und diese sind nicht unendlich. Ziel ist nicht die Befriedigung künstlich geschaffener Nachfrage, sondern die Erhaltung des Lebens, der Subsistenz.

2. Umstrukturierung der Wirtschaft/Gesellschaft

- In einer neuen Ökonomie dürfen die bisher „untergetauchten" Bereiche, Werte, Arbeitsformen, Menschen nicht mehr am Rande stehen, sondern müssen ins Zentrum gerückt werden. Das gilt insbesondere für die Subsistenz von Natur und Menschen. Alle anderen Bereiche und Tätigkeiten müssen diesem Ziel dienen.
- Dieser Lebensmittelpunkt und seine Erhaltung sind nur zu sichern, wenn anerkannt wird, daß unser Planet *begrenzt* ist durch Raum und Zeit. Darum müssen Werte wie Glück, Freiheit, Gleichheit usw. innerhalb dieser Grenzen realisiert werden. Unbegrenztes Wachstum von Geld und Waren kann es nicht geben.
- Innerhalb einer solchen Gesellschaft werden Menschen ihren Lebensunterhalt sowohl durch Lohnarbeit als auch durch Nicht-Lohnarbeit erwerben. In einem solchen Kontext ist der Verlust von Lohnarbeit keine Katastrophe mehr, denn Arbeit für Geld ist nur *eine* – eine marginale – Form von Arbeit.

- Damit die Nicht-Lohnarbeit einen *zentralen* Wert in der Gesellschaft bekommt, muß sie anders bewertet werden als jetzt, da Geld der einzige Wertmaßstab ist. Das kann geschehen, wenn *Männer* die Hälfte aller *notwendigen Nicht-Lohnarbeit* tun und die Gemeinwesen diese Arbeit höher schätzen als Arbeit für Geld.
- Das setzt freilich voraus, daß Gemeinwesen wieder Kontrolle über ihre natürlichen, lebenswichtigen Ressourcen gewinnen – über Wasser, Land, Wälder, Artenvielfalt – und diese weder privatisiert noch verstaatlicht werden. Vor allem wird in einer solchen Gesellschaft keine umweltschädliche Erwerbsarbeit notwendig sein, um „Arbeitsplätze" zu schaffen. Arbeit und Naturerhaltung werden nicht mehr im Widerspruch zueinander stehen.
- Eine solche Gesellschaft/Wirtschaft wird auf den Prinzipien der *Regionalisierung* (Lokalisierung) und Dezentralisierung beruhen und nicht mehr auf dem globalen Handel. Nur in einer regionalen Ökonomie können Menschen Verantwortung für und Kontrolle über gemeinschaftliche Ressourcen, Natur, Arbeitsbedingungen, Nahrung haben. Regionale Ökonomie verhindert verschwenderische Produktion, denn Produktion und Konsum werden verbunden sein. ProduzentInnen werden produzieren, was die Menschen der Region brauchen – nicht für einen anonymen Weltmarkt. KonsumentInnen werden sich für ProduzentInnen verantwortlich fühlen, denn alle sind ProduzentInnen *und* KonsumentInnen.
- Eine solche Gesellschaft/Wirtschaft müßte auch die politischen Strukturen dezentralisieren und die politischen Entscheidungsprozesse wieder in die Hand der Menschen, der Gemeinwesen, legen. Eine Art Grassroots-Demokratie oder „Volksdemokratie" würde die heutige Form der parlamentarischen Demokratie ersetzen bzw. ergänzen.
- Wenn wirkliche Nachhaltigkeit angestrebt wird, kann es so etwas wie permanentes Wachstum oder gar „nachhaltiges Wachstum" nicht geben. Wachstum und Nachhaltigkeit stehen im Widerspruch zueinander. Ökonomische Tätigkeiten, die Nachhaltigkeit gefährden, müssen eingestellt werden.
- Die Produktion von Nahrung in der eigenen Region ist wichtiger als die Produktion von Industriegütern. Landwirtschaft ist wichtiger als Industrie, Eigenproduktion wichtiger als Handel. Jede Region soll zunächst dafür sorgen, daß sie, soweit wie möglich, die notwendige Nahrung auf dem eigenen Territorium anbaut. Grundnahrungsmittel sollten nicht durch den Welthandel beschafft werden. Welt- oder Fernhandel sollte auf Luxusgüter beschränkt bleiben.

Nationale und regionale Selbstversorgung in bezug auf Nahrung muß Ziel nicht nur der Länder des Südens, sondern aller Länder werden. Nur so ist Nahrungssicherheit für alle zu garantieren.

- Die *Industrieproduktion* muß dem Ziel der Subsistenzperspektive untergeordnet werden, d.h. nach Möglichkeit soll sie lokale Ressourcen, Materialien, Arbeitskräfte benutzen und für lokale Bedürfnisse produzieren. Dabei muß angestrebt werden, daß Produkte ein möglichst langes Leben haben und lokal repariert werden können. Das Axiom, daß Industrieproduktion dauernd wachsen muß, ist als erstes abzulehnen.
- Die/der *Einzelne* ist kein egoistisches gesellschaftliches Atom, sondern lebt in und mit Gemeinschaften. Diese konkreten Gemeinwesen werden soweit wie möglich für sich sorgen, produzieren, was sie brauchen, und nicht dauernd von externen Wirtschaftsräumen oder vom Staat abhängen.
- Der *Nationalstaat* muß so in die Pflicht genommen werden, daß er die Interessen der Mehrzahl der Menschen, besonders der Schwächsten schützt und nicht die Interessen der Multinationalen Kapitalgesellschaften. Insbesondere hat er kein Recht, Ressourcen, die der Allgemeinheit gehören (Allmende – Commons), wie Land, Wälder, Wasser, Biodiversität, kulturelles Wissen, zu privatisieren und zu kommerzialisieren.
- Der *Handel* sollte dem Austausch von Gütern dienen, nicht der Akkumulation von Kapital. Der internationale Handel sollte drastisch reduziert werden und auf anderen Prinzipien als dem Dogma der Komparativen Kostenvorteile beruhen. Wo der Handel in Frauenhand ist (Juchitán, West-Afrika, Manipur u.a.), hat er nie zu einer Zerstörung von Umwelt und Subsistenz geführt.

Erst auf der Grundlage solcher autonomer/lokaler/regionaler Wirtschaften ist ein neuer Internationalismus möglich, der auf Egalität, Gegenseitigkeit und Respekt vor der biologischen und kulturellen Vielfalt beruht

Anmerkungen

1 Analysen zur 1. Phase sind nachzulesen u.a. bei Mies 1988/1992.

2 Diese Liste von Axiomen und Grundsätzen ist nicht vollständig, nicht systematisch geordnet und nicht in konkrete Einzelschritte umgesetzt. Eine solche Strategie und Taktik kann auch nicht nur am Grünen Tisch entworfen werden, sondern verlangt eine kollektive Praxis- und Theorieanstrengung.

Subsistenz und bäuerliche Ökonomie

Agnes und Lisbeth: Land in Frauenhand

Das folgende Gespräch fand im Winter 1989 in Schönfeld statt. Gesprächspartnerinnen waren die Schwestern Agnes Simon (A) und Lisbeth Reuland (L) und Sofia Bengel (S) und Maria Mies (M). Schönfeld ist ein kleines Eifeldorf, 150 Einwohner, 30 Häuser. Es liegt etwa 100 km südlich von Köln. Bis in die sechziger Jahre war es eine selbständige Gemeinde und ein reines Bauerndorf. Alle, auch die wenigen Handwerkerfamilien, hatten Land und waren Selbstversorger. Heute gibt es nur noch vier Vollerwerbslandwirte und einen Nebenerwerbsbetrieb.

Der Simons-Hof

A: Meine Vorfahren sind um 1850 auf diesen Hof gekommen. Das waren meine Urgroßeltern. Da war in der Eifel eine Auswanderungswelle gewesen. Meine Urgroßmutter war hier aus Schönfeld. Mein Urgroßvater war aus Duppach. Und die haben dann diesen Hof gekauft; ich nehme an, die Leute, die hier fortgegangen sind, die sind nach Amerika gegangen, die brauchten Geld zur Überfahrt. Seither sind wir, also die Simons, auf diesem Hof.

M: Wie groß ist euer Hof?

A: Momentan habe ich 20 Hektar Eigenland. Jetzt sind das nur Wiesen, jetzt mache ich nur Wiesen, Heu und Milchvieh. Wir hatten früher eine Mischwirtschaft.

M: Seit wann machst du nur noch Milchwirtschaft?

A: So ungefähr seit 1960 mach ich das.

M: Wie viele Kühe hast du?

A: Momentan habe ich 20 Kühe und 15 Stück Kälber und Jungvieh, das ist auch mein Schnitt. Mehr nicht.

M: Was habt ihr an Maschinen?

A: Ich habe einen Traktor, einen Mäher, einen Ladewagen, eine Heupresse und zwei Heumaschinen zum Wenden und Zusammenschlagen. Und eine Melkmaschine hab' ich und einen Miststreuer. Eine Melkmaschine hab' ich stationär und eine mit dem Traktor, wenn ich raus melken fahre.

M: Ist der Hof verschuldet? Hast du Schulden?
A: Nein, keine.
M: Wenn die Maschinen alt sind, was machst du dann?
A: Also, ich habe mir immer einen Grundstock von Geld vorgesorgt, für eine Reparatur oder wenn ich eine neue Maschine kaufen muß. Ich habe auch schon mal eine gebrauchte gekauft, die gut erhalten war, damit ich bar zahlen kann. Wenigstens in etwa will ich denken können, das Einkommen in diesem Jahr, das Bruttoeinkommen, das reicht für meinen Lebensunterhalt und für die Maschinen.

Warum Agnes den Hof übernahm

A: Wir waren acht Geschwister, sechs Mädchen und zwei Jungen. Ich, Agnes, war das siebte Kind, Lisbeth das fünfte. Wir hatten einen Bruder, der eigentlich die Landwirtschaft machen sollte, der auch vor dem Krieg die landwirtschaftlichen Schulen besucht hatte und diesen Hof haben sollte. Dieser Bruder ist nicht nach Hause gekommen nach dem Krieg. Und der andere Bruder hatte keinen Bock auf Landwirtschaft. Dazu kam die Landflucht. Da hat man den jungen Männern immer wieder vorgemacht, eine ordentliche Arbeit gäbe es nur in der Industrie. Das sei eine bessere Arbeit, eine geregelte Arbeit, so und so viele Stunden nur noch und das freie Wochenende und alle diese Lockungen. Ja, dann kamen noch persönliche Probleme dazwischen, mit der zukünftigen Frau dieses Bruders. Es kam zu Zwistigkeiten. Die beiden wollten die Alten nicht mehr. Der Bruder hat es ausgesprochen und hat zu unseren Eltern gesagt: „Ihr könnt zu der ältesten Schwester gehen." Und das haben die Eltern abgelehnt, und dann ist er ausgezogen. Es kam noch hinzu, wir hatten schon einen Traktor gekauft, mein Vater hatte keinen Führerschein, er war schon 60 Jahre alt damals. Das ging über ein paar Jahre hin, und es konnte keiner fahren. Dann blieb mir nichts anderes übrig, als den Führerschein zu machen, weil wir unsere Pferde verkauft hatten. Und wir mußten ja im Frühjahr unseren Hof bestellen, und im Herbst zog mein Bruder aus, und ich mußte dann zum nächsten Frühjahr anfangen. Das war damals ein gemischter Hof, wir setzten noch Kartoffeln und Rüben. Meine anderen Geschwister kamen nach Hause und haben mir dann geholfen, Kartoffeln hacken, Kartoffeln rausmachen, Rüben hacken usw., was anfiel. Und den Garten haben wir ja dann auch noch zwischendurch gemacht. Da lebte meine Mutter noch, sie hatte noch Schweine, wir haben noch Ferkel gezüchtet zu der damaligen Zeit – das war bares Geld.

M: Und das war immer Frauenarbeit?

A: Ferkelzucht und Schweinezucht war immer Frauenarbeit, das war die Arbeit meiner Mutter. Also über eigenes Geld verfügte sie auch. Obwohl die sonst auch übers Geld verfügt hat, das war überhaupt kein Problem. Meine Mutter war eine emanzipierte Frau. Eine Bäuerin. Sie war eine richtige Bäuerin, keine Magd. Die finanzielle Belastung war jedoch groß, muß ich sagen. Alle persönlichen Wünsche wurden zurückgestellt, weil wir ja auch den Traktor gekauft hatten. Es kam noch hinzu, daß man uns 1945 das gesamte Vieh weggetrieben hatte. Wir hatten kein Vieh mehr, wir hatten nur noch 4 Kühe und 2 Ochsen für den Anfang nach 45. Damals hatten wir französische Besatzung, und wir mußten immer wieder abliefern. Also wir kamen überhaupt nicht dazu, daß wir mal einen richtigen Viehbestand bekamen. Wir mußten ja auch leben und mußten ja auch verkaufen.

Das Mann-Frau-Problem

M: Du warst eine Tochter, die den Hof übernommen hat. Das ist ja hier in der Gegend nicht so üblich. Obwohl das auch schon passiert. Aber dann wird immer noch damit gerechnet, daß schließlich ein Mann auf den Hof kommt.

A: Ja, das haben meine Eltern auch sehr gehofft, sehr gehofft.

M: Du hast aber nicht geheiratet?

A: Nein, ich habe nicht geheiratet. Ich kannte den Vater meiner Tochter schon lange, dann habe ich 1963 das Kind gekriegt. Weil ich jetzt den Hof hatte und verantwortlich für meine Eltern war, konnte ich den Hof nicht aufgeben. Als ich den Hof pachtete, habe ich mich festgelegt. Das war ja bindend für mich, das war keine Spielerei. Und ich war schon dreißig Jahre alt, und dann wollte ich auch ein Kind haben. Dann habe ich dieses Kind bekommen. Die Ute. Zu der Zeit, als ich das Kind bekam, hätten wir noch gar nicht heiraten können. Und nachher hab' ich eigentlich auch nicht mehr gewollt, wie sich das dann entwickelt hat. Wir haben uns lange vorher gekannt. Er war Arzt, hatte aber auch einen Hof. Und auch nachher hatten wir noch sehr lange eine Beziehung. Auseinandergegangen ist unsere Verbindung erst 1980. Zwischendurch haben wir einen Versuch mit einer gemeinsamen Bewirtschaftung gemacht, ein Jahr lang. Und das ist dann in's Auge gegangen. Wir wollten die Kühe zusammentun und auf Milchwirtschaft umsteigen. Er hatte nur eine Kuh und ein Kalb. Ich hatte fünfunddreißig Kühe. Aber die Schulden wuchsen mir über den Kopf. Da gerieten

wir wieder in das Mann-Frau-Problem hinein. Und da hab' ich gesagt, ich gehe zurück. Und wir hatten nur eine Kuh hier in Schönfeld. Die gab uns die Milch und die Butter für unseren häuslichen Bedarf. Dann hab' ich hier langsam wieder neu angefangen. Und dann fiel ich voll in die Kontigentierung rein.

M: Was ist das denn?

A: 1983 kam die Milchkontigentierung, und ich hatte kein Kontigent mehr. Null. Da bin ich echt fast baden gegangen. Dann fing ich an, mit der Bezirksregierung zu kämpfen, um ein Kontigent. Dann hab' ich da wieder von vorne angefangen, hab' meine Kühe nachwachsen lassen. Ich habe mir nichts gekauft. Gar nichts. Es waren drei bittere Jahre. Ich habe buchstäblich nur von den Erzeugnissen meines Gartens gelebt, habe meine Unkosten bezahlt, wenn ich ein paar Tiere verkaufen konnte, und die Milch haben wir selbst verwertet, für uns, in unserem Betrieb. Die eine Kuh hat uns mit Milch und Butter versorgt. Ein ganzes Jahr lang. Diese eine Kuh!

M: Lisbeth, jetzt würde ich dich gerne fragen: Seit wann bist du wieder hier? Und warum bist du zurückgekommen?

L: Ich bin mit einem Beamten verheiratet, er heißt Norbert, der regelmäßig morgens in sein Büro geht und nachmittags nach Hause kommt. Und dieses Leben ist zu eintönig für mich. Ich war auf meine Wohnung beschränkt, und mir fehlte der Kontakt zu vielen Menschen, wie ich es in Schönfeld gewohnt war. Ja, dann bekam die Agnes ihre Tochter. Das war ein schöner Anlaß, mich hier wieder einzusetzen.

M: Wo wohntest du?

L: Zuerst in Düsseldorf und dann in Mönchengladbach. Ich hatte immer Heimweh. Wenn ich von Mönchengladbach nach Schönfeld fuhr und dann hinter Dahlem die Sonne aufgehen sah, dann ging mir das Herz auf, dann fühlte ich mich wieder zu Hause.

M: Richtig. So geht's mir auch, wenn ich hierher zurückkomme.

L: Das kann man nicht beschreiben. Wenn ich weggehen mußte, habe ich geweint von Schönfeld bis nach Mönchengladbach.

L: Ich fand es schön hier, und ich fand es schön mit den Tieren. Es ist groß und weit hier. Ich brauche den Kontakt mit dem Dorf – also das brauche ich. Sinnvolle Arbeit brauche ich. Ja, und dann hat sich das so eingespielt, und jetzt gehe ich nicht mehr weg.

Aus Bäuerinnen werden Hausfrauen

A: Es arbeiten sehr viele Männer hier auf dem Hof. Aber da habe ich nie das Gefühl, daß sie etwas machen wollen, was ich nicht sage.

Das ist von vornherein klargestellt, ohne Worte. Z.B. sage ich, wir machen einen Zaun, dann wird der Zaun gemacht, sie dürfen ihn machen, wie sie ihn machen wollen, nach ihrer Methode, da kommt nichts von mir wie: „Das mußt du so machen oder so hätte ich das gern", sondern wir verstehen uns so gut mit den Leuten, mit denen ich arbeite, daß die genau wissen, wie ich es meine. Und darauf ist 100%iger Verlaß, auf alle.

M: Was wäre denn der Unterschied, wenn einer dieser Männer nun hier dazwischen wäre?

A: Dann hätte ich nicht das Sagen hier. Ich kann ja an und für sich nichts dazu sagen, weil ich hier immer das Sagen hatte.

M: Aber ihr seht doch andere Frauen, wo der Mann das Sagen hat.

A: Das ist nämlich so, bei anderen Frauen, die ich kenne, die äußern sich nur so, wie sie glauben, daß ihr Mann es hören will. Das ist dieses Zurücksetzen. Dieses Zurückstehen der Frauen, vielleicht nur, weil sie glauben, das paßte so ins Bild.

M: Hier in der Eifel und im Rheinland wird ja der Hof auch an die Frauen weitervererbt. Die Frauen haben an ihrem Eigentum festgehalten. Und jetzt sehen wir, daß die modernen Frauen und Hoferbinnen einfach auf ihr Erbe keinen Wert mehr legen. Verstehen die sich noch als Bäuerinnen?

A: Also es gibt hier im Ort zwei Frauen, die in meinem Alter sind, die verstehen sich voll und ganz als Bäuerinnen.

M: Die auch so arbeiten wie du?

A: Die genauso arbeiten wie ich, die auch alle Arbeiten tun, wenigstens eine davon. Die anderen Frauen hier arbeiten auch sehr viel, im Stall fast alles mit, aber sie würden, sagen wir, keinen Mist fahren, sie würden keine Jauche fahren. Sie fahren zwar Heu wenden, würden aber nicht Mähen fahren.

M: Aber würden sie Traktor fahren?

A: Traktor fahren sie. Fast alle Frauen fahren Traktor. Da gibt es aber gewisse Arbeiten, die sie nicht tun.

M: Verstehen sie sich eher als Hausfrauen?

A: Ja, das würde ich sagen, zum Teil schon. Ehefrauen – ja, Ehefrauen sind sie also noch mehr, noch mehr Ehefrauen als Hausfrauen.

S: Ja, kommen die Frauen denn selber nicht vom Hof? Dann könnte man sagen, die kennen die Arbeit auch nicht. Und deine Tochter?

A: Doch, doch, die kennen die Arbeit. Die Bauernarbeit. Aber diese Arbeit fängt sehr zeitig an und hört spät auf. Jetzt brauche ich nur mal meine Tochter als Beispiel zu nehmen. Morgens, wenn die Ute um 9 Uhr anfängt, in der Apotheke zu arbeiten, ist sie zuerst noch

mit in den Stall gegangen und hat geholfen, die Kühe füttern. Sie mistet aus, bis 8 Uhr, geht dann rein und macht sich fertig und fährt dann arbeiten. Dann kommt immer wieder dieser Spruch, also das ist schon ein stetiger Satz: „Ja, da muß man sich ja wundern, jetzt, wo sie auch noch den Doktor macht, daß die noch in den Stall geht." Was ist das überhaupt für ein Argument? Das ist doch überhaupt kein Argument.

„Bauern stinken!"

M: Was meint ihr, wo kommt das her? Daß diese jungen Frauen hier auf dem Land nicht mehr Bäuerinnen sein wollen.

L: Das Madigmachen der bäuerlichen Arbeit, das spielt eine Rolle.

M: Wer macht das? Das kommt ja nicht von selbst?

A: Nein, das kommt nicht von selbst. Es kommt häufig aus unseren eigenen Reihen. Also das ist es, was mich sehr zornig macht. Sie haben zuwenig Selbstbewußtsein, zuwenig Selbstwertgefühl haben die Bäuerinnen. Und sie lassen ihre Kinder heute schon, auch hier die Bäuerinnen, sehr zeitig in den Kindergarten gehen, schon mit drei Jahren. Das finde ich radikal falsch, weil das Kind nicht mehr lernt, wie es ist, mit einer Kuh umzugehen. Und es lernt diese Arbeit nur zu schätzen, indem es dazu kommt, die Erde zu fühlen und die Kuh anzupacken. Das muß es ganz früh lernen. Jetzt kommt aber schon zeitig die Entfremdung von der Sache, die zu Hause läuft, wo gearbeitet wird.

L: Jetzt bring ich da was rein, ganz plötzlich, zwischendurch. Walter war in Trier im Krankenhaus, da war dieser Küster vom Hochwald, der – ein ganz alter Mann – mit zehn Jahren schon die Küsterdienste gemacht hat. Das ganze Dorf liebt ihn. Und er war sehr krank, lag in Trier im Krankenhaus, und sie kommen ihn besuchen. Kommt ein Besucher und fragt an der Pforte: „Wo liegt der Küster sowieso?" „Geht dem Geruch nach vom Dorf, wo all die Frauen sind vom Dorf, geht dem Geruch nach!" sagte man ihm. Das ist in Trier im Brüderkrankenhaus vorige Woche passiert!

M: Du hast gesagt, die Frauen selbst tragen zu dieser Entwertung bei. Gibt es noch andere Instanzen und Organisationen, die dieses Bild der bäuerlichen Hausfrau pflegen?

A: Ja, das wird zum Teil von den Landwirtschaftsschulen gemacht. Die Frauen, die zur Landwirtschaftsschule gehen, werden fast nur in Hauswirtschaft unterrichtet. Hauptsache die Ernährung. Kochen. Wie wasch' ich richtig. Wie ist die Zusammensetzung von den Kalorien, damit der Körper gesund bleibt oder so.

M: Ihr hattet mir mal erzählt, daß auch der Landfrauenverband mit seinen Veranstaltungen dasselbe Frauenbild propagiert.

A: Ja, z.B. „Rund um den Apfel“, „Rund ums Ei“ – so heißen die Kurse. 60-jährige Frauen, die locken sie mit Kursen wie „Rund um den Apfel!“ –

L: 80-jährige, die schon Großmütter sind!

A: – in ihre Veranstaltungen. Ich bin einmal mitgegangen: „Altes Leinen neu entdeckt!“ Was hatten sie? Drei Schablonen hatten sie und peppten auf schönes altes Leinen irgendwelche blöden Muster, die keinen Wert haben. Und sie machten aus „Rund um den Apfel“ eine Gründungsversammlung!

M: Und was macht dieser Landfrauenverband sonst?

A: Also dieser Landfrauenverband, der argumentiert in meinen Augen nicht genug politisch. Z.B. dieses Anspitzen, sich zu wehren, in vielen Aktionen und so, das könnten sie. Sie sind stark. Das ist ein großer Verband. Es darf nicht reichen, daß die Vorsitzende sich nur irgendwo neben dem Landrat ablichten läßt. Das geht nicht!

M: Für welche Ziele sollten die sich einsetzen?

A: Gegen den Fluglärm, zum Beispiel. Fangen wir an, gegen die Raketen zu protestieren. Unsere ganze Eifel haben sie vollgesetzt mit Raketen. Dagegen müßten sie sich politisch wehren.

Beziehungen: Alt und Jung, Nachbarn, das Dorf.

M: Ich habe gehört, daß besonders die jungen Frauen, wenn sie verheiratet sind, sagen, daß die Ehen daran scheitern oder kaputtgehen, weil die alte Mutter den Jungen nicht genügend Raum läßt usw. Man sagt, die sollten sich trennen, die jungen und alten Frauen, sollten zwei getrennte Haushalte machen.

L: Ja, dieser Vorschlag der Trennung kommt aber mehr über die Landwirtschaftsschule. Z.B. jeder solle für sich allein wirtschaften, das hörst du überall. Auch die Jungen besser für sich, die Alten besser für sich. In unserem Bild ist das nicht so.

A: Also ich bin total dagegen, daß die Generationen so getrennt werden. Ich will nicht sagen, daß ein kleiner Freiraum nicht von Vorteil ist, sagen wir mal, wo jede Frau sich zurückziehen kann, in einen Raum. Aber nicht so, das ist *dein* Wohnzimmer, und das ist *mein* Wohnzimmer, sondern es muß ein gemeinsames Wohnzimmer geben. Ich bin auch dagegen, daß die Kinder nicht mehr lernen, wie das ist, wie alte Leute reagieren. Und die alten Leute, die müssen die Kleinen auch um sich haben, um das Jugendliche und das Flotte zu erleben. Meiner Meinung nach tut das die noch irgendwie

aufmuntern, wenn sie sehen, wie das Kind so voller Freude ist, über alles noch. Das finde ich, müssen die alten Leute haben. Und die kleinen Kinder, die müßten einen Menschen haben, dem sie einfach auf den Schoß springen können. Und nicht unbedingt bei der Mutter. Sondern es kann auch mal zu der Großmutter auf den Schoß. In der Zeit kann die Mutter sich selber ein bißchen erholen, sich einfach mal hinlegen und etwas schlafen. Und deshalb meine ich, müßten die Generationen zusammenbleiben.

M: Der Trend geht aber in eine andere Richtung, nicht wahr?

L: Ja. Die Großmütter dürfen die Kinder nicht mehr anpacken – du hast es ja gehört, den einen Abend, wo wir mit der Gisela zusammen waren. Wo die eine Frau meinte, sie müßte die Kinder von den Großeltern fernhalten. Also ich muß sagen, da bin ich erschrocken. Und ich finde, wenn Großmütter und Enkel zusammenleben, wird ein Grund gelegt für später, zu lernen, daß es mehrere Faktoren in der Familie gibt. Und mehrere Generationen, um das soziale Feld richtig zu ordnen.

M: Da sind wir eigentlich schon bei den Zukunftsperspektiven. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Aber ich wollte auch noch fragen, wie es sonst mit den sozialen Beziehungen *im Dorf* hier ist. Oder mit den Nachbarn. Es wird ja immer gesagt, ein Dorf übe eine sehr starke soziale Kontrolle über die Leute aus. Das ist auch so: Ihr zwei Frauen seid ja doch eine gewisse Ausnahme hier. Hattet ihr Probleme mit eurer Lebensweise hier im Dorf? Welche Beziehungen habt ihr im Dorf oder zu der Nachbarschaft, obwohl ihr ja nun nicht in das Bild der typischen bäuerlichen Hausfrau paßt?

A: Also unsere Beziehung hier im Dorf ist im Grunde genommen sehr gut. Die Beziehung zu meinen Nachbarn ist auch äußerst gut. Es ist ja auch eine uralte Nachbarschaft. Eine gewachsene Nachbarschaft mit Kind und Großeltern und so weiter. Das hat ja auch immer funktioniert. Das ist genau das, was ich meine. Das muß man als ganz kleines Kind lernen, daß es Grenzen gibt, die man nicht überschreiten darf. Auch in der Nachbarschaft nicht. Und wenn wir zum Nachbarn rufen: Kannst du mal helfen?, wird er alles liegenlassen und kommen. Und ich bin auch bereit, von meiner Seite, wenn da irgend etwas ist, auch meine soziale Leistung zu bringen, egal in welcher Form.

L: Also eine gute Nachbarschaft, die weiterläuft, auch wenn junge Leute reinkommen, die muß man immer so halten: Wenn einer ruft, dann geht man, und sonst guckt man nicht in den Kochtopf. Man bleibt stehen, man fragt nach den Begebenheiten, die sich in

der Familie ereignen, gute und schlechte, man sagt jeden Tag ein freundliches Wort, wenn man die Nachbarn trifft. Man läuft nicht an ihnen vorbei, sondern hat immer Zeit für drei Wörter.

Arbeit – Kultur – Lebensgenuß – Feminismus

A: Unser Tag fängt immer nach einem gewissen Rhythmus an. Wir stehen um halb sechs auf und fahren die Milch vom Vorabend raus. Und dann trinken wir eine Tasse Kaffee. Wir ordnen das Haus.

L: Und lesen. Lesen, reden – eine Stunde. Oder wir bereden Sachen, die wir den Tag machen müssen oder wie wir arbeiten müssen. Und wenn nichts Besonderes ansteht, dann haben wir irgendein Buch, was wir uns – hör mal, was hier steht, das ist ein Satz, wie formulieren die das? Ach fürchterlich! – Oder ein Satz, den ich gelesen habe, der micht aufregt. Also dann reden wir über diesen Satz, der mich dann so in Rage gebracht hat und so.

L: Was für Bücher lesen wir? In der letzten Zeit haben wir hier Uta Ranke-Heinemann dazwischen gehabt. Sie hat uns über verschiedene Sachen Aufklärung gegeben, z.B. wie Frauen sich früher in der Kirche verhalten mußten. Wir wußten zwar, daß es so ist, aber was waren die Hintergründe? Nehmen wir mal dieses Aussegnen, das kennst du auch. Dann durften die Frauen nicht auf die Straße und so. Also wir lesen auch ganz politische Bücher.

A: Ich lese auch manchmal gern einen guten Roman. Da fällt mir jetzt nur gerade ein, was hier jetzt ansteht: „Früchte des Zorns" von Steinbeck. Das trifft im Grunde genommen jetzt hier auf unsere Situation zu. Böll lese ich sehr gern, die Simone de Beauvoir lese ich gern. Novak, der ist für mich gut, da kann man manchmal einen Satz lesen, der reicht für den ganzen Tag. Dann hat mich auch interessiert, wie ich mich, sagen wir mal, bei einer Krise verhalte. Da habe ich mir „In der Mitte des Lebens" gekauft, um zu wissen, warum reagiere ich so und nicht anders. Was ich gern lese? Was mich ein bißchen aufsässig macht. Die Gedichte von Dorothee Sölle, ja, die lese ich gerne.

L: Da kommt ein Haufen Autoren zusammen. Im ersten Moment fällt einem nicht alles so ein. Hier dieses „Weg zur vaterlosen Gesellschaft" von Mitscherlich zum Beispiel. Wenn ich so eine Sache lese, dann denke ich mir, mein Gott, der hat recht. Was hat der genau hingeschaut. Das mußt du noch mal nachlesen. Oder „Die Unfähigkeit zu trauern". Es ist wirklich so, es ist so.

M: Das ist wahr. Denn das hat ja auch etwas mit dem alten Patriarchat zu tun. Da kommen wir gleich in diese Diskussion.

A: Vielleicht sind wir nicht in einem richtigen Patriarchat großgeworden. Aber insgesamt haben wir das Patriarchat ja auch heute noch. Wenn du die Diskussion gestern im Fernsehen gesehen hast, eine Diskussion nur mit Frauen. Wie sie sich wehren müssen in ihrer beruflichen Laufbahn, daß sie immer alles erklären müssen. Da war eine Polizistin, die sagte, sie ertappt sich auch, wie sie immer wieder erklärt hat, warum sie gerade etwas macht. Bis sie mal dahintergekommen ist, warum ist das nicht einfach Tatsache.

L: Wenn ich Bekannte von mir treffe, lachen wir schon. Also keine fünf Minuten vergehen, längstens eine Viertelstunde, dann hören wir: „Was sagt Norbert dazu?“ Wenn ich grinse, weiß mein ganzes Umfeld, was ich denke. Und dann sage ich: „Also du warst ja ganz schnell, drei Minuten.“

A: Die Frage nach dem Mann kriege ich auch häufig gestellt, wenn fremde Leute herkommen. Neulich kam ein Auto angefahren, irgendso ein Vertreter, und da sagt der so: „Mein Gott, was für eine Arbeit. Das ist doch Männerarbeit.“ Da mußte ich ihn aufklären, daß es nicht geschlechtliche Arbeiten gibt, sondern nur Arbeit als Sache betrachtet. Da guckt der mich an wie Bahnhof. Wenn z.B. mein Schwager mal hier arbeitet, fällt mir auf, daß die Männer automatisch auf ihn zugehen, wenn sie was fragen wollen. „Ist das dein Mann?“ „Ja, wer ist dann hier der Mann?“ „Ist das Ihr Mann?“ „Nein, das ist nicht mein Mann.“ „Ja, habt ihr denn keinen Mann?“ „Doch, mehrere“, sage ich dann immer. Ja, das sind dann so...

M: ... ganz emanzipierte Zustände. Aber erzählt noch ein bißchen von eurem Tageslauf.

A: Um sieben fangen wir an zu arbeiten. Wir arbeiten immer zusammen, alles. Z.B. jetzt am Montag habe ich Jauche gefahren, Dienstag habe ich Mist gefahren. Und das will ich auch weitermachen, solange es geht, wenn das Wetter offen ist, wir sind ja hier in der Eifel. Ja und die Feldarbeiten, die fallen immer so an, im Frühjahr, wie es sich ergibt.

M: Wann hört ihr normalerweise abends auf?

A: Die Bauern hören dann auf, wenn sie fertig sind. Um halb acht Uhr abends ist meist alles getan, nicht immer. Z.B. im Sommer, wenn es sehr warm ist, dann haben wir mehr gleitende Arbeitszeit. Dann fahre ich später Melken, weil es sonst zu warm ist zum Melken. Dann wird es abends neun Uhr, bis ich fertig bin. Wenn kein Heu ansteht, machen wir eine gute Mittagspause. Wir legen uns in den Garten, sonnen uns und machen dann ein bißchen Esoterik.

L: Ja, da lassen wir uns regulär reinfallen, reinfallen im Geiste.

M: Was ist das? Regulär reinfallen?

L: Reinfallen, so tief in ein Loch. Da muß ich sagen, das genieße ich sehr, so wegzutreten. Ich genieße das auch auf unserer großen Wiese. Da weiß ich, da kommt nichts von rechts und nichts von links, es geht ja keiner über deine Wiese. Wenn du auf 50 Morgen liegst – mittendrin – also so was von toll, das kann man niemandem beschreiben. Da laß' ich das Universum auf mich runterscheinen!

M: Aber daß z.B. jeden Morgen die Kühe gemolken werden müssen. Da sagen manche: Du bist angebunden. Du bist nicht frei.

A: Nein, ich kann es sogar so ansehen, daß ich in der Zeit alle meine Bewegungsabläufe und -bedürfnisse gleichzeitig damit kombiniere, indem ich kniee, mich bücke, die Leiter rauf und runter klettere, einen Arm raufstrecke, runterstrecke, hebe und alle diese Sachen, die ich eigentlich brauche zum körperlichen Wohlbefinden. Die kann ich morgens während dem Füttern machen. Ich drücke, schiebe, hebe, laufe – schreie, streichle, alle diese persönlichen körperlichen Bedürfnisse, die ich habe . . . .

M: Und wie ist es mit dem Gefühl für Erfolg, für Glück?

A: Zum Beispiel, wenn eine Kuh krank ist, ist es für mich ein ungeheurer Erfolg, es hingekriegt zu haben, daß sie wieder gesund geworden ist. Es gibt so viele Erfolgsgefühle, die kann man gar nicht alle aufzählen, die aber wichtig sind, um weiterzumachen. Auch das Feld in Ordnung halten, das ist auch eine wichtige Sache. Es ist für mich sehr schön, wenn die Wiese so wunderschön daliegt und ist supersauber, der Zaun ist in Ordnung, wenn ich daran gearbeitet habe. Das finde ich toll.

L: Erfolgsgefühl ist es auch für mich, im Garten zu arbeiten. Es ist wunderschön, das kann man eigentlich gar nicht beschreiben, wenn man das nicht sieht, wenn ich die Erde umgeworfen habe. Den Geruch, das kann man keinem erklären. Der Geruch von frisch aufgeworfener Erde, das muß man riechen. Man muß fühlen, wie das ist, wann die Erde kalt ist. Man muß fühlen mit der Hand, wann die Erde warm ist. Wenn man sich reinsetzt, einfach so in den Garten und läßt die Erde über die Beine rieseln. Was für ein schönes Gefühl das ist! Das haben wir schon als Kinder gemacht.

A: Das ist für mich Glück. Es ist für mich Glück, wenn ich sehe, wenn ich gesät habe, wie das schön rauskommt, wie es sich entwickelt. Es ist Glück für mich, wenn ich im Garten liege und lasse mir die Sonne einfach auf den Bauch scheinen. Auch daß wir viele Menschen um uns haben, die uns mögen, ist für mich Glück!

M: Du hast vorhin gesagt, daß du frei entscheiden kannst, was du tust, Agnes. Aber dieser Begriff von Freiheit ist ja nicht der, der manchmal bei den Leuten vorkommt, wenn sie sagen: „Ich kann machen, was ich will." Meinst du das mit Freiheit?

A: Nein, so nicht. Irgendwelche Zwänge hat jeder. Ich sehe den Begriff Freiheit für mich so, daß ich frei entscheiden kann, auch wenn ich sage, ich gehe jetzt Holz hauen. Das ist für mich ein Begriff der Freiheit.

M: Innerhalb dieses Rahmens des Notwendigen kannst du entscheiden, was du machst?

A: Ich entscheide frei über mein Einkommen und frei über meine Ausgaben. Das empfinde ich auch für mich als Freiheit.

L: Na ja, ganz so frei mit dem Einkommen geht es nicht. Da haben sie dich schon etwas im Griff.

Agrarpolitik

A: Angefangen hat die ganze Geschichte mit der Flurbereinigung. Das war meiner Meinung nach der Ursprung. Hier bei uns fing diese Flurbereinigung Anfang der 60er Jahre an. Dann kamen diese Aussiedlungshöfe. Und wenn ich mir das heute so betrachte, habe ich eine ganze Weile gebraucht, um überhaupt zu verstehen, was man damit wollte. Man hat dem einen das Land weggeholt, indem man gesagt hat, der Hof rentiert sich nicht mehr. Und dem anderen hat man es gegeben. Die Flurbereinigung kaufte ja von einem ganzen Haufen von diesen kleinbäuerlichen Betrieben das Land auf und konnte es dann an die Siedler geben.

L: Erstens wurden die Siedlungen außerhalb des Ortskerns gesetzt, damit sie schon mal aus dem Verkehr gezogen wurden und ihre Produkte nicht mehr direkt an den Mann bringen konnten. Weil, es geht keiner in die Siedlung, sich die Milch holen, das ist zu weit.

M: Und die nächste Phase?

A: Die nächste Phase fing mit der Konkurrenz an. Wenn ich keine 50 Kühe habe, dann bin ich weniger als die anderen. Es ist ja auch der Neid, der da eine Rolle spielt. Und die großen Traktoren! Die Traktoren spielten eine ungeheuer wichtige Rolle in dem Prozeß. Ich weiß nämlich, bei diesen Jungbauern spielt es ein ungeheure Rolle, auf welchem Traktor sie sitzen.

M: Brauchen sie diese großen Traktoren? Oder ist das nur, daß die Männer eine große Maschine unter sich haben wollen?

L: Ja, die Jungbauern müssen diesen riesigen Traktor haben, um die Landwirtschaft überhaupt noch machen zu wollen. Die sehen den

Traktor eigentlich gar nicht richtig als Maschine an. Die sehen ihn irgendwie als Statussymbol an. Sie sitzen ja auch ganz hoch, wenn sie damit ankommen.

M: Und können dann auf alle Leute runtergucken.

L: Sie haben sich ja schon ein bißchen erhöht dadurch, und sie konkurrieren untereinander, wer den größten Traktor fährt.

M: Und so haben sie sich mehr und mehr verschuldet. Vielleicht kommen wir jetzt noch zu dieser neueren Phase der Agrarpolitik.

A: Ja, dann kam die neuere Phase. Die Kontingentierung[1] kam ja für jeden, auch für die mit zwei Kühen. Die Regierung hatte ja keine Grenze gesetzt, wonach man sich orientieren sollte. Und die Großen hatten alle so viele Schulden, diese Siedler, Aussiedler, Traktorbesitzer, und der Staat mußte ihnen, damit sie nicht in Konkurs gingen, ein gewisses Einkommen garantieren. Sie konnten ja nicht sagen: „Bau den Siedlungshof und morgen machst du zu." Wie kriegten sie ihre Schulden bezahlt? Ja, die fielen damit alle unter die Härtefälleregelung. . .

M: Also alle Großen bekamen Härtefälleregelung?

A: Alle will ich ja nicht sagen, aber viele, sehr viele. Die Kleinen nicht.

Zukunftsperspektiven

M: Ein reiner Selbstversorgungshof, der nur produziert, was ihr konsumiert, ist euer Hof nicht. Ihr müßt auch für den Markt produzieren, um Geld zu haben, vor allem um eure Altersversorgung zu sichern. Wie soll es weitergehen? Man kann ja heute nicht mehr einfach davon ausgehen, daß die nachwachsende Generation den Hof weiterführt und die Eltern bis zum Tode aus dem Betrieb versorgt. Deine Tochter, Agnes, hat ja auch einen anderen Beruf gelernt. Was macht ihr, wenn euch die Arbeit zuviel wird?

L: Dann hören wir einfach mal ein bißchen auf.

A: Ja, aber wovon bezahl ich meine Rente? Das ist jetzt so mein Problem. Was ich wirklich machen kann oder machen sollte, weiß ich noch nicht. Im Notfall würde meine Tochter diesen Hof pachten. Für mich ist ja nur wichtig, daß ich ihn weiter verpachtet habe, sonst bekomme ich keine Rente.[2] Und in fremde Hände wollte ich ihn nicht geben. Wenn die vorzeitige Altersrente ginge, dann könnte ich mit 58 Jahren aufhören. Aber dann müßte ich einen Nachfolger haben, oder ich muß meine Flächen stillegen.

M: Aber am liebsten wäre dir, wenn deine Tochter ihn pachten würde?

A: Ja, das wäre mir am liebsten.

M: *Wie sollte es weitergehen?* Die private Frage hängt mit der weiteren

Frage zusammen: Wie sollte das insgesamt weitergehen mit den Bauern? Was würdet ihr euch wünschen?

A: Also, was ich mir wünschen würde: daß die kleinbäuerliche Landwirtschaft mehr erhalten würde. Das würde ich mir wünschen. Weil sie vielfältiger ist insgesamt, der Kleinbauer setzt für sich vielleicht auch noch drei Reihen Kartoffeln und drei Reihen Rüben für sein Vieh. Und es wird nie von *Erwerb* gesprochen. Es ist mir gestern aufgefallen, sie sprechen immer nur von *Frauen*, wenn sie davon sprechen, daß sie ins *Erwerbsleben* gehen sollten.

M: Dann meinen sie: ins Büro.

Was heißt eigentlich Erwerbsarbeit?

A: Ja, nur das gilt als Erwerb. Meine Mutter war immer erwerbstätig, indem sie hier geschafft hat, und ich bin auch erwerbstätig. Zwar bin ich die Inhaberin dieses Betriebes und zähle deshalb als erwerbstätig. Aber z.B. meine Freundin Maria, die zählt schon wieder nicht als erwerbstätig, aber die ist genau so erwerbstätig wie ich, indem sie die anderen Arbeiten alle macht, insgesamt. Zwar nicht, indem sie einen Beruf ausübt und Geld verdient, aber sie erwirbt mit ihrem Mann genau das gleiche.

L: Alle diese Kleinbauern sind auch erwerbstätig, auch wenn sie keinen ausgebildeten Beruf in der Landwirtschaft haben. Und deshalb wäre es wichtig, wenn die bleiben würden. Nicht nur die Lohnabhängigen sind erwerbstätig, sondern die sich selber auf ihrem Hof erhalten auch. In unserer Wirtschaft zählen die nicht.

M: Das taucht nicht auf in den Statistiken, im Bruttosozialprodukt. Genauso wie die Hausfrauenarbeit nicht auftaucht. Und jetzt kommen wir noch einmal auf die Landfrauen zurück, was meiner Meinung nach eine politische Sache der Landfrauenverbände sein müßte, den Begriff der Arbeit der Landfrauen anders zu definieren. Oder die unbezahlte Arbeit hineinzunehmen in den Begriff der Erwerbstätigkeit. Oder den Begriff „Erwerbstätigkeit" abzuschaffen und einen anderen zu nehmen, der alle Arbeit umfaßt, das wäre wichtig. Also alle Arbeiten, die zur Erhaltung des Lebens, auch zur Selbstversorgung notwendig sind, müßten als Arbeit zählen.

A: Ja, auch alle sogenannten Hausfrauen sind doch erwerbstätig, indem sie die Kinder großziehen und die Familie versorgen, leisten sie doch eine ungeheure Arbeit für die Gesellschaft.

L: Da könnte der Landfrauenverband sich wirklich manches einfallen lassen, schon lange. Allein nach Begriffen zu suchen, wie will man es definieren und auch dem Staat sagen: „So soll es sein."

A: Wenn es nicht so werden soll, wie – wo war die Ute gewesen? – auf Guadeloupe, wo es nur noch tote Dörfer gibt, dann müßte jetzt etwas geschehen. Es ist doch Unsinn, daß man alles erst mal verschwinden läßt und die jungen Leute nicht mehr lernen, wie säe ich Salat, wann säe ich den Salat, wann ist der Salat fertig zum Verkauf, oder wie mache ich Sauerkraut? Und wenn sie das nicht mehr lernen, diese Sachen in den Gärten anzubauen oder herzustellen, dann ist es überhaupt nicht möglich, etwas auf den Markt zu kriegen. Also müßte vorher erst wieder gelernt werden, kleine Hausgärten anzulegen und alle diese Kenntnisse zu vermitteln.

M: Was für Techniken und Kenntnisse habt ihr noch, die erhalten werden sollten?

L: Zum Beispiel kann ich noch Fleisch konservieren, indem ich es einwecke oder pökele. Ich habe sogar noch ein Räucherhäuschen. Sauerkraut kann ich auch noch selber einmachen. Das weiß ich noch. Bohnen kann ich selber einmachen, sauer einmachen.

A: Ja, einwecken, z.B. ich wecke sehr viel ein, Marmeladen kochen wir alle selber. Wir kaufen keine Marmeladen. Saft machen wir selber. Im Garten machen wir alles. Butter mache ich noch selber. Käse kann ich auch machen, Quark von meiner Buttermilch kann ich machen. Anderen Käse könnte ich auch machen, ich habe es noch nicht probiert. Ich habe keine Zeit dazu. Backen kann ich auch. Brot könnte ich auch noch backen, Sauerteig ansetzen.

L: Das wäre jetzt noch zu vermitteln, wenn wir noch eine Generation weiter sind, sind diese Kenntnisse weg. Die jungen Landwirte lernen ja alle nur noch Maschinenkenntnisse. Die lernen kaum noch die Pflege der einzelnen Kräuter.

A: Diese jungen Landwirte haben auch nicht mehr so ein Verhältnis zu den Tieren, würde ich sagen. Die Tiere sind nur ein Produktionsfaktor. Da hat man ja auch weniger Zeit, sich um das Tier zu kümmern. Die größeren Betriebe, das weiß ich vom Tierarzt, nehmen kaum noch einen Tierarzt, wenn ein Tier krank ist, die nehmen sofort den Metzger, weil es kostengünstiger ist.

L: Ja, das ist dann einfach Abfall, so ein Tier. Also das müßte sich ändern, das Verhältnis zu dem Tier, das Tier nicht als Sache sehen, sondern als Leben. Und die Erde auch.

M: Und ein pflegerisches oder liebendes Verhältnis dazu zu haben?

A: Ich möchte sagen, nicht nur ein pflegerisches, sondern auch ein liebendes Verhältnis. Wenn ich denke, wie mein Vater früher über die Felder ging, dann sehe ich ihn noch vor mir, ich weiß nicht,

wie man das sagen soll... Also wenn ich mir vorstelle, Gott geht über die Felder, so könnte ich sagen, das war mein Vater. So ungefähr, wenn er darüber schritt oder wenn er hinter dem Pflug ging. Das war, wie soll ich das sagen? Wenn man so ganz alte Bilder sieht, da sieht man das manchmal drauf, die Figur hinter dem Pflug. Das war nichts Aggressives, das war so etwas Liebendes.

M: Stimmt. Ich erinnere mich auch an meinen Vater, genauso.

A: Wenn diese Männer über das Feld gingen, das war, wie wenn das Korn wogt.

M: Ja, ja, sie schaukelten so ein bißchen, ja.

A: Wie das Ganze zusammenhängt, das wäre meiner Meinung nach sehr wichtig, daß *das* mehr als Ziel herausgestellt wird. Die Zusammenhänge von unserer Erde und wir Menschen darauf, das müßte insgesamt mehr vermittelt werden.

L: Ich versuche ja schon immer, wenn ich mit den Leuten rede, zu erklären, wie schön diese Arbeit, dieses Leben ist. Sie sollen sehen, wie die Sonne aufgeht. Sie sollen auch den Vogel sehen und hören, wie er zwitschert. Es gibt Bauern hier in Schönfeld, die verstehen das noch. Es gibt einen hier, der das genauso sieht wie ich und auch sagt. Das ist so toll, wenn die Sonne aufgeht und der das auch so empfindet. Denn auch Männer empfinden das.

Frauen und Ökologie

M: Das war nämlich die letzte Frage, die ich anschneiden wollte, also diese ganzen Zusammenhänge sehen, fühlen und im Kopf und im Herzen behalten. Und auch die ökologischen Probleme zu bedenken. Da habe ich den Eindruck, daß Frauen in der Regel dafür empfindlicher sind als Männer. Ist das so?

A: Ja, ich würde sagen, überwiegend stimmt das. Aber es gibt auch Männer, wenige, die das auch so sehen und empfinden. Zum Beispiel jener Mann. Wenn wir uns so treffen unterwegs auf dem Feld, hält er an, und dann reden wir, meistens über solche Sachen. Er ist einsam unter seinen Kollegen, denen kann er so was gar nicht erzählen, weil sie dann sagen: „Mein Gott, der spintisiert irgendwo da oben drin." „Eine kleine Macke hat er doch."

M: Ich kann mir vorstellen, Männer, wie du sie vorhin beschrieben hast, die unbedingt einen dicken Traktor unterm Hintern brauchen, die haben für solche Gefühle und Gedanken keinen Sinn.

A: Ja, die brauchen das Geräusch des Traktors, und dann hören die keinen Vogel mehr.

S: Das schließt sich schon mal aus.

L: Es fällt ihnen noch nicht mal auf. Zum Beispiel vor zwei Jahren, da sind die Vögel zu früh zurückgekommen, und da hatten wir diesen Kälteeinbruch, und es war nichts zu fressen da. Das hängt jetzt auch wieder mit dem ökologischen System zusammen, daß unsere Witterung sich verändert. Die erste Brut ist alle erfroren, und die zweite haben sie dann durchgekriegt. In unserem Stall habe ich die Schwalben – die saßen auf den Kälbern – gefüttert mit den Fliegen von der Wand. Die waren so schlapp und fertig, weil sie nichts zu fressen hatten. Also man soll deshalb auch nicht alle Fliegen mit Spray kaputtmachen, es müssen ein paar übrigbleiben, damit die Vögel, wenn sie zurückkommen, was zu fressen haben. Und je mehr wir sprayen, um so weniger Insekten haben wir. Auch wenn sie im Sommer schon mal lästig sind.

Postscript

Am 1.2.1990 hat Agnes Simon ihren gesamten Betrieb an einen jungen Landwirt aus dem Nachbardorf verpachtet. Das war die Voraussetzung dafür, daß sie eine Erwerbsunfähigkeitsrente bekommt. Sie mußte einen Pachtvertrag für zehn Jahre abschließen. Sie hat den Betrieb aus Krankheitsgründen aufgegeben. Sie hatte Rückenschmerzen und konnte schließlich nicht mehr Traktor fahren. Nach dreißig Jahren Arbeit beträgt ihre Rente DM 613,—.

Agnes und Lisbeth haben zwei Kühe behalten, acht Hühner, einen Hahn, einen Hund (Karo), viele Katzen und zwei Gänse. Sie machen Butter und Quark aus ihrer Milch. Alles Gemüse bekommen sie aus ihrem Garten.

Anmerkungen

1 Die Milchkontingentierung bedeutet, daß die Bauern nur ein bestimmtes Kontingent Milch verkaufen dürfen.

2 Die Bauernrente wird erst ausgezahlt, wenn die Hofinhaber den Hof verpachtet haben.

Das kapitalistische Patriarchat will uns unsere wirkliche Herkunft vergessen machen und an deren Stelle das Geld, das Kapital, die Maschinen und Investitionen setzen. Deshalb ist es notwendig, daß wir uns der einfachen Wahrheiten erinnern: ***Das Leben kommt aus den Frauen, und die Nahrung kommt aus dem Land.*** Aus diesem Grund sind für uns das Land und die Art seiner Bearbeitung die wichtigste Voraussetzung für eine alternative ökologische Wirtschaftsweise und Gesellschaft. Bäuerliches Wirtschaften und Agrarkultur sind entscheidende Bestandteile der Subsistenzperspektive.

Darin unterscheiden wir uns von der Mehrzahl der neueren Alternativansätze, wie etwa dem der „lokalen Ökonomie" (Technologie-Netzwerk Berlin; Birkhölzer), des „Dritten Sektors" (Rifkin), des „New Work" (Bergmann) oder der „Krisis"-Autoren. Sie alle enthalten Elemente einer Subsistenzorientierung, andererseits aber nehmen sie das Land und die Agrarkultur nicht zum Ausgangspunkt für ihre Überlegungen. Sie sind im städtischen Lohnarbeitsmilieu verankert.

Von der Stadt und der städtischen Lohnarbeitslosigkeit ausgehend aber ist es schwierig, die Subsistenzfähigkeit wiederzugewinnen. So gab es in England 1995 bereits 400 „LETS" (Local Exchange and Trading System), Tauschring-Initiativen, in denen nach einem Subsistenzprinzip hauptsächlich Dienstleistungen getauscht werden, mit rund 20 000 Mitgliedern, aber erst acht landwirtschaftliche Betriebe, die Teile ihrer Produktion im Tauschring vermarkten. Der Hauptgrund dafür, so vermutet Tanja Loziczky, liegt darin, „daß es den übrigen Mitgliedern nicht besonders leicht fällt, Leistungen den Bauern und Bäuerinnen anzubieten, die von diesen auch wirklich benötigt werden (denn unqualifizierte Mithilfe seitens der KonsumentInnen schafft für die ErzeugerInnen oft mehr Probleme als Erleichterung)". (1997, 32) Deshalb wurde 1994 eine „LETS Eat"-Kampagne gestartet, durch die die Mitglieder ermutigt werden, in die Nahrungsmittelproduktion und den Anbau einzusteigen, indem sie in den notwendigen Kenntnissen unterrichtet werden. Denn man ist sich im klaren, daß das Local Exchange and Trading System nur dann zu einer starken Alternative werden kann, wenn die Nahrung in das Tauschsystem eingeschlossen ist (LETS Eat Campaign 1996, zit. bei Loziczky, 32). Wir würden diese Einsicht noch weiter zuspitzen: Ohne den Zugang zu Land, sei es direkt oder vermittelt über sozial verläßliche Mechanismen, wird die Abhängigkeit vom Weltmarkt, von den Monopolfirmen und deren Lohnarbeitsplätzen weiterhin das Leben der Betroffenen bestimmen.

Weshalb aber fällt es vielen, zumal auch „linken“ Alternativansätzen so schwer, sich auf die Landwirtschaft, speziell die bäuerliche Ökonomie einzulassen? Ein wesentlicher Grund liegt darin, daß bäuerliche Landwirtschaft, dem herrschenden Zeitgeist entsprechend, für Rückständigkeit und dumpfe Bindung an das Notwendige steht. Davon aber glaubt sich der Mensch des ausgehenden 20. Jahrhunderts, dank des „entwickelten Standes der Produktivkräfte“, befreit zu haben. Man geht davon aus, daß es im Industriezeitalter keinen Unterschied zwischen der Bearbeitung des Bodens und irgendeines Rohstoffes in der Industrie gebe, so als sei die Landwirtschaft ein Industriezweig neben anderen. Demgegenüber halten wir daran fest, daß der Boden, die Erde ein besonderer „Stoff“ ist, mit dem entsprechend auch anders umgegangen werden muß.

Daß der Boden etwas anderes ist, hat vor kurzem eine Tagung in der Ev. Akademie Tutzing unterstrichen. Sie beschäftigte sich mit der weltweit fortschreitenden Zerstörung des Bodens, die darauf zurückzuführen ist, daß das Land wie ein beliebiger Industrierohstoff behandelt wird. Durch Erosion sei in den letzten 40 Jahren knapp ein Drittel der weltweiten Agrarnutzfläche verlorengegangen. Außerdem würde der Boden durch Übersäuerung (Abgase von Industrie und Verkehr), Vergiftung (Pflanzenschutzmittel)[1], Versalzung (Überwässerung) und die Bodenverdichtung (Land- und Forstmaschinen) erheblich beschädigt. Der Bodenkundler Stephan Raspe fordert deshalb, daß der Boden wieder als „Naturkörper“ anerkannt werden müsse, statt nur als „leblose Substanz“ behandelt zu werden. Und er stellt die rhetorische Frage, „ob die pflanzlichen Kulturen an den Boden oder der Boden an die Kultur angepaßt werden soll“. (Frankfurter Rundschau 15.4.1997)

Aber es geht u.E. nicht nur um die Frage der Pflanzenkulturen, sondern um die gesellschaftliche Kultur. Nämlich darum, welche soziale Organisation der landwirtschaftlichen Produktion einen pfleglichen Umgang mit der „Haut unserer Erde“ gewährleistet. Die soziale Organisation der Maximierungswirtschaft – so lautet unsere These – ist so angelegt, daß sie den Boden zerstören muß, wohingegen bäuerliche Ökonomie und Kultur über Jahrtausende bewiesen hat, daß sie ihn bewahrt. Wir werden in diesem Kapitel deshalb die Unterschiede zwischen den beiden Kulturen herausarbeiten, werden uns fragen, welchen Beitrag die bäuerliche Ökonomie heutzutage zu einer Subsistenzperspektive, vor allem für Frauen, leisten kann, und schließlich werden wir Beispiele für subsistenzorientierte und agrarkulturelle Projekte und Bewegungen in der Gegenwart geben.

Weltweit hungern Millionen, fast ein Fünftel aller Menschen, während anderswo mit Unsummen Überschüsse vernichtet und verwaltet werden, die dank der übertriebenen Technisierung entstanden sind. Gleichzeitig geniert sich die Welternährungsorganisation FAO nicht, mehr Technik, nämlich Gentechnik, und mehr Weltmarkt zu fordern, vorgeblich um den Hunger in der Dritten Welt zu bekämpfen. Tatsache aber ist, daß der Hunger der Technisierung geschuldet ist (Mies 1996). Die Weizenüberschüsse aus den USA, als sog. Hungerhilfe deklariert, haben den afrikanischen Bäuerinnen ihren einheimischen Markt für Hirse zerstört. (Imfeld 1985, Nacla 1976) Die Brunnentiefbohrungen für die profitable Produktivitätssteigerung der Viehzucht in der Sahel hat den Grundwasserspiegel so weit abgesenkt, daß sich, im Verbund mit der Überweidung, die Wüste immer weiter ausbreitet. (J.O. Müller 1988; Comité d'information Sahel 1975) Die von der FAO propagierte Grüne Revolution, die technisch erzeugte Höchsterträge hervorbrachte, hat in Indien, Thailand, Mexiko und wo auch immer zur Landkonzentration in den Händen der Kapitalstärkeren und zu einem Heer landloser Bauern geführt. (Shiva 1989; Paré 1979) Wenn der FAO-Präsident Diouff jetzt zugibt, daß der Hunger in der Welt eine Frage der ungerechten Verteilung und nicht der mangelnden Produktionshöhe, mithin ein soziales und kein technisches Problem sei, sagt er wieder nur die halbe Wahrheit. Nun erscheint es so, als ob parallel und unabhängig voneinander einerseits die Technik und andererseits die sozial gerechte Verteilung vorangetrieben werden könnten. In Wirklichkeit ist die Technik alles andere als sozial „unschuldig.

Die Technik oder der Stand der Produktivkräfte ist in sich ein soziales und kulturelles Phänomen. Gerade von linken, sogenannten alternativen Ansätzen wird diese Erkenntnis ausgeblendet. Der erreichte Stand der Produktivkräfte wird wie ein Fetisch hochgehalten, statt ihn in Frage zu stellen. Deshalb reagiert Gorz auf den subsistenzorientierten Vorschlag einer alternativen Ökonomie in der klassischen, vom evolutionären Glauben geprägten Weise. Es handele sich dabei um eine *„Rückkehr* zu *vorindustriellen* Produktionsweisen des *Lebensnotwendigen"* und *„vorindustrielle* Formen handwerklicher *Eigenproduktion"*. (Gorz 1989, 238, Hervorh. von uns; vgl. auch Gorz/Hörl 1990) Gorz setzt auf den Staat und andere zentralisierte Machtorgane, die die sogenannte gesellschaftlich notwendige Arbeit innerhalb der hochtechnisierten industriellen Produktion gerecht verteilen sollen. Um der Technik willen phantasiert er also letztlich totalitäre Machts-

trukturen. Im Gegensatz dazu ist für uns gesellschaftlich notwendige Arbeit diejenige, die uns tatsächlich am Leben erhält. Sie muß nicht durch eine Macht von oben, sondern kann nur von unten, mittels Gegenseitigkeit organisiert sein, und zwar auf der Basis des Zugangs zu den Subsistenzproduktionsmitteln, allen voran dem Land.

Die Zahl der BäuerInnen in der Landwirtschaft ist, nicht zuletzt durch die Entwicklungspolitik, seit den 60er Jahren auf die heutige Dimension zurückgegangen, gleichzeitig aber haben auch Hunger, Fehl- und Mangelernährung deutlich zugenommen. Spätestens seit dem Buch von Joseph Collins und Frances Moore Lappé, „Vom Mythos des Hungers“ (1978), ist bekannt, daß monokulturelle, industrielle Produktionssteigerung den Hunger erst hervorbringt. Ferner ist bekannt, daß die Behauptung, kleinräumige Mischkulturen könnten die Welt nicht ernähren, eine gezielte Lüge ist.

Sollen wir alle aufs Land?

Die Tatsache, daß wir die Bedeutung der Landwirtschaft für die Subsistenzperspektive betonen, ruft immer wieder spontane Abwehrreaktionen hervor. Frauen wie Männer stellen sich dann erschreckt vor, alle, auch sie selbst, sollten aufs Land ziehen und autark die eigenen Kartoffeln anbauen. Diese Vorstellung ist in der Tat völlig absurd. Demgegenüber wollen wir drei Aspekte betonen.

1. Wir plädieren für eine Subsistenzperspektive, die aus unserer Zeit heraus geboren wird. Das heißt, wir stellen uns nur Verhältnisse vor, die für uns Menschen der Gegenwart machbar, lebbar sind. Und sie sollen nicht für die einen auf Kosten der anderen realisiert werden. Wir halten es für notwendig, daß die Menschen heutzutage eine subsistenzorientierte Wirtschafts- und Lebensweise neu erfinden, die den Bedingungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts und der Entkolonisierung angemessen ist.

2. Auch in der Stadt wird subsistenzorientiert gelebt und kann sich die Subsistenzperspektive entfalten. Außerdem ist die Stadt ein historischer Fakt. Unser Subsistenzverständnis ist historisch und basiert auf der Analyse der gelebten Wirklichkeit. In diesem Sinn eröffnet es auch eine realistische Zukunftsperspektive. Der statische, in ein evolutionäres Stadiendenken eingespannte Subsistenzbegriff hingegen ignoriert das Fortbestehen der subsistenzproduzierenden Bereiche in der Moderne. Auf die aber kommt es uns gerade an. Uns geht es um das Anknüpfen an Bestehendes für eine machbare Zukunft.

3. Die Tatsache, daß die Moderne von der Verallgemeinerung von Markt und Tausch geprägt ist, macht, daß historisch ältere Verhältnisse als subsistenzwirtschaftlich autark, ohne Markt und ohne Tausch, phantasiert werden. Im Umkehrschluß wird die Moderne als reine Warenproduktion ohne jegliche Subsistenzproduktion gesehen. Tatsächlich aber hat es niemals Gesellschaften ohne Tauschverhältnisse gegeben, erst recht nicht, wenn es sich um ackerbauende Gruppen gehandelt hat. Auch in der Gegenwart können Markt und Tausch anders als konkurrenzbetont und auf Verdrängungswettbewerb gerichtet sein, wie wir durch unsere Forschung in Juchitán gezeigt haben (Bennholdt-Thomsen 1994). Auch bei uns in den Metropolen werden subsistenzorientierte Tauschverhältnisse bewahrt und neu erfunden (vgl.Kapitel VI).

Die Zerstörung der bäuerlichen Ökonomie in Deutschland

Die bäuerliche Ökonomie ist eine Tradition, die nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch in Europa und auch aus der jüngeren Vergangenheit Deutschlands zur Verfügung steht, wenn es darum geht, Anknüpfungspunkte an andere wirtschaftliche Prinzipien als die des Kapitalismus zu finden. Endgültig zerstört worden ist die Bauernwirtschaft bei uns im Grunde genommen erst nach dem zweiten Weltkrieg. In Westdeutschland wurde sie gezielt und keineswegs versteckt mit der Politik des „Wachsens oder Weichens" (Programm des Landwirtschaftsministers Josef Ertl, FDP) angegriffen. Die Höfe sollten zu kapitalistischen Unternehmen mit industrieller Technik wachsen – auf Kosten der anderen, die entsprechend weichen und deren Bäuerinnen und Bauern zu Lohnarbeitern werden sollten.

Während es 1949 noch 1,647 Millionen Höfe auf dem Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik gab, sind es 1995 nur noch 524 800 Betriebe. In der gleichen Zeit ist die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft von 3 742 000 auf 571 000 gesunken. Wobei die Rate derjenigen, die aufgeben, in den 90er Jahren sich gegenüber den achtziger Jahren nochmals erheblich beschleunigt hat. „Im Zeitraum 1981 bis 1985 lag die jährliche Abnahmerate noch bei 2% und stieg in den Jahren 1985 bis 1990 auf 2,6%." 1990 bis 1995 lag sie dann bei jährlich 3,6%. (Deutscher Bauernverband 1997, 128)

Diese Politik des „Bauernlegens" wird innerhalb der EU seit dem Errichten des gemeinsamen Marktes in allen Regionen fortgesetzt (Wolf 1987; Krammer 1996; Hoppichler und Krammer 1996).[3] Die

Bauern werden auch in der EU kaputtsubventioniert: 1992 flossen 80% der EU-Subventionen an 20% der Betriebe. (FR, 11.11.1995)

Deutschland, Ost wie West, stand nach dem zweiten Weltkrieg im Zeichen der Industrialisierung. Aus der Landwirtschaft sollten möglichst viele Arbeitskräfte für die Industrie freigesetzt werden. Die Industrialisierung der Landwirtschaft selbst sollte dank der hohen Stückzahlen die Lebensmittel verbilligen, was den doppelten Effekt hatte, daß damit die Löhne niedriger sein konnten bzw. der Anteil des Lohns für andere industrielle Konsumgüter höher sein konnte. Diese Entwicklung setzt sich seitdem ungebremst fort. Vor 30 Jahren mußten in einem Haushalt mit mittlerem Einkommen 30,70 DM pro 100 DM Haushaltsgeld für Nahrungsmittel ausgegeben werden. Heute sind es mit 14,20 DM weniger als die Hälfte. (Landwirtschaftliches Wochenblatt, 2/97) Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, daß heute die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für ihre Ernährung von Lohn und Geldeinkommen abhängig ist.

Bei allem Glauben an Wirtschaftswachstum und Geld vermittelt aber auch bei uns der Zugang zu Land offensichtlich noch ein Gefühl der ökonomischen Überlebenssicherung. Obwohl die Zahl der Höfe unter 20 Hektar seit 1949 in der BRD um 1,208 Millionen abgenommen hat und die Betriebe über 20 Hektar um 59.000 zugenommen haben, ist trotzdem immer noch fast die Hälfte der Betriebe, nämlich 236.300, unter 10 Hektar groß und sind 65% der Betriebe kleiner als 20 Hektar. In den Neuen Bundesländern nimmt die Zahl der Betriebe seit 1991 stetig zu, wobei vor allem die kleinen Höfe zwischen 1 und 10 Hektar, d.h. die ehemaligen Bauern bemüht sind, ihr Land zurückzubekommen. Heute machen sie bereits wieder fast die Hälfte der Höfe aus. (Deutscher Bauernverband 1995: 111ff und 1997: 127ff)

Daß viele kleine Höfe bewußt zur Subsistenzsicherung erhalten oder wieder eingerichtet werden, ohne daß dies der herrschenden ökonomischen Rationalität entsprechen würde, zeigen mehrere Momente. Zum einen, daß sie die Hofwirtschaft betreiben, obwohl sie keinen auch nur annähernd angemessenen Preis für ihre Produkte erlösen. Ein aktueller Grund ist die Bevorteiligung der Großen über die flächengebundene Subventionierung. Wer viel Land hat, erhält soviel Subventionen, daß von den Subventionen allein eine mehrköpfige Familie leben kann. Wer wenig Fläche hat, muß die notwendigen Geldausgaben über den Verkauf der Produkte hereinbekommen. Zumal mittlere Betriebe haben aber im wesentlichen eine ähnliche Maschinen- und Gebäudeausstattung wie die großen, erhalten im Jahr jedoch vielleicht soviel „Staatsknete“ wie die großen in einem Monat.

Die Kleinen gehen oft genug sowieso ganz leer aus. So haben viele kleine Höfe sogar die Zeiten des Ertl-Programms überdauert, als sie unter der Förderschwelle lagen, durch die sie gezwungen werden sollten, aufzugeben. (Wolf 1987) Zum anderen werden viele kleine Höfe als sogenannte Zu- und Nebenerwerbsbetriebe erhalten, was oft genug heißt, daß die Landwirtschaft durch außerlandwirtschaftliche Erwerbsarbeit subventioniert wird. Im früheren Bundesgebiet fällt 1996 die Hälfte der Betriebe in diese Kategorie.

Lehrreich, nicht zuletzt für die Frage, wie es weitergehen kann, ist der Mechanismus, dem das Höfesterben geschuldet ist. Er liegt im Wechsel von der Subsistenzorientierung zur Profitorientierung. Am stärksten vom Höfesterben betroffen waren und sind nicht die kleinen, sondern die mittleren Betriebe. Sie haben den Verheißungen der Berater der Landwirtschaftskammern geglaubt und sich mit Investitionen verschuldet, die den Bauernhof in einen gewinnbringenden Betrieb verwandeln sollten. Der Hof hörte auf, Grundlage der Lebenssicherung zu sein, und verwandelte sich, drastisch gesprochen, in ein Spekulationsobjekt. Viele Höfe mußten aufgeben, weil sie sich zu hoch verschuldet hatten. Sie gingen in Konkurs. Höfe, die Generationen ein gutes Auskommen ermöglichten, müssen heute die Landwirtschaft aufgeben, „weil man von solch einem kleinen Hof nicht mehr leben kann", wird gesagt. Wobei der „kleine" Hof heutzutage 50 Hektar (!) beträgt. Die Hektargröße, die notwendig sei, um gegenwärtig betriebswirtschaftlich rentabel wirtschaften zu können, wird bezeichnenderweise „Wachstumsschwelle" genannt. „Die Wachstumsschwelle, unterhalb derer die Zahl der Betriebe ab- und oberhalb derer die Zahl zunimmt, ist seit Anfang der 90er Jahre auf 50 Hektar landwirtschaftlicher Fläche (LF) angestiegen. Anfang der achtziger Jahre lag sie noch bei 30 Hektar LF." (Deutscher Bauernverband 1996: 112) In Schleswig-Holstein liegt diese Wachstumsschwelle inzwischen bei 100 Hektar, in NRW bei 75. Am niedrigsten ist sie in Bayern mit 40 Hektar. (Deutscher Bauernverband 1997:,128)

Bäuerliche Ökonomie

In Deutschland, aber auch in Österreich, der Schweiz und anderen europäischen Ländern werden alle Landwirte, d.h. alle, die nicht als Lohnempfänger in der Landwirtschaft arbeiten und direkten Zugang zu Land haben, Bauern genannt. Von BäuerINNEN wird dabei meist nur im Sinn der Frau des Bauern gesprochen und nicht im Sinn ei-

genständiger weiblicher Produktionsbereiche. Auf den Patriarchalismus, den dieses Unsichtbarmachen der Bäuerinnenarbeit beinhaltet, gehen wir noch ein. Zunächst wollen wir uns mit der ideologischen Verschleierung befassen, die bereits in der Kennzeichnung aller Landwirte als Bauern enthalten ist. Sie dient, zumal in der deutschen Politik, dazu, den Unterschied zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbesitzern zu verwischen und die tatsächlichen (Klein-)Bauern vor den Karren derjenigen zu spannen, die aus der Landwirtschaft ein Gewinn abwerfendes Unternehmen machen. Das beste Beispiel für den Schaden, der den Kleinen dadurch zugefügt wird, sind die erwähnten an die Fläche gebundenen Subventionen, die die kleineren Höfe ruinieren und den großen Betrieben Extragewinne einbringen.

Bauernwirtschaft zeichnet sich aber gerade dadurch aus, daß sie nicht um der Akkumulation willen betrieben wird, sondern daß es um die erhaltende Reproduktion des Hofes und der Leute, die auf ihm und von ihm leben, um das Bewahren des seit Generationen Ererbten geht. Es handelt sich um eine spezifische Lebensweise, zu der auch die entsprechende Kultur der Genügsamkeit gehört. Die bäuerliche Ökonomie orientiert sich an einem anderen Weltbild als dem der Wachstumsökonomie, nämlich an der Endlichkeit der Naturgrundlage des Wirtschaftens, also von Boden, Wasser, Wald, Pflanzen und Tieren. Entsprechend pfleglich muß mit ihnen umgegangen werden. Vom Prinzip her, wenn auch nicht auf jedes Detail zutreffend, ist bäuerliches deshalb zugleich ökologisches Wirtschaften. Jene Landschaften, die wir so lieben, Heiden, Wiesen, Äcker mit Feldrainen, Hecken und Knicks sind bäuerlich geschaffene Kulturlandschaften und nicht etwa „unberührte Natur", wie der naive Naturschutzgedanke meint. Gerade hier wird deutlich, wie irreführend die Bezeichnung „Bauer" für agroindustrielle Produzenten ist, deren Wirtschaften die bäuerliche Landschaft am Ende zerstört.

Zur bäuerlichen Ökonomie gehört auch ein anderes Sozialverhalten als das moderne Niederkonkurrieren in der Wettbewerbswirtschaft. Nicht zuletzt das Bewußtsein über die Begrenzung der Welt und der Güter macht, daß man auch weiß, wie man aufeinander angewiesen ist, und daß jedem sein Platz zugestanden werden muß, wie mir der meine. „Leben und leben lassen" war die Devise auch in den deutschen Dörfern, trotz der Differenzierung in große und kleine Bauern, die aber eben nur eine relative war. Man half sich, sprach sich ab und war sich der Gemeinschaft als Kraft bewußt. Dazu gehörte freilich auch die soziale Kontrolle darüber, daß niemand aus dem Normengefüge ausbreche. Gegen diese dörfliche Enge haben vor allem

die jungen Leute rebelliert, ohne sich der positiven Funktion der sozialen Kontrolle bewußt zu sein, die letztlich darin bestand, die Bereicherung der einen auf Kosten der anderen zu verhindern.

Hinter der Formel „leben und leben lassen“ verbirgt sich das Prinzip der „Moral Economy“. Im Gegensatz zur Konkurrenz- und Wachstumsökonomie bedeutet „Moralische Ökonomie“, daß jedem Menschen aufgrund seiner Existenz, Zugang zu den Produktionsvoraussetzungen zugebilligt wird, damit er überleben kann. Jedes Mitglied der Gesellschaft fühlt die Verpflichtung, so zu wirtschaften, daß auch die anderen überleben können, und zieht für sich daraus die Sicherheit, daß auch die eigene Lebensgrundlage immer vorhanden sein wird. Soziales Verhalten wird nicht durch Konkurrenz, sondern Gegenseitigkeit bestimmt.

Mit der Zusammenfassung des Forschungsberichtes von Christa Müller möchten wir in Erinnerung bringen, daß die bäuerliche Tradition auch in Deutschland noch nicht so lange verschwunden ist, wie wir gemeinhin glauben. Die Studie wurde im Rahmen unseres „Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz“ durchgeführt.

Die bäuerliche Ökonomie von Borgentreich/Westfalen

Noch bis weit in die sechziger Jahre funktionierten viele lokale Tauschbeziehungen auch im industriell hochgerüsteten Deutschland nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit. In Borgentreich, einem Ort im Süden Westfalens, mit damals wie heute ca. 3000 Einwohnern, bestand die Bevölkerung noch bis vor wenigen Jahrzehnten zu 95 Prozent aus Handwerkern sowie aus Bauern und Bäuerinnen. Nicht nur die Bauern, auch nahezu alle Handwerkerfamilien verfügten über ein bis mehrere Hektar Land, die sie von den Bauern bearbeiten ließen. Im Austausch lieferten sie ihnen Schmiede-, Wagner- und Stellmacherarbeiten, Tischler- und Sattlerarbeiten, Schuhreparaturen, Anzüge und Kleider und/oder Mithilfe auf dem Feld. Handwerker wie Bauern waren Selbstversorger; sie bauten Roggen an, den sie in der örtlichen Mühlen mahlen und dann vom Bäcker backen ließen – der Müller wie der Bäcker berechneten einen Teil des Getreides oder einen geringen Geldbetrag als Mahl- bzw. Backlohn. Außerdem hielten alle Familien mehrere Schweine, Ziegen, Hühner sowie ein bis mehrere Kühe. Das heißt, ein großer Teil der täglich benötigten Lebens- und Gebrauchsmittel stammte aus der eigenen oder der dörflichen Produktion.

Bargeld spielte nur eine untergeordnete Rolle. Abrechnungen wurden am Ende des Jahres erstellt und in vielen Fällen gingen die Rechnungen auf, das heißt, beide Seiten hatten soviel füreinander gearbeitet oder sich soviel geliefert, daß kein zusätzliches Geld mehr aufgebracht werden mußte. Weil insgesamt wenig Geld kursierte, versuchte man, die ökonomischen Transaktionen möglichst bargeldlos über die Bühne zu bringen. So lieferte der Bauer dem Bäcker Getreide und erhielt dafür das ganze Jahr Brot; der Tischler baute Regale für das Lebensmittelgeschäft und konnte dafür „auf Buch einkaufen", das heißt, Lebensmittel wie Salz, Zucker, Essig oder Öl mußten nicht bezahlt werden, sondern wurden so lange aufgeschrieben, bis der Betrag für die Regale erreicht war.
Blieben über den reziproken Austausch hinaus Rechnungen offen – zum Beispiel für die Herstellung eines Anzuges, von dem der Stoffpreis ja auch in bar an die ortsfremden Händler hatte entrichtet werden müssen, dann wurde sofort eine Rechnung geschrieben. Auf Naturalien waren die allermeisten Handwerker nicht angewiesen, weil sie ihre Lebensmittel selbst herstellten. Konnten aber beispielsweise Bauern, die über das wenigste Bargeld verfügten, ihre Rechnungen nicht zahlen, wurden ihnen keine anonyme Mahnungen ins Haus geschickt – die Handwerker warteten in der Regel auf ihr Geld. Oftmals auch vergeblich.
Viele von ihnen holten sich nach vergeblichem Warten bei den Bauern manchmal ein paar Sack Roggen, Saatgut oder einige Ferkel. Aber, so ein Tischlermeister: „Wir haben auch so manchen Betrag in den Wind geschrieben." Auch der Bäcker erzählt, daß die meisten Leute am Ende des Jahres ihre Rechnungen bezahlt haben, aber: „Die, die gar nichts hatten, haben ihr Brot umsonst gekriegt. Man konnte die Leute ja schließlich nicht verhungern lassen."
Mahnungen zu schreiben und das Geld bei ärmeren Leuten (die zumeist viele Kinder und wenig oder schlechtes Land hatten) über einen Gerichtsvollzieher eintreiben zu lassen, hätte sich in der lokalen Ökonomie niemand erlauben können, ohne nicht mit einem enormen Prestigeverlust rechnen zu müssen. Weil alle alle kannten, war man unmittelbar mit den Schicksalen der einzelnen verbunden und mußte die eigenen Forderungen nicht nur von der geleisteten Arbeit, sondern auch von der Zahlungs*fähigkeit* der Kunden abhängig machen.
Der Übergang von der moralischen zur Maximierungsökonomie vollzog sich massiv in den sechziger und siebziger Jahren und vollzieht sich schleichend und fast unbemerkt noch heute. Der Prozeß

als solcher verlief vollkommen unspektakulär. Kaum waren die ersten Autos da, fuhren die Leute in die Städte, kauften dort „billiger" ein, begannen damit, die eigenen Produkte weniger wertzuschätzen, ersetzten Pferde durch Traktoren, Holzräder durch Gummiräder, Massivholzschränke durch die Einbauküche, die gemeinsamen Abende auf der Bank durch den Fernsehsessel in der Kleinfamilie, sowie den Bauernhof durch das kleinstädtische Einfamilienhaus mit angebautem Intensivmaststall. (Christa Müller, ITPS 1997)

Widerstand gegen die Entwicklung: Bauern und Bäuerinnen in Chiapas

Anders als im deutschen Westfalen haben die BäuerInnen im mexikanischen Chiapas sich der Entwicklungs- und Fortschrittspolitik widersetzt. Auch sie wurden durch Versprechungen und Subventionen gelockt, den subsistenzorientierten Weg zu verlassen. Anders als die deutschen BäuerInnen aber haben sie schnell erkannt, daß der wachstumsökonomische Weg für sie das Ende bedeuten würde. Sie konnten schließlich auch nicht wie die Deutschen an der kolonialen Weltmarktbeute teilhaben.

In jenem Gebiet von Chiapas, in dem sich die indigene Bevölkerung gegen die fortgesetzte Plünderung ihrer Lebensgrundlagen erhoben hat – bei uns als zapatistische Rebellion bekannt –, hat Veronika Bennholdt-Thomsen 1977 mehrere Monate für eine Forschung verbracht. Sie wurde Zeugin eines Weltbankprojekts, in dem es darum ging, „die Bauern weg von der Subsistenz hin zur kommerziellen Produktion" zu bringen. Statt Mais, Bohnen und Kürbis für die Selbstversorgung, sollten sie kreditgesteuert Blumen und Feingemüse für ein rund 100 km entfernt geplantes Touristenparadies anbauen. Ihrem passiven Widerstand kam 1982 die Verschuldungskrise Mexikos zu Hilfe. Die Projektgelder, Maschinen und Personal verschwanden von heute auf morgen. Die BäuerInnen aber konnten froh sein, daß sie ihre Grundnahrungsmittel Mais und Bohnen im Speicher hatten.
Das ganze ländliche Mexiko ist voll von Entwicklungsruinen. Hier ist es ein kleiner Staudamm, der nie benötigt wurde, es sei denn für die Touristen-Blumen, weil es sonst sowieso genug regnet. Da ein Schweinestall, der nie weitergeführt wurde, weil der knappe Boden

gerade mal die Menschen ernähren kann, die auf ihm wohnen. Selbst Zugtiere kann man sich deshalb nicht leisten. Dennoch wurde ihnen ein Ochsengespann hingestellt, um sie zum Gemüseanbau zu überreden. Das verschwand aber zusammen mit dem Weltbankprojekt. (Bennholdt-Thomsen 1982)
Die Entwicklungsideologen mit ihren Verheißungen versuchen die Leute in die Kreditverschuldungsfalle zu locken, um sie abhängig zu machen. „Endrogarse", Drogen nehmen, süchtig werden, sagt man auf dem mexikanischen Land zu „sich verschulden". Wehe dem, der sich darauf einläßt. Die Dealer verschwinden, sobald nichts mehr aus den Abhängigen herauszuholen ist. Die stehen vor den Scherben ihrer zerstörten bäuerlichen Subsistenzbasis.
Aber die mexikanischen BäuerInnen haben gelernt, dem kapitalisitischen Glücksspiel zu mißtrauen. Allen voran haben die indigenen BäuerInnen gelernt, sich nicht mehr von der Verachtung und den Beschimpfungen als rückständig, unbelehrbar, dumm usw. verletzen zu lassen, die sie aufgrund ihrer Subsistenzorientierung erleiden. Sie haben das Scheitern des Entwicklungsweges als erste erkannt, vermutlich weil ihre alte bäuerliche Kultur sie nicht so anfällig für die Gerhirnwäsche des Fortschrittsglaubens gemacht hat.

Der Beitrag der „Bauernstudien"

Wenn Christa Müller die Ergebnisse ihrer Studie in Borgentreich öffentlich darstellt, erntet sie fast durchgängig Ungläubigkeit und Ablehnung. Man/frau will nicht wahrhaben, daß der Umschlag von der Gegenseitigkeit zur Konkurrenz und von der bäuerlichen Subsistenzorientierung zur Orientierung auf die Gewinnmaximierung erst so kurz her ist. Irgendwie will man an dem Umschlag nicht selbst, persönlich, womöglich auch noch aktiv beteiligt gewesen sein. Der Prozeß der Entmenschlichung der Ökonomie soll weiterhin als unumgänglich notwendig erscheinen, und er soll sich automatisch vor langer Zeit im barbarischen Frühkapitalismus vollzogen haben.

Mit dieser Haltung ist zugleich die Position der deutschen Agrarsoziologie und der landwirtschaftlichen Schulen und Hochschulen nach dem Zweiten Weltkrieg wiedergegeben. Die Lehrenden waren hauptsächlich an der Frage interessiert, wie das bäuerliche Denken möglichst schnell überwunden werden könne. Erst über den Umweg der Untersuchungen zur bäuerlichen Ökonomie in der Dritten Welt hat hier bei einigen WissenschaftlerInnen ein Umdenken eingesetzt.

Die Geschichte der bäuerlichen Ökonomie in Europa wird wiederentdeckt, die verbliebenen bäuerlichen Elemente werden wieder geschätzt, gerade auch die Subsistenzorientierung. Zu diesem Gang der Dinge hat die Bielefelder Diskussion der 70er und 80er Jahre, die wir im ersten Kapitel dargestellt haben, erheblich beigetragen.

Seit den 50er Jahren, anhand der Studien in und über Länder der Dritten Welt, ist eine neue sozialwissenschaftliche Disziplin, *Peasant Studies,* „Bauernstudien" entstanden. Der anthropologische oder ethnologische Hintergrund der *Peasant Studies* bedeutet, daß man die Verhältnisse aus sich selbst heraus zu begreifen versucht, anders als in der Entwicklungssoziologie, die im wesentlichen damit befaßt war, Gründe für die sogenannte Unterentwicklung und Wege zu ihrer Überwindung zu finden.

Eine wichtige Rolle im Rahmen der „Bauernstudien" spielt der russische Dissident Alexander Tschajanow. Er hat in den zwanziger Jahren eine Theorie der bäuerlichen Ökonomie entwickelt, die diese als eigenständige Weise des Wirtschaftens mit einer eigenen sozialen und kulturellen Logik begreift, wie wir sie oben beschrieben haben. Im Gegensatz zur proletaristischen kommunistischen Linie der Sowjets, die aus den Bauern Lohnarbeiter auf den Kolchosen machte, vertrat der Agrarökonom Tschajanov die Effizienz der bäuerlichen Ökonomie aufgrund ihrer ökologischen und sozialen Anpassungsfähigkeit. (Tschajanow 1923/1987) Diese Meinung hat ihn das Leben durch Verbannung in den „Archipel Gulag" gekostet. Seine Theorie aber ist eine der Grundlagen der „Bauernstudien" geworden. Er erklärte, daß bäuerliches Wirtschaften nicht auf Gewinnmaximierung zielt, sondern auf das Notwendige. Es vermeide unnötige Risiken und gehe auf Nummer Sicher. Der Bauernhof macht nicht zu, wenn die gesetzte Gewinnmarge nicht erreicht wurde, und transferiert sein Kapital nicht woanders hin, wo mehr zu erwarten wäre. In schlechten Zeiten wird der Gürtel enger geschnallt, es wird mehr gearbeitet und weniger konsumiert. Gute Zeiten dienen dem Müßiggang, und Einkommensüberschüsse werden nicht investiert, sondern für Feste verwandt. Die Priorität wird auf das Überdauern des Bestehenden gesetzt, ökonomisch wie sozial.

Eines der Ergebnisse der *Peasant Studies* lautet, daß die bäuerliche Wirtschaftsweise weltweit ähnliche Strukturen hat, und daß – bei aller lokalen und regionalen Unterschiedlichkeit – auch vergleichbare kulturelle Züge festzustellen sind. (Wolf 1966; Shanin 1971; Sahlins 1972) Vom Subsistenzansatz her betrachtet sind diese Erkenntnisse mehr als naheliegend. Menschen müssen sich im Austausch mit Natur ernäh-

ren, reproduzieren. Wenn sie dies in Form des seßhaften Ackerbaus tun, kann es aufgrund der menschlichen Physis und der Naturbedingungen des Werdens und Vergehens so viele einschneidende Unterschiede nicht geben.

Neben der Subsistenztheorie besteht unser Beitrag zur Debatte um die bäuerliche Ökonomie und Kultur in der Erkenntnis, daß die gesellschaftliche Position, die den Bauern seit Beginn der Neuzeit zugewiesen worden ist, der sozialen Stellung der Frau als Hausfrau gleicht. Erst diese Feststellung ermöglichte uns, das besondere Verhältnis der Moderne zur Herstellung der Lebensgrundlagen und der Nahrung, also der Subsistenz, zu verstehen und den Zusammenhang zwischen der sozialen Unterordnung und der Naturnähe zu erkennen, der eben nicht allein auf Frauen zutrifft. Weil Bauern und Frauen sich um die alltäglichen, unmittelbaren menschlichen Bedürfnisse kümmern, um Nahrung, das Wohnen und die Kinder, gelten sie nicht viel in einer Welt, in der die Überwindung des Reichs der Notwendigkeit vorgeblich Freiheit bringt. Diese Haltung findet sich bei Rechten wie Linken, bei Feministinnen wie z.B. Simone de Beauvoir genauso wie bei notorischen Frauenhassern.

Was wir von der bäuerlichen Ökonomie für die gegenwärtige Welt lernen können

Diese Überschrift ist die freie Übersetzung des Buchtitels von Shanin: *Defining Peasants, Essays concerning Rural Societies, Expolary Economies, and Learning from them in the Contemporary World.* (1990) Shanin bezeichnet jene Ökonomien, die jenseits der beiden Pole der dominanten Wirtschaftssysteme des Sozialismus und des Kapitalismus existieren, allen voran die bäuerliche Ökonomie, als *expolary economies.* Der Begriff beinhaltet zugleich die Kritik. Die ideologische, machtpolitische Fixierung auf die Frage, welches der beiden Systeme besser sei, habe zugleich Blindheit gegenüber allen anderen Formen von Ökonomie mit sich gebracht, die neben, innerhalb, unterhalb oder auch verbunden mit einer der beiden Wirtschaftsweisen existierten.

Für die ideologische Wahrnehmung der modernen Ökonomie benutzt Shanin das Bild von *Midas' Finger.* Was immer dieser König berührte, wurde in Gold verwandelt. Genauso sähen die dominante Wirtschafts- und Sozialwissenschaft und die dominante Politik die Maximierungswirtschaft und ihre gesellschaftlichen Mechanismen. Was immer sie berühren verwandelt sich vorgeblich in dieses glänzende Gesellschaftssystem. Das aber sei der wahre, der märchenhafte

Romantizimus. Nicht die Beschäftigung mit bäuerlicher Ökonomie ist Romantizismus, – wir erinnern an den berühmten Vorwurf der Agrarromantik gegenüber jenen, die pro-bäuerlich argumentieren – sondern die Fixierung auf die Pole. Mit anderen Worten, die außerpolaren Ökonomien sind so extrapolar gar nicht, sie stehen sogar im Zentrum des ökonomischen Geschehens der meisten modernen Gesellschaften. Wahrgenommen aber werden sie, wenn überhaupt, als marginal oder informell. (Shanin 1990)

Eine Analyse dieser Sektoren, statt unter dem Gesichtspunkt des Mangels mit einem positiv interessierten Blick, wie sie tatsächlich funktionieren und was sie leisten, könnte uns viel für die Klärung drängender Fragen in der gegenwärtigen Welt lehren. Denn eines ist sicher: Auch bei uns wird sich der informelle Sektor zusammen mit der wachsenden Arbeitslosigkeit und dem Abbau der Sozialleistungen ausbreiten. Die Frage ist, auf welche kulturellen und sozialen Muster wir dann zurückgreifen. Werden es die des Lumpenproletariats oder die der „sozialen Ökonomie" sein, die wir von der bäuerlichen Ökonomie lernen können, wie wir in Übereinstimmung mit Shanin meinen? (1990, 16)

Nicht nur kulturell, auch unmittelbar ökonomisch reicht die bäuerliche Ökonomie über die eigentliche Landwirtschaft hinaus. Sie zeichnet sich geradezu durch die Kombination von Erwerbsproduktionen und Einkommenszweigen aus. So waren Handwerk und bäuerliche Landwirtschaft schon immer eng verbunden, nicht zuletzt in Form der Verarbeitung und Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte. (Shanin 1990, 13) Wenn wir bäuerliche Wirtschaft nicht im Modernisierungssinn als die nur landwirtschaftliche, männliche Außenwirtschaft (miß)verstehen, sondern als eigenständige, haushaltsmäßig organisierte Subsistenzsicherung einer Gruppe von Menschen, tritt deutlich die Figur der Bäuerin in den Vordergrund. Denn die geschlechtliche Arbeitsteilung ist die Säule dieser Haus-Hof-Wirtschaft. „Keine Frau, keine Kühe, keine Milch, kein Käse, kein Geflügel, keine Eier", galt für die Bauernwirtschaft des *ganzen Hauses*. (Bock/Duden 1976, 126; Brunner 1980) Das gilt, wie wir noch zeigen werden, auch für den Bauernhof der Gegenwart.

Zur Weise des Kombinierens im Rahmen der bäuerlichen Ökonomie gehört aber auch die Lohnarbeit, sei es sporadisch, als Wanderarbeit oder permanent von einem Haushaltsmitglied. Wenn Immanuel Wallerstein und die Arbeitsgruppe zu *household economies* am Fernand Braudel Center in Binghampton die typische Weise der Informellen-Sektor-Ökonomie als *income pooling* auf Haushaltsebene

beschrieben haben, dann kommen sie der Beschreibung der bäuerlichen Ökonomie bei Shanin, aber auch Tschajanow sehr nahe. (Smith/Wallerstein/Evers 1984)

Bäuerinnen und die Subsistenzperspektive

Der Begriff der „bäuerlichen Ökonomie" ist im gesamten herkömmlichen Schrifttum nicht von dem der „Familienwirtschaft" zu trennen. Wie in der Gesellschaft des 20. Jahrhunderts üblich, bedeutet der Ausdruck „Familie" auch in diesem Kontext für Frauen nichts Gutes. Denn die Arbeit der Frau wird mit Hilfe dieses Sammelbegriffs unsichtbar gemacht, genauso wie die Tatsache, daß der Hof in Deutschland, in Europa, wie auch früher in Rußland, in der Regel Eigentum des Mannes ist, auf dem sie die erste Magd zu sein hat. Auch dort, wo die Frau den Hof geerbt hat, was in Europa im Prinzip fast überall möglich ist, spricht die patriarchale Konvention dem Mann die Entscheidungsmacht zu.

Dies war nicht immer so und ist auch heute keineswegs überall so. In den Ländern des Nordens jedoch kumuliert im Fall der Bäuerin die gesellschaftliche Geringschätzung der Subsistenzproduktion, aufgrund ihrer Position als landwirtschaftliche Produzentin und zum anderen aufgrund ihres Frauseins. Wie kann die bäuerliche Ökonomie dann Bestandteil einer Perspektive für Frauen, für Feministinnen sein, wird frau sich fragen.

Um diese Frage beantworten zu können, interessiert uns die reale Position und die konkrete wirtschaftliche Stärke und Schwäche der Bäuerin in der bäuerlichen Ökonomie im deutschsprachigen Raum bzw. Europa. Gleichzeitig aber ist die Sicht auf die Realität der Bäuerinnen von unausrottbaren Vorurteilen und Ideologie verstellt. Deshalb werden wir uns auch mit der Entschleierung des ideologischen Diskurses zu befassen haben. Besonders drei Aspekte vernebeln unserer Erfahrung nach den Blick.

Zum einen ist die Sicht der Vergangenheit häufig vom wachstumsökonomischen Romantizimus geprägt. Demzufolge arbeiten Frauen und Männer in der Gegenwart viel weniger als früher, vor allem nicht so hart, wohingegen alle früheren Lebensformen mit Müh' und Plag' verbunden gewesen sein sollen. Wir haben anhand der Daten, die Sahlins zusammengetragen hat, dieses Vorurteil bereits im zweiten Kapitel zurückgewiesen. (Sahlins 1974) Gerade am Umgang mit dem Müßiggang dürfte außerdem deutlich werden, daß bäuerliche Genüg-

samkeit wesentlich weniger Streß mit sich bringt als die maximierungswirtschaftliche Herangehensweise.

Ein weiterer Aspekt ist der Umgang gegenwärtiger Frauen mit der Geschichte ihrer Mütter und Urgroßmütter. Nichts daran erscheint ihnen nachahmungswürdig. Da die Vormütter keine Frauenwelt erschaffen haben, wie sie frau heute – viel zu oft als Gleichberechtigung mit dem Mann – wünschenswert erscheint, werden deren Kämpfe und ihre tatsächliche Stärke nicht nur nicht erkannt, sondern auch noch heruntergemacht. Was an weiblichem Potential überkommen ist, woran gegenwärtige Frauen in Liebe und Versöhnung mit den alten Frauen anknüpfen könnten, wird damit ebenfalls beschädigt.

Diese Vorurteile und Mißverständnisse beeinflussen auch die Zukunftsvision. Viele, zumal junge Frauen können sich eine Perspektive für die Frau nur als Paradies vorstellen. Dort soll sie möglichst wenig arbeiten müssen, kampflos gleichberechtigt sein und keinerlei Zwängen alltäglicher Notwendigkeiten unterliegen.

Diese Prinzessinnenvision von der Zukunft sieht in der Vergangenheit nur Aschenbrödel und besonders die bäuerliche Vergangenheit nur als körperliche Plackerei und als Jammertal der Entrechtung. Es stimmt: Bäuerinnen haben hart arbeiten müssen. Sie hielten aber – wörtlich – ihr Leben in den eigenen Händen. Und nicht zuletzt deshalb liegen Lust und Last gerade in der Subsistenzproduktion eng zusammen, wie wir bei Agnes und Lisbeth gut sehen konnten. Arbeit, vor allem selbstbestimmte Arbeit ist auch Befriedigung, Genugtuung, Selbstverwirklichung. Auch die Subsistenzperspektive ist eine Perspektive der Arbeit. Und sie ist eine Perspektive der Selbstbehauptung für Frauen, die sie auch selbst erringen.

Was heißt „bäuerliche Familienwirtschaft"?

Die einfache Frage nach dem, was „bäuerliche Familienwirtschaft" heißen soll, führt mitten ins Zentrum der Debatte über bäuerliche Ökonomie. Deshalb kann die Antwort nur kontextuell gegeben werden. Diejenigen, die die Haushaltswirtschaft, die „oikonomia" des bäuerlichen Hofes als Wirtschaft anerkennen, sprechen von bäuerlicher Familienwirtschaft, identisch mit dem Ausdruck bäuerliche Ökonomie. Diejenigen, die darin keine wirtschaftlich produktive Angelegenheit sehen können, betonen die Zersplitterung der bäuerlichen Akteure, die zur Auflösung ihres Zusammenhalts treiben würde. Letztere stehen in der Tradition von Lenin und Kautsky und heben hervor, daß der Kapitalismus auf dem Land durch die Differenzierung der Höfe in kapitalistische Betriebe und landlose Lohnarbeiter ein-

dringt. Sie sehen schon lange keine BäuerInnen, keine bäuerliche Ökonomie und auch keine Familienwirtschaft mehr, sondern nur noch landwirtschaftliche Produzenten, die in dem genannten Differenzierungsprozeß stehen.

Diese Position wurde in Mexiko von den „descampesinistas" vertreten (Bartra 1974; vgl. auch die Diskussion über die Klassen auf dem Land, hg. von Paré 1979). So schrieb R. Bartra einen Aufsatz „Und wenn die Bauern verschwinden..." (1977), worin er einmal mehr die Auflösung der Bauernwirtschaft prognostizierte. Und zwar zu seiner Genugtuung, da sie vorgeblich Stütze des reaktionären Systems sei, wie er in Anlehnung an Marx' berühmtes, antibäuerliches Traktat zur politischen Lage im bonapartistischen Frankreich behauptete. (Marx 1970/1852) Claudia von Werlhof konterte dann im Buchtitel ihrer Studie über das ländliche Venezuela „Wenn die Bauern wiederkommen". (1985) Sie zählt demnach in der mexikanischen Terminologie zu den „campesinistas", die die Kooperation zwischen der bäuerlichen Bevölkerung hervorheben, wobei nicht nur die Familie im engeren Sinn, sondern darüber hinaus die, durchaus auch verwandtschaftlich verbundene, Dorf-, Siedlungs- und ethnische Gemeinschaft gemeint sind. Die bäuerliche Bevölkerung wird als Gruppe durch den kapitalistischen Markt unterworfen, und es geht darum, sie in ihrem bäuerlichen Abwehrkampf zu unterstützen, statt ihrer Proletarisierung das Wort zu reden. (Bennholdt-Thomsen 1982)

Im Zentrum der Debatte steht also die Anerkennung der Subsistenzproduktion als Produktion bzw. ihre Interpretation als bloße Reproduktion und bloßer Reflex des Lohnarbeit-Kapital-Verhältnisses. Der Familienbegriff, der unter patriarchalen Bedingungen in der Tendenz immer Frauenfeindliches birgt, enthält in bezug auf die bäuerliche Familienwirtschaft die Anerkennung der Subsistenzproduktion als Ökonomie, und das bedeutet in der Tendenz Frauenfreundliches. Nicht nur, weil der Arbeit der Frau unter diesen Bedingungen nicht der ökonomische Wert abgesprochen wird, sondern auch, weil der Mann ebenfalls, und zwar in Kooperation mit der Frau, Subsistenzarbeit tut. Eben dies gehört für uns zur Subsistenzperspektive der Zukunft: daß Männer die Subsistenzproduktion wieder mit übernehmen.

Verschiedene Typen des Patriarchats

Die Frauen und die Bäuerinnen kommen in der skizzierten Auseinandersetzung über bäuerliche Familienwirtschaft so gut wie überhaupt nicht vor. Dabei sind sie und ihre Arbeit der eigentliche Grund der Debatte. Wir werden den Verdacht nicht los, daß ein erheblicher Teil

der modernen Ablehnung gegenüber der bäuerlichen Ökonomie, in Theorie wie in Praxis, darauf zurückzuführen ist, daß die Frau hier zuviel Selbständigkeit hat – gemäß der vorindustriellen Diskussion, wer eigentlich die Hosen anhabe. (Bock/Duden 1976, 142ff)

Die pro-bäuerlich, familienwirtschaftlich argumentierende Richtung kann jedoch nicht umhin, den Beitrag der Bäuerin in die Beschreibungen und Berechnungen mit einzubeziehen. Aber es geht in der Theorie der Bäuerlichen Ökonomie nicht darum, die Produktivität der Bäuerinnenarbeit aufzuzeigen, noch nicht einmal in direktem Zusammenhang mit der Männerarbeit, sondern um die Ehrenrettung des bäuerlichen Mannes gegenüber jenen, die in der bäuerlichen Subsistenzorientierung nichts Produktives entdecken können und in deren Beschreibungen und Berechnungen der landwirtschaftlichen Produktion die Frauen-Subsistenzarbeit schon gleich überhaupt nicht auftaucht. Die Modernisierer kapitalistischer wie sozialistischer Prägung schaffen einen Diskurs, der die Subsistenzproduktion, die Arbeit des Bauern wie der Bäuerin, entökonomisiert. Hinsichtlich der Bäuerin geschieht dies stillschweigend, sie wird nicht mehr erwähnt.

Nach dem Motto „teile und herrsche" verteidigen die Vertreter der Bäuerlichen Ökonomie oder Familienwirtschaft nur den ökonomischen Wert dessen, was der Bauer tut. Letztlich handelt es sich um eine Auseinandersetzung zwischen zwei Typen von Patriarchat, dem klassischen und dem modernen, ohne daß die Kernfrage, das Verhältnis zwischen Mann und Frau, auch nur zum Thema gemacht würde.

Im klassischen Patriarchat hatte der Vater die Autorität über das Haus-Hofgeschehen. Es wurde mit der Industrialisierung und der Verbreitung der Lohnarbeit vom modernen Patriarchat der Brüder abgelöst. Indem der Vater über die Subsistenzbasis, das Land, verfügte, die er einem Sohn oder den Söhnen vererbte, hielt er ein entscheidendes Machtinstrument in Händen. Mit der Alternative der Lohnarbeit können die Söhne sich vom Vater emanzipieren. Sie werden ihm als Männer, als Geschlechtsgenossen gleichgestellt, auch insofern, als sie der Einwilligung der Väter für die Heirat nicht mehr bedürfen. Im modernen Patriarchat wird jedem Mann das Recht zugestanden, sich die nun unsichtbar gewordene Subsistenzarbeit der Frau unentgeltlich als „Liebe" anzueignen. Die Tatsache, daß diese Aneignung nicht mehr der Erlaubnis der Elterngeneration und des Familienverbandes der Frau bedarf, trägt zur Unsichtbarkeit und Entwertung der Frauenarbeit bei und ist für die junge Frau nicht unbedingt von Vorteil. In matriarchalen Traditionen wacht die Mutter über diesen Wert. (Bock/Duden 1976; Bennholdt-Thomsen 1987, 1994; Kandiyoti 1977)

Die beiden Typen des Patriarchats unterscheiden sich durch ein unterschiedliches Generationenverhältnis und ein unterschiedliches Verhältnis zur Subsistenzproduzentin als auch hinsichtlich ihres Naturverhältnisses. Im Zentrum steht das Mann-Frau-Verhältnis, das alle anderen bestimmt. Diese Zusammenhänge werden in der skizzierten Debatte – typisch patriarchal – nicht analysiert. Aber auch in der Frauenforschung ist die differenzierte Analyse verschiedener Typen des Patriarchats *und* der jeweiligen Position der Frau *und* des jeweiligen Naturverhältnisses bislang zu kurz gekommen. Nach wie vor dominieren ein monolithischer Patriarchatsbegriff und der Modernitätsromantizismus. (So auch bei Gerda Lerner 1991)

Ohne Bäuerin kein Bauernhof

Ulrich Planck setzt sich in „Der bäuerliche Familienbetrieb zwischen Patriarchat und Partnerschaft" (1964) mit dem Thema bäuerliches Patriarchat auseinander. Sein Beitrag enthält nützliche Informationen, die aber unter dem typisch modern-patriarchalen Blick verarbeitet sind. Er befaßt sich hauptsächlich mit der Veränderung in den Generationenbeziehungen. Hinsichtlich der Geschlechterbeziehung folgt er dem Mythos der zunehmenden Gleichstellung von Mann und Frau im Zuge der Modernisierung (genauso auch Mitterauer 1980). Widersprüchlich dazu zitiert er eine Reihe Autoren, die wie er der Meinung sind, daß die Bäuerin in vormodernen Zeiten „immer selbständige Autoritätsbereiche" hatte, „die vom Manne respektiert worden sind", was im modernen landwirtschaftlichen Betrieb nur in Ausnahmen der Fall ist. (Planck 1980, 204) Dennoch wird ihr Beitrag zur Ökonomie im allgemeinen geringer veranschlagt, auch bei Tschajanow, als er den eigenen Daten zufolge ausfallen müßte. (Spittler 1987, XXff)

Demgegenüber zeigen Heide Inhetveen und Margret Blasche (1983) für die Gegenwart in einer Region Süddeutschlands, wie entscheidend das Funktionieren und Aufrechterhalten der Hofwirtschaft vom Einsatz der Frau abhängt und wie gerade die Tatsache, daß es weitergehen solle, den Bäuerinnen ein zutiefst empfundenes Anliegen ist. Ihre ausgezeichnete Studie ist einer der wenigen Beiträge aus neuerer Zeit, der die Arbeit der Bäuerinnen aus ihrer Unsichtbarkeit befreit. Nicht zuletzt anhand ihrer Ergebnisse liegt der Schluß nahe, daß die Geringschätzung der Bäuerinnenarbeit, ihr Verschweigen in der Agrarstatistik, die mühevolle Selbstbehauptung der Bäuerinnen und ihr Ringen um Anerkennung ein entscheidender Grund für die ökonomischen und sozialen Probleme der Höfe insgesamt ist. Dieser Schluß allerdings wird von den Autorinnen nicht gezogen.

Unseres Erachtens aber ist der fortgesetzte Patriarchalismus ein gravierendes, wenn nicht *das* Problem der heutigen landwirtschaftlichen Betriebe. Und zwar deshalb, weil die Frauen gerade nicht mehr als Bäuerinnen angesehen und behandelt werden, sondern als Hausfrauen, die unsichtbar, weil ohne Geldeinkommen, im Haus arbeiten, und im Stall und auf dem Feld nur mithelfende Familienangehörige sind. Kein Wunder, wenn die jungen Landwirte keine Frauen finden. Die Position der Frau hat sich gegenüber früher nämlich verschlechtert und nicht verbessert. Der, wie Planck es nennt, „traditionelle Patriarchalismus" hat dieser Entwicklung Tür und Tor geöffnet.

Wir sind der Meinung, daß gerade dies ein wichtiger Grund dafür ist, warum viele, zumal mittlere Höfe aufgegeben haben und weiterhin aufgeben müssen. Sie scheitern an der eigenen Zielvorgabe, wie ein Industrieunternehmen funktionieren zu wollen, in dem der Landwirt die Maschinen dirigiert und zugleich derjenige ist, der das Geld nach Hause bringt. Zu diesem Image gehört die vom Geldverdiener abhängige Hausfrau, die im Betrieb vorgeblich nichts zu tun, vor allem aber nichts zu sagen hat. (Wobei hier dahingestellt sei, ob es nicht auch Landfrauen waren und sind, die wie städtische Hausfrauen leben wollen und damit ihre eigene Grube gegraben haben.) Als Bauernhof mit integrierter Haus-Hofwirtschaft jedoch könnten viele mittlere Betriebe vielleicht überleben. Dafür braucht es aber keine Hausfrau sondern eine Bäuerin. In diesem Sinn haben die Theoretiker der bäuerlichen Ökonomie durchaus recht, wenn sie sie von ihrem Wesen her als Familienwirtschaft beschreiben: Ohne Bauer kein Hof, aber auch *kein Hof ohne Bäuerin.*

Anders als gängigerweise angenommen, ist die Position der Bäuerin keineswegs von vornherein mit Unterordnung unter den Bauern verbunden. Es gibt zu anderen Zeiten und in anderen Kulturen durchaus andere Formen der Arbeitsteilung. So tun in Afrika südlich der Sahara Frauen zu 80% die unmittelbare landwirtschaftliche Arbeit. Dadurch ergibt sich eine völlig andere Tradition als die der europäischen Bäuerinnen. Ferner ist die Arbeitsteilung nicht, bloß weil sie geschlechtlich ist, auch gleich hierarchisch. Dieses Mißverständnis führt dazu, daß Frauen ihr Heil in derselben Arbeit wie Männer suchen und womöglich Arbeitsbereiche aufgeben, die ihnen Autonomie und Selbständigkeit ermöglichen würden. Dazu gehört in unseren Breiten ohne Zweifel die Arbeit in der Hofwirtschaft und die Vermarktung ihrer Produkte. Gerade heute geht es mehr denn je darum, daß Frauen ihre Verfügung über subsistenzproduzierende Bereiche verteidigen (vgl. Maria Mies 1996). Dazu gehört auch das Verhandeln über

den Wert der eigenen Position in der Arbeitsteilung. Und dazu gehört, erst recht in der Hofwirtschaft, die Regelung der Besitzverhältnisse. Die Bedingungen dafür sind in der bäuerlichen Landwirtschaft gut, denn hier stößt die patriarchale Ordnung an ihre Grenzen. *Die Fähigkeit zu Kooperation und Gegenseitigkeit, ohne die die bäuerliche Kreislaufwirtschaft nicht funktioniert, entscheidet über ihre Existenz.*

Auch wegen der Unsichtbarkeit der Frauenarbeit, die der Familienbegriff mit sich bringt, würden wir die Organisation der bäuerlichen Wirtschaft heute nicht mehr Familienwirtschaft nennen. Wir würden einfach von der Notwendigkeit der arbeitsteiligen Kooperation sprechen, die eine *Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft* voraussetzt, damals, wie heute.

Die Hausfrauisierung der Bäuerin

Hinsichtlich der Bauernwirtschaft zeigt sich besonders deutlich, daß der moderne, industrielle, maximierungswirtschaftliche Patriarchalismus die Geschlechtshierarchie verschärft und nicht etwa entschärft hat. Die Stellung der Frau in der bäuerlichen Ökonomie entwickelte sich von der relativ selbständigen Bäuerin zur abhängigen Hausfrau. Gerade weil auch der Bauer, genau wie der Adlige, der Bürger, der Proletarier ein scheinbar müßiggehendes, „schönes Eigentum", die Hausfrau, haben wollte, machte er sich daran, seinen Hof in einen Betrieb zu verwandeln und damit letztlich zu ruinieren. Die auch im „ganzen Haus" bestehenden patriarchalen Strukturen (Patrilinearität und Patrilokalität: männliche Abstammung und Erbfolge, die Frau zog meist ins Haus des Mannes) verschärfen sich und verwandeln die kooperativen Arbeitsstrukturen, wie sie von der Subsistenzwirtschaft diktiert werden, in hierarchische.

Dort, wo die bäuerliche Ökonomie in einer matriarchalen Tradition steht, wie dies in Juchitán der Fall ist, ist sie gegenüber den maximierungswirtschaftlichen Verdrängungsmechanismen wesentlich resistenter, selbst wenn die Schraube der üblichen Zwangs- und Gewaltanwendung besonders angezogen wird. In der Ebene von Juchitán hat die Zentralregierung als Entwicklungsmaßnahme in den frühen 60er Jahren einen Staudamm und Bewässerungskanäle gebaut und das Land willkürlich umverteilt. In der Folge sollten die Bauern mit Drohungen und Verlockungen dazu gebracht werden, auf dem Bewässerungsland nur Produkte für den Export außerhalb der Region anzubauen. Sie ziehen es aber vor, weiterhin Ackerfrüchte für den regionalen Konsum anzubauen. Dies ist für den ein-

zelnen Bauern wichtig, weil er auf diese Weise eine Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft mit einer Frau eingehen kann. Die Frauen von Juchitán, die alle selbständige Händlerinnen und Handwerkerinnen sind, verarbeiten und verkaufen die Produkte der Männer. Ohne wirtschaftliche Kooperationsbeziehung gibt es für sie auch keine Lebensgemeinschaft mit einem Mann. So einfach ist das. (Holzer 1994)

Auch die Bäuerin in unseren Breiten hatte, teilweise bis weit in dieses Jahrhundert hinein, die selbständige Kontrolle über verschiedene Produktionszweige auf dem Hof, einschließlich des Verfügungsrechts über die Einkünfte, die sie aus dem Verkauf der Produkte erlöste. Dieses Recht ist ihr staatlicherseits sukzessive genommen worden, bis dahin, daß es heute verboten ist, Milch, Butter und Käse direkt zu vermarkten, es sei denn, der Hof verfügt über eine Milchquote und dazu eine Direktvermarktungsquote, und es werden sogenannte Hygieneauflagen erfüllt, die sonst den Fabrikmolkereien gestellt werden, die das verderbliche Gut über Hunderte von Kilometern transportieren und es tage- und wochenlang lagern, was bei der Bäuerin gar nicht der Fall ist. Auch die Vermarktung und Herstellung anderer typischer Produkte der Bäuerin wurden und werden ihr von seiten des Staates enteignet: Bier, Schnaps, Fleisch, Geflügel, Eier. Vieles davon wurde im Zuge der Kriegsvorbereitungen vor dem ersten und dem zweiten Weltkrieg unter staatliche Kontrolle gestellt, und die VerbraucherInnen haben diese Enteignungen schließlich durch ihr Konsumverhalten mit- und weitergetragen. (Kolbeck 1985; Müller 1997)

Auf diese Weise wurde die Bäuerin immer mehr zur Hausfrau. Die Trennung in öffentlich-männlich und privat-weiblich hält entlang der Trennlinie bezahlt/unbezahlt auch auf den Höfen Einzug. Es entsteht die sogenannte Außenwirtschaft, die vom Mann betrieben wird und Geld einbringt. Weil sie die Maschinen bezahlen müssen, geraten die Bauern unter Druck, nicht nur Überschüsse von Subsistenzprodukten, sondern gezielt für den Verkauf anzubauen – z.B. Zuckerrüben, Raps oder gegenwärtig sog. Biomasse. Dazu kommen die Pflichtversicherungen aller Art, die Kosten für Benzin, Strom, Wasser, die Steuern und Abgaben für Müll und Abwasser. Zumal für die Mechanisierung werden Kredite aufgenommen, die häufig zur Überschuldung führen. Aber Maschinen werden auch oft genug vorschnell gekauft, weil sie ihren Besitzer aus der Position des gesellschaftlich gering geschätzten Subsistenzproduzenten, der damit eine gesellschaftlich als weiblich definierte Position einnimmt, in die Position des industriell produzie-

renden Geldverdieners, eine gesellschaftlich als männlich dominant definierte Position, gebracht haben (s. Agnes und Lisbeth). Die subsistenzproduzierende Seite der Bauernwirtschaft wird demgegenüber zu einem unwichtigen Beitrag entwertet. Sie geht zunehmend zu Händen der Frau, und auch wenn diese den ganzen Tag schuften mag, tut sie nun angeblich nichts Eigentliches mehr. Die Bäuerin ist hausfrauisiert worden.

Perspektiven der Eigenständigkeit: die Kleinbäuerinnen

Aber gerade im Bereich der kleinen Höfe, die aufgrund ihrer Kleinheit noch am ehesten Bauernhöfe sind, entstehen neue Formen der Kooperation und Produktion, die speziell für Frauen eine Perspektive eröffnen. Dazu gehören Formen der Erwerbskombination, die helfen, die patriarchale Engstirnigkeit der europäischen Bauerntradition zu überwinden. Viele Höfe können sich, wie man sagt, „nur" noch im sogenannten Nebenerwerb wirtschaftlich aufrechterhalten. Tatsächlich aber handelt es sich dabei um eine übliche Erscheinung der bäuerlichen Ökonomie: Der Hof ist die subsistenzsichernde Basis, von der aus und um die herum andere Erwerbstätigkeiten gruppiert werden. Häufig bedeutet Nebenerwerb, daß der Mann einer industriellen Lohnarbeit nachgeht, während die Frau den Hof macht. Daß kluge Frauen dafür sorgen, daß sie auch nominell als Bäuerin anerkannt werden, zeigt sich an der steigenden Zahl weiblicher Besitzerinnen beim Kleineigentum. „In den Betrieben unter 5 ha sind 38,3% der selbständigen Landwirte Frauen; bei Betrieben zwischen 5 und 20 ha sinkt ihr Anteil bereits auf 11,9% ab, und in Betrieben über 20 ha liegt er bei nurmehr 5,4%." Insgesamt nimmt die Zahl der Betriebsinhaberinnen in Deutschland zu. 1976 sind es 5%, 1994 8,7%, und in der Gruppe bis 24 Jahre sind es sogar 15%. (Inhetveen/Blasche 1983, 26; Grossenbacher 1996, 186; Schmitt 1997)

Eine andere Schiene, über die die bäuerliche Ökonomie neu entsteht, ist der ökologische Anbau. Da er mit sehr viel mehr Handarbeit verbunden ist als der konventionelle, chemisierte Anbau, Lohnarbeit aber von kleinen BesitzerInnen kaum bezahlt werden kann, ist die Rückbesinnung auf Formen der gegenseitigen Kooperation und Teilhabeschaft zwingend notwendig. Es waren bislang eher kleine Höfe, die umgestellt haben. Anstatt im konventionellen Wettbewerb niederkonkurriert, kaputtsubventioniert und zum Aufgeben gezwungen zu werden, hofften die Kleinen durch die besseren Biopreise dennoch ein Auskommen zu finden.

Der Bioanbau, die vertane Chance?
Allerdings zeigen sich inzwischen auch im Bioanbau Konzentrationstendenzen, die befürchten lassen, daß auch dieser Ausweg für landwirtschaftliche Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaften bald versperrt sein wird. Zum einen wird, in Österreich bereits massiv, in Deutschland in Vorbereitung, von den Bioverbänden[4] die Vermarktung im Supermarkt vorangetrieben. Dieser Weg erinnert uns an die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verkaufs- und Verarbeitungsgenossenschaften, die im Lauf dieses Jahrhunderts der Selbstkontrolle der BäuerInnen immer mehr entglitten und zu Großunternehmen wurden, die nun den Höfen industrielle Produktionsmethoden und die Funktion von Zulieferunternehmen aufzwangen. Deshalb sprechen viele nicht mehr von Raiffeisen sondern von Raffeisen. Angesichts der höchst monopolistischen Struktur des Lebensmittelhandels – die zehn größten Unternehmen des Lebensmittelhandels beschicken fast 80% des gesamten Marktes; die größten 4 wiederum 70 % davon – heißt der Supermarktweg für Bioprodukte nichts anderes, als sich der diktatorischen Marktmacht der Monopole auszuliefern. (Frankfurter Rundschau 15.3.1996) Das Diktat der großen Stückzahl, der Zentralisierung, des nur kommerziellen Kalküls und des Niederkonkurrierens zwischen den Biohöfen wird Einzug halten. Zum zweiten kommt dieser Entwicklung ein neues Phänomen in Deutschland entgegen. In Ostdeutschland sind inzwischen auch ehemalige LPGs auf biologischen Anbau umgestellt worden, die schon von ihrer Größe her (bis zu 1000 ha) nicht bäuerlich funktionieren können.

Dieser Konkurrenzentwicklung ist von seiten der Verbände, von staatlicher und EU-Seite und von Verbraucherseite nicht nur nichts entgegengesetzt worden, sie wird sogar gefördert. Ursache ist das nur technische Konzept von ökologischem Anbau. Man ist einzig daran interessiert, daß keine Pestizide und Pharmaka verwandt werden, die soziale Organisation der Produktion scheint gleichgültig. In Wirklichkeit aber beinhaltet allein die bäuerliche Organisation von ihrer inneren Logik her das ökologische Vorgehen als Bestandteil der Wirtschaftsweise selbst. Unter anderen Bedingungen kann das ökologische Prinzip nicht von Dauer sein.

Ursache ist aber auch der Patriarchalismus der Biobauern selbst. Auf der Tagung eines Bioverbandes konnte Veronika Bennholdt-Thomsen beobachten, wie die Mehrzahl der anwesenden männlichen Betriebsvertreter für die Vermarktung über den Supermarkt plädierten, weil sie „aus der Nische des Bioanbaus“ herauswollten. M.a.W., sie wollen auch richtig ökonomisch wirtschaften, am anerkannten, herr-

schenden Marktkampf teilnehmen und nicht in der nach bäuerlicher Subsistenz miefenden Nische überdauern. Dabei war es diese Nische, dank derer die Mehrheit von ihnen überleben konnte. Es war außerdem die kleinräumige, regional bezogene Vielfalt, die ihnen ein Einkommen garantierte. Außerdem: Eine Nische neben der anderen ist auch flächendeckend. Statt in diesem Sinn zu leben und leben zu lassen, erklären sie sich jetzt einstimmig den Konkurrenzkrieg.

Ein weiterer Aspekt des Supermarktweges macht frau besonders hellhörig. Der Markt mußte bislang im Biobereich fast vollständig neu aufgebaut werden, wobei die Direktvermarktung auf dem Hof oder durch den Marktstand einen großen Anteil ausmacht. Typischerweise übernehmen viele Frauen diesen Part und erobern sich damit einen Bereich zurück, der der Hausfrauisierung zum Opfer gefallen war. Der Supermarktweg bedeutet also ganz konkret, daß Frauen die Möglichkeit, ein unabhängiges Einkommen zu erwirtschaften, wieder genommen wird.

Bäuerliche Ökonomie, Regionalisierung und die Subsistenzperspektive

Subsistenzperspektive heißt für uns, die drei Kolonien des Kapitals, die Natur, die Frauen und die Dritte Welt, zu entkolonisieren. Deshalb kommt der Bäuerlichen Wirtschaft in unserem alternativen Wirtschaftsentwurf eine zentrale Bedeutung zu. Denn die bäuerliche Kultur und Wirtschaftsweise ist von ihrer Anlage her nicht kolonialistisch. Diese Ansicht hat nichts mit einer utopischen Wunschvorstellung zu tun, sondern sie kann leicht empirisch festgestellt werden.

Während die Agrarfabriken in Deutschland, vor allem mit Massentierhaltung, auf den billigen Import von Futtermitteln aus der Dritten Welt aufgebaut sind, ist der Bauernhof, der nicht an Gewinnmaximierung orientiert ist, auf der Hof und Leute erhaltenden Kreislaufwirtschaft aufgebaut. Für die hiesige, die tierische Kreatur zutiefst mißachtende Massentierhaltung wird allein für das Futter eine Anbaufläche benötigt, die doppelt so groß ist, wie die vorhandene. Deshalb sagt man, deutsche Rinder weiden am La Plata. Die negativen Folgen in den Dritte-Welt-Ländern, etwa durch den Anbau des Futtermittels Soja für den Export, sind bekannt: Zerstörung der Anbaufläche für die eigene Ernährung, Landkonzentration und Vertreibung der BäuerInnen von ihrem Land, chemische Verseuchung der Böden und des Wassers. Umgekehrt führt der subventionierte Export von deutschem

und europäischem Rindfleisch etwa nach Afrika dort zur Zerstörung der einheimischen Rinderzucht. Demgegenüber ist die bäuerliche Hofwirtschaft auf die Vermarktung der Überschüsse in der eigenen Region verwiesen.

Durch die bäuerliche Hofwirtschaft kann das Naturverhältnis entkolonisiert werden. Sie ist nicht auf Plünderung der Natur aufgebaut wie die Agrarfabriken. Schon aus Eigennutz ist die Bauernwirtschaft auf Rücksicht gegenüber den natürlichen Produktivkräften angewiesen. Die Gesundheit der Tiere, des Bodens und der Pflanzen im Rahmen einer Mischkultur ist die beste Garantie für das Fortbestehen des Hofes. Die Kreislaufbewirtschaftung ist für die kleinen Höfe zugleich auch die billigste Anbaumethode. Zwischen der kapitalintensiven industriellen und der bäuerlichen Agrarproduktion klaffen Welten. Es handelt sich um zwei verschiedene Produktionssysteme. Dort, wo die Böden nicht so fett sind, also weniger Profit zu machen war, sind die (kleinen) bäuerlichen Höfe anzutreffen, die auch am leichtesten auf ökologischen Landbau umstellen können, weil sie letztlich sowieso schon ökologisch gewirtschaftet haben. So werden jene vielfältig durchsetzten Landschaften mit Heiden, Feuchtwiesen, Mittelgebirgswald und -weiden erhalten, die StädterInnen als Erholungsgebiet gelten. Aber auch die ausgeräumte Landschaft mit Massentierställen könnte mit bäuerlicher Wirtschaft wieder bewohnbar werden.

Die bäuerliche Ökonomie ist die Basis für regionales Wirtschaften, nicht allein hinsichtlich der Landwirtschaft, sondern auch der kombinierten landwirtschaftlichen, handwerklichen und auf sonstigem Erwerb aufgebauten Lebensweise. Denn der Hof und die Landwirtschaft bleiben auf alle Fälle das Zentrum, von dem aus, sozusagen in einem regionalen Radius, die übrigen Aktivitäten ausgeübt werden. Regionalisierung, d.h. Produktion, Austausch und Konsum in und aus der Region, ist für uns ein integraler Bestandteil einer Politik gegen den Kolonialismus der Globalisierung, auch gegen die Kolonisierung und Entmündigung unseres Lebens im Norden. Politik ist hier als Subsistenzpolitik von unten gemeint, als eigenmächtige Alltagsstrategie, die jedem Menschen möglich ist. Die einfachste, äußerst wirkungsvolle und jederzeit verfügbare Maßnahme besteht darin, nur Produkte aus der Region einzukaufen. Dies stärkt die bäuerliche Ökonomie.

Das größte Problem der Bauernwirtschaft in Mitteleuropa aber ist ihr Patriarchalismus. Die industrieorientierte Agrarpolitik und der Wunsch, an der „ehrenvollen", kriegerischen Wachstumsökonomie teilzunehmen, verhindert, daß mehr Höfe bei uns an der Subsistenzorientierung festhalten oder sie wieder entdecken würden. Der Ba-

zillus der Gewinn- und Konsumorientierung hat die Männer infiziert, aber auch die Frauen. Unseres Erachtens ist für die Entkolonisierung der Köpfe und Herzen vom patriarchalen, kapitalistischen Muster, eine andere soziale Organisation als die von männlichem Geldgewinner und der Hausfrau notwendig.

Neue Formen der sozialen und wirtschaftlichen Organisation

Es gibt bei uns inzwischen viele Bäuerinnen und Bauern, die neue Formen der sozialen und wirtschaftlichen Organisation der Höfe erschaffen, damit es weitergehen kann. Solche Neuschöpfungen werden auch deshalb notwendig, weil sehr viele Höfe unter den Kindern keine NachfolgerInnen mehr finden. Eltern, die sich nicht damit begnügen wollen, daß der Hof zwar sie noch gut ernähren, nach ihnen aber als wirtschaftender Hof verschwunden sein wird, oft nachdem er jahrhundertelang existiert hatte, greifen zu neuen Konstrukten. Sie können weder durch Produktionsaufgaberente, Stillegungsprämie, durch Pachtgeld oder hohe Verkaufssummen zum Aufgeben gebracht werden.

Ein dissidenter Bauer

Der Hof A liegt in der Mitte Deutschlands, in einem landwirtschaftlich sehr fruchtbaren Gebiet. Entsprechend fortgeschritten ist die „power"-Landwirtschaft, d.h. die Mechanisierung, Chemisierung und die Massentierhaltung in dieser Gegend. Trotz des traditionell kleinstrukturierten Bodenbesitzes der Ackerbürgerstadt hat die Bodenkonzentration in den letzten Jahren enorm zugenommen. Viele Höfe geben auf und verpachten an sog. Wachstumsbetriebe. Nicht so der Bauer A. Seit fünfunddreißig Jahren führt er den Hof, seit langem mit 17 Hektar der kleinste Vollerwerbsbetrieb weit und breit. Vor zehn Jahren hat er auf Bioanbau umgestellt, vor allem, weil er die Verseuchung des Bodens und die Zerstörung der Landschaft nicht mehr ertragen konnte, genausowenig wie den Umgang mit den Tieren, so daß möglichst viel Gewinn aus ihnen herausgeholt wird. Die Umstellung hat ihm viele Agressionen von seiten der konventionellen KollegInnen eingebracht. Einige Schicksalsschläge, so der Tod der Frau (die eine bäuerliche Hausfrau war), ein Brand und das Desinteresse der Kinder gegenüber der Landwirtschaft und dem Fortführen des Hofes, brachten ihn

dazu, eine andere Organisationsform zu suchen. Auf alle Fälle soll auf dem Hof die bäuerliche, und das heißt für ihn ganz explizit subsistenzorientierte Kreislaufwirtschaft fortgesetzt werden. Bauer A sucht und findet Gleichgesinnte und nimmt sie als TeilhaberInnen in den Hof auf, zwei Frauen und einen Mann. Der kleine Hof ist in vier noch kleinere Pachthöfe aufgeteilt, die gemeinsam in einen Topf wirtschaften. Abgesichert werden die Neuen darüber hinaus durch lebenslange Nießbrauchrechte über je 2 Hektar Land und vererbbare Wohnrechte. Der Bauer hat rechtlich verbindlich geregelt, daß niemals Teile des Hofes und seines Landes verkauft werden können und daß die Erben die Vereinbarungen respektieren und fortschreiben müssen.

Die vielfältige Suche nach neuen Wegen

Gegenwärtig gibt es viele Höfe, die neue Wege gehen, um als Hof bestehen zu können: neue Besitzregelungen, Erweiterung des Kreises der Mitarbeitenden mit entsprechend anteiligen Pflichten und Rechten (GbR, GmbH, Gemeinschaftsregelungen usw.) und Erzeuger-Verbraucher-Zusammenschlüsse. Wieweit diese neuen Formen eine bäuerliche Wirtschaftsweise sichern wollen oder vielleicht auch die Suche nach einem kapitalistischen Unternehmerweg mit höherem Profit bedeuten, ist so allgemein nicht festzustellen. Letzteres dürfte aber seltener und allenfalls erst in neuerer Zeit, als Kopie alternativer Formen, der Fall sein. Allgemein fällt nämlich auf, daß diese neuen Wege mit dem Bioanbau begonnen haben und entsprechend in den Verbandszeitschriften oder in der Zeitschrift „Ökologie & Landbau" nachzulesen sind. Ferner fällt auf, daß hinter solchen Regelungen meist eine andere Beziehung zur Natur wie zwischen den Menschen steckt. Das trifft auf Produktions- wie Vermarktungszusammenschlüsse zu.

Eine besonders enge Beziehung zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen wird in der „gemeinschaftsgestützten Landwirtschaft", Community Supported Agriculture (CSA) hergestellt. CSA beruht ursprünglich auf Ideen Rudolf Steiners und ist in den 80er Jahren von Deutschland aus nach USA und andere Länder gelangt. Community Supported Agriculture nennt sich jene Form des Zusammenschlusses von ErzeugerInnen und VerbraucherInnen, bei der die VerbraucherInnen mitfinanzieren, mithelfen, die Abnahme garantieren und eine gewisse Mitsprache haben. In den USA gibt es bereits über 300 CSA-Farmen. In Europa sind ähnliche Initiativen weniger einheitlich vernetzt; dazu gehören aber in Deutschland und der Schweiz EVGs, die unter dem „Prinzip der Kostendeckung" firmieren und dem Ideal des

„assoziativen Wirtschaftens" folgen (Herrmannstorfer 1992); in England gehört dazu das sog. „Suscription Farming". (Loziczky 1997, 22ff)

Was früher auf den Höfen durch die Hilfe der auswärtigen Verwandtschaft in Stoßzeiten und in den Ferien bewältigt werden konnte, wird heute häufig durch die Organisation der Wahlverwandtschaft ersetzt. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Netzwerk, in dem BiobäuerInnen ihnen unbekannten StädterInnen Platz zur Mithilfe anbieten: „Willing Workers On Organic Farms" (WWOOF). Ähnlich wie bei CSA machen hier Leute aus der Stadt mit, die es notwendig und wünschenswert finden, Kontakt zum Boden, zu Tieren und Pflanzen zu haben und auf dem Land zu arbeiten.

AussteigerInnen/HeimkehrerInnen

Die österreichische Bundesanstalt für Bergbauernfragen, die sich besonders um den Erhalt der bäuerlichen Wirtschaft bemüht, hat ein Forschungsprojekt zu „AussteigerInnen in ländlichen Regionen" durchgeführt. Gemeint sind Leute aus der Stadt, die seit den frühen 70er Jahren zunehmend aufs Land und in die Landwirtschaft gegangen sind. So vielfältig wie die Menschen sind auch die Wirtschaftsformen, die dabei herauskommen. Die AussteigerInnen sind „junge Menschen aus der grün-alternativen Szene...die ein alternatives Leben realisieren wollen", „Künstler, Esoterikgurus", „JungakademikerInnen", „vom bisherigen Berufsleben frustrierte (Arbeiter, Angestellte, Manager)", „wohlhabende Freischaffende, die die Landwirtschaft (betreut durch die PartnerIn) als steuerlichen Absetzposten nutzen", „Pensionisten" mit „Hobbylandwirtschaft", „Arbeitslose, die das teure Stadtleben nicht länger finanzieren können", HeimkehrerInnen. Betrieben werden „professioneller" Anbau und Direktvermarktung spezialisierter Produkte (Kräuter, Schafsmilchprodukte usw), Landwirtschaft kombiniert mit anderer Erwerbsarbeit, Landwirtschaft zur „Eigenversorgung mit hochwertigen Lebensmitteln", das Tauschen („Trommel gegen Stiege, Lamm gegen Getreide") spielt eine zentrale Rolle. (Groier 1997)

Zumal bei den sog. „alternativen AussteigerInnen" beobachtet der Autor typisch bäuerliche Einstellungen: „Auflösen der scharfen Abgrenzung zwischen Arbeitszeit und Freizeit in Richtung ‚Lebenszeit'", „gemeinschaftliches Arbeiten, Arbeitsfeste", „Betonung des Subsistenzcharakters... Arbeit eher als Mittel der Bedürfnisbefriedigung und nicht der Kapitalvermehrung". Dazu kommt aber auch ein typisches Phänomen der bäuerlichen Familienwirtschaft unserer Breiten. „Bezüglich der Arbeits- und Rollenverteilung zwischen Mann und Frau sind allerdings auch in den interviewten Aussteigerhaushalten nach wie vor tra-

dierte Verhaltensmuster festzustellen (Frauen haben weniger Freizeit, leisten den Großteil der Hausarbeit und sind weniger in die landwirtschaftliche Arbeit eingebunden)." (Groier 1997, 180)

Dennoch, so stellt Michael Groier fest, versteht sich die Mehrheit der AussteigerInnen nicht als BäuerIn, was anscheinend auch auf die HeimkehrerInnen zutrifft, die eigentlich in der Stadt sozialisiert, nun doch auf den elterlichen Hof zurückkehren. Der zuerst genannte Grund ist die „Distanzierung vom traditionell-konservativen bäuerlichen Lebensbild (soziokulturelle Enge)". (Groier 1997, 178)

Wir fragen uns, wie viele Vorurteile der Leute in der Stadt, die sich als moderne Menschen etwas Besseres dünken, in diesen Abgrenzungen immer noch mitschwingen und wie viele Verletzungen bei den ihrerseits ausgrenzenden bäuerlichen NachbarInnen aufgrund dieser Tatsache ausgelöst werden. In Wirklichkeit nämlich schließt sich hier eigentlich ein Kreis, wodurch sich dissidente BäuerInnen und dissidente StädterInnen treffen können. Eines ist sicher, ohne Geschichte keine Zukunft, und ohne das bäuerliche Wissen und die Kultur, gerade auch die materielle Kultur der BäuerInnen dürfte es schwierig sein, eine andere, nicht wachstumsökonomische und nicht umweltzerstörerische Landwirtschaft aufzubauen.

Kommunen, Ökodörfer und vieles mehr

Anfang der 80ger Jahre entstehen in Deutschland ländliche Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaften, die sich „Kommune" nennen. Sie zeichnen sich durch spezifische Prinzipien aus: Gemeinsame Ökonomie, Konsensprinzip bei Entscheidungen, kollektive Arbeitsstrukturen und den Abbau kleinfamiliärer geschlechtsspezifischer Machtstrukturen. Sie knüpfen an das Gedanken- und Kulturgut der gemeinschaftlichen Organisationsformen an, die sich nach 1968 im Zusammenhang der Studentenbewegung in den Städten gebildet haben (s. Kapitel IV). Von elf Kommunen, die sich in einem kürzlich erschienenen Sammelband vorstellen, sind neun auf dem Land und zwei in der Stadt; eine ist gerade gegründet, zwei sind unter Schmerzen gerade aufgelöst worden. Berichtet wird also von sechs gut funktionierenden Landkommunen, eine davon in den Pyrenäen. Sie alle kombinieren Landwirtschaft und/oder Gärtnerei mit verschiedenen Handwerksstätten, häufig einem Tagungshaus und seltener auch mit Lohnarbeit außerhalb der Kommune. (Kollektiv KommuneBuch 1996)

Die größte der Kommunen ist Niederkaufungen mit 53 Erwachsenen (24 Frauen, 29 Männer) und 18 Kindern/Jugendlichen im Jahr 1996, als sie bereits 10 Jahre lang besteht. Die Arbeitsbereiche sind:

„Ökologische und sozialverträgliche Produkt- und Dienstleistungsorientierung der Arbeitsbereiche: Integrierte und altersgemischte Kindertagesstätte, Baubetrieb/Bauplanung, Architekturbüro, Schreinerei, Schlosserei, revolutionäre Näh- und Lederwerkstatt, Tagungs- und Begegnungshaus, Ernährungsbereich für Kommune und Tagungshaus, Biolandgemüsebetrieb, Viehwirtschaft, Verwaltung, Satzmanufaktur, betriebliche Rentenversicherung im Aufbau, Kurzzeitpflegeeinrichtung in Planung." (Kollektiv 1996, 30) Wie wir beobachten konnten, ist die Kommune gut in das Dorf Niederkaufungen integriert, in dem Sinn, daß die NachbarInnen anerkennen, wie „fleißig" die KommunardInnen sind. Vorbehalte sind offensichtlich abgebaut worden. Es gibt jedes Jahr ein Fest, bei dem die BesucherInnen auch herumgeführt werden und zu dem bis zu 2000 Leute kommen.

Insgesamt scheint bei den Landkommunen nicht unbedingt die landwirtschaftliche Basis im Vordergrund zu stehen, sondern die gemeinsame Ökonomie im Sinn des In-einen-Topf-Wirtschaftens und die andere, nicht kleinfamiliale, sondern eben kommunitäre Sozialorganisation. Gerade in Kommunezusammenhängen jedoch wird zunehmend der Subsistenzgedanke diskutiert, durch den das Ziel der eigenständigen landbauenden Basis an Gewicht gewinnt. Seit ein paar Jahren machen Kommunemitglieder Veranstaltungen in Städten, um von einer Alternative zu Arbeitslosigkeit und Drogen zu berichten.

Im direkten Zusammenhang mit dem Subsistenzgedanken sind die Ökodörfer gegründet worden. Dazu schreibt Elisabeth Voß:

> *Mit „Ökodorf" sind hier nicht ökologisch-baubiologische Siedlungen gemeint, sondern Gemeinschaften, die modellhaft für eine größere Anzahl von Menschen Lebens- und Arbeitsformen entwickeln, die dem Kapitalismus eine Alternative entgegensetzen. Eckpfeiler sollen sein: Gemeinsames Eigentum an Boden und Gebäuden, Produktion überwiegend für den eigenen Bedarf (Selbstversorgung), insgesamt eine ökologisch und sozial ausgerichtete Lebensweise, die mehr auf Qualität als auf Quantität setzt, die gleichzeitig weniger konsumorientiert und lustvoller ist als gemeinhin üblich. Propagiert wurde diese Idee vor fast 10 Jahren von dem Heidelberger Psychologen Jörg Sommer, der – nicht zuletzt um Menschen zu ihrer Umsetzung zu finden – den „Informationsdienst Ökodorf" (IDÖF) gründete.*

Inzwischen gibt es mindestens zwei konsolidierte Projektanfänge, beide in den Neuen Bundesländern. Die von Heidelberg ausgehende Initiative hat sich 1993 im Ökodorf-Projektzentrum Groß Chüden (bei Salzwedel) niedergelassen und beherbergt 60 Erwachsene und Kinder.

Aufgebaut werden soll ein „Dorf" mit 300 BewohnerInnen. 1996 sind folgende eigenständige Projektbereiche entwickelt: „Wohn- und Arbeitsgruppen, Gäste- und Seminarbetrieb, Selbstversorgung und Wirtschaftsbetriebe, Planungsbüro, Freie Schule, Vernetzung". „Menschen, die in ihren Familien, in Wohn- und Hausgemeinschaften oder in ideell ausgerichteten Gruppen leben wollen, sind uns gleichermaßen willkommen." (eurotopia 1-2/96)

Leider erfahren wir aus den uns vorliegenden Materialien nichts Näheres über den Fortgang der Landwirtschaft oder Gärtnerei zur Eigenversorgung und Vermarktung. Aber wir erfahren, daß das Ökodorf-Projekt 1996 den „TATORTE-Preis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt für ökologische Gemeindeinitiativen in den neuen Bundesländern" erhalten hat und man auf weitere Unterstützung durch die Regierung von Sachsen-Anhalt setzen kann. Vielleicht ist darauf die Entwicklungrhetorik im Aufruf von Dieter Halbach zurückzuführen?

> *Die gesamte Siedlung bietet ein neues Kulturmodell, das die Welt wieder in das Dorf bringen soll und das Dorf wieder in die Welt... Aufbau einer nachhaltigen Regionalentwicklung (sanfter Tourismus, Naturschutz, Direktvermarktung, Handwerk)... Wir hoffen mit dem Ökodorf auch einen Beitrag für die Altmark und andere strukturschwache Regionen zu leisten... es (wird) eine Erhebung und Beratung der regionalen Entwicklungspotentiale geben.*

Ein weiteres Projekt, das „LebensGut Pommritz", dessen Subsistenzphilosophie Rudolf Bahro im Anschluß an unseren feministischen Subsistenzansatz formulierte, entstand 1993 nördlich von Dresden.

> *Ziel ist die Entwicklung, Erprobung und der beispielhafte Betrieb einer ökologischen Siedlung mit regional-orientierter nachhaltiger Kreislaufwirtschaft im ländlichen Raum.* (eurotopia, Herbst 1994)

Rudolf Bahro hat in direktem Kontakt mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf Unterstützung aus Landesmitteln erwirkt: Statt nur Arbeitslosen- und Sozialunterstützung solle die Regierung den Menschen zu den Subsistenzmitteln, vor allem Land verhelfen, um eigenständig den Lebensunterhalt erwirtschaften zu können.

> *So bekamen (wir) den Gutshof vom Freistaat Sachsen zu günstigen Bedingungen gepachtet, um mit (zugesagter) Starthilfe über einen mittelfristigen Zeitraum ein sich selbst tragendes, kleinteilig und regional wirtschaftendes, sozial nachvollziehbares, ökologisch nachhaltiges Gemeinwesen quasi modellhaft zu entwickeln.* (eurotopia 1-2/96, 35)

Die mehrfach erwähnte Zeitschrift „eurotopia" gibt einen guten Überblick über Gemeinschaftsprojekte, hilft zur Vernetzung und macht

Mut, sich an ähnliche Unterfangen zu wagen. Da gibt es „Sternendörfer“, „Überlebensinseln“, „Mother Earth Land“, „Lebensgärten“, „christliche Gemeinschaftshöfe“ und und und. Der Eindruck entsteht, daß in Deutschland/Europa eine Gründungsbewegung neuer Gemeinschaften stattfindet, die fast alle direkten Zugang zum Land suchen, weil sie ein anderes Naturverhältnis praktizieren wollen und den Landbau für die Selbstversorgung als Basis der Gemeinschaft betrachten. In diesem Sinn hatte eine Gruppe von Longo Mai-FreundInnen nach der Wende das „Unmögliche“ verlangt: „Daß der staatliche Boden in treuhändischer Verwaltung durch die Gemeinden der ansässigen Bevölkerung zur Nutzung überlassen wird.“ Aber: „Die Kommunalisierung des Bodens blieb Utopie.“ (Flugblatt der dennoch 1996 gegründeten Longo Mai-Kooperative in Mecklenburg)

Die vernetzten Gemeinschaften haben begonnen, eine Brücke zwischen „Spiris“ und „Politischen“ zu schlagen. Unseres Erachtens tut eine weitere Brücke not: zwischen neuen Gemeinschaftswilligen und BäuerInnen, die gegenüber dem wachstumsökonomischen Weg dissident sind und am bäuerlichen Weg festhalten. Denn die bäuerliche Lebens- und Produktionsweise beruht auf einer alten kulturellen Tradition, die den neuen Gemeinschaften hilfreich sein könnte:

- Im Umgang mit der Genügsamkeit im Rahmen der alltäglichen Subsistenzökonomie.
- Indem der Stolz und das Selbstbewußtsein vermittelt würden, die aus der eigenständigen Versorgung mit allem, was Mensch zum Leben braucht, erwachsen.
- Indem die Autonomie gegenüber jeglicher übergeordneten Autorität auch im Gefühl verankert wird.

Anmerkungen

1 Von den 30 000 Tonnen in Deutschland verwendeten „Pflanzenschutzmitteln“, d.h. Pestiziden, gelangt etwa die Hälfte nicht auf die Pflanzen, sondern in den Boden und einiges rasch ins Grundwasser. (FR 16.8.1994)

2 1980 waren in Griechenland 30% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig, 1990 sind es noch 24% , 1994 noch 20,8%. In Portugal waren es 1980 27%, 1990 18% und 1994 schließlich nur noch 11,8%. In Spanien waren es 1980 19%, 1990 12% und 1994 9,9%. (Landwirtschaftliches Wochenblatt 8.4.19993; Deutscher Bauernverband 1996, 124) Die Schärfe der persönlichen Dramen und die Reichweite des Kulturwandels, die sich hinter diesen Zahlen verbergen, können wir nur ahnen.

3 Bioverbände sind der Zusammenschluß der Höfe, die biologischen Anbau betreiben, die sich damit einer garantierten Selbstkontrolle unterziehen.

KAPITEL V

SUBSISTENZ UND MARKT

Die Händlerinnen von Juchitán

In Juchitán, einer zapotekischen Kleinstadt (80 000 Einwohner) im Süden Mexikos, haben Frauen eine starke soziale Stellung. Die Männer sind Bauern, Fischer, Handwerker und Lohnarbeiter. Frauen sind Händlerinnen. Diese gesellschaftliche Arbeitsteilung gilt seit Jahrhunderten. Frauen sind für das Haus, die Kinder, das Essen, den Markt und bestimmte Handwerkszweige zuständig. Es gibt keine Hausfrauen, aber auch keine Unternehmerinnen. Anders als bei uns, wo sich die Hausfrau dadurch konstituiert, daß die Arbeitsteilung im hauswirtschaftlichen Bereich abnimmt, wohingegen sie im industriellen Bereich zunimmt, ist auch der hauswirtschaftliche Bereich in Juchitán hoch arbeitsteilig. Anstelle des Einfraubetriebes Haushalt gibt es vielfältige Spezialisierungen von Frauen auf bestimmte Produkte, vor allem was Kochgerichte und Konservierungen anbelangt, die sie auf dem Markt verkaufen. Der Übergang von der subsistenzwirtschaftenden Hausfrauentätigkeit zur marktwirtschaftlichen Händlerinnentätigkeit ist fließend.
Auch die Händlerin und Handwerkerin wirtschaftet nicht, um zu akkumulieren und andere für sich lohnarbeiten zu lassen, sondern um den Unterhalt zu garantieren und vor allem, um Ansehen innerhalb der Gemeinschaft, insbesondere der Frauengesellschaft, zu erwerben. Zum Prinzip der Gegenseitigkeit gehört, daß es keine festen Preise gibt. Die variieren vielmehr je nach Grad der sozialen Verbindlichkeit, danach ob es einen Gefallen auszugleichen gilt, oder ob ein solcher in Zukunft erwartet wird.
Überschüsse werden in großen Verdienstfesten kollektiv konsumiert. Sie heißen so, weil Materielles dafür aufgewendet wird, um Immaterielles, eben Ansehen, Prestige zu verdienen. Diese Verdienstfeste, die ein wesentlicher Bestandteil im Netz der Gegenseitigkeit sind, halten gleichzeitig die lokale Wirtschaft in Schwung. Der Aufwand an Kleidung, Essen und Trinken, Schmuck, Musik und Geschenken ist unvollstellbar. Die Mechanismen der Prestigeökonomie und der Reziprozität geben der Marktwirtschaft ein von den sozialen Zusammenhängen abhängiges Gepräge.

Dennoch wäre es völlig verfehlt, von einer eigenen Ökonomie im Sinne eines abgetrennten Marktes zu sprechen. In Juchitán kursiert das gleiche Geld wie überall sonst in Mexiko. Die Stadt liegt an einer wichtigen Verbindungsstelle zwischen Nord- und Südamerika, direkt an der Panamericana, direkt an der Eisenbahnlinie, die den Atlantik mit dem nahegelegenen Hafen am Pazifik verbindet. Der Ort ist gleichsam nahtlos in den nationalen und internationalen Markt integriert. Dennoch sind Markt und Handel subsistenzorientiert. Mit anderen Worten, in Juchitán wird die Marktwirtschaft auch im ausgehenden 20. Jahrhundert durch die eigene Kultur anders modelliert.

Die Gesellschaft Juchitáns ist matrifokal organisiert. Die Mutter steht im Zentrum der gesellschaftlichen Hochschätzung, die Mutter-Kinder-Einheit ist die grundlegende familiäre Konstellation. Sozial und emotional ist die Mutter der wichtigste Bezugspunkt für die Kinder. Der Vater kann Verpflichtungen übernehmen, aber es schädigt das Ansehen der Frau nicht, wenn sie keinen Mann zur Hand hat. Die Frau sorgt für die Ökonomie wie woanders auch, aber hier ohne den Anspruch, daß sie es zusätzlich zu einem männlichen Hauptverdiener täte. Insgesamt bleibt die Wirtschaft der Frauen, auch die der Händlerinnen – und alle Frauen in Juchitán sind Händlerinnen – subsistenzorientiert. Die Arbeiten der Subsistenzproduktion gelten als eigentliches, gesellschaftliches Wirtschaften. Die Trennung in private und öffentliche Produktionsbereiche gibt es nicht. Die Frau wirtschaftet für den alltäglichen Unterhalt, für die Ausbildung der Kinder und für einen Überschuß zur Gewinnung des sozialen Prestiges. Es dient der Vermehrung ihres Ansehens und nicht, wie in vielen anderen Prestigeökonomien, dem des Mannes. Die Frau ist nicht Objekt sondern Subjekt des Geschehens.

Bis heute bleibt der Handel von Juchitán auf die Lebensmittel konzentriert. Dadurch, daß sie lokal produziert, verhandelt und konsumiert werden, entsteht eine eigenständige regionale Zirkulation, die dem Ort einen relativen Wohlstand beschert, der ihn gegenüber anderen Orten vergleichbarer Größe in Mexiko hervorstechen läßt. Nahrung, Essen erwirtschaften zu können ist ein wichtiger Aspekt des weiblichen Selbstwertgefühls und der Hochachtung, die ihr entgegengebracht wird. Anders als bei uns, wo diese Tätigkeit niedrig geschätzt wird, und die Frauen entsprechend dünn sein müssen, ist Dicksein ein weibliches Schönheitsideal. Ein wichtiger Motor der eigenständigen Modellierung der Marktwirtschaft ist das Gemeinschaftsgefühl durch die mütterliche Genealogie. Die Menschen sind

stolz auf ihre Herkunft, so wie sie stolz sind auf ihre Mutter, auf ihre Muttersprache, auf ihr zapotekisches Können, die Musik, die Malerei und das Essen. Es ist diese andere kulturelle Orientierung, die selbst die Marktwirtschaft der Moderne anders zu prägen vermag.

Das große Unternehmertum oder Monopolfirmen konnten hier nicht Fuß fassen oder sich entwickeln. So gibt es in Juchitán auch keinen wirklichen Supermarkt. Und obwohl die Region durch die mexikanische Zentralregierung seit vielen Jahren zielgerichtet „gefördert" wird, so daß eine Freie Produktionszone à la Taiwan oder Singapur oder eine Zone mit den „maquiladora"-Weltmarktfabriken wie an der Nordgrenze Mexikos zu den USA entstehen könnte, hat dieser Prozeß bislang nicht stattgefunden. Trotz massiver ideologischer Berieselung durch Schule und Medien hat sich das Streben nach dem Konsummuster des großen Bruders im Norden, die USA, nicht eingestellt.

Die Menschen von Juchitán haben die Normen und Regeln der modernen Marktwirtschaft nicht verinnerlicht, wie das sonst der Fall ist. Sie haben eine andere Moral. SEARS, ein US-amerikanischer Kaufhauskonzern mit vielen Filialen in Mexiko, der vor allem dauerhafte Konsumgüter und Kleidung verkauft, hatte vor langen Jahren einmal eine Niederlassung in Juchitán. Als die Leute von Juchitán in den späten 70er Jahren wieder einmal über Entscheidungen der zentralen politischen Administration empört waren, stürmten sie das Geschäft und plünderten es. Als sich der Vorfall ein weiteres Mal wiederholte, zog SEARS es vor, die Niederlassung zu schließen. Seitdem ist kein neuer Versuch dieser Art in Juchitán gestartet worden. Der Handel bleibt in Händen der Marktfrauen.

Markt und Subsistenz widersprechen sich nicht!

Tauschbeziehungen hat es schon immer gegeben. Wir können uns keine Gesellschaft der Menschheitsgeschichte vorstellen, die den Tausch nicht gekannt hätte. Diese Bemerkung scheint banal, ist aber dennoch notwendig. Denn es ist eine Eigenart der modernen Ideologie, die bestehenden Verhältnisse als die des Menschen schlechthin zu begreifen und, sofern sie in derselben oder ähnlichen Form nicht angetroffen werden, von primitiven Verhältnissen zu sprechen. Zusammengefaßt: Man glaubt, daß dort, wo keine verallgemeinerten Marktbeziehungen bestehen, Autarkie der Haushalte herrsche.

Tatsächlich aber gab und gibt es zahlreiche und unterschiedlichste Formen der Tauschbeziehungen, sowohl jenseits von Marktbeziehungen überhaupt als auch in Verbindung mit der modernen Marktwirtschaft: Geschenktausch; ritueller Tausch; verwandtschaftlich oder interethnisch organisierter Tausch, etwa aufgrund unterschiedlicher geographischer und klimatischer Bedingungen (Anden, Sahelzone, Alpen); erzwungener Tausch (im 16. und 17. Jahrhundert in den amerikanischen Kolonien Spaniens); schließlich Handel, durch Händlervölker wie die Phöniker, die Handelssiedlungen gründeten, oder die Sinti und Roma heute. Es gibt Handel mit Naturaltausch oder verschiedenen Formen von Geld (Kaurimuscheln in Polynesien und in manchen Regionen Afrikas; Kakaobohnen, Quetzalfedern und Obsidian im prähispanischen Mexiko). Es gibt unterschiedliche Mechanismen der Preisbildung und verschiedene Meinungen darüber, unter welchen Bedingungen und ab welchem Zeitpunkt wir von Marktsystemen sprechen sollten oder nicht. (Polanyi 1957) Wenig analysiert worden sind bislang Tauschverhältnisse im Rahmen der modernen Warengesellschaft, die sich dem Schema Geld–Ware–Geld' und der betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung entziehen.

Die Tatsache, daß sich in der modernen Gesellschaft die Warenproduktion verallgemeinert hat, sodaß Markt und Handel die Gesellschaft bestimmen, führt nicht nur dazu, daß sogenannte traditionelle Gesellschaften als Subsistenzgesellschaften *ohne* Markt phantasiert werden, sondern auch, daß bestehende Marktbeziehungen als unzeitgemäße Überbleibsel vorindustrieller Verkehrsformen angesehen werden, die deshalb ausgeblendet werden können. (Zur Kritik an dieser Theorie vgl. die Beiträge von Evers/Schrader 1994)

Im Anschluß an Darwin taucht im 19. Jahrhundert der Gedanke auf, Völker, die nicht die gleiche, „zivilisierte" Gesellschaftsverfassung haben, als unsere „zeitgenössischen, primitiven Vorfahren" zu begreifen. Seine Blüte erfährt dieser Gedanke nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Entwicklungsideologie, durch den die „primitiven Zeitgenossen" zu „Unterentwickelten" werden. Genau in diesem Zusammenhang taucht der Begriff der Subsistenzwirtschaft als Gegensatz zur Marktwirtschaft auf. So, als hätte es den Kolonialismus, und innerhalb der Länder den Kolonialzusammenhang zwischen Stadt und Land, nie gegeben, konstruieren führende, vor allem US-amerikanische Soziologen, das duale Gesellschaftsmodell „unterentwickelter" Länder. Auf dem Land herrsche die „traditionale Subsistenzgesellschaft" in der Stadt die „moderne Marktgesellschaft". Selbstredend ging es darum, diese „Subsistenzgesellschaft" aus ihrer Unterentwicklung in die Hö-

herentwicklung der Marktgesellschaft zu überführen (vgl. die kritische Auseinandersetzung mit diesen Positionen bei Frank 1969 a) u.b)). Wir haben demgegenüber stets betont, daß beide Seiten zusammengehören, daß beide zum Kapitalismus gehören und daß der Kapitalismus anders aussieht, als postuliert wird (s. Kapitel II).

Denn es hat niemals Gesellschaften ohne Tauschverhältnisse gegeben; was es allerdings gegeben hat, sind Tauschbeziehungen, die einer anderen Moral als in der Maximierungsgesellschaft gehorchen. Und auch in der Gegenwart können Markt und Tausch anders als konkurrenzbetont und auf Verdrängungswettbewerb gerichtet sein, wie wir nicht zuletzt durch unsere Forschung in Juchitán gezeigt haben (Bennholdt-Thomsen 1994; Holzer 1995). Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, daß, sobald der auf den Profit-Markt verengte Marktbegriff revidiert wird, auch in Deutschland vielfältige subsistenzorientierte Tauschverhältnisse sichtbar und in ihrem ökonomischen Beitrag wertgeschätzt werden können.

Markt ist nicht gleich Markt

Die vorherrschende Blindheit gegenüber anderen als maximierungswirtschaftlichen Marktverhältnissen entspringt einem weit verbreiteten Fatalismus. Man ist nicht nur davon überzeugt, daß es nur diese eine Form von Markt gibt, sondern daß es nur diese Form geben könne, daß Markt notwendig so und nicht anders sein müsse. Gegenüber dieser vorgeblichen Eigengesetzlichkeit fühlen sich die Menschen bei uns ohnmächtig. Deshalb unterwerfen sie sich auch der vielbeschworenen Standortpolitik, einschließlich des Sozialabbaus. Sie glauben, daß „Deutschland“ (wer immer das ist) wettbewerbsfähig bleiben müsse, dies sei nun mal ein Diktat des Markts, der sich historisch notwendig so entwickelt habe. Entsprechend bricht die Globalisierung der Märkte auch vorgeblich über uns herein. Daß die GATT-Abschlüsse und die WTO Ergebnis einer politischen Tat sind, und zwar die vorläufig letzte in der langen Reihe der entwicklungspolitischen Taten, wird hierzulande weitgehend ignoriert (s. Kapitel II).

Mit der Vorstellung, daß es nur diesen einen, uns alle überrollenden Markt geben könne, geht auch die legitimatorische Überzeugung einher, daß der Markt unmoralisch zu sein habe. Umgekehrt werden andere Verhältnisse aus demselben Grund mißtrauisch beäugt bzw. geleugnet, weil Markthandeln nur amoralisch sein könne. (Rott 1989)

Der Mythos von der Eigengesetzlichkeit des Marktes

Polanyi untersucht den Prozeß, wie sich die Annahme von der Zwangsläufigkeit der Gesetze der modernen Marktwirtschaft geistes- und wirtschaftsgeschichtlich durchgesetzt hat. Er will herausfinden, wie es zur Katastrophe des Zweiten Weltkrieges kommen konnte, und er sieht im Glauben an die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft einen entscheidenden Grund für den Krieg. Er beschreibt, wie sich diese Ideologie dadurch verfestigt, daß sich im 19. Jahrhundert die Ökonomie gegenüber der Gesellschaft verselbständigt.[1] Polanyi nennt diesen Prozeß „Great Transformation", die große weltgeschichtliche Umwälzung des ökonomischen Denkens und Handelns. Denn was sich nun herstelle, habe es bislang nie gegeben: Die Ökonomie bestimme nun die Gesellschaft und nicht mehr umgekehrt. (Polanyi 1978)

Obwohl Kritiker dieses dominanten westlichen Denkens, geht er dennoch davon aus, daß die Trennung von Ökonomie und Gesellschaft, oder Ökonomie und Kultur und das Primat der Ökonomie tatsächlich die moderne Marktgesellschaft angemessen charakterisieren würden. Demgegenüber vertreten wir eine andere, eine feministische Sicht. Den Gedanken Polanyis gleichsam folgend, sogar in seinem Geist weiterdenkend, halten wir es für aufschlußreicher, „embeddednes", das Eingebettetsein der Ökonomie in die Gesellschaft, nicht nur für vormoderne Verhältnisse anzunehmen, wie er es tut, sondern für die Moderne fortzuschreiben.[2] Auch in der Gegenwart, wie in früheren Gesellschaften, sind Kultur und Ökonomie nicht voneinander getrennt, denn auch die moderne Ökonomie hat die ihr entsprechende Kultur und umgekehrt. *Wobei die Ideologie von der Eigengesetzlichkeit des Marktes, einer ihrer prägenden kulturellen Glaubenssätze ist.* Polanyi liefert uns mit seiner kritischen Analyse des Phänomens zugleich aber auch die Stichworte für eine weiterreichende Erkenntnis. Die Natur sei ihrer Natürlichkeit beraubt und zum kalkulierten Produktionsfaktor geworden, wohingegen dem Markt Natürlichkeit zugesprochen werde, als seien seine Mechanismen dem menschlichen Einfluß entzogen, eben von Natur aus gegeben. (Polanyi 1978)

In dieser Analyse wird der eigentliche geistesgeschichtliche, wissenschaftliche wie populäre Motor hinter der angenommenen Eigengesetzlichkeit der Marktwirtschaft erkennbar: Die Konstituierung der modernen patriarchalen Herrschaft. In diesem Prozeß wälzt sich das Verständnis von Markt und Subsistenz grundsätzlich um: Nun sichert vorgeblich der Markt das Leben, *ist* sozusagen Subsistenz. Die Subsistenz verschwindet auf Nimmer-Wiedersehn aus der Wirtschaft, aus dem, was notwendig sei zum Leben. Es gibt nur noch eine Wirt-

schaft, die Marktwirtschaft. Und mit dem Primat der Marktwirtschaft werden auch zugleich das Primat des Mannes und die kriegerische Sicht von Ökonomie – daß sie unmoralisch sein müsse – festgeklopft.

Der Grund, warum Polanyi, bei aller Hellsichtigkeit, nicht in der Lage ist, zu einem Ökonomiebegriff zu kommen, der die Ganzheit von Ökonomie und Kultur unserer Gesellschaft umfassen würde, ist sein Glaube an die Notwendigkeit des Fortschritts und an die technologische Machbarkeit.[3] Er will den Fortschrittsprozeß nur sozial verträglicher gestalten. Dabei übersieht er die soziale Unverträglichkeit, daß diese technologisch fortschrittliche Marktwirtschaft die eigentliche, die lebensnotwendige Subsistenzseite der Ökonomie ruiniert.

Außerdem erhebt sich die Frage, wie weit moderne Technikentwicklung ohne soziale Ungerechtigkeit in den Industrieländern und zwischen diesen und den Kolonien überhaupt zu denken ist. Technikentwicklung ohne kapitalistische, imperialistische Ausbeutung und vor allem auch ohne deren Motor, die Kriegstechnologie, würde sicher keinen Fortschritt im herkömmlichen Sinn hervorbringen. Fortschritt, auch technologischer Fortschritt sähe dann ganz anders aus, nämlich auf das Bewahren und das Überleben gerichtet (vgl. Mies 1995, 53f).

Die Entökonomisierung der Subsistenz

Die vorgebliche Eigengesetzlichkeit des Marktes, die kriegerische Sicht von Ökonomie und das moderne Geschlechterverhältnis gehören zusammen. Die „Great Transformation", die Polanyi diagnostiziert, besteht in Wirklichkeit darin, daß dieser Zusammenhang in der Kultur wie in der Wirtschaftsstruktur festgeschrieben wird. Der Ökonomie wird ihre eigene, sachlich begründete Gesetzlichkeit zugeschrieben, die unumgänglich Härte und Rücksichtslosigkeit erfordere. Dieser Bereich soll dem Mann reserviert bleiben, weil er von seiner Biologie her besser für die aggressiven Auseinandersetzungen gewappnet sei. Auf diese Weise werden die Ausgrenzung der Frau und die wirtschaftliche Barbarei im selben Atemzug legitimiert. Diesen Prozeß, der sich vom 16. Jahrhundert an langsam von den oberen Schichten der aristokratisch-bürgerlichen Gesellschaften bis in die unteren Klassen verbreitet, nennen wir die „Entökonomisierung der Frauenarbeit".

Sie wird durch die moderne geschlechtliche Arbeitsteilung, d.h. die Hausfrauisierung, in der Wirtschaftsstruktur festgeschrieben. Die Entökonomisierung der Frauenarbeit ist sozialpsychisch gesehen aber ein notwendiger Bestandteil moderner Kultur. Das Gute, Schöne, Nährende und Sorgende der Ökonomie wird nicht ausradiert, sondern an die Frau delegiert, ist damit aber vorhanden. Die eigene Gesellschafts-

formation im ganzen als unmenschlich, kriegerisch zu erklären, scheint auch in der Moderne nicht möglich. Freilich auf Kosten eines äußerst eingeschränkten Begriffs von Ökonomie.

In Juchitán jedoch ist den Frauen das Ökonomische an ihren Tätigkeiten kulturell nicht weggenommen worden. Die Subsistenzproduktion bleibt gesellschaftlich notwendige Wirtschaft, die über den Markt abgewickelt wird.

Die Entökonomisierung der Frauenarbeit und die Entökonomisierung der Subsistenz sind ein und derselbe Prozeß. Die vormalige Gesamtheit der Ökonomie teilt sich nun in einen öffentlichen und einen privaten Teil. Dadurch entsteht überhaupt erst die vorgebliche Trennung von Subsistenz- und Waren/Marktproduktion. Die Subsistenzseite der Ökonomie, dort wo ohne Profit gewirtschaftet wird, wurde der Frau und dem Privaten zugeschlagen und entökonomisiert, oder im Fall der Bauern als ökonomisch irrelevant definiert, solange „nur" die Reproduktion des Hofes und nicht der Gewinnzuwachs Ziel des Wirtschaftens war/ist. Im Zuge dieses Prozesses verschwindet auch die Verbindung zwischen Subsistenz und Markt. Der Markt ist von nun an, per kapitalistischer, patriarchaler Definition nur noch dazu da, Profite zu realisieren. Wofern dies nicht Motiv des Tausches ist, handelt es sich nicht um einen marktwirtschaftlichen Vorgang. Wobei diese „Definition" sich nicht von allein herstellte, sondern durch Gewalt geschaffen wurde. Wie das Abdrängen der Frau ins Private durch die Gewalt in der Hexenverfolgung seinen Anfang nahm und sich in neuer Form bis heute fortsetzt, ist die Zerstörung der Subsistenzmärkte ein Prozeß, der sich mit immer wieder neuem Gesicht vollzieht. Die Zerstörung geht vom Zerschlagen der Bäuerinnenmärkte durch den Staat bis zur Schließung des Tante-Emma-Ladens, letztlich wiederum durch den Staat, dank seiner Wirtschaftspolitik.

Die Verbindung von Subsistenz und Markt wiedergewinnen

„Subsistenzmärkte" und „Subsistenzhandel" sind für uns Tauschvorgänge, in denen die Verbindung zwischen Subsistenz und Markt besteht, d.h. durch die nützliche, notwendige Lebensmittel, allen voran Nahrungsmittel, aber auch Kleidung, Gebrauchsutensilien, Baumaterial, Möbel usw. als Gebrauchswerte gehandelt werden.

Zur Verbindung anstelle der Trennung von Markt und Subsistenz gehört für uns auch, daß der Marktvorgang selbst nicht Objekt unternehmerischer, zumal monopolistischer Profitjagd ist, wie es im globalisierten Supermarkt der Fall ist. Der Subsistenzhandel selbst ist ein Handwerk, wie in Juchitán, wo das Handeln, der Umgang mit dem

sozialen Beziehungsgeflecht des Tausches, gelernt sein muß. Es ist eine Meisterschaft und schafft Verbindlichkeiten, deshalb kann es nicht durch abstrakte Lohnarbeit ersetzt werden. Die *Logik* des Subsistenzmarkt-Handelns ist eben *nicht* von der Gewinnmaximierung ohne Rücksicht auf langfristige *Beziehungen* zwischen ProduzentInnen/HändlerInnen/KundInnen geprägt. Die Subsistenzbeziehungen sind genauso wichtig für die Überlebenssicherung aller Beteiligten wie die Lebensmittel selbst, jedenfalls sind sie wichtiger als Geld.

Der Subsistenzhandel ist außerdem eng mit dem handwerklichen Können in der Herstellung der Verkaufsprodukte geknüpft. Entweder sind die HändlerInnen zugleich ProduzentInnen, oder die Verbindung von Produktion und Verkauf ist so nah, daß die *Verantwortung* für die Kunstfertigkeit und Nahrhaftigkeit der Ware nicht verloren geht. Den Verkaufenden ist der Gebrauchswert des Verkauften nicht gleichgültig und die Gegenstände/Lebensmittel behalten ihren Sinn.

Wie die Verbindung von Subsistenz und Markt aussieht, ist nach Regionen und historisch unterschiedlich. Unsere Absicht ist nicht, eine festumrissene Definition zu geben – was in dieser Allgemeinheit auch gar nicht möglich wäre -, sondern Klarheit über die Richtung zu verschaffen, in die subsistenzorientiertes Markthandeln geht, und das Bewußtsein zu fördern, daß es heute vor allem für Frauen notwendig ist, die Verbindung zwischen Subsistenz und Markt wiederzugewinnen.

Nicht die *Verselbständigung* der Ökonomie gegenüber der Gesellschaft der Moderne, wie Polanyi meint, ist in unseren Augen das Hindernis für ein friedvolleres Zusammenleben zwischen den Völkern, zwischen Mensch und Natur und, wie uns im Moment interessiert, für die (Wiederherstellung der) Verbindung von Subsistenz und Markt, sondern umgekehrt, gerade daß die Wachstumsökonomie in unsere Gesellschaft *eingebettet* ist und diese Gesellschaft bis in die letzten Fasern durchdringt, ist das Problem. Der konkurrenzbetonte, kriegerische, gewinnsüchtige, Härte und Unnachgiebigkeit fordernde Charakter unserer Ökonomie ist von der Mehrheit der Menschen verinnerlicht worden und findet im alltäglichen wirtschaftlichen Umgang miteinander ihre tätige Zustimmung, und zwar in den Gesellschaften des Nordens und den reichen Klassen des Südens. Die Behauptung von der Eigengesetzlichkeit der Ökonomie dient Politikern, Managern und Bankiers dazu, ihre Hände in Unschuld zu waschen – aber eben nicht nur ihnen. Durch die Anschauung, der Markt funktioniere entsprechend eigener, abstrakter Gesetze, wälzen die einzelnen die Verantwortung für die Weise ihres alltäglichen Wirtschaftens von sich ab. Man und frau erklären sich dem Markt

gegenüber ohnmächtig und legitimieren damit den eigenen Konsumismus, das eigene Umwelt- und Marktverhalten. Entsprechend wird die Anonymität des Kaufaktes aufrechterhalten, unseres Erachtens eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu neuen Subsistenzmärkten und ökologisch verantwortlichem Handeln.

Die Marktsphäre selbst wird nicht als Ort verantwortlichen Handelns wahrgenommen. Auf die Idee, daß HändlerInnen und KundInnen einander verpflichtet sein könnten, kommt bei uns niemand mehr. Subsistenzmärkte aber stellen sich nicht her, sie müssen hergestellt werden, so wie der globale Markt hergestellt worden ist. HändlerInnen und HandwerkerInnen/BäuerInnen in ihrer Funktion als HändlerIn spielen dabei eine wichtige Rolle, nicht zuletzt auch bei Erhalt oder Zerstörung ihres selbstbestimmten Arbeitsplatzes.

Daß der Markt als Handlungsort tabuisiert wurde, daß er als Vorgang, der von Menschen gestaltet wird, nicht thematisiert wird, ist in nicht unerheblichem Maß auf die marxistische Theorie zurückzuführen. Ihre evolutionäre Technikgläubigkeit, der damit verbundene Proletarismus, die Geringschätzung der BäuerInnen und insgesamt die Nichtanerkennung von Subsistenztätigkeiten als ökonomischen führen dazu, daß die Tauschverhältnisse als „Zirkulationssphäre" abgetan werden. Wir haben im Kapitel über bäuerliche Ökonomie anhand der lateinamerikanischen Diskussion gesehen, daß Ausbeutung in der modernen Marktwirtschaft für die marxistische Theorie nur im Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis stattfindet. Deshalb wurde in Mexiko, und nicht nur dort, ständig nach der Proletarisierung der Bauern gesucht und von ihrer Semiproletarisierung gesprochen. Wer auf die Verarmung der Bauern über den Markt hinwies, galt als „Zirkulationist". Auf dem Markt würde der Profit nur *realisiert*, den der Kapitalist von den Lohnarbeitern erpreßt. Ansonsten vollzieht sich der Markt auch für SozialistInnen angeblich von allein. Es gibt kein Markthandeln, keine Marktakteure – außer vorkapitalistische Wucherer –, die den Tauschvorgang bestimmen würden. Demgegenüber betonen wir, daß der Markt eine ökonomische Aktivität ist, die den gesamtwirtschaftlichen Ablauf genauso bestimmt, wie die Produktion und der Konsum.

Frauen, Markt und die Subsistenzsicherung

Weltweit scheint es einen engen Zusammenhang zwischen der Dominanz von Frauen im Markthandel und dem Handel mit Lebensmitteln zu geben. Ester Boserup meint in ihrem Kontinente umspannenden

Überblick über die Entwicklung der Frauenarbeit, daß dieser Zusammenhang dort besteht, wo Frauen wesentlich in der Landwirtschaft arbeiten oder gearbeitet haben. Sie würden damit sozusagen ihre Produkte – die eigenen und die ihrer Geschlechtsgenossinnen – vermarkten. (Boserup 1970, 84) So plausibel diese Erklärung klingt und für Afrika und selbst noch die jüngere Vergangenheit in Deutschland zutrifft – in Juchitán ist es nicht so. Landarbeit ist dort Männerarbeit und scheint es, soweit wir die Geschichte zurückverfolgen können, auch immer gewesen zu sein. Anhand von Juchitán wird deshalb sichtbar, daß das Tauschen für sich genommen ein wichtiger sozialer Akt ist und sich Handel und Subsistenzorientierung mitnichten widersprechen müssen. Die Subsistenzorientierung wird in diesem Fall nicht direkt von der landwirtschaftlichen Produktion getragen, sondern von der Art, wie die Frauen den Handel begreifen und gestalten.

. Auch die Küstenregionen Westafrikas sind berühmt für die hohe Zahl, Stärke und Unabhängigkeit ihrer Händlerinnen. Das Thema Frauen und Markt spielt in den Studien über die Region deshalb eine wichtige Rolle. Das Interesse der Forschung, vor allem von Frauenforscherinnen geht aber dennoch eher dahin, zu zeigen, wie Frauen auch hier verarmt und verdrängt werden. So wird geradezu bedauernd festgestellt, daß sie nur mit Grundnahrungsmitteln handeln würden. Sie hätten dabei nämlich kaum Möglichkeiten, Wohlstand zu erlangen und den Handel bedeutend auszudehnen. (Frey-Nakonz 1984; Cutrufelli 1983: 101; sie zitiert in diesem Sinne wieder andere: Ligan 1972, Meillassoux 1975, Bohannan und Curtin 1971)

In dieser Einschätzung schlägt sich die Sicht der patriarchalen Wachstumsökonomie nieder. Der Handel mit Nahrungsmitteln gilt als uneigentliche, niedrigere, kleinere Form. Das macht es schwer, angesichts dieses erneuten Negativkatalogs positive Erklärungen zu finden, die die erstaunliche Tatsache würdigen, daß frau hier mehrheitlich, in Ghana zu 80%, den Handel betreibt. (Boserup 1970, 82) Dabei wäre es durchaus interessant, zu fragen, wie die Frauen es unter den genannten widrigen Bedingungen schaffen, die Dominanz im Handel mit Nahrungsmitteln zu behalten. Nicht zuletzt wäre, angesichts der Ernährungsprobleme in Afrika, eine positive, hohe Bewertung von Nahrungsmitteln angemessener. So ist, wie in Juchitán auch, in Westafrika die Kindersterblichkeitsrate deutlich niedriger als in anderen Regionen Afrikas. (Warre 1983: 10) Althage erkennt den Zusammenhang an. Er zeigt, daß die städtischen Massen trotz der Versorgungsprobleme ihre Ernährung dank der Händlerinnen sicherzustellen vermögen. Es gebe sehr viele Händlerinnen, sie würden z.T. mit nur geringen

Mengen handeln, die Preise seien hoch, dadurch aber wäre die städtische Ernährung garantiert und gleichzeitig ein Umverteilungseffekt erreicht. Aber: „Das ist eine Art und Weise, die Armut und deren Anwachsen zu teilen", schränkt er die positive Bewertung der subsistenzökonomischen Ebene gleich wieder ein. (Althage 1972)

Wenn wir uns aber auf die Suche nach einer Erklärung begeben, warum es frau in gewissen Regionen der Welt gelingt, die Dominanz im Handel zu bewahren, obwohl rundherum andere Verhältnisse herrschen, scheint, ähnlich wie in Juchitán, die Mutteridentifiziertheit der Grund zu sein. Bei den Javanern in Ost- und Zentraljava und bei den Minangkabau im Hochland von West-Sumatra, die in der Ethnologie geradezu als das Paradebeispiel für ein zeitgenössisches Matriarchat gelten, haben die Frauen in Verbindung mit ihrer starken sozialen Position auch eine starke Stellung im Handel. (Tanner 1974, 135f, 145)

Auch die Händlerinnen Westafrikas stammen aus mutterzentrierten Gesellschaften, seien sie nun matrilinear wie die Yoruba oder patrilinear wie die Igbo. (Amadiume 1987; Tanner 1974, 148f)

Auch in der Karibik, so in Jamaika und Trinidad-Tobago halten die Frauen den Kleinhandel mit Nahrungsmitteln in der Hand. Hier überwiegt die sog. „karibische Familie", d.h. die Familie ist mutterzentriert, insofern die Väter abwesend sind, bzw. eine Mutter häufig unterschiedliche Väter für ihre Kinder hat. Diese Tatsache ist sowohl als Verlassenwerden der Mütter interpretiert worden, als auch als Stärke der Frauen, die dank der Verfügung über ein Stück Gartenland „mother's plot" ihre unabhängige Subsistenzbasis sichern können. (González 1970; Smith 1987)

Wie dem auch sei, als Erklärung, warum Frauen die Kontrolle über den Markt behalten, bildet sich so etwas wie ein Syndrom heraus, in dem die starke soziale Stellung der Frau, die weibliche Kontrolle des Marktes und die Subsistenzorientierung einen Zusammenhang bilden.

Dies gilt auch für Deutschland. Als die bäuerliche Produktion noch subsistenzorientiert war, also nur Überschüsse vermarktet wurden, war die gesellschaftliche Stellung der Bäuerin entschieden besser als später. Wesentlichen Anteil an ihrer Hausfrauisierung hat ihre Verdrängung vom Markt, die gezielt und endgültig im Nationalsozialismus geschah. Anlaß war die vorbereitende Kriegswirtschaft. Während die Beschränkungen durch den Ersten Weltkrieg nach dessen Beendigung wieder aufgehoben worden waren, sind sie nach dem zweiten Weltkrieg bis heute in ähnlicher Weise bestehen geblieben. Ab 1933 wird die Weiterverarbeitung (eine Frauendomäne: z.B. Käse, Eingemachtes usw.) und Vermarktung von den kleineren und mittleren Betrieben

abgezogen, um sie zu effektivieren und die Kontrolle der Nahrungsmittelproduktion zu verschärfen. Man wußte, daß die Bäuerinnen dies nicht kampflos hinnehmen würden, deshalb wurden die Verbote hinter Hygienemaßnahmen versteckt. So wurden die VerbraucherInnen gegen die ErzeugerInnen aufgewiegelt. Auf diese Weise ist den Frauen der Markt, der ihnen ein selbständiges, unabhängiges Geldeinkommen ermöglichte, weggenommen worden. (Kolbeck 1986)

Gerade das letzte Beispiel legt nahe, daß Frauen auch im 20. Jahrhundert dann eine Chance der eigenständigen Kontrolle des Handels haben, wenn es dabei um Subsistenzmittel, um den Handel mit etwas unmittelbar für das Leben Notwendigem und Nützlichem geht. Wir interpretieren diesen Zusammenhang als Verbindung von konkret materieller Ebene und symbolischer Ordnung, die hier gleichsam an einem neuralgischen Punkt zusammenfließen. Der öffentliche Ort ist dominant weiblich besetzt, was in patriarchalen Gesellschaften verboten ist, da Weiblichkeit und natürliche Fruchtbarkeit ins Unsichtbare abgedrängt werden müssen. Nur männliche, künstliche Produktion soll fruchtbar sein, d.h. die Ökonomie darstellen. Wenn die Frau aber den öffentlichen Marktort, noch dazu mit Lebensmitteln, besetzt, wird ihre Position als Nährerin emphatisch hervorgehoben.

In Juchitán ist der Markt sogar so „weiblich", daß jeder Handel treibende Mann als Mann-Frau, als Homosexueller betrachtet wird. Männliche Männer meiden den Markt. Selbst fremde Männer, die diese Regeln nicht kennen, etwa europäische Besucher, haben immer wieder Scheu, sich in dieses „weibliche Kraftfeld" zu begeben.

Aufgrund ihrer öffentlichen Versorgerinnen-Position „kann" sich die Geringschätzung des weiblichen Geschlechts in Juchitán nicht einstellen, oder sie trifft weniger, wie im Fall der Marktfrauen in der bürgerlichen Gesellschaft. Dann vermögen Frauen selbst unter patriarchalen Bedingungen ein Stück weit der symbolischen Ordnung des Patriarchats zu trotzen. M.a.W., die Subsistenzorientierung gibt der Frau auch in der Moderne Stärke. Es schwächt sie, wenn sie selbst zu deren Unsichtbarkeit beiträgt, sich als der Subsistenz mächtige Frau, als Mutter „klein macht", ihre Eigen-Macht (v. Werlhof) leugnet.

Widerständige Marktfrauen

Erinnern wir uns: Es waren die Marktfrauen, die die Bastille gestürmt haben und die Brotaufstände der französischen Revolution anführten. Nicht nur in Frankreich, in ganz Europa und überall in der Welt gelten

Marktfrauen als besonders selbständig. Ihr loses Maul und ihre Unerschrockenheit gegenüber herrschaftlicher Autorität sind berühmt.

In Nigeria benutzten Marktfrauen bewußt ihre traditionelle weiblich-mütterliche Stärke, um sich gegen die Erdölmultis zur Wehr zu setzen. Terisa Turner und M.O. Oshare berichten von zwei erfolgreichen Protestbewegungen gegen die ökonomische und ökologische Zerstörung infolge der Erdölförderung durch Shell, Gulf, Elf und Pan Ocean und gegen die einheimischen Profiteure und Unterstützer der Globalisierungspolitik. Im Zuge eines Strukturanpassungsprogramms, das, wie üblich, die Aufnahme eines IWF-Kredits begleitete, sollten die Einkommenssteuern erhöht werden, vor allem Frauen sollten zahlen. Damit wurde ein kritischer Punkt der herkömmlichen Selbständigkeit der Frauen berührt. Gegen ihre Besteuerung nämlich hatten sich Frauen wiederholt und erfolgreich bereits in der Kolonialzeit gewehrt, als das koloniale Ausplünderungssystem in Afrika mit Kopfsteuern etabliert wurde. (Van Allen 1972) 1986 nun belagerten Frauen im Bundesstaat Bendel den Palast eines lokalen Machtinhabers, der nach Benin-City unter den Schutz des Militärgouverneurs floh. Dort drohten die Marktfrauen, ihre Stände zu schließen und der Hauptstadt die Nahrungsmittel vorzuenthalten. Die Provinzregierung sah sich gezwungen, die Besteuerung von Frauen zurückzunehmen. (Turner/Oshare 1993)
Die „Belagerung" ist eine alte Protestform, über die Judith Van Allen in „Sitting on a Man" (1972) berichtet hat. Auch 1984 umringten mehrere Tausende Frauen eine Erdölförderstation, um Entschädigungen für die Verseuchung des Landes, sauberes Wasser und elektrisches Licht für die Dörfer und Siedlungen durchzusetzen. Über Stunden konnte keine Schicht Arbeiter hinein oder heraus. Die Frauen sangen Spottgesänge und drohten, was ein Gipfel des Frauenprotests ist, sich nackt auszuziehen. Durch diese Beleidigung werden in Nigeria, in Kenia, Trinidad und Südafrika Männer für ihr ganzes Leben beschämt. Öffentlich nackte Frauen nutzen so „die Symbolkraft von Mutterschaft, landwirtschaftlicher Fruchtbarkeit und Fruchtbarkeit schlechthin", um Männer zu verfluchen. Als die Polizei kam, machten die Frauen ihre Drohung wahr, schlugen damit alle Männer in die Flucht und erhielten schließlich die Zusicherung, daß ihre Forderungen erfüllt würden. Dem US-amerikanischen Erdölunternehmen ging es darum, jegliche Notiz von Unruhen in der Presse und vor allem an der Börse zu vermeiden. Ansonsten hätte es Billionenverluste gewärtigen müssen. Den

Frauen ging es um „den Boden, Fischgründe, Märkte, religöse Stätten und ihre Wohnplätze, insgesamt den Untergrund einer durch und durch bäuerlichen Existenz“. (Turner/Oshare 1993, 15)

Die nigerianischen Marktfrauen haben sich durch ihre konkrete, der eigenen weiblichen Machtmittel bewußte Aktion gegen die Globalisierungspolitik zur Wehr gesetzt. Sie haben sich nicht, wie bei uns so geläufig, gegenüber der globalen Ökonomie und deren Marktmechanismen ohnmächtig gefühlt. Diese Frauen wissen, fühlen, daß es keinen globalen Markt, erst recht keinen Markt, der global für die Subsistenz sorgen würde, geben kann, sondern immer nur einen lokalen Marktplatz und lokales Markthandeln. So wie es keine globale Allmende geben kann, sondern immer nur lokales Land, zu dem es eine echte Gemeinschaft gibt, die das Land zur Allmende macht. Die nigerianischen Frauen hatten gegenüber dem US-amerikanischen Erdölkonzern gerade auch deshalb Erfolg, so analysieren die Autorinnen, weil sie sich weigerten, Vertreterinnen zu schicken, die wiederum mit Vertretern der Regierung verhandeln sollten. Nein, sie blieben zu Tausenden zusammen, zogen sich nackt aus und beschämten die Erdölingenieure und die Polizei direkt. Zu Recht nennen Turner und Oshara sie „indigene Feministinnen“.

Nicht zuletzt weil der Markt als Handlungsort bei uns durch das Bild der abstrakten Marktmechanismen der „invisible hand“ tatsächlich unsichtbar geworden ist, ist bislang viel zuwenig beachtet worden, daß die Globalisierung der Märkte konkrete Märkte zerstört und daß es sich dabei vor allem um Frauenmärkte gehandelt hat und handelt. So hat die Zerstörung des Einzelhandels, die mit der Supermarktglobalisierung vor allem im Nahrungsbereich betrieben wird, ganz konkret besonders Einzelhändlerinnen ihres Arbeitsplatzes beraubt. Nicht umsonst sprach man bei uns vom „Tante-Emma-Laden“, denn die Händlerin war im Viertel so bekannt, daß sie „Tante“ genannt wurde. Die Kinder konnten auch mit einem Groschen zu ihr kommen und ein Bonbon kaufen. Sie wußte über alle und alles Bescheid und war Zeitung und Kummerkasten in einem. Sie brachte in ihren Handel die typisch weiblich-mütterliche soziale Kompetenz mit ein.

Wenn wir Markt und Handel unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß es sich dabei um Wege und Weisen der menschlichen Begegnung handelt: Wer anders als die Frauen sind in einer sinnvollen geschlechtlichen Arbeitsteilung dafür zuständig?!

Die Tatsache, daß in Juchitán die Frauen und nicht die Männer den Markt in Händen halten, der für die Verselbständigung des Geld-

zweckes gegenüber dem Subsistenzzweck besonders anfällig ist, führt dazu, daß diese Verselbständigung eben nicht stattfindet. Deshalb: Subsistenzmärkte in Frauenhand!

Ein Fazit: Kaufen ist Politik

Tausch- und Marktverhältnisse, die eng an Subsistenzbedürfnisse geknüpft sind, vermögen auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen sich den maximierungswirtschaftlichen Mechanismen zu entziehen. Sie sind nicht nur möglich, es gibt sie auch, auch in den Ländern des Nordens. Eng an die Subsistenzbedürfnisse geknüpft, heißt für uns, daß es sich um nützliche, alltäglich notwendige Lebensmittel, allen voran Nahrungsmittel handelt. Eng heißt für uns ferner, daß die Menschen, die in dieses Marktgeschehen einbezogen sind, in einem sozialen Netz verbunden sind, so daß Gegenseitigkeit für sie nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist.

Solche Bedingungen sind in Deutschland/Europa in verbindlichen Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften gegeben. Sie sind auf der Basis sozialer Bewegungen, die ihre ökologische Gesellschaftskritik in die Praxis umsetzen wollten und eine neue Stadt-Land-Solidarität schufen, entstanden – so faßt Tanja Loziczky ihre Recherche in Deutschland und Österreich zusammen. Die ErzeugerInnen sind in der Regel BäuerInnen, die in der industrialisierten kapitalistischen Maximierungslandwirtschaft nicht mithalten können oder wollen und die den direkten Kontakt mit VerbraucherInnen suchen, die ähnliche Prinzipien verfolgen. „Im Handel steht nicht der Umsatz im Vordergrund, sondern die Beispielwirkung eines solidarischen Handelns zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen, das einen Wandel vom Eigennutzmenschen („Homo oeconomicus") zum solidarischen Gruppenmenschen („Homo cooperativus") nach sich ziehen soll. (Baumhöfer 1983, zitiert bei Loziczky 1997, 12)

Mit anderen Worten, „wir brauchen eine neue Moral Economy" (Maria Mies 1994), die jede und jeder Einzelne herstellt, indem sie Verantwortung übernehmen. Zum Prozeß der Moral Economy am Ende des 20. Jahrhunderts gehört die Bewußtheit darüber, daß nicht nur Konsumieren, sondern auch *Kaufen Politik ist.* Durch den Einkauf im Rahmen einer EVG, einer Food-Koop, am Stand auf dem Wochenmarkt oder Bauernmarkt, der oft genug von den Beteiligten schwer erkämpft worden ist, auf dem Land bei der Bäuerin nebenan, statt mit dem Auto zum Supermarkt zu fahren, trage ich zur Tragfähigkeit der

bäuerlichen Ökonomie genauso bei wie zur Regionalisierung und damit zur Subsistenzorientierung.

Nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Kleidung, Möbel oder Baumaterialien können wir ab sofort unter einem Subsistenzgesichtspunkt besorgen. SchneiderInnen und TischlerInnen können auch in der Gegenwart ihr unabhängiges Einkommen finden, wenn ihr Können wieder direkt nachgefragt wird, was im Zuge der Informalisierung der Ökonomie auch zunehmend passiert. Noch aber hat sich bei uns in bezug auf Kleidung und Wohnung kaum ein Bewußtsein hergestellt, daß und wie wir den Weltmarkt-monopolistischen Machenschaften entkommen und einen regionalen Markt wiederauferstehen lassen können.

So debattierbar die Aktion gegen das Versenken der Ölförderplattform „Brent Spar" von Shell ins Meer auch gewesen sein mag, so hat der Erfolg des Kaufboykotts doch gezeigt, welche Macht KonsumentInnen mit ihren Kaufentscheidungen in der Hand haben. Der erste Schritt gegen den, bei uns trotz alledem weiterhin bestehenden Glauben an die Eigengesetzlichkeit des Marktes und die Ohnmacht der einzelnen besteht darin, daß jedeR die Verantwortung für das eigene Markthandeln übernimmt.

Anmerkungen

1 Die Politik verfolge die Strategie, daß die Wirtschaft sich durch möglichst geringe Eingriffe entfalten solle. Er kritisiert diese Politik unter einem sozialen Aspekt, wobei er meint, daß der Mangel an sozialer Regulierung letztlich auch der wirtschaftlichen Konsolidierung schade. (Von heute aus betrachtet, wieder eine höchst aktuelle Diskussion).

2 Immer wieder erweist es sich für die feministische Theorie als aufschlußreicher, statt der Diskontinuität zwischen vormoderner und moderner Gesellschaft, die Kontinuität zu untersuchen.

3 Links-alternative Zeitgenossen sprechen in demselben Sinn von der Produktivkraftentwicklung. Wir haben diese Position in den Kapiteln II und III ausführlicher kritisiert.

KAPITEL V

Subsistenz in der Stadt

Gärten statt Industrie

Rachel L. Bagby berichtet über ihre Mutter, Rachel Edna Daniella Rebecca Jones Bagby, die Mitte der achtziger Jahre in Philadelphia mitten in einem verwahrlosten Industriegebiet Gärten anlegte und im Zuge dieser Aktivität nicht nur die Erde heilte und Nahrung produzierte, sondern eine urbane Dorfgemeinschaft aufbaute, die 5.000 Menschen umfaßt. Die Autorin schreibt:

> *Obwohl diese Siedlung mitten in der Stadt Philadelphia liegt, paßt der Begriff „Dorfgemeinschaft" auf sie, denn sie umfaßt eine Gruppe von Häusern, ist größer als ein Weiler, funktioniert als sich selbstregierende politische Einheit und besitzt mehrere Grundstücke, die von der Gemeinschaft bebaut werden.* (S. 231)

Rachel Edna Bagby sah überall die leeren, verwilderten Flächen, voll von Unkräutern, und sie, die früher im Süden auf dem Land gearbeitet hatte, sagte sich, wo Unkraut wächst, kann doch auch noch was Nützlicheres wachsen. Sie bat die Stadtverwaltung um diese Flächen – und bekam sie, etwa 5 acres. Und dann bat sie drei bis vier der herumlungernden Boys, die Erde aufzugraben. 3 Dollar pro Stunde bekamen sie. Sie besorgten Pferdemist aus dem Woodside Park, wo er kostenlos zu haben war und nur aufgesammelt werden mußte, als Dünger.

Und dann pflanzte sie, wie sie es gelernt hatte, nach dem Mondkalender alle möglichen Pflanzen an: Karotten, Rotkohl, Kräuter, Tomaten. Sie kaufte den Samen und zeigte den Jungs, wie und wann die verschiedenen Pflanzen gesät und ausgesetzt werden. Und die Jungen lernten von ihr. Aber auch die anderen Leute in der Gemeinde.

Doch Rachel Edna ging es nicht nur darum, den armen Familien des Viertels zu helfen, Lebenshaltungskosten zu senken. Sie wollte, daß die Leute selbst anfingen, die verwahrlosten Flächen in der Stadt mit Gemüse zu bepflanzen. Sie wollte ihnen vor allem zeigen, *daß das geht*, wenn sie nur wollten. Sie organisierte Treffen für die

Leute der Nachbarschaft, es kamen immer mehr. Und Rachel Edna zeigte ihnen, wie man Gemüse und Früchte konserviert, so daß man auch im Winter was vom Garten hat.
Es ging ihr auch darum, den Leuten die Freude und das Gefühl zu vermitteln, das sie noch von ihrer Kindheit auf dem Lande kannte: Samen in die Erde zu stecken und zu sehen, daß daraus etwas wächst.
Ich weiß, wie man das macht. Ich liebe das, es steckt in mir. Ich liebe es, Dinge wachsen zu sehen, anstatt daß sie verwahrlosen. Alle diese leeren Flächen! Du hast nicht das Geld, darauf Häuser zu bauen, aber du kannst Samen für ein paar Dollar kaufen und ihn in die Erde stecken, und du kannst essen, was daraus emporwächst. Und dann schau dir die hübschen Blumen an! Diese Dinge alle! So fing es an, und jetzt sind alle daran interessiert. Es ist eine Freude. Natürlich ist es Arbeit, aber es ist eine Freude, und wir machen einen richtigen Park.
Sie fand auch Widerstand. Vor allem die jüngeren Mütter, die vor dem TV saßen und Soap Operas ansahen, hatten keine Lust mitzumachen:
Die Leute wollen nicht arbeiten. Sie wollen sich die Hände nicht dreckig machen. Was ich meine – schau dir viele Mütter an, sie wollen das grüne Gemüse nicht waschen, sie wollen die Karotten nicht selbst aus dem Boden graben – oder die Rettiche. Das ist für sie Dreck. Sie kaufen es lieber im Supermarkt, wo es angeblich so sauber ist. Und wenn ich dann sage: Aber wie lange liegt es denn schon da herum? Hier kannst du es frisch aus der Erde bekommen, sauber machen und gleich in deinen Topf stecken oder sofort essen. Du machst daraus Salat und hast dann all die Vitamine, die wirkliche Nahrung. Aber die Leute wollen nicht. Sie sagen, ich kann mich nicht bücken, oder: meine Fingernägel sind zu lang – das sagen sie zwar nicht, aber das siehst du, daß sie mit solchen Fingernägeln keine Arbeit tun können. Ich habe den Eindruck, daß die Kinder ein besseres Gefühl für die Dinge um sie herum haben. Dieses Gefühl fängt an, wenn du klein bist. (241)
Und darum arbeitete Rachel Edna mit Kindern und erklärte ihnen, was Unkraut ist, was Gemüse ist, daß auch die Unkräuter nützlich sind, weil man daraus Kompost machen kann, und daß alles Lebendige sich in Zyklen bewegt.

Die moderne Stadt kann aus sich selbst nicht existieren und sich nicht aus eigener Kraft regenerieren. Sie braucht ein Hinterland, aus dem sie die Lebensmittel für ihre Bewohner, die Energie für ihre Heizungen, Fabriken, Leuchtreklamen, die Rohstoffe für ihre Gebäude, ihre Kleidung, ihre gesamte Produktion von Waren importiert. Und außerdem braucht sie ein Hinterland für die „Entsorgung" ihrer Abfälle. Dieses Hinterland ist inzwischen die ganze Welt bzw. die Natur der ganzen Welt. Sie exportiert Maschinen in dieses Hinterland, die der weiteren Ausbeutung dieser Natur zum Zwecke der Erhaltung der Stadt dienen.

Das Verhältnis zwischen der modernen Stadt und dem Land ist strukturell ein nicht-reziprokes, einseitig koloniales Herr-Knecht-Verhältnis à la Hegel, so wie das Verhältnis zwischen Erster und Dritter Welt oder das zwischen Mann und Frau in unserer Gesellschaft. Wie bei diesen Verhältnissen wird der Teil, von dem der herrschende Teil tatsächlich und materiell für sein Leben und Überleben abhängt, ausgebeutet und darum entwertet, herabgewürdigt, ausgegrenzt aus der Kultur- oder Zivilgesellschaft und in die Natur hineindefiniert. Kein Wunder also, daß den StadtbewohnerInnen und KonsumentInnen in diesem Herr-Knecht-Verhältnis die Verachtung der Subsistenzproduktion in Fleisch und Blut übergegangen ist. Und wie in diesen Verhältnissen gilt der Ausbeuter für die Ausgebeuteten als Bild der Zukunft.

Kein Wunder auch, daß in den Utopien des realen Sozialismus die Kolonisierung des Landes zugunsten der Stadt und ihrer Bewohner nicht aufgehoben, sondern eher noch verschärft wurde. Die Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft in der ehemaligen UdSSR und die Einrichtung riesiger Agrarfabriken für die Ernährung städtischer Arbeiter ist ein Beispiel der Realisierung dieser Utopie.

Dieses parasitäre Verhältnis wird durch die neoliberale Wirtschaftspolitik noch weiter verschärft und globalisiert. Vor allem die rasant zunehmende Urbanisierung weltweit wird nicht als Folge der Ausbeutung und Ausblutung des Landes, der Menschen dort und ihrer natürlichen Lebensgrundlagen dargestellt, sondern als ein quasi naturwüchsiger Prozeß, bedingt durch die Anziehungskräfte der urbanen Kultur, denen vor allem junge Menschen nicht widerstehen könnten. Vor allem wird die „explosionsartige" Bevölkerungsvermehrung als Ursache für diese rapide Urbanisierung genannt.

Wenn wir hier von Subsistenz in der Stadt sprechen, geht es vor allem darum, dieses parasitäre Verhältnis bewußt zu machen und Wege zu seiner Aufhebung zu suchen. Denn es ergibt sich aus unse-

rer bisherigen Analyse, daß weder Frauenbefreiung noch Entkolonialisierung der Dritten Welt noch Rettung der Natur realisiert werden können, wenn dieses Verhältnis nicht grundsätzlich verändert wird.

Es entspricht aber der „kulturellen Ahnungslosigkeit" derjenigen in diesen Verhältnissen, die von der Ausbeutung der anderen profitieren, daß hier eine besonders arrogante Ignoranz gegenüber dem besteht, was bereits geschieht, was Realität ist. Die eigenen Privilegien werden nicht mehr als Resultat historischer Kolonisierungen gesehen, sondern werden essentialisiert und universalisiert. (Hier sind diese postmodernen Begriffe angebracht.) Darum werden wir nicht damit beginnen nachzuweisen, *warum* eine Subsistenzorientierung auch in der Stadt notwendig ist, sondern werden zunächst empirische Befunde vorlegen, *daß* sie bereits dort vorhanden ist. Erst danach werden wir uns mit dem Konzept einer anderen Stadt, eines anderen Landes und einer anderen Stadt-Land-Beziehung auseinandersetzen.

Sie hat schon angefangen. Empirische Befunde.

Subsistenz in den Städten der dritten Welt.

Wenn wir fragen, wo denn so etwas wie Subsistenzwirtschaft oder Subsistenzarbeit noch oder wieder in urbanen Zentren stattfindet, werden wir sofort auf die Dritte Welt verwiesen, auf das, was die Menschen dort in den Slums der Riesenstädte tun, um ihr Überleben zu sichern: Abfallsammeln, Gelegenheitsarbeit von Männern und Frauen, alle möglichen Reparaturarbeiten, Prostitution, Heimarbeit, Dienstmädchenarbeit, aber auch, daß die Leute neben und auf ihren Hütten ein bißchen Gemüse pflanzen, ihre Hütten selbst bauen, Hühner, Schweine und Ziegen halten, so daß sie nicht ganz vom Geldeinkommen abhängig sind. Wer je einen der großen Slums in Bombay oder Kalkutta besucht hat, ist erstaunt über die Vielfalt der Tätigkeiten und die Kreativität, mit der die Menschen ihre Subsistenz sichern.

Zu dieser Subsistenzorientierung gehört nicht nur die Produktion des materiellen Lebensbedarfs, sondern oft auch ein bestimmter gemeinschaftlicher Zusammenhang, das Prinzip gegenseitiger Hilfe, eine Slum-Kultur, wie sie z.B. durch die Samba-Schulen in den *Favelas* in Rio de Janeiro geschaffen wurde, und meist eine gewisse Gemeinschaftlichkeit und Organisation. Die Slums sind in der Regel die erste Anlaufstelle in der Stadt für verarmte Bauern, die vom Land vertrieben wurden und oft noch eine Menge ländlicher Subsistenzfähigkeiten und eine Orientierung zur Selbstversorgung mitbringen.

Das gilt insbesondere für die Frauen, die durch alle möglichen Arbeitsverhältnisse versuchen, den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder zu sichern. Denn häufig bricht unter diesen Umständen das Modell der Kleinfamilie, mit dem Mann als Ernährer zusammen.

Die Subsistenzorientierung in den immer noch wachsenden Slums der Megastädte im Süden ist natürlich keine Sache der freien Wahl. Da Geldeinkommen knapp ist und der Staat oder die Stadt diese Ärmsten in keiner Weise versorgt, ist Subsistenzproduktion die notwendige Form der Überlebenssicherung. Seit einigen Jahren betrachten Entwicklungsexperten und Ökonomen die urbane Subsistenzwirtschaft keineswegs nur als Ausdruck von Armut, sondern entdecken in der Fülle der Aktivitäten und Produktionsformen eine Kreativität, die den sozial abgesicherten Menschen in den Industrieländern längst abhanden gekommen ist. Außerdem ist inzwischen klar geworden, daß die Übertragung des westlichen Sozialstaates auf diese Länder ökonomisch unmöglich ist. Die Überlebenssicherung der Armen durch Subsistenzproduktion in diesem sogenannten informellen Sektor[1] ist darum fürs Kapital, den Staat und die herrschenden Klassen die billigste und bequemste Form, die Armen ruhig zu halten. Außerdem stellt dieser informelle Sektor einen unerschöpflichen Pool billigster Arbeitskraft dar, der nach Bedarf angezapft werden kann (vgl. Kap. II).

All das ist bekannt. Was uns hier jedoch interessiert, ist im Augenblick weniger die Ausbeutung von Menschen, vor allem von Frauen, in diesem informellen Sektor, sondern die Frage, ob diese Subsistenzorientierung der Armen in diesen Megastädten des Südens nicht auch strukturelle Elemente einer besseren Wirtschaft enthält, die dann zum Tragen kommen könnten, wenn der informelle Sektor nicht mehr parasitär vom formellen Sektor ausgebeutet und kolonisiert würde.

Im Zusammenhang der UN-Habitat-Konferenz (1996) wurde festgestellt, daß manche Städte der Dritten Welt bis zu 15% ihres Nahrungsbedarfs auf dem eigenen Territorium erzeugen. (Hoering, FR 10.6.1996) Da diese städtische Nahrungserzeugung fast ausschließlich von Frauen verrichtet wird, ist sie statistisch kaum erfaßt, ist Schattenarbeit, wie die Hausarbeit. Wenn man zur direkten Nahrungsproduktion noch die vielfältigen Formen anderer Subsistenzarbeit zählt, wie Nahrungsverarbeitung, Kleinhandel mit Nahrung, alle Arten von Dienstleistungen, Hilfsarbeiten, Transportdienste, dann wird deutlich, daß das Überleben der Mehrheit der Menschen in diesen Städten von dieser Subsistenzarbeit abhängt. Daß diese Subsistenzorientierung in den Großstädten der Dritten Welt zwar Folge von Ausbeutung ist, aber auch Grundlage für ökologische und ökonomische Innovation sein

kann, wurde am „Women's Day on Food" während des NRO-Forums des Welternährungsgipfels der FAO am 15. Nov. 1996 in Rom deutlich. Monica Opole hat in Nairobi ein Centre for Indigenous Knowledge Systems and By-Products (CIKSAP) aufgebaut, in dem alte Nährpflanzen gesammelt werden, die inzwischen als Unkräuter gelten. Gerichte werden hergestellt, Rezepte wieder bekannt gemacht und verbreitet. Ziel des Zentrums ist nicht nur die Bewahrung traditionellen ökologischen Wissens, es will den Armen wieder Zugang zu diesen fast kostenlosen Nahrungsquellen, auch in der Stadt, verschaffen.

Auf dem Hintergrund der Tatsache, daß infolge der Strukturanpassungsprogramme des IWF fast überall in der Dritten Welt die staatlichen Gelder für Gesundheitsversorgung und subventionierte Lebensmittel für die Armen gekürzt oder ganz gestrichen wurden, sind diese quasi gezwungen, innovativ und kreativ zu werden und altes Subsistenzwissen wieder neu zu entdecken und weiterzuentwicklen.[2]

Rückkehr zur Subsistenz
im ehemaligen real existierenden Sozialismus

In einer ähnlichen Situation befinden sich die großen Städte in mehreren ehemaligen Ostblockländern, denen ein rascher Übergang zur Marktwirtschaft nach dem westlichen Modell versprochen wurde. In Wirklichkeit wurden sie hinunterentwickelt zu Neo-Kolonien des westlichen Kapitalismus, der dort vor allem einen riesigen neuen Markt gefunden hat und, wie in der Dritten Welt, ein enormes Angebot von BilliglohnarbeiterInnen. Diese müssen, um zu überleben, ähnliche Arbeitsverhältnisse akzeptieren wie im informellen Sektor in der Dritten Welt. Da die staatlichen Versorgungssysteme fast zusammengebrochen sind, die Marktwirtschaft aber nur in ihrer Mafia-Form funktioniert, sind die Menschen in Städten wie Moskau oder Sofia durch Hunger und Erfrieren bedroht.

Als Ausweg haben nach Augenzeugenberichten viele in Moskau angefangen, am Wochenende vor der Stadt oder in der Stadt Gemüse anzupflanzen. (Meyer-Reuschhausen 1997) Universitätsprofessoren in Sofia waren im Herbst 1996 so weit, daß sie daran dachten, aufs Land zu ziehen, um wenigstens etwas Nahrung zu finden.[3] In Polen kehren Arbeitslose häufig aufs Land zurück, um dort zu „überwintern". (Kindl 1994) Aus Cuba wird berichtet, daß die Regierung, infolge der US-amerikanischen Blockadepolitik, die Menschen auffordert, jeden Balkon, jedes freie Stückchen Land, jeden Straßenrand mit Gemüse zu bepflanzen und alte Subsistenztechniken wiederzubeleben. (Rengam 1997)

Es gibt noch keine ausführlichen Studien über die Wiedereinführung der Subsistenzwirtschaft in den früheren sozialistischen Ländern und in Cuba. Es gibt vor allen Dingen keine Informationen darüber, wie die Menschen selbst diese notwendige Überlebenswirtschaft beurteilen. Sehen sie sie als vorübergehendes Übel an, also als Rückkehr zu vormodernen Zeiten? Oder sind sie in der Lage, die Subsistenzwirtschaft als neue Chance zu sehen? Gibt sie ihnen ein Gefühl von mehr Unabhängigkeit und Sicherheit, schafft sie neue, befriedigende nachbarliche Beziehungen? Können sie in dieser quasi erzwungenen Subsistenzproduktion gar keimhaft den Ansatz für eine bessere Wirtschaftsform sehen, besser als der alte Kommando-Staatssozialismus und besser als der neue Mafia-Kapitalismus? Offene Fragen. Wir vermuten, daß die Mehrzahl der Menschen in diesen Ländern die Rückkehr zur Subsistenz zwar als notwendig, aber doch als vorübergehend ansieht, eine Zwischenphase, die durch „richtige" kapitalistische Marktwirtschaft abgelöst werden wird.

In den Städten der Dritten Welt wie in den Städten des ehemaligen Ostblocks ist die Subsistenzwirtschaft für viele Menschen *notwendig* zur Überlebenssicherung. Sie erscheint damit noch nicht und in jedem Fall als Subsistenz*perspektive*. Die Wiederkehr der Subsistenz in den ehemaligen Ostblockländern zeigt jedoch, wie schnell die Grundlagen der Industriegesellschaften zusammenbrechen können.

Auch wenn wir die Auffassung von einem quasi historisch und automatisch notwendigen Zusammenbruch des Industriekapitalismus nicht teilen (Kurz 1991), sind wir doch der Meinung, daß die derzeitige Dauerkrise die Menschen in der Ersten Welt früher oder später in ähnlicher Weise vor die Frage der Subsistenzorientierung stellen wird. Immer mehr Menschen beginnen, über diese Perspektive nachzudenken. Ihr Nachdenken erwächst aus der Erkenntnis, daß die Industriegesellschaft die Probleme, die sie geschaffen hat, im Rahmen ihres eigenen Paradigmas und mit ihren Mitteln nicht lösen kann.

Subsistenz als konkrete Utopie

Die Alternativökonomie

Die Anfänge der neuen, städtischen Subsistenzorientierung liegen in der Studentenbewegung und in ihrer Kritik am profitorientierten kapitalistischen System wie an der staatlichen Kommandowirtschaft im Osten. Es waren vor allem ideologische Gründe, die die rebellierenden Studenten nach 1968 veranlaßten, Kommunen und Wohngemein-

schaften zu gründen, in denen einige Prinzipien ihrer neuen Utopie verwirklicht werden sollten: Abschaffung des Privateigentums, des Autoritarismus, Gleichheit, Selbstverwaltung, alle tun die gleiche Arbeit, leben aus einer Kasse, direkte Demokratie, Konsensprinzip, mehr Autonomie. Neben den Kommunen und Wohngemeinschaften entstanden Selbsthilfe-Projekte wie Kinderläden und Elterninitiativen, denn man stellte fest, daß der Sozialstaat für eine große Zahl von Bedürfnissen keine Einrichtungen geschaffen hatte. Je mehr die Frauenbewegung sich in den siebziger Jahren ausbreitete, um so mehr selbstverwaltete Frauenbetriebe entstanden, die ähnlichen Prinzipien folgten: Frauenbuchläden, Frauenverlage, Frauenzeitschriften, Frauencafés, Frauenferienhäuser, Frauenbildungszentren, Frauenkommunen und -wohngemeinschaften, Frauenhandwerksbetriebe. Soweit sie Wirtschaftsbetriebe waren, waren sie Teil des sich in den siebziger und achtziger Jahren rasch ausbreitenden alternativen Sektors, der sich bewußt als Alternative zum kapitalistischen Markt wie zum Staatssozialismus verstand. In der Bundesrepublik gab es 1989 etwa 10.000 Selbsthilfeprojekte mit 80.000 AktivistInnnen. Dazu kamen 4000 Projekte der Alternativen Ökonomie mit 24.000 AktivistInnen. (Grottian u. Kück, zit. bei Sarkar 1993, 256 ff) Die Mehrzahl waren im Medienbereich und in der Kultur angesiedelt (24,4%), gefolgt vom Handel (18,8%) und der Produktion (z.B. Schreinerei, Reparatur, Buchdruck, 16,3%). (Huber, zit. bei Sarkar, 260)

Diese Alternativbetriebe fingen zwar explizit mit nicht-kapitalistischen Grundsätzen an, wurden aber häufig vom kapitalistischen Markt wieder eingeholt, und viele sind heute kaum noch von anderen Betrieben zu unterscheiden. (Sarkar 1993, 261f) Allerdings geht aus einer neueren Studie hervor, daß etwa die Hälfte der selbstverwalteten Betriebe in Hessen nach zehn Jahren immer noch an der Selbstverwaltung festhalten. (Heider, Hock, Seitz 1997)

Projekte und Initiativen, die an ihren politischen Zielen und Prinzipien festgehalten haben, sind vor allem solche, die zum Prinzip der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung das der Selbst*versorgung* hinzugefügt haben. Exemplarisch für diese Kontinuität der politischen Zielsetzung ist die Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK), über die Maria Mies berichtet hat (Mies/Shiva 1995), und die von der SSK abgespaltene Sozialistische Selbsthilfe Mühlheim (SSM). Diese Gruppen haben nicht nur am Prinzip der Selbstverwaltung und Selbstversorgung festgehalten, sondern auch an sozialistischen und ökologischen Grundsätzen.

Zu den städtischen Selbsthilfe- und Selbstversorgungsprojekten,

die Anfang bis Mitte der siebziger Jahre entstanden und heute noch mit derselben politischen Zielorientierung existieren, gehören auch etliche Selbstversorgungs-Cooperativen oder Food-Coops. Während SSK und SSM ihre Ursprünge in der Studentenbewegung hatten, gingen die S.V.-Coops aus der Ökologie-, Anti-AKW- und Alternativbewegung der siebziger Jahre hervor. Den meisten AktivistInnen war in den Kämpfen gegen Atomkraftwerke und für eine ökologische Gesellschaft klargeworden, daß es nicht reicht, gegen den Staat und die Atomindustrie zu kämpfen, sondern daß wir eine grundsätzliche Änderung unserer Produktions- und Konsumverhältnisse brauchen, wenn wir die Erde für zukünftige Generationen erhalten wollen. Hinzu kam der Wunsch, gesunde Nahrung zu haben, die weder durch die Vergiftung der Natur noch durch Ausbeutung der Dritten Welt erzeugt worden war.

Als ein Beispiel für diese politische Subsistenzorientierung einer städtischen S.V.-Coop mag die Geschichte der „Selbstversorgungs-Cooperative Bremen" stehen. Sie entstand 1977 und zitierte bei ihrem zehnjährigen Bestehen 1987 aus dem Positionspapier von 1977:
Unsere Ziele:
- *Selbstorganisation der Verbraucher und Produzenten zur Abstimmung der Produktions- und Verarbeitungsmethoden von Nahrungsmitteln und Mithilfe und Förderung durch die Abnehmer bei den ökologischen Versorgungs- und Entsorgungstechniken. Entwicklung alternativer Techniken.*
- *Verhinderung der weiteren Entfremdung der Menschen in den Stadt-Landregionen. Aufhebung der Trennung des Arbeits- und Wohnbereichs.*
- *Durch Förderung von ökologischen Anbaumethoden Verbesserung der landwirtschaftlichen Produkte.*
- *Verhinderung von wachsenden Umweltproblemen in der Landwirtschaft durch Einsatz von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln und weiterer Monostruktur der Betriebe.*

Als Ziele von Erzeuger-Verbraucher-Cooperativen gibt die Gruppe an:
1. *„Abbau der Anonymität"* zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Gegenseitige Kenntnis der Lebensbedingungen und Bedürfnisse.
2. *„Qualitätskontrolle"* – Qualität vor allem verstanden als die Qualität menschlicher Beziehungen.
3. *„Gerechter Preis"* nicht ausgehandelt nach Kosten-Nutzen-Kalkulationen sondern nach den finanziellen Möglichkeiten von Erzeugern und Verbrauchern.
4. *„Gegenseitige Zuverlässigkeit"* – Beide, Erzeuger und Verbraucher

tragen das Risiko, statt Konkurrenz gegenseitige Fürsorge und intakte menschliche Beziehungen.

5. „*Gesunde Nahrungsmittel*" – Absage an Chemie in der Landwirtschaft usw. nicht nur aus Eigeninteresse, sondern aus Fürsorge für die Ökologie.
6. „*Regionale Versorgung*" – Die Nahrung soll aus der Region stammen. Kurze Transportwege. Kontakt zwischen Erzeugern und Verbrauchern schaffen.
7. „*Saisonale Versorgung*" – Absage an Nahrung aus Treibhäusern oder der Dritten Welt. Notwendig: Vorratswirtschaft für den Winter.
8. „*Fleisch nur aus artgerechter Tierhaltung.*"
9. „*Der Grundsatz,* nicht auf Kosten oder zum Schaden anderer zu leben und die Lebensgrundlagen im eigenen Lande zu suchen, schafft die Voraussetzung dafür, daß auch andere Völker aus ihrem Land leben können."

Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften können als eine Weiterentwicklung von Selbstversorgungs-Coops oder Food-Coops angesehen werden. Beim 1. Bundeskongreß der Lebensmittelkooperativen (Oktober 1986) wurde die Zahl der Food-Coops in der BRD auf 400 bis 500 geschätzt. 1990 war die Zahl auf 800 gestiegen. Auf dem Jahreskongreß der EVGs in Altenkirchen (1987) gab es 100 EVGs in der BRD. Genaue Zahlen über den heutigen Stand liegen uns nicht vor.[4]

Um diese Zeit verstanden sich Food-Coops und EVGs noch durchaus als subsistenzorientiert, selbstversorgend, selbstorganisiert, antikapitalistisch, basisdemokratisch, ökologisch, internationalistisch, als Lernfelder für eine Alternative Ökonomie. „Als gelebte Politik setzen sie politische Forderungen in die Praxis um und sind ‚Katalysator' der gesellschaftlichen Verbreitung alternativer Wert- und Handlungsmuster". (SV-Coop Bremen 1987, 71)

Die EVG „Wurzelwerk" aus Gütersloh, die erste Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft in der BRD, bestätigt 1989 noch einmal die Grundprinzipien der Altenkirchener Erklärung. Tilman Schröder schreibt in der Wurzelwerk-Zeitung:

> *Konzept Wurzelwerk bedeutet demnach zunächst ein (wirtschaftliches) Handlungskonzept, das sich an ethischen Kriterien orientiert. Dabei tun wir gut daran, wenn wir uns darüber im klaren sind, daß ein Wirtschaftssystem, das auf Ausbeutung von Natur und Menschen verzichtet, mit einem System, das auf Ausbeutung beruht, grundsätzlich nicht konkurrieren kann – ebensowenig wie ein Händler, der für seine Ware einen gerechten Preis gezahlt hat, mit einem Hehler konkurrieren kann.*

Unsere Hoffnung gründet sich also auf Menschen,

- *die aus der Kraft ihrer noch vorhandenen Liebe die übliche Gespaltenheit zwischen dem, was sie über die Hintergründe unserer neokolonialen Konsumgesellschaft bereits wissen und ihrem täglichen wirtschaftlichen Handeln zu überwinden bereit sind;*
- *die wach bleiben auf der Suche nach den Opfern – dort, wo Profit gemacht wird;*
- *die nicht einfach billigen, was billig angeboten wird.*

(Wurzelwerk-Zeitung, April 1989, 14)

Auch heute entstehen Food-Coops und EVGs in den Städten der reichen Industrienationen, wenn sie auch nicht mehr alle so subsistenzorientiert sind wie vor zehn Jahren. Auf dem Bundestreffen der EVGs 1997 mußten die Mitglieder feststellen, daß der „grüne Kommerz" die politischen Ziele an den Rand gedrängt hat. Wie Gila Zimmermann vom „Wurzelwerk" berichtete, ist aber inzwischen eine breitere internationale Vernetzung solcher EVGs erfolgt. Das „Wurzelwerk" kooperiert z. B. mit EVGs in Griechenland und in der Ukraine. Neue EVGs entstehen u.a. heute, weil die Menschen die Gen-Nahrung ablehnen.

Trotz der scheinbar unwiderstehlichen Macht des kapitalistischen Marktes findet eine weitere Internationalisierung des Ansatzes, Erzeuger und Verbraucher wieder in ein nicht-entfremdetes Verhältnis zu bringen, statt. Zum Beispiel sind in Belgien im September 1996 sogenannte „*Voedsel-Teams*" nach dem Modell des japanischen Seikatsu-Clubs gegründet worden. Jeanneke van de Ven, eine Aktivistin von „Aardewerk", hat in „Ökofeminismus" (Mies/Shiva 1995) über diesen Seikatsu-Club, eine japanische Verbraucher-Erzeuger-Gemeinschaft gelesen und die Anregung in Belgien sofort in die Tat umgesetzt. Von September 1996 bis April 1997 sind in Belgien 200 solcher Voedsel-Teams, Nahrungsteams, entstanden, die je 15 bis 20 Mitglieder haben und mit 20 Biobauern kooperieren. Wie Jeanneke van de Ven berichtete, ist dies in Belgien die erste Initiative zur Gründung einer Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft. Die Nachfrage ist groß. Und zwischen städtischen VerbraucherInnen und ländlichen ErzeugerInnen ist eine rege politische Diskussion entstanden, die auch andere Themen als die Frage der gesunden Nahrung berührt. Mehr und mehr Menschen begreifen, daß Nahrung eine hochpolitische Frage ist.[5]

Tauschringe, LETS, Lokale Ökonomie

Weitere urbane Versuche in Richtung Subsistenz sind heute vor allem die verschiedenen Formen von Tauschringen, Local Exchange (Employment) and Trading Systems (LETS) mit den verschiedenen Formen

lokaler Geldkreisläufe. Auch diese Projekte suchen eine Alternative zur kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, allerdings weniger durch die Veränderung von Produktions- als von Tauschverhältnissen.

Tauschringe sind zuerst in den USA entstanden, als Reaktion auf die Verarmung großer Teile der Bevölkerung unter den Reaganomics in den achtziger Jahren. Tauschringe funktionieren nach dem Prinzip, daß Arbeit gegen Arbeit bzw. Dienstleistung getauscht wird. Als Maß gilt die Zeit, die in einer Zeitbörse registriert wird. Wer zwei Stunden für ein Mitglied des Tauschrings den Rasen gemäht hat, hat Anspruch auf eine zweistündige Arbeitsleistung durch ein anderes Mitglied, gleichgültig, um welche Arbeit es sich handelt. In Deutschland gibt es inzwischen mehr als 200 solcher Tauschringe.

Während die Tauschringe lediglich *Zeit* als „Geld" oder Tauscheinheit benutzen, haben die „Local Exchange and Trading Systems", die ihren Ursprung 1989 in British Columbia (Kanada) hatten, eine Vielzahl lokaler Währungen erfunden, die aber auch jeweils für eine Zeiteinheit stehen.

Auf dem Kontinent entstanden solche Tauschringe zuerst in der Schweiz, wo als „Währung" „Talente" eingeführt wurden. Inzwischen gibt es diesen Talente-Tausch in vielen Städten Österreichs, der Schweiz und Deutschlands. Sie funktionieren alle nach dem gleichen Prinzip: Wenn A eine Arbeit für B erledigt, z.B. ein Regal baut, wird ihm/ihr ein Kredit von etwa 400 Talenten von der Zeitbörse gutgeschrieben (in Kassel beträgt ein Talent 3 Minuten). Für diese 400 Talente kann A dann eine andere Dienstleistung von B oder C oder D bekommen, z.B. das Ausfüllen einer Steuererklärung.

Bei den Tauschbörsen und ähnlichen Experimenten spielt die Qualifikation der Arbeit keine Rolle. Es können auch keine Zinsen auf den Zeitkonten angesammelt werden. Aber es können Dienstleistungen gegen Sachen getauscht werden. Die Währungen haben die unterschiedlichsten Bezeichnungen. In Köln existiert das Projekt „Herzgehirn", das auch „Talente" als Tauscheinheit benutzt. In Köln-Mühlheim entstand ein Tauschring, dessen Währung „Klüngel" heißt. In England existieren LETS-Tauschringe in 200 Städten. Dort werden nicht nur Dienstleistungen getauscht, sondern auch Nahrungsmittel und andere Produkte. In Totnes (Südengland) gibt es sogar einen Wochenmarkt für LETS-Produkte und Dienstleistungen.

Idealerweise sollen die Zeitkonten ausgeglichen sein, d.h. man soll soviel Zeit für andere verausgaben, wie man „eingenommen" hat. Doch manchmal müssen Menschen, z.B. alleinerziehende Mütter, ihr Konto überziehen. Dann fliegen sie jedoch nicht aus dem Tauschring

raus, sondern man überlegt, wie ihre Probleme besser zu lösen wären. In manchen Städten machen sogar Gaststätten und Supermärkte bei solchen LETS-Börsen mit. Sie liefern Waren/Essen/Getränke gegen Dienstleistungen und Arbeiten.

Genaugenommen sind Tauschbörsen nichts radikal Neues. Sie nehmen Elemente der vorindustriellen „Moral Economy" wieder auf, nämlich das Prinzip der Gegenseitigkeit, der Zuverläßlichkeit, der gegenseitigen Hilfe. Sie lehnen Wachstum, Zinsen und Profitmacherei ab und zielen auf eine lokale oder regionale Gebrauchswertökonomie. Neben dem Tausch von Dienstleistungen und nützlichen Produkten entstehen unentfremdete Beziehungen. Deshalb beschränkt ein Tauschring in München seine Mitgliederzahl auf dreitausend. Die Menschen sollen einander noch kennen.

Theoretisch greifen Tauschringe und Talentbörsen die Ideen von *Silvio Gsell* wieder auf, der 1916 seine Theorie einer „natürlichen Wirtschaftsordnung" formulierte, deren Kernstück zinsfreies Geld ist.

> *Statt denjenigen, die mehr Geld haben, als sie benötigen, für die Freigabe des Geldes eine Belohnung (sprich Zins) zu geben, sollen diese eine geringe Gebühr (sprich Nutzungsgebühr) zahlen, wenn sie ihr Geld vom Umlauf zurückhalten.* (Kennedy 1990, 40)

Gsell nannte dieses Geld „Freigeld", und seine Anhänger bauten darauf die Theorie der „Freiwirtschaft" auf. Sie führten Experimente mit zinsfreiem Geld in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich, Spanien und den USA durch, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. 1932 führte die Tiroler Gemeinde Wörgl das „Freigeld" ein, gab Geldscheine aus, die sie „Arbeitsbestätigungen" nannte, die einen Wert von damals 32.000 Schillingen hatten. Alle Arbeiten wurden mit diesem zinsfreien Geld bezahlt. Wer am Ende des Monats sein „Freigeld" nicht ausgegeben hatte, wurde durch die Nutzungsgebühr, einen negativen Zins, bestraft.

> *Innerhalb eines Jahres waren die 32.000 Arbeitsbestätigungen 463mal umgelaufen und hatten auf diese Weise Güter und Dienstleistungen im Wert von 14.816.000 Schilling ermöglicht. Die Arbeitslosigkeit sank während dieses Jahres um 25%. Als jedoch 170 österreichische Gemeinden das Experiment Wörgls wiederholen wollten, griff der Staat ein und verbot die Freiwirtschaft. Das Monopol der Österreichischen Nationalbank war gefährdet.* (Kennedy 1990, 43)

In Deutschland sind die Ideen Silvio Gsells 1990 von Margrit Kennedy und 1993 von Helmut Creutz popularisiert worden. Sie betrachten das Geldsystem als die Ursache der ökonomischen und ökologischen

Misere. Die Idee vom lokalen, zinsfreien Geld soll Geld wieder zu einem Tauschmittel machen, das nicht akkumuliert werden kann.

Vergleichen wir die Selbstversorgungs-Coops, die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften der siebziger und achtziger Jahre mit den heutigen Tauschringen, LETS und Talentbörsen, stellen wir fest, daß die früheren Bewegungen von einem umfassenderen politischen Konzept ausgingen, indem sie ihre Selbstbefreiung, mit der Befreiung der Natur, der Überwindung des Stadt-Land-Widerspruchs, der Aufhebung der Ausbeutung der Dritten Welt, der Herstellung nicht-entfremdeter Beziehungen unter Menschen und zur Natur verbanden.

Vor allem war ihr Blick nicht auf die Stadt allein beschränkt, wie es bei den Tauschringen weitgehend der Fall ist. Die frühen EVGs und Food-Coops legten das Hauptgewicht auf die Verbindung der Produktions- und Konsumsphäre. Sie befaßten sich mit dem WAS der Produktion genauso wie mit dem WIE und dem WIEVIEL. Die Tauschringe sind hauptsächlich an der Zirkulation von Dienstleistungen und Arbeit interessiert. Sie fragen nicht nach dem WAS, WIE oder WIEVIEL. Der Grund für diese reduzierte Perspektive ist, daß sie hauptsächlich aus der Motivation entstanden, etwas gegen Arbeitslosigkeit und Armut zu unternehmen. Die ökologische, sozialistische oder gar internationalistische Ausrichtung sind eher unterentwickelt. Weitgehend unberücksichtigt sind in beiden Ansätzen auch feministische Gedanken zu einer nicht-sexistischen Arbeitsteilung geblieben.

Urban Gardening

Was die Projekte in den Siebzigern und Achtzigern – zumindest in Deutschland – von denen in den Neunzigern unterscheidet, ist vor allem die veränderte ökonomische Situation und daraus folgend die allgemeine sozialpsychologische Stimmungslage. Der urbanen Alternativbewegung ging es vor allem um eine freiwillige Änderung des Lebensstils als Grundlage für eine ökologische Gesellschaft und Wirtschaft. Es gab zwar schon etwa 1 Million Arbeitslose in Deutschland, aber man konnte sich noch nicht vorstellen, daß das „Modell Deutschland“ einmal auslaufen würde. Wer nach Subsistenz in der Stadt oder auf dem Land suchte, stieg in der Regel freiwillig aus.

Das ist heute anders. Die Suche nach alternativen, lokalen Wirtschaftsformen in der Stadt entspringt vor allem der Ratlosigkeit angesichts wachsender Arbeitslosenzahlen und der Erkenntnis vieler, daß Vollbeschäftigung endgültig vorbei ist. Außerdem führt die rasante technologische Entwicklung, die Globalisierung und die gnadenlose internationale Konkurrenz dazu, daß immer mehr Industrieanlagen

aufgegeben werden, weil sie nicht mehr rentabel genug sind. Das Land ist voll von solchen Entwicklungsruinen und „Industriebrachen", eine Folge der De-Industrialisierung ganzer Regionen.

In England und den USA hat dieser Prozeß der De-Industrialisierung als Folge des Thatcherismus und der Reagonomics viel früher eingesetzt. Viel früher als bei uns sind Industriestädte, die von einer Firma lebten, praktisch aufgegeben worden und rapide verwahrlost. Beispiele sind Detroit, Liverpool, Philadelphia und Chicago. Auf einigen dieser „Industriebrachen" findet nun vor allem in den USA eine *Reruralisierung* der Stadt durch eine Bewegung statt, die sich „City Gardening" oder „Urban Gardening" nennt. Man versucht nicht, wie in Deutschland, „Industriebrachen" für die Ansiedlung neuer High-Tech-Industrie zu nutzen, sondern die Erde zu heilen und Gärten zur Förderung der Selbstversorgung anzulegen.

Gwyn Kirk berichtet über eine solche Grassroots-Bewegung zur Wiederherstellung der Subsistenz in Detroit, einer der vom Industrialismus am meisten verwüsteten Städte in den USA. Ziel der Bewegung ist *rebuilding, recreating, respiriting the city from the ground up.* Die Bewegung will eben nicht die alte, von General Motors oder einer anderen Industrie beherrschte kapitalistische Stadt wiederherstellen, sondern eine neue Stadt schaffen, die für die Menschen und die Natur da ist.

Diese Urbarmachung einer vom Kapital aufgegebenen Stadt, in der Gewalttätigkeit, Kriminalität, Armut, Drogensucht, Perspektivlosigkeit den Verfall der sozialen Ökologie charakterisieren, ist etwas anderes als die von Landschafts- und Stadtplanern von oben geplanten „Grünen Städte". Ähnlich wie zur Zeit in Deutschland hatte die Stadtverwaltung von Detroit General Motors Steuervergünstigungen angeboten, Gemeindeeigentum privatisiert, Kirchen, kleine Läden, Wohnhäuser, Krankenhäuser niederwalzen lassen, damit neue Industriezentren entstehen sollten. Als letzter Strohhalm förderte die Stadtverwaltung Spielkasinos, um die Wirtschaft anzukurbeln. Alles ohne Erfolg. Die Stadt verkam mehr und mehr.

1993 beschloß die Stadtverwaltung, die Innenstadt zu räumen, denn es sei zu teuer, die städtische Versorgung mit Wasser, Strom, Abfallentsorgung usw. aufrechtzuerhalten. In Detroit leben ein Drittel der Menschen und die Hälfte aller Kinder unter der Armutsgrenze. Man muß nicht mehr in die Dritte Welt gehen, um Elend zu erleben.

Und dennoch, schreibt Gwyn Kirk, gibt es in Detroit nicht nur Verfall, Armut, Gewalt und Kriminalität, sondern eine Vielzahl Initiativen und Aktivitäten zur Wiederbelebung der Gemeinschaften (Commu-

nities) und zum Aufbau einer lokalen Ökonomie und neuer sozialer Beziehungen. Eine dieser Initiativen ist das „4-H Urban Gardens Project".[6] Es wurde von afro-amerikanischen Frauen aus dem Süden gestartet, die noch Erfahrung mit Land- und Gartenarbeit hatten. Sie nennen sich „Gardening Angels" und haben seit 1994 mehr als hundert Gärten angelegt, in denen Gemüse, Früchte, Kräuter – auch zum Verkauf – angepflanzt werden. Sie greifen das Wissen und die Kenntnisse der lokalen Bevölkerung auf, nutzen das Land in ökologischer Weise, „heilen" die ökologischen Schäden, produzieren billiges Gemüse und schaffen gleichzeitig neue lebendige Beziehungen unter den Gemeindemitgliedern. Vor allem geht es ihnen um Stärkung der Self-Reliance, der Selbstversorgung und der eigenen Kraft. Außerdem bringen sie jungen Leuten bei, wie man Gartenarbeit macht, und so stärken sie die Bande zwischen den Generationen und verschiedenen Kommunitäten. Die Urban Gardening-Initiative in Detroit zeigt, daß in einem Projekt ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Aspekte vereint werden können, wenn es subsistenzorientiert ist.

Das gilt auch für ein weiteres Projekt der Regeneration Detroits, den „Detroit Summer", der 1992 als multikulturelles, intergenerationelles Jugendprogramm gestartet wurde. Das Projekt lädt Freiwillige aus der Stadt und von überall ein, um Detroit neu zu bauen. Sie bekommen freie Kost und Wohnung und freien Transport zu ihren Arbeitsplätzen, außerdem können sie an einem sozialen und kulturellen Bildungsprogramm teilnehmen und lernen, wie man z.B. eine neue urbane Ökonomie aufbaut. Diese Freiwilligen arbeiten mit BürgerInnen der Stadt zusammen, reparieren Häuser, streichen an, räumen Schutt weg, legen Gärten und Kinderspielplätze an.

Der „Detroit Summer" geht auf die Initiative von James Boggs, Grace Lee Boggs und Shea Howell zurück (Kirk 1996, 12). Ihre Vision von einer neuen Stadt ist, sich nicht mehr von den Investitionsentscheidungen und dem Geld großer Konzerne abhängig zu machen, die keine Verantwortung und Loyalität gegenüber der Bevölkerung kennen. Statt dessen wollen sie eine lokale Ökonomie aufbauen, deren Hauptprinzipien Autonomie, Selbsthilfe und Schaffung und Förderung kommunaler Prinzipien sind. Sie halten es für wichtig, daß junge Leute, die trotz guter formaler Bildung keine Jobs in der Industrie finden, die neuen Subsistenzfähigkeiten lernen. Zu diesem Subsistenzwissen gehört vor allem, daß „Arbeit" anders als bisher gesehen und bewertet wird. Die Erfahrungen der Freiwilligen im „Detroit Summer" haben sie gelehrt, daß die Netzwerke, die sie benutzt haben, um ihre Aktivitäten durchzuführen, auch die Grundlage einer neuen

Ökonomie sein können, in der *Beziehungen* wichtiger sind als Geld, um gegenseitige Bedürfnisse zu befriedigen.

Ähnlich wie das „Urban Gardening“ in den USA eine Antwort der Opfer der neoliberalen Politik auf die De-Industrialisierung ganzer Städte ist, greifen auch in *England* immer mehr Ausgegrenzte und Leute mit geringem Einkommen in den von den alten Industrien verlassenen Städten zur Selbsthilfe, Selbstorganisation und – teilweise – zur Selbstversorgung.

Anders als in Deutschland jedoch werden solche *non-profit-organisations* in England vom Staat unterstützt, denn sie sind eine Entlastung für das Sozialbudget. Die Community Development Foundation (CDF) in London unterstützt z.B. Selbsthilfegruppen oder freiwillige Aktionsgruppen bei ihrem Bemühen, Druck auf die Behörden auszuüben, damit sie solche Initiativen zur Regenerierung verwahrloster, meist urbaner Gebiete fördern. Die CDF ist überzeugt, daß zwischen Privatwirtschaft und staatlichem Sektor ein dritter Sektor gefördert werden muß, der „Community Sector“ oder Gemeinwesen-Sektor, der das Rückgrat einer lokalen Wirtschaft ist, und vor allem in Krisenzeiten für die Armen eine Lebenssicherung darstellt.

Die meisten Projekte, die die CDF fördert, für die sie öffentliche und private Finanzierungsquellen anzapft, sind urbane Projekte, Hausbau, Handwerk, Stadtsanierung. Sie fördert aber auch die Partizipation der Communities bei öffentlichen Angelegenheiten, d.h. die direkte Beteiligung der Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen.

Totzdem bleibt die CDF, was die Frage der Arbeit betrifft, der Priorität der Lohnarbeit, d.h. dem ersten Arbeitsmarkt verpflichtet. Freiwillige Arbeit für die Gemeinschaft ist gut, soll aber nicht die Lohnarbeit ersetzen. In Krisenzeiten soll sie den Menschen helfen, zu überwintern und ihre Arbeitskraft zu erhalten, bis die Gesamtwirtschaft in der Lage ist, sie wieder in den ersten Arbeitsmarkt aufzunehmen. Community-Sektor und freiwillige Arbeit spielen weitgehend die Rolle der Überbrückung von Krisen.

Doch auch in diesem Sektor gibt es Initiativen, die über bloßes Krisenmanagement hinausweisen. 1996 wurde in Salisbury eine Bürgerinitiative gestartet, die sich „Greening of the Towers“ nennt. In einem ziemlich heruntergekommenen Hochhausgebiet hatten BürgerInnen angefangen, auf den Balkonen der Hochhaustürme und auf dem verwahrlosten Gelände, das die Türme umgab, Gemüse und Obst anzupflanzen. Zunächst war es eine vereinzelte Initiative, dann machten immer mehr Menschen mit. Und durch die kommunale Nahrungsproduktion entstand zum erstenmal eine Gemeinschaft unter

den Bewohnern. Wie in Detroit und Philadelphia führte der gemeinsame Anbau von Pflanzen zu weiteren gemeinschaftlichen Aktivitäten, wie z.B. der Einrichtung eines Cafés, wo die verarbeiteten Früchte verkauft wurden, wo man sich traf, weitere Projekte ausdachte, lernte, wie man mit den Behörden umging, wie und wo Geldquellen zu erschließen waren usw. Das „Greening of the Towers" führte folgerichtig zum „Grünen" einer menschlichen Gemeinschaft. (Evans 1995) Die CDF stellte im Sommer 1996 den Antrag, solche Projekte in allen großen Städten Englands mit verwahrlosten Hochhaussiedlungen zu starten.[7]

Die „wilden Bauern" von Tokio

„Urban Gardening" in den USA und „Greening of the Towers" in England sind Antworten auf die ökonomische Krise seit den Achtzigern. In Tokio haben Menschen schon 1978 angefangen, mitten in der Megalopolis Landwirtschaft zu betreiben. Sie nennen sich „Yabo Farmers" (wilde Bauern), die auf noch nicht bebauten Flächen im Vorort Hino und anderswo gemeinsam Gemüse, Reis und anderes Getreide anbauen. Das Ziel ist die Rückgewinnung der Selbstversorgung.

Tetsuo Akemine, ein Agrarwissenschaftler, der zur Praxis zurückgekehrt ist, sprach 1997 auf Einladung der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim (SSM, Köln) über die Subsistenzlandwirtschaft in Tokio. 1960 hätte die Selbstversorgungsrate Japans noch 80% betragen. Heute ist sie mit 46% die niedrigste unter den Industrieländern.

Die Industrialisierung Japans fand in einem sehr kurzen Zeitraum statt, praktisch von 1960 bis 1990. Das bedeutete nicht nur, daß Tokio zum wichtigsten Industriezentrum wurde und in kürzester Zeit zu einer über 11-Millionen-Stadt expandierte, sondern auch, daß die Regierung systematisches Bauernlegen betrieb, um Arbeitskräfte für die Industrie zu gewinnen. Sie führte 1970 eine Mengenbegrenzung für den Anbau von Reis ein und importierte billigen Weizen und Mais aus den USA. Die Japaner lernten, Brot statt Reis und Fleisch statt Fisch zu essen, der Mais wurde an Tiere verfüttert.

Japan hat seine Selbstversorgung mit Nahrung, die vor dem zweiten Weltkrieg noch 100% betrug, für den Bau und Export von Autos und Computern aufgegeben. Heute ist Japan bei Weizen zu 60%, bei Soja zu 80%, bei Mais zu 90% von den USA abhängig. Seit der Unterschreibung der GATT-Verträge 1993 muß Japan nun auch Reis aus Thailand und den USA importieren.

Die Yabo-Bauern wollen diesem Modell der vom Import von Nahrungsmitteln abhängigen Industriegesellschaft ein Subsistenzmodell

entgegensetzen. Sie arbeiten gemeinsam und teilen den Ertrag untereinander auf. Sie benutzen keinen Kunstdünger und keine Pestizide. Sie bauen fünfzig verschiedene Feldfrüchte an, haben Hühner, Schweine und Ziegen. Sie kompostieren oder verfüttern ihre Küchenabfälle, so daß wieder ein organischer Kreislauf entsteht.

Die Yabo-Bauern sind keine Vollzeitbauern, sondern Verlagsangestellte, alleinerziehende Mütter, Angestellte in Computerfirmen oder bei der Telegraphengesellschaft. Sie streben keine Autarkie an, sondern anteilige Selbstversorgung. Die haben sie bei Gemüse zu 100%, bei Reis zu 70% erreicht.

Für Akemine ist dieser Subsistenzlandbau ein außerordentlich wichtiges Projekt, gerade jetzt und gerade in Tokio. Tokio ist das Zentrum des Weltkapitals. Seit einigen Jahren kaufen alle Transnationalen Konzerne Boden im Zentrum Tokios. Die Bodenpreise explodieren, und die Menschen werden immer mehr an den Rand gedrängt. Die bisherige Steuerpolitik hatte immer noch die wenigen Subsistenzbauern in Tokio begünstigt. Das ist aufgehoben worden, nun beanspruchen die Eigentümer das Land als Bauland. Damit ist das soziale Experiment der Yabo-Bauern gefährdet. Akemine und seine GenossInnen versuchen jetzt, eine nationale Vernetzung zwischen ähnlichen städtischen Teilzeitbauern aufzubauen, um eine gesetzliche Änderung durchzusetzen. Nach der bisherigen Gesetzeslage gelten Selbstversorger, Subsistenzbauern, die nicht für den Markt produzieren, nicht als Landwirte.

Tetsuo Akemine und die „wilden Bauern" von Tokio sind in Japan nicht die einzigen, die die Subsistenzlandwirtschaft der Jagd nach dem Geld in den urbanen Zentren vorziehen. Nach einem Bericht der Wochenzeitschrift Nikkei Weekly vom 18.1.1996 gibt es seit kurzem, unter jungen Hochschulabsolventen einen Trend, zur Landwirtschaft zurückzukehren, zu einer langfristigen Selbstversorgung, „selbst wenn dies bedeutet, vorübergehend von den Prinzipien der freien Marktwirtschaft abzuweichen".

Der Landbau in Tokio und anderen Großstädten ist nicht nostalgisches Hobby entwurzelter Bauernsöhne und -töchter. Als soziales Lernfeld zielt er auf die Umstrukturierung des herrschenden Stadt-Land-Verhältnisses. Dazu gehört nicht nur die Durchdringung der Stadt mit landwirtschaftlicher Subsistenzproduktion, sondern auch eine andere Bewertung des ländlichen Raums.

Urbarmachen der Städte heißt in letzter Konsequenz, daß die Städte aufhören, einzige Zielorte für Kultur, Freiheit, Politik, gesellschaftliches Leben, Arbeitsplatzsuche zu sein. Sie müssen ihre para-

sitäre Existenz aufgeben und statt Orten des passiven Konsums wieder Orte der Produktion des Lebensnotwendigen werden.

Eine solche Urbarmachung der Städte steht in direkter Wechselwirkung mit einer neuen, nicht-kolonialen Kultur des Landes. Wenn das Land aufhört, nur Hinterland für die Stadt zu sein, wenn junge, gutausgebildete Menschen wieder Lust aufs Land, und vor allem *Arbeit* auf dem Land bekommen, wird sich die heutige Verachtung, die dieser Arbeit entgegengebracht wird, ändern. Dann wird auch das Land wieder ein Ort der Kultur sein. Dann werden sich unsere Begriffe von Kultur und Natur grundsätzlich ändern müssen. Statt kolonialer, hierarchischer, dualistischer Verhältnisse zwischen Kultur und Natur, Stadt und Land werden wir egalitäre, vielseitige, reiche Verhältnisse haben, die auf Gegenseitigkeit beruhen.

Die Beispiele zeigen, daß Subsistenz in der Stadt nicht nur ein utopischer Wunschtraum ist, sondern in vielfältiger Weise praktiziert wird. Dem könnte entgegenhalten werden, es seien jeweils nur lokale, partikulare Einzelfälle, die noch lange kein alternatives ökonomisches Gesamtkonzept ausmachten. Richtig. Diese Beispiele der Subsistenzproduktion entspringen keinem theoretischen Gesamtmodell. Die Subsistenzperspektive könnte schwerlich in ein rigides Modell gepreßt werden. Allerdings gibt es inzwischen auch umfassendere theoretische Ansätze, wie Städte subsistenzfähig gemacht werden können. Ein Theoretiker städtischer Subsistenzwirtschaft ist der Australier Ted Trainer. Er entwirft ein Konzept einer „nachhaltigen Wirtschaft" für Städte.Seine „Sustainable Economy" deckt sich in weiten Teilen mit dem, was wir die Subsistenzorientierung nennen. (Trainer 1995, 1996) Dazu gehört die Zurückweisung der drei Säulen des expansiven Industriesystems: permanentes Wachstum, kapitalistischer Markt und Profitmaximierung. Dem setzt er die neuen Prinzipien entgegen:

- Self-sufficiency (Selbstversorgung) auf den Ebenen des Haushalts, der Stadt (Region), der Nation,
- einfacher Lebensstil, Menschen, die sagen können: Es ist genug!
- Kooperation und Gegenseitigkeit,
- Null-Wachstum.

Trainer demonstriert, daß Subsistenzökonomie in bezug auf Nahrung auch in Städten möglich ist, wenn Selbstversorgung das Ziel ist. Er weist nach, daß überall Gärten angelegt werden können, zwischen, hinter und in den Häuserblocks, daß ungenütztes städtisches Land zur Nahrungsherstellung genutzt werden kann. Studien in den USA haben herausgefunden, daß 2500 Quadratfuß (ca. 800 qm) Land eine Person ausreichend ernähren.

An der Subsistenz orientierte Städte würden keine Megastädte sein. Trainer schätzt, daß eine Stadt von 10.000 Einwohnern sich mit dem Lebensnotwendigen zum Teil selbst versorgen könne. Und daß eine Region im Umkreis von etwa 10 km ausreichen würde, um die meisten Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Das Argument, daß bei einer solch lokalen/regionalen Wirtschaft alles teurer würde, weist Trainer zurück. Es würde wahrscheinlich weniger gekauft und mehr getauscht werden, lange Transportwege würden wegfallen, es könnten lokale Energiequellen genutzt werden, wie Biomasse, Windräder usw. Die Menschen würden vieles von dem, was sie brauchen, selbst herstellen, daher würde der Bedarf an Geld drastisch reduziert werden, und die Menschen würden dennoch besser leben. Wie der Japaner Akemine ist auch Trainer der Meinung, daß all diese Ideen eine grundsätzliche Neukonzeption der Stadt und des Stadt-Land-Verhältnisses erforderlich machen, eine Konzeption, die Abschied genommen hat vom kapitalistischen Wachstumswahn. Doch wenn „Nachhaltigkeit" (sustainability) nicht nur eine leere Worthülse bleiben soll, gibt es nach Trainer keinen anderen Weg als eine solche Selbstversorger-Wirtschaft. (Trainer 1996, 135-142)

Die Frage, die sich bei allen praktischen und theoretischen Versuchen, die Stadt wieder urbar zu machen, stellt, ist jedoch: Handelt es sich dabei nur um vorübergehendes Krisenmanagement, um Überlebensversuche der Menschen in den Ruinen des kapitalistischen oder realsozialistischen Industriesystems, die vom Kapital und vom Staat sogar erwünscht sind, weil sie erstens Kosten sparen, zweitens die Menschen fit für weitere Ausbeutung und Akkumulation erhalten und drittens die zerstörte Natur wieder heilen? Angesichts einer weltweiten Politik der Strukturanpassungsprogramme, des Abbaus von Sozialstaatsleistungen ist die Ruralisierung der Städte, diese Art Subsistenzproduktion den Konzernen hochwillkommen, vor allem weil sie geeignet ist, Wut und Enttäuschung der Arbeitslosen und Marginalisierten zu neutralisieren und in produktive Bahnen zu lenken.

Heißt das also, daß Subsistenz in der Stadt im Endeffekt wieder instrumentalisiert werden wird, um das kapitalistische Industriesystem zu erhalten und zu subventionieren, wie es die Frauenarbeit, die Arbeit der Kleinbauern, die Überlebensarbeit im sogenannten informellen Sektor seit eh und je getan hat (Bennholdt-Thomsen, Mies, v. Werlhof 1983/92), nur auf breiterer Basis?

Die Frage ist nicht einfach mit Ja oder Nein zu beantworten. Bei unserer Analyse der Funktionsweise des Kapitalismus haben wir gelernt, daß die Kapitalakkumulation nicht nur die Subsistenz ausbeu-

tet und zerstört, sondern daß neue Zyklen der Akkumulation auf den Trümmern der Subsistenz entstehen. Die neuen Trümmer in den Städten sind jedoch die des Industriesystems selbst, entstanden aus seinen eigenen Widersprüchen. Wenn Menschen, vor allem Frauen, aus diesen Trümmern nun wieder, wie immer schon, ihr Leben und das ihrer Kinder produzieren und reproduzieren, *ohne* vom Kapital abhängig zu sein, dann ist dies keineswegs reaktionär, wie von manchen behauptet wird, sondern birgt in sich die Chance, daß sich die Menschen und die Städte nicht wieder erneut von den großen Konzernen und der Akkumulationslogik abhängig machen.

Anmerkungen

1 Der Begriff des „informellen Sektors" wurde erstmals von J.K. Hart (1973) in seiner Studie über „informelles" städtisches Einkommen in Ghana verwandt. S.V. Sethuraman benutzte und verallgemeinerte den Begriff in einer Studie für die ILO. Vgl. E. Märke, *Ein Weg aus der Abhängigkeit? Die ungewisse Zukunft des informellen Sektors in Entwicklungsländern*, Heidelberg 1986.
2 Verschiedene NRO's haben diese Innovationsfähigkeit der Subsistenzorientierung im informellen Sektor der Dritten Welt durchaus erkannt und versuchen, sie als Ausweg aus dem Debakel der Entwicklungshilfe zu nutzen. 1995 wurde an der Evangelischen Akademie Bad Boll eine Tagung durchgeführt, die das Thema hatte: „Subsistenzökonomie, ein neues altes Konzept in der Entwicklungspolitik?"
3 Persönliche Information von Prof. E. Naudascher, Karlsruhe.
4 In den USA soll es 4000 kleinere und 300 große Food Coops mit je 5000 bis 10 000 Mitgliedern geben.
5 Mündliche Mitteilung von Jeanneke van de Ven, April 1997.
6 Das 4-H Urban Gardens Project ist ein Projekt des Department of Agriculture, Wayne County Co-operative Extension Service der Michigan State University.
7 Persönliche Information von Gabriel Chanan, Direktor der CDF, London.

Verteidigen und Wiederaneignen der Allmende

Verteidigung der Allmende in Papua Neuguinea[1]

Während in Europa die Zerstörung der Allmende vor zweihundert Jahren als notwendiges „Opfer" angesehen wird, das jede Entwicklung erfordert, gab es 1995 in Papua Neuguinea landesweiten Protest gegen die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds verhängten Strukturanpassungsprogramme (SAPs), vor allem gegen das Gesetz zur Registrierung und „Mobilisierung" kommunalen Landes. Die SAPs wurden Papua Neuguinea von der Weltbank aufoktroyiert, weil es, wie viele Entwicklungsländer, die Zinsen für seine Schulden, insgesamt 3 Billionen Kina, nicht mehr zurückzahlen konnte.
In Papua Neuguinea sind 97 Prozent des Landes noch im kommunalen Besitz der Stämme oder Clans. Nur 3 Prozent gehören dem Staat oder sind Privatland. Wie Nicholas Faraclas, Professor für Linguistik an der Universität von Papua Neuguinea, schreibt, ist dieses Land nicht nur Allmende der 869 Stämme oder Clans, diese sprechen auch 869 verschiedene Sprachen, die eng mit dem Land verbunden sind. Es gibt keine linguistische oder ethnische Gruppe, die die anderen dominieren kann, weder zahlenmäßig noch politisch, denn keine macht mehr als 7 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. (Faraclas 1992)
Seit 1990 war das Land verschuldet. Die Weltbank gab einen Kredit von 50 Millionen US-Dollar und verordnete Strukturanpassungsprogramme. Dazu gehörte auch die Forderung, das kommunale Land zu registrieren und zu „mobilisieren". Nach Auffassung der Weltbank/des IWF ist kommunaler Landbesitz unproduktiv, d.h. man weiß nicht genau, was dort an Bodenschätzen ist, noch sind die Besitzverhältnisse klar. Das Land kann vor allem nicht verkauft – „mobilisiert", d.h. privatisiert – werden. Daher kann es nicht für Investitionen und Geschäfte genutzt werden, z.B. als finanzielle Sicherheit bei Kreditaufnahmen. Der Weltbank geht es aber darum, Kredite zu gewähren und über diese Schiene Zugriff auf die Ressourcen zu bekommen.
Als die Regierung unter dem Druck der Weltbank und der Struktur-

anpassungsprogramme ein Gesetz zur Landregistrierung verabschiedete, regte sich der Widerstand der Stämme. Die Leute wollten nicht, daß feste Grenzen zwischen dem Land verschiedener Stämme gezogen werden müßten, was automatisch zu Landdisputen führen würde, denn bisher gab es keine festen Grenzen zwischen dem Land verschiedener Stämme. Die Registrierung und Evaluierung des kommunalen Landes sollte den „Wert" (Bodenschätze etc.) in finanziellen Größen ausdrücken und feste Eigentumstitel festlegen. Was heißt, daß das Land verkauft und letztlich privatisiert werden kann. Die Verwandlung bislang unverkäuflichen Gemeineigentums in eine mobile Handelsware gehört seit dem 19. Jahrhundert zu den zentralen Maßnahmen kapitalistischer Politik. (Polanyi 1978) Sie wird nun in Papua Neuguinea noch einmal praktiziert.
Neben der Weltbank, die ihre Zinsen zurückhaben will, drängen vor allem ausländische Firmen auf eine „Befreiung des Landes". Dazu gehören u.a. australische und japanische Firmen, die an Tropenhölzern, Bodenschätzen und Land für Palmölplantagen interessiert sind. Ein Kommentator beklagt den Widerstand gegen die „Landreform":
Heute hat die Nation ein drastisches Defizit an Auslandsdevisen. Die Landbesitzer (die Stämme, M. M.) *halten nicht weniger als drei Multimillionen-Kina-Projekte auf. Im Endeffekt sieht es so aus, als ob die Landbesitzer die Leute mit der wirklichen Macht wären. Sie geben am Ende das Grüne Licht, was die Bedeutung der Regierung zu einem Witz macht. Es macht die Rolle der nationalen Regierung nutzlos.* (The National, 18. April 1995)
Kommunaler Landbesitz macht nicht nur die Nationalregierung überflüssig, sondern verhindert auch westlich-kapitalistisches Unternehmertum. Ein anderer Kommentator schreibt:
In den meisten Gebieten des Landes ist das Land Gemeineigentum. Ein solches System macht aus dem westlichen privaten Unternehmertum eine Farce, denn Individuen würden Schwierigkeiten haben, kommunales Land für längere Zeit festzulegen, was aber für Plantagen oder für andere Geschäftsunternehmungen notwendig ist. Der Druck von der Gemeinschaft würde auf jeden Fall das Geschäft zerstören. (The National, 17. Juli 1995)
Der Premierminister des Landes, Sir Julius Chan[2] sah sich von zwei Seiten unter Druck gesetzt: auf der einen Seite von der Weltbank mit ihrem Strukturanpassungsprogramm und den Versprechungen neuer Kredite und Investitionen ausländischer Unternehmen, auf

der anderen Seite vom eigenen Volk, das sich schlicht weigerte, das Gesetz zur Land-Registrierung und -Mobilisierung zu befolgen. Verzweifelt appellierte er an die Bevölkerung, das Gesetz durchzuführen, denn, so seine Begründung, „Bettler haben keine Wahl". Dieser Satz löste einen wahren Sturm der Entrüstung aus, der sich in wütenden Leserbriefen in der lokalen Presse niederschlug. Hier einige Kostproben:

Das Wörterbuch definiert einen Bettler als eine Person ‚ohne Geld und Ressourcen'. Ich frage Sie, warum haben wir zu betteln?

Wir in Papua Neuguinea waren nie Bettler, und wir wollen auch keine werden. Viele tausend Jahre lang haben unsere Ahnen in diesem Land gelebt, und sie haben überlebt, ohne jemanden von außen anzubetteln. Sie haben ihr eigenes, sich selbst erhaltendes Überlebenssystem aufgebaut. Hätten sie so gelebt, wie Sie, Herr Premierminister, vorschlagen, Sie und ich wären längst in das Buch der untergegangenen Spezies der menschlichen Rasse eingegangen.

Was unsere Ahnen uns gelehrt haben, ist vor allem, daß wir ohne exzessive Kontrolle und Manipulation von außen und von internationalen Institutionen leben können.

Der Premierminister hat uns zu einem Nichts gemacht, wo wir doch wissen, daß wir mit reichen Ressourcen gesegnet sind. Wir sind ein reiches Volk mit dem was wir haben.

Menschen, die eine wahre Beziehung zum Land haben, werden dies verstehen. Nimm das Land weg, und wir sind wahrhaftig Bettler in unserem eigenen Land.

Das Volk, die NROs, die Studentenvereinigung, alle Leute von Papua sind jetzt aufgerufen, selbst eine eigene hier gewachsene Alternative zu suchen. Unser Programm ist einfach das Überleben unserer Eigenart und unserer Wohlfahrt und daß uns keiner von außen diktiert. (The National, 27.7.1995).

Was sich in vielen Artikeln und Leserbriefen in den Monaten April bis Juli 1995 Luft machte, war jedoch nicht nur spontaner Unmut, sondern war vor allem von Studenten und Dozenten der Universität, Frauengruppen, den Kirchen und anderen durch kritische Seminare zur Weltbankpolitik, zum Strukturanpassungsprogramm, zur Entwicklungs- und Bildungspolitik vorbereitet worden. Dabei wurde den Menschen klargemacht, daß das, was die Weltbank Entwicklung nennt, in Wirklichkeit die Methode ist, das Volk zu verarmen.

Während 85 % der Bevölkerung auf dem Lande leben, haben sie Zugang zu den Ressourcen dieses Landes und können dieses Land-

system direkt Tag für Tag nutzen. Aber auch die 5 % der Bevölkerung, die in der Stadt leben und selbst die 10%, die in den rasch wachsenden Slums um die Städte leben, können jederzeit zu dem Land ihrer Ahnen zurückkehren und das Land bebauen. Wegen dieses (kommunalen) Landsystems sind Hunger, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit unbekannt in Papua Neuguinea. Das ist ein Erfolg, der Papua Neuguinea zu einem viel überzeugenderen Entwicklungsmodell machen sollte, als Länder, die ihre Bevölkerung im Namen der Entwicklung zu landlosen, hungrigen, heimatlosen Bettlern gemacht haben, Menschen, die aus Verzweiflung ihre Körper und ihre Arbeit um jeden Preis verkaufen müssen. (Faraclas, 1992b)

Frauen und Studenten waren die Speerspitze dieser Protestbewegung. Auf dem Land wurde die Bewegung vor allem von den Frauen angeführt. Hier ein Statement einer Frauenführerin, Ms Bata:

Ich als Präsidentin des East New Britain Council of Women, das die Stimme aller Frauen in East New Britain repräsentiert, sage euch Frauen: Ihr dürft nicht zulassen, daß unser kostbares Land uns durch das Land-Mobilisierungsgesetz der Regierung weggenommen wird. Wir müssen an unserem Land festhalten und es davor schützen, daß es für die Ausbeutung durch ein paar Reiche erschlossen wird. Wir müssen unser Land, so wie es ist, erhalten, ohne Registrierung, so daß jede Person, vom Reichsten bis zum Ärmsten, Zugang zum Land haben kann. (Post Courier, 3.8.995)[3]

Die Menschen, die ihr kommunales Land behalten wollten, waren nicht gegen Entwicklung, sie wollten eine andere Art der Entwicklung, sie wollten im Grunde die Subsistenzwirtschaft, die sie bislang erhalten hatte, beibehalten, als die einzige Wirtschaftsweise, die ihnen Überleben, Würde und Freiheit garantierte. Sie begriffen, daß die Modernisierung sie zu Bettlern machen würde, wie es in vielen anderen Ländern der Region geschehen war. Am 29. Juli 1995 veröffentlichte die Bewegung gegen die Land-Registrierung eine Erklärung, in der sie noch einmal ihr traditionelles, indigenes Recht auf kommunalen Landbesitz betont, das durch die Verfassung garantiert ist. Der Schlußsatz lautete:

Unter dem Strich heißt das, du kannst, wenn es um unser traditionelles Land geht, weder der Regierung noch den großen Konzernen trauen. Du mußt dein Land selbst kontrollieren. („People of Papua New Guinea say No to Customary Land Registration" in: The Saturday Independent, 29. July 1995)

Was die Regierung sehr bald zu einer Änderung ihrer Politik veran-

laßte, waren vor allem die Aktionen der Studenten. Sie organisierten Demonstrationen, verbrannten auch ein paar Autos, und die Polizei griff ein. Dabei wurde eine Person getötet, was die Bewegung weiter anheizte. Interessant dabei ist, daß die Studenten, anders als hierzulande üblich, von der Bevölkerung unterstützt wurden. In Leserbriefen wird die „Student Power" gepriesen, die sich für die Rechte der Bevölkerung und gegen die politische Elite, die mit den ausländischen Firmen kollaboriert, einsetzt. Zum Schluß eskalierte die Situation dadurch, daß eine Kompanie Soldaten nach Port Morseby, der Hauptstadt, marschierte, um die Studenten zu unterstützen. Frauen waren vorher in die Kaserne gegangen und hatten die Soldaten aufgefordert, endlich etwas gegen die Zerstörung des traditionellen Landrechts zu unternehmen. Die Soldaten wurden von den Studenten enthusiastisch empfangen. Maria Kopkop und Margaret Loko hielten Reden über die sogenannte Landreform. Eine Frau fragte die Polizisten, die den Zugang zur Uni versperrten, ob sie nicht Söhne und Töchter hätten, für die sie das Land bewahren müßten. Darauf ließen die Polizisten die Frauen und die Soldaten passieren. Ein Soldatenführer sagte, Soldaten seien, wie jeder andere Bürger, Mitbesitzer des kommunalen Landes, darum würden sie, wenn notwendig, den Schutz dieser Landrechte unterstützen. (The National, 19. Juli 1995)
Der massive Widerstand gegen Weltbank/IWF/Investoren/Regierung führte dazu, daß der Premierminister, Sir Julius Chan, am 19. Juli 1995 das Gesetz zur Landregistrierung und -mobilisierung aufhob.

Warum brauchen wir neue Allmenden?

Wir haben gesehen, daß die heutige neoliberale Politik dabei ist, sämtliche Bereiche der Wirklichkeit der Logik der Warenproduktion und des Warenkonsums zum Zwecke der Profitmaximierung zu unterwerfen. Die drei Säulen dieses „Kapitalismus pur" sind Globalisierung, Liberalisierung (Deregulierung) und Privatisierung (GLP).

Es gibt überall auf der Welt Menschen und Gruppierungen, die nach Alternativen zu diesem Wirtschaftsmodell suchen, Alternativen, die weder auf die „unsichtbare Hand" des Marktes vertrauen noch auf eine sozialistische Kommandowirtschaft. So wichtig solche Initiativen hier im Norden sind, so unzureichend sind sie noch in bezug auf die Frage: Wie gewinnen wir die autonome und gemeinschaftliche

Kontrolle über die lebenswichtigen Ressourcen zurück, so daß weder Frauen noch die Natur noch fremde Völker oder andere Menschen ausgebeutet, kolonisiert und vernichtet werden müssen, damit einige im Überfluß leben. Damit ist das Problem der *Privatisierungen* angesprochen, der Einzäunung bzw. Einhegung von Allmenden, von Gemeingut, die nicht nur vor etwa zweihundert Jahren stattfand, sondern heute eine neue brisante Aktualität bekommen hat.

Die Subsistenzperspektive gibt sich nicht zufrieden mit neuen *Verteilungsmodellen* des kapitalistisch-patriarchalen Kuchens, wie es z.B. die Befürworter eines Grundeinkommens oder Bürgergeldes tun. Unserer Meinung nach reicht es auch nicht, Dienstleistungen und Güter direkt zu tauschen und neue lokale zinslose Geldkreisläufe zu schaffen. Solche Tauschringe stören weder den zunehmenden Zugriff der Großkonzerne auf sämtliche Ressourcen noch die Ausbeutung der Frauen, der Dritten Welt und der Natur.

Wenn wir es mit der Alternative zum herrschenden System ernst meinen, müssen lokale Gemeinwesen versuchen, wieder Kontrolle über die Produktionsbedingungen und Ressourcen zu gewinnen, von denen ihr Leben im Einklang mit der Natur abhängt. Diese Kontrolle können sie weder dem Staat noch den Transnationalen Konzernen überlassen. Das heißt, sie müssen sich um die Verteidigung und die Wiederaneignung der lokalen Gemeingüter, der Allmenden bemühen. Sonst hängen alle Forderungen nach Freiheit, Selbstbestimmung, Autonomie in der Luft. Der Bericht aus Papua Neuguinea kann uns bei der Wiederfindung der Allmende hier im Norden helfen, die „enclosure of the mind", die Einsperrung unseres Denkens zu überwinden.

Begriffe wie „Allmende" oder „Einhegung der Allmende" sind uns heute genauso fremd wie das bäuerliche und städtische Leben im Mittelalter. Als Marx um die Mitte des 19. Jahrhunderts über die „enclosure of the commons"-Bewegung in England schrieb (die deutsche Übersetzung „Einhegung der Allmende" gibt den brutalen, räuberischen Charakter dieser Bewegung kaum wieder, besser wäre von „Einsperrung" zu reden) betrachtete er diese willkürliche Einzäunung und Aneignung der Gemeindeländereien durch frühkapitalistische Landlords als Teil der blutigen Epoche der „sogenannten ursprünglichen Akkumulation". Mit Beginn der eigentlichen, ordentlichen kapitalistischen Akkumulation, glaubte er, sei diese räuberische Aneignung von Gemeineigentum vorbei. Käme Marx heute zurück, würde er sich über den Boom von Einhegungen von Gemeineigentum wundern, der sich derzeit als Folge der Globalisierungs- und Privatisierungspolitik weltweit vollzieht.

Neue Allmenden und neue Einhegungen

Daß wir von „neuen Allmenden“ (commons) und „neuen Einhegungen“ (enclosures) sprechen, weist auf ein Problem der kapitalistischen Produktionsweise hin: Sie verschafft sich per Gewalt freien Zugang („free access“) zu allen möglichen Formen des Gemeineigentums, kann diese Allmenden einhegen, kolonisieren, ausbeuten und für die Profitmaximierung kommerzialisieren. Aber sie kann sie nicht neu erschaffen. Dennoch braucht sie stets neue Orte der Wirklichkeit, um den Prozeß der *fortgesetzten* ursprünglichen Akkumulation in Gang zu halten. Was ist die Lösung in einer begrenzten Welt? Auf *eine* Lösung hat der „ECOLOGIST“ (1992) hingewiesen, nämlich die Einhegung der Sprache. D.h. es wird ein neuer Diskurs über die „commons“, vor allem die „global commons“ – wie Erdatmosphäre, Wasser, Boden usw. – in Gang gesetzt, die angeblich von den Menschen, den lokalen Kommunen und der ungebremsten Bevölkerungsvermehrung bedroht sind. Theoretisch begründet wird dieser neue Diskurs über die „commons“ immer noch durch den Essay von Hardin über die „Tragödie der Allmende“ (1973). Wie Goldman (1995) aufzeigt, geht es bei dieser neuen Definition von Allmenden nicht darum, die Lebensgrundlage für lokale Gemeinschaften zu schützen, sondern vor allem darum, die neuen Allmenden für das internationale Kapital und seine Profitinteressen zugänglich zu machen. Das geschieht dadurch, daß traditionelle Grenzziehungen niedergerissen und neue Grenzen um Teile der Wirklichkeit gezogen werden, die dann zu Privateigentum erklärt werden.

Die neuen Allmenden und „Objekte der Begierde“ sind nicht nur materielle Dinge wie Land, Mineralien, Regenwälder, sondern auch die Artenvielfalt tropischer Länder, die Gene von Pflanzen, Tieren und Menschen. Selbst so immaterielle Dinge wie das traditionelle Wissen ganzer Völker wird plötzlich diesem räuberischen Zugriff ausgeliefert. Die Globalisierung der Wirtschaft, im Verein mit GATT; Gentechnik, Biotechnologie und dem neuen Patentrecht (TRIPs) hat zu einer neuen Phase der enclosures geführt. Jeremy Rifkin schreibt darüber:

> *Die Gewährung von Patenten* (auf Leben, M. M.) *stellt die Kulmination einer fünfhundert Jahre andauernden Bewegung zur Einhegung des planetarischen Gemeingutes dar, eine Bewegung, die ganz unauffällig auf den Dorfangern kleiner Dörfer in England und dem europäischen Kontinent begann. Jetzt sind sogar die Bausteine des Lebens* (die DNA, M. M.) *selbst eingezäunt, privatisiert und in ein marktfähiges Produkt verwandelt.* (Rifkin, in *The Ecologist* 1992, 146)

Das neue Patentrecht basiert auf der Klausel über „Trade Related Intellectual Property Rights" (TRIPs) in den GATT-Verträgen über den Freihandel. Beispiel für diese Piraterie ist die Patentierung des indischen Neem-Baumes.

Wie der Neem-Fall zeigt, geht es bei dieser neuen Einhegungsbewegung in der Tat um die Industrialisierung und Kommerzialisierung des Lebens selbst. (Mies, 1996) Das wird noch deutlicher, wenn wir uns die Debatte um die Bioethik ansehen, vor allem im Zusammenhang des sogenannten „Human Genome Projects" (HUGO), das sich das Ziel gesetzt hat, das gesamte menschliche Genom zu kartieren. Die UNESCO hat ein Bioethik-Komitee ernannt, das den ethischen Rahmen für die Manipulation des menschlichen Genoms ausarbeiten soll. Zunächst möchte dieses Komitee das menschliche Genom zum „common heritage of mankind", also zum gemeinsamen Menschheitserbe, zur „globalen Allmende" erklären. Das heißt, es soll im Namen der Menschenwürde unantastbar sein. Gleichzeitig wird aber den wissenschaftlichen und kommerziellen Interessen freier Zugang zu dieser „globalen Allmende" zugesichert. (UNESCO, Dossier 1996)

Nach allem, was wir über Allmenden und Einhegungen wissen, müssen wir mißtrauisch werden, wenn etwas „von oben" zur Allmende, besonders zur globalen Allmende erklärt wird. Denn dieser Definition folgt in der Regel die Freigabe zum privaten Raub und zur kapitalistischen Nutzung. Und zwar ganz legal.

Aber diese neue Einhegungspolitik findet nicht nur im Süden und auf dem Land statt, sondern auch in den Städten der reichen Industrieländer, und zwar unter den Augen der BürgerInnen. Hier läuft dieser neue Raubzug am Allgemeingut unter dem Stichwort Privatisierung. Es geht in den Städten hauptsächlich um die Besetzung und Privatisierung öffentlichen Raumes durch kommerzielle Interessen, z.B. der Bürgersteige durch Reklametafeln, durch allgegenwärtige Reklame insgesamt, die Privatisierung öffentlicher Gebäude, Plätze, Straßen, Parks, oder zumindest ihre Freigabe für den Kommerz.

Wir können im folgenden nicht auf alle Formen und das ganze Ausmaß dieser neuen Einhegung – genannt Privatisierung – im Norden und Süden eingehen. Uns geht es zunächst um die Kritik des von Hardin ausgelösten Diskurses um die „Tragödie" der Allmende. Ferner wollen wir beispielhaft aufzeigen, daß der Kampf um die Erhaltung und die Wiedergewinnung des Gemeineigentums im weitesten Sinn durch lokale Gemeinschaften eine notwendige Folge einer Subsistenzorientierung ist, sowohl im Süden wie im Norden.

Hardins These: „Gemeingüter erfordern an einem bestimmten Grad der Nutzungsintensität eine *Moral*, die vom Individuum nicht mehr geleistet werden kann, da sie dem Eigeninteresse primär entgegenläuft. Die Lösung solcher Probleme kann nur eine *politische* sein." (Hardin 1973, 29, Hervorh. von uns)

Er erläutert diese These an einem Beispiel. Die Allmende-Weide sei für alle zugänglich. Da der Einzelne bemüht sei, möglichst viele Tiere dort weiden zu lassen, deren Verkauf ihm einen guten Erlös verspräche, werde die Wiese bald überweidet und somit ruiniert sein. Übertragen auf die Welt, sagt Hardin, besteht das Problem darin, daß wir zunehmend zu viele Menschen für den begrenzten Raum seien. Insofern befände sich die Menschheit in einer Art tragischen Zwickmühle. Mit „Tragik der Allmende" meint er, daß die größtmögliche Entscheidungsfreiheit des Individuums zum Ruin der Gesamtheit führe. Deshalb müßten wir „unsere jetzige Politik des Laissez-faire in Fragen der Menschheitsvermehrung überprüfen" (S.33).

Um das tragische Ende der Allmende abzuwenden, muß sie eingezäunt (enclosed), d.h. privatisiert werden. Dadurch wäre garantiert, daß der Einzelne die Verantwortung über das richtige Verhältnis von z.B. verfügbarer Fläche und Weidebesatz übernehmen würde. Statt ruiniert zu werden, würde sie auf diese Weise die bestmögliche Produktivität erreichen. Jede Beschneidung der Nutzung des Gemeingutes vermindere allerdings die persönliche Freiheit des Individuums. Jedoch: „Als die Menschen übereinkamen, Gesetze gegen Diebstahl und Raub zu erlassen, verloren sie nichts von ihrer Freiheit – im Gegenteil." (S. 46) Fazit: Um uns „vom Elend der Überbevölkerung" zu befreien, müssen wir auf die „Freiheit der Vermehrung verzichten". Was das konkret heißen soll, sagt er nicht. Aber Hardin ist weder Politiker noch UN-Beauftragter, sondern „genetisch geschulter Biologe".

Hardins Schlüsseltext zur Debatte um die Allmende ist tatsächlich bemerkenswert. Seine Argumentation enthält, gleichsam wie durch ein Brennglas gebündelt, die gesamte Ideologie und Rechtfertigung von Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung.

Als erstes weist Hardin die *Moral Economy* als heutzutage vorgeblich untauglich zurück und meint, daß statt dessen die Politik, d.h. ein *zentralisierter Machtapparat* von oben, die Probleme dieser Welt am besten lösen könne.

Dann führt er einen neuen Begriff von Freiheit, von Liberalität ein. Nicht Ebenbürtigkeit und gleiche Rechte für alle seien in der Gegen-

wart angemessene Bestandteile von *Freiheit*, sondern erst die Beschränkung durch das *Privateigentum* würde die angemessene, besser gesagt, die richtig zugemessene freie Entfaltung der Menschen ermöglichen. Nicht die Menschen in den lokalen Gemeinschaften, sondern die Aufteilung der Welt, des Globus unter den Kapitalien und die Produktion unter deren Regie würden das Überleben garantieren.

Was verblüfft, ist die unglaubliche Plattheit der Argumentation. Was uns noch mehr verblüfft, sind die Bilder, die Hardin für seine Argumentation benutzt, und die Tatsache, daß sie offenbar überzeugen. Er vergleicht die Welt mit einer Weide und die Menschen mit einer Herde Vieh – um präzise zu sein, mit einer Herde weiblicher Tiere mit ihren Jungen. Die Unternehmer/Manager/Politiker, d.h. das globale Kapital, die tatsächlichen „neuen Herren der Welt" in Zeiten der Globalisierung (Ramonet 1995), sind der gute *Hirte*, der die Zäune aufstellt *und* der umsichtige *Züchter*, der für die *richtige* Vermehrung sorgt.[4]

„Unsere" Allmende?

Den meisten von uns erscheint es völlig angemessen, wenn vom Wasser, der Luft, der Ozonschicht, der genetischen Vielfalt der Arten oder dem Klima als von *unser aller* Besitz gesprochen wird, den es vor weiterer oder endgültiger Zerstörung zu bewahren gelte. Dem ist aber in Wirklichkeit überhaupt nicht so. Es gibt kein globales Wasser, sondern nur unterschiedliche lokale und regionale Gewässer. Genausowenig gibt es eine globale Luft, noch eine globale Ozonschicht – obwohl es in dieser Hinsicht schon eher angemessen ist, von einem globalen Phänomen zu sprechen, ähnlich wie beim Klima, im Sinn von Erdklima –, noch gibt es globale Arten. Am allerwenigsten aber gibt es eine globale Allmende, denn die Allmende ist ein lokales soziales Phänomen. Sie ist eine Form des Besitzes von lokalen Gemeinschaften, für den sich alle Mitglieder der community gleichermaßen verantwortlich fühlen. Deshalb sagen wir: *„No commons without community"*. Die sog. „global community" hingegen ist die propagandistische Erfindung US-amerikanischer Apologeten der elektronischen Kommunikationstechnologien (vgl. McLuhan 1969; Brzezinski 1969).

Jede politische Aktion, die „global commons" betrifft (wie etwa die Verteidigung der Regenwälder), muß deshalb mit der Anerkennung und der Verteidigung bestehender „commons" beginnen. Warum aber kann das Gefühl vieler Menschen hinsichtlich eines vorgeblichen globalen Gemeinbesitzes so leicht irregeleitet werden? Mit anderen Worten, welches sind die Elemente dieses Allmendediskurses, die schon längst in unser Unterbewußtsein eingedrungen sind?

Die Hausfrauisierung und Domestizierung der Frau und die Einhegung der Allmende

Die Art und Weise, wie Gemeingüter gegenwärtig zum Gegenstand globaler Besorgnis und Befugnis gemacht werden, erinnert uns an einen anderen Prozeß der Einhegung, den der Hausfrauisierung mit der Entstehung des Kapitalismus. Wie schon ausgeführt, wird in diesem Prozeß die ökonomische Bedeutung der Frauenarbeit im Haus, mit den Kindern und auf dem sich selbst versorgenden Bauernhof als Arbeit verneint, bis sie unsichtbar geworden ist und nur noch allenfalls als Liebesleistung gewertet wird. Mit anderen Worten, *die Frauenarbeit wird idealisiert, glorifiziert und dadurch entökonomisiert.* Ein positives Gefühl, nämlich die Hochschätzung der Arbeit und der Personen, die die Aufrechterhaltung des Lebens garantieren, wird von seinem konkreten, materiellen Zusammenhang losgelöst. Daraus entsteht zweierlei. Die Hochschätzung verliert ihre Authentizität. Aus echtem Gefühl wird Kitsch. Und aus der Ökonomie, dem Wirtschaften, wird ein Vorgang, der ohne Liebe und ohne Moral vonstatten gehen kann, d.h. ohne positive Gefühle gegenüber anderen ökonomisch Handelnden, gegenüber Pflanzen, Tieren oder dem bearbeiteten Gegenstand (vgl. Bennholdt-Thomsen 1989). Etwas sehr Ähnliches passiert mit Beginn der Neuzeit mit den „commons", der Allmende.

Das positive Gefühl in bezug auf die Gemeingüter als Garanten des Überlebens wird von der konkreten materiellen Bedeutung, die Moral von der Ökonomie abgetrennt. Zwar besteht das Moralgefühl fort, aber es hängt gleichsam unverbunden in der Luft. Deshalb kann es leicht dahingehend manipuliert werden, daß jedermann ein Recht auf Zugang zur Allmende habe, ganz gleich ob man zur Gemeinschaft gehört, die die Gemeingüter pflegt und reproduziert oder nicht. Da die Allmende nicht länger als Teil einer Ökonomie betrachtet wird, wird leicht übersehen, daß sie mitnichten reine Natur ist, sondern daß sie materiell reproduziert und gepflegt werden muß. Diese Tatsache wird im Fall der „negativen Reproduktion", der Zerstörung, leichter einsehbar – wenn der saure Regen die Wälder frißt, die Fische in den Flüssen und Seen sterben, die industrialisierte Landwirtschaft Nahrungsmittel hervorbringt, die krank machen statt Lebensmittel zu sein.

Dennoch neigen die Menschen im Norden der Weltkugel schnell dazu, zu vergessen, daß sie ihre Gemeingüter materiell wie gesellschaftlich zerstören, statt sie zu reproduzieren, daß sie durch ihre Autos ihre Luft verpesten, daß sie ihre Ozonschicht zerstören, daß ihre Produktionssteigerung durch Pestizide und ihre Sucht nach billigen Nahrungsmitteln ihr Wasser vergiftet und schließlich auch sie selbst.

Nur weil die Menschen bei uns all dies erfolgreich verdrängen, können sie das moralische Recht fühlen, verlangen zu dürfen, daß der amazonische Regenwald in ihrem Interesse intakt bewahrt werden solle, weil er die Atmosphäre reinigt und mit Sauerstoff versorgt.

Die Weise, wie positive Gefühle wie Mutterliebe oder Identifikation mit dem Ort, an dem ich geboren wurde, die Heimat, pervertiert werden können, wenn sie erst mal von dem konkreten persönlichen, ökonomischen, lokalen Kontext losgelöst werden, haben wir im Nationalsozialismus erlebt.

Hausfrauisierung und die Einhegung der Natur

Die Art und Weise, wie sowohl die Subsistenzarbeit der Frauen als auch der Beitrag der Allmende zum Überleben konkreter und lokal verhafteter Menschen dadurch unsichtbar gemacht werden, daß sie entökonomisiert und idealisiert werden, ist nicht nur ähnlich, sondern hat gemeinsame Wurzeln. Hintergrund dafür ist die moderne Weltanschauung, die Natur und Wirtschaft voneinander trennt. Jede Produktion, die evident auf dem Austausch von Mensch und Natur beruht, wird als ökonomischer Vorgang unsichtbar gemacht und als reiner Naturvorgang betrachtet. Natur und die neuzeitliche Beziehung des Menschen zur Natur insgesamt werden idealisiert und nicht länger als etwas Notwendiges betrachtet. Diese nicht notwendige, daher nicht ökonomische, idealisierte Beziehung macht aus der Allmende und den Gemeingütern so etwas wie weiße Flecken auf der Landkarte, zu denen jedermann vorgeblich freien Zugang hat, so wie die weißen Flecken erobert und kolonisiert wurden, und sie macht, daß Frauenarbeit und Frauenkörper unentgeltlich angeeignet werden können. In gewisser Weise werden Frauen wie eine Allmende behandelt und die Allmende wie eine Frau, und der gemeinsame Nenner dieser Herangehensweise ist der moderne Naturbegriff.

In der modernen Gesellschaft wird Natur als Ressource betrachtet, die ausgebeutet werden muß, um sie produktiv werden zu lassen. Jetzt hat nur mehr das künstlich Produzierte wirtschaftlichen Wert. Und insofern Wirtschaften die Weise ist, wie die Menschen sich reproduzieren, heißt das, daß in erster Linie dem künstlich Produzierten die Qualität zugesprochen wird, das menschliche Leben zu reproduzieren. Die naturgegebene Fruchtbarkeit wird verachtet wie „Mütter" und die „Natur". Auch die lokalen Gemeinschaften waren nur so lange egalitär, wie sie „naturrechtlich" funktionierten, was bedeutet, daß die Egalität auf ihrer gemeinsamen menschlichen Natur beruhte. Deshalb, sagt Ernst Bloch, ist das eigentliche Naturrecht ein Mutterrecht. (Bloch

1961) Denn von menschlicher Natur zu sein, heißt einfach aus einer Mutter geboren worden zu sein, ohne Hierarchie und ohne eine weitere gesellschaftliche Zuordnung als die zur mütterlichen Linie.

Geschichte statt „Tragödie"

Obwohl ich, Veronika Bennholdt-Thomsen, seit über fünfundzwanzig Jahren über Phänomene der Allmende arbeite, war ich Hardins Text bislang nicht begegnet. Mein Arbeitsgebiet in diesem Kontext war und ist die „comunidad indígena", die einheimische mexikanische Dorfgemeinschaft, sind insbesondere Fragen des kommunalen Landbesitzes, des soziokulturellen Zusammenhalts der „comunidad" und der religösen Weltsicht mit ihren Ritualen, die die Gemeinschaft reproduzieren. (vgl. Bennholdt-Thomsen 1976)

Im berühmten, bereits erwähnten „campesinistas–descampesinistas"-Diskurs wollten die „descampesinistas", alle mehr oder minder orthodoxe Marxisten, daß die Dorfgemeinschaft verschwinden solle, denn ihrer Meinung nach würde sie verhindern, daß sich das richtige, politisch korrekte proletarische Klassenbewußtsein entwickelt.

Was sie taten, war, einen Prozeß zu rechtfertigen, der in Mexiko sowieso schon stattfand. Der Gemeinschaftsbesitz, an die lokale Gruppe gebunden, über den sie autonom verfügte, wurde von einer Besitzform abgelöst, in der der *Staat* Eigentümer des Landes ist und es den Siedlungseinheiten zur Nutzung überträgt. Diese Form wird „ejido" genannt.[5] Sie wurde nicht zuletzt deshalb von staatlicher Seite durchgesetzt, weil das „ejido colectivo", eine Art LPG, ein gutes Mittel zur Modernisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft war.

Gemeinschaftsbesitz gegen Kollektivbesitz

Die sozialistische Philosophie, die die mexikanische Agrarpolitik prägte, stützt die Kollektivierungen. Sie lautet: je größer und zentralisierter, um so produktiver. Die revolutionäre Linke befürwortete die Zerstörung der konkreten, lokalen Reziprozität im Namen der Effizienz und des Vorteils, den die Allgemeinheit aus der Produktivitätssteigerung ziehen würde. Dieser Prozeß unterminierte die bäuerliche Ökonomie, mit der in Mexiko bis in die 60er Jahre, die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln und insgesamt mit Nahrungsmitteln garantiert war. Die industrialisierte Landwirtschaft hingegen wurde auf den Export, den Weltmarkt also und die Erwirtschaftung von Devisen ausgerichtet. Dank dieser Politik ist das Land seitdem zunehmend vom

Import von Nahrungsmitteln, zumal des ersten Grundnahrungsmittels Mais aus den USA abhängig. Die aktuellen Zahlen: 1990 mußte Mexiko schon 250 00 Tonnen Mais importieren, heute zwanzigmal soviel.

Mein Engagement in der skiziierten Debatte auf seiten der „campesinistas" hat mir geholfen zu verstehen, was eine Gemeinschaft ist, was Gemeinschaftsbesitz und Allmende sind, sowohl anhand ihrer Geschichte als auch anhand der sozialen und ökonomischen Mechanismen, die sie reproduzieren. Ich lernte zwischen einer Gemeinschaft, die auf Reziprozität, d.h. Gegenseitigkeit beruht, die also von den Gemeinden getragen wird, und den sog. gemeinschaftlichen Genossenschafts- und Kollektivformen, die von oben oktroyiert wurden, zu unterscheiden. Der Unterschied zwischen der kapitalistischen Verwandlung der Bauern in Proletarier (und einige wenige Unternehmer, wenn überhaupt) und der sozialistischen besteht darin, daß die sozialistische vermutlich stärker auf direktem Zwang beruht, dafür aber wenigstens den Arbeitsplatz garantiert. Kapitalistische Genossenschaften enteignen Bäuerinnen und Bauern in einer weniger unmittelbar gewaltsamen Form, am Ende aber müssen sie dennoch weichen. So stellte sich heraus, daß der Unterschied zwischen genossenschaftlichen oder kooperativen Besitzformen und dem Privatbesitz, der die Diskussion beherrschte, in Wirklichkeit eine ziemlich nebensächliche Frage ist, ebenso wie der Unterschied zwischen Realem Kapitalismus und Realem Sozialismus. (Bennholdt-Thomsen 1976, 1982)

Mit Hilfe der genannten Diskussion habe ich gelernt, das Gerede über *die Vorteile, die allen aus der Organisation immer gößerer Gemeinschaftseinheiten erwachsen sollen, zu entmystifizieren* und besonders mißtrauisch zu werden, wenn damit die Produktion gesteigert und neue Besitzformen eingeführt werden sollen. Ich kam zu dem Schluß: Ohne Gemeinschaft keine Gemeingüter, und keine Gemeinschaft ohne Gegenseitigkeit.

Kulturelle Ahnungslosigkeit

Hardin schrieb seinen Text ungefähr zur gleichen Zeit – 1968 –, als diese Debatte stattfand. Es ist offensichtlich, daß er nicht die geringste Ahnung von ihr hatte. Fragen der Allmende sind jedoch in erster Linie Fragen agrarischer Landnutzungsformen. Hardin äußert sich also zu einer Thematik, von der er keine Ahnung hat. Er benutzt sie nur, um über das schreiben zu können, was er das Bevölkerungsproblem nennt, wobei er auch dieses nicht näher erläutert.

Kurz, Hardin schreibt seine Meinung zu etwas, das er als Problem empfindet, als derartig gravierend, daß er von einer „Tragödie" spricht,

ohne nach der Geschichte oder der Meinung von ExpertInnen zum Thema zu fragen. Trotz dieses Dilettantismus wird sein Essay zum Zentrum einer Debatte. Das legt den Schluß nahe, daß er mit seiner Meinung eine weit verbreitete Ansicht getroffen hat. Oder, anders gesagt, er gibt eine äußerst populäre Ideologie wieder.

In Wirklichkeit aber handelt Hardins Aufsatz weder von der Allmende noch vom Bevölkerungswachstum. Vielmehr geht es schlicht um die Rechtfertigung des Konsumismus im Norden bzw. der Reichen und der Mittelklassen im Norden wie im Süden. Hardin schreibt nämlich vom fundamentalistischen Standpunkt der Wachstumsökonomie her, d.h. er gehört zu denen, für die es nur eine Weise des Wirtschaftens gibt, die sie mit fast religiöser Inbrunst und deshalb unreflektiert bejahen. So entsteht ein Text der Legitimation der Wachstumsökonomie, insbesondere der Legitimation der Haltung der Minderheit der Weltbevölkerung, die davon auf Kosten der Mehrheit aller anderen Menschen profitiert. Hardin macht das, indem er die Wahrheit einfach auf den Kopf stellt. Er sagt, daß die „gemeinen" Leute „unsere", d.h. der reichen Leute Wasser, Luft und Raum zerstören würden. Deshalb muß das Bevölkerungswachstum gestoppt werden. Die Weise, wie er argumentiert, ist ein Angriff auf die Selbstbestimmung anderer Menschen über ihren Körper, ihre Kultur, ihre Wirtschaftsweise, ihre Art von Sozialstruktur, ihr Wasser, ihre Luft und ihren Raum.

Hardin schreibt eine Rechtfertigung für die Wirtschafts- und Lebensweise seiner Gesellschaft, genauer seiner Klasse oder Kaste, und zwar natürlich ohne dies zu sagen. Unter dem Postulat der Objektivität, die er als Naturwissenschaftler einfach beansprucht und die ihm qua naturwissenschaftlicher Weltanschauung allseits zugestanden wird, vermag er eine höchst eigennützige, egozentrische Sicht als Allgemeinsicht zu verkaufen. Er macht das, indem er schlicht fragt: Was können wir tun, damit die Dinge so weitergehen wie bisher – einfach unterstellend, daß jedermann wie er der Meinung sei, diese Lebensweise sei für alle Menschen dieser Welt die beste.

Wir nennen diese Methodologie „kulturelle Ahnungslosigkeit". Sie besteht darin, daß eine bestimmte Lebensweise als die menschliche schlechthin postuliert wird, indem sie verallgemeinert oder objektiviert und universalisiert wird als DIE Lebensweise des menschlichen Wesens an und für sich. Dieses abstrakte menschliche Wesen kann jedoch leicht identifiziert werden: Es ist männlich, weiß, über 18 Jahre alt, lebt und arbeitet in einer industrialisierten urbanen Umgebung und denkt dementsprechend. Kulturelle Ahnungslosigkeit meint also nicht nur die Unkenntnis fremder Kulturen, sondern genauso auch

über die eigene Gesellschaft, denn wer so denkt, hat über den engen egozentrischen Horizont hinaus keine Ahnung von der Kultur der eigenen Gesellschaft.

Die Logik der globalisierten ökonomischen Vernunft: Mütter und „commons" zerstören das Leben

Hardins Essay ist eine besondere Mischung gesellschaftlich akzeptierter und aus einer langen Tradition stammender positiver Gefühle und Werte, deren Wiederholung er mit einer schamlosen „Dekonstruktion" der ihnen innewohnenden moralischen Prinzipien kombiniert, so daß sich der Leser am Ende legitimiert fühlt, diese archaischen Gefühle über Bord zu werfen, um nur noch skrupellos „modern" bzw. „postmodern" zu sein.

Das Hauptthema Hardins ist die Ablehnung, ja Verabscheuung der natürlichen Fruchtbarkeit bzw. des mütterlichen Prinzips, und zwar nicht nur, indem er es entökonomisiert, d.h. *diesem Austausch und dieser Kooperation zwischen Mensch und Natur die ökonomische Qualität abspricht, sondern indem er die naturgegebene Fruchtbarkeit und die lebenspendende Geburt als zerstörerisch darstellt.* Hardin erklärt den lebensschaffenden Prozeß nicht nur als ökonomisch irrelevant, sondern als destruktiv. Er verkehrt die Weltanschauung, die Mutter Erde respektiert, in das völlige Gegenteil. Jetzt gewährt nur noch die künstliche, männlich-menschgemachte Produktion das Leben, d.h. ist fruchtbar, wohingegen das Gebären Hardin zufolge das Überleben bedroht. Bei Hardin sind Frauen/Mütter wie Kühe auf der Weide. Gesellschaftlich-kulturelle Bedingungen und die bewußte Entscheidung der Frau werden ignoriert.

Dasselbe patriarchale Prinzip wendet Hardin bei seiner Sicht auf die „commons" an. So wie Gebären und Mutterschaft ent-ökonomisiert und entmenschlicht worden sind, wird bei der Allmende und der Gemeinschaft negiert, daß sie von bewußter menschlicher Reproduktion und Pflege abhängen. Hardin kann sich ein verantwortungsbewußtes Verhalten gegenüber den „commons" nicht vorstellen, weil er selbst nicht in dieser Weise funktioniert. Für ihn existiert nur eine Art Rationalität, nämlich die ökonomische, d.h. räuberische, die die Umwelt zerstört. Ein Zusammenhang, den er explizit zugibt. Allerdings nicht mit der Konsequenz, daß die ökonomische Rationalität geändert werden müßte, sondern daß die Menschen, die Gesellschaften und Kulturen, die nicht entsprechend der ökonomischen Rationalität der Wachstumsgesellschaft funktionieren, verschwinden sollen.

Das ist der Grund, warum die Gemeingüter laut Hardin an einem

inhärenten Widerspruch leiden. Sie bieten keine gesicherte Überlebensgrundlage und noch viel weniger sind sie für ihn mit dem Bild der Fülle und der Freiheit verbunden, sondern sie führen unweigerlich zum Scheitern jedes ökonomisch rationalen Unternehmens. In dieser Version der Dinge ist nicht der Privatbesitz eine Einhegung, sondern die Allmende. Diejenigen, die Privatbesitz haben, sind ordentlich ökonomisch handelnde Menschen, der Rest ist überflüssige Bevölkerung.

Vom Futter zum Abfall
Zerstörung der Allmende und die EU-Agrarpolitik

Ich, Maria Mies, komme aus einem Dorf in der Eifel. In meiner Kindheit hatte das Dorf 32 Häuser und Haushalte. Alle waren Subsistenzbauern, deren einziges Geldeinkommen aus der Milchwirtschaft und dem Verkauf von Kartoffeln und Getreide kam. Ab und zu wurden Rinder, Schweine und Ferkel verkauft. Das Dorf hatte Gemeindewald. Den hat es noch immer. Gemeindeland, Bäche, Straßen, Wege waren Gemeineigentum und mußten auch durch die Gemeindemitglieder instandgehalten werden.

Zum Beispiel mußte aus jedem Haus ein Erwachsener – Frau oder Mann – mitarbeiten, wenn eine Straße gebaut oder repariert, im Winter Schnee auf den Straßen geräumt, im Frühling Gräben gesäubert, im Gemeindewald Pflanzen gesetzt und andere Gemeindearbeiten verrichtet werden mußten. Diese notwendige, kollektive, kommunale Arbeit war nicht nur eine Last, sondern immer auch ein riesiger Spaß, besonders für die jungen Frauen und Männer. Es existieren noch Fotos vom Pflanzensetzen im Gemeindewald, die von diesem Gemeinschaftsspaß Zeugnis geben.

Die Gemeindearbeit war die Voraussetzung dafür, daß jeder Haushalt auch den Nutzen von der Allmende haben konnte. Noch heute bekommt jedes Haus jährlich Holz aus dem Gemeindewald. Früher wurden Schweine und auch Kühe in den Wald zum Grasen getrieben. Und das Gemeindeland stand den Armen zur Verfügung.

Heute gibt es noch zwei Haushalte, die von Land- und Milchwirtschaft leben. Alle anderen haben die Landwirtschaft aufgegeben. Die letzten Reste der Allmende wurden im Zuge der Zusammenlegung privatisiert. Die kommunale Arbeit, die von allen Haushalten ohne Bezahlung getan wurde, wurde durch Lohnarbeit ersetzt.

Diese Veränderungen sind Folge der europäischen Agrarpolitik seit den fünfziger Jahren. Ziel dieser Politik war und ist, die Landwirtschaft

zu modernisieren und zu industrialisieren. Die Zahl der Bauern soll drastisch verringert werden. Deutschland betrachtet sich als Industrieland, in dem die Landwirtschaft der Industrie zu dienen hat.

Seit Ende der achtziger Jahre zeigt sich, daß nicht mehr genug Arbeitsplätze für diese „freigesetzten" Bauern vorhanden sind und daß die Dörfer langsam verkommen. Als Alternative zur Landwirtschaft wird nun der Tourismus propagiert, und den Dörfern werden Programme wie „Unser Dorf soll schöner werden" untergejubelt. „Schöner" hieß zunächst, das Dorf einer vorstädtischen Siedlung anzugleichen, mit Gehsteigen, Umbau von Ställen und Scheunen zu Ferienwohnungen, Abriß alter Häuser, um die Straßen für die Autos zu erweitern. Freie Plätze wurden mit Rasen bepflanzt, Parks und Kinderspielplätze entstanden.

Ein Problem der Verstädterung der Dörfer und des Bauernsterbens ist u.a. die Tatsache, daß die organischen Küchenreste, die früher an Hühner und Schweine verfüttert wurden oder auf dem Dunghaufen landeten und als Dünger der Erde wieder zugeführt wurden, zu wirklichem Abfall geworden sind, der „entsorgt" werden muß. Dasselbe gilt für das Gras an den Feldwegen, das früher von den Ziegen der landarmen Leute abgefressen wurde. Alles das sind jetzt „Grünabfälle". Außerdem muß der Rasen des Dorfparks dauernd gemäht werden. Und auch die Privatgärten liefern jede Menge Grünabfall, der irgendwie beseitigt werden muß. Seit die alten Zyklen von Produktion und Reproduktion zerrissen wurden, gibt es im Dorf keinen Platz mehr, wohin dieser organische Abfall „entsorgt" werden kann.

Als Ausweg und angeblich ökologische Neuerung führte die Kreisverwaltung die „Braune Tonne" zur Sammlung solcher Abfälle ein, die bis nach Thüringen zu einer Kompostierungsanlage gefahren wurden. Der Grund für den unsinnigen Transport: Die Löhne in Ostdeutschland sind niedriger als im Westen. Um diese absurde Situation zu ändern, hat die Kreisverwaltung mit einer privaten Kompostierungsfirma in Hessen einen Vertrag abgeschlossen, die im Kreisgebiet eine Kompostierungsanlage einrichten sollte, mit modernster Technologie.

Als es um die Frage des Standorts für die Kompostierungsanlage ging, stellte sich heraus, daß keine Gemeinde bereit war, sie auf ihrem Gelände zuzulassen. Bei einer Anhörung in Steffeln war die Hauptfrage der Gemeindemitglieder, ob die Anlage Arbeitsplätze schaffe, ob sie der Gemeinde nicht mehr Kosten als Nutzen bringen würde und ob so nicht das Grundwasser verdorben würde. Als die Vertreter der Kreisverwaltung keine zufriedenstellende Antwort auf diese Fragen geben konnten, wurde der Antrag abgelehnt.

Damit war das Problem des organischen Abfalls freilich nicht gelöst. Wir sehen jedoch das Dilemma, das die Zerstörung der Allmende und der freien kommunalen Arbeit in einer Landgemeinde erzeugt. Vor kurzer Zeit war die Gemeinde noch in der Lage, sich zum Teil selbst zu versorgen, durch kommunale Arbeit, Subsistenzlandwirtschaft und Allmendebesitz das soziale und ökologische Gleichgewicht zu erhalten. Heute ist sie abhängig von Krediten, Lohnarbeit, Tourismus, Import von Chemie und Export ihres organischen Mülls.

Die Absurdität der Situation wird noch verschärft durch die Tatsache, daß die Gemeinde wie fast alle Gemeinden und der Kreis hoch verschuldet ist. Eigentlich können sie sich Mülltourismus nicht leisten.

Dennoch kam keiner der Verantwortlichen im Gemeinderat oder in der Kreisverwaltung auf die Idee, daß jede Landgemeinde selbst ihren organischen „Abfall" ökologisch sinnvoll und kostengünstig, wenn nicht kostenlos wieder der Erde zuführen könne. Es gibt immerhin noch einige Bauern, auf deren Dunghaufen die Küchenabfälle gekippt werden können. Und was nicht so „entsorgt" werden kann, könnte in kleinen dezentralen Kompostieranlagen zu gutem Dünger aufbereitet werden. Außerdem können die Leute Komposthaufen in ihren Gärten anlegen, was allerdings mit etwas mehr Arbeit verbunden ist.

Doch die Menschen, die bis vor wenigen Jahren überhaupt kein Müllproblem kannten, kamen nicht auf diese Ideen. Erst als ein Leserbrief in der lokalen Zeitung auf die Erfahrungen mit einem dezentralen Müllkonzept hinwies, wie es die SSK in Bergneustadt seit Jahren mit Erfolg praktiziert (Mies/Shiva 1995, S. 405ff), begannen sie nachzudenken. Inzwischen hat das Nachdenken über die Absurdität dieser industrialisierten und zentralisierten „Entsorgung" des organischen Mülls und letzten Endes der Geldmangel die Kreisverwaltung dazu gebracht, das Projekt fallenzulassen. Sie hat die Bürger aufgerufen, ihre Grünabfälle selbst zu kompostieren.

Wenn wir uns diese Müllgeschichte unter der Perspektive der Subsistenz und der Allmende ansehen, gewinnen wir einige wichtige Einsichten: Die alte Allmende und die freie kommunale Arbeit wurden zerstört, durch Privateigentum und Lohnarbeit „eingehegt". Damit änderte sich die bisherige kommunale Ethik sehr schnell. Nur noch das finanzielle Selbstinteresse zählt. Ohne Geld keine Arbeit, auch nicht für die Gemeinde. Und zusätzlich fühlt sich niemand mehr verantwortlich für die eigenen Abfälle. Irgendeine höhere Instanz soll sie wegschaffen. Wohin, interessiert niemanden. Sie sollen nur weg. Dieses Wegschaffen darf allerdings nicht zuviel kosten.

Da die Produktion und Reproduktion des Lebens auch auf dem Land nicht mehr eingebettet ist in einen lebendigen Zusammenhang, in ökologische Zyklen des Werdens und Vergehens, die mit der menschlichen Gemeinschaft und ihrer Kultur ein Kontinuum bilden, sondern abgetrennt ist von den lokalen Pflanzen, Tieren, Mikroben, können die Überbleibsel unseres organischen Lebens auch nicht geschätzt werden. Es sei denn, man kann sie wiederum in ein Wirtschaftsgut, eine kapitalistische Ressource verwandeln.

Doch diese Möglichkeit stößt, wie wir sahen, an ökologische und ökonomische Grenzen. So oder so ist dieses Problem im Rahmen des Regimes privater Interessen und einer Wachstumswirtschaft nicht zu lösen. Erst wenn die Menschen wieder kommunale Verantwortung für ihre Lebensreste übernehmen, wenn Abfall so etwas wie eine *„negative Allmende"* wird, kann wahrscheinlich auch wieder eine positive, nicht auf private bloße Geldvermehrung zielende Beziehung zu den organischen Grundlagen unser aller Leben entstehen.

Was am Beispiel des Müllproblems einer kleinen Eifelgemeinde deutlich wurde, gilt im Großen für die gesamte Wirtschaft der kapitalistischen Industrieländer. Die Abfälle dieser Industriegesellschaften, vor allem die toxischen, werden zunehmend aus dem Territorium dieser Gesellschaften weggeschafft und auf dem Gemeineigentum, den Allmenden anderer Völker, vor allem im Süden, abgekippt. Diese werden schlicht, wie zu Kolonialzeiten, als Gebiete des „Freien Zugangs", als „leeres Land" erklärt. Luft, Wasser, Regenwälder, Wüsten werden zu Abfallhalden der Industriegesellschaft.

Keine Neuerfindung der Allmende im Norden ohne Verteidigung der Allmende im Süden.

Wenn wir also darüber nachdenken, wie im Zusammenhang einer Subsistenzorientierung die Allmende wiedererfunden werden könnte, müssen wir zunächst zur anderen Seite des Globus gehen und fragen, was dort mit den Allmenden im Zuge der sogenannten Entwicklung und Modernisierung geschieht.

Das, was ein kleines Eifeldorf mit jedem beliebigen Dorf oder jeder Region im Süden verbindet, ist genau dieses *Entwicklungskonzept*, das darauf zielt, alle Formen und Bedingungen der Subsistenzproduktion der Kapitalakkumulation einzuverleiben und so zu zerstören. Außerdem ist die „Entwicklung" des Eifeldorfes, die Zerstörung der Reste seiner kommunalen, selbstversorgungsorientierten Grundlagen

kausal und direkt abhängig von der Kontrolle und Privatisierung des Gemeineigentums im Süden, die ebenfalls „Entwicklung" genannt wird. Diese Entwicklung ist gleichbedeutend mit der Zerstörung und Fragmentierung der Allmenden und der lokalen Subsistenzgemeinschaften und wird im Namen von Fortschritt und Armutsbekämpfung und Produktivitätssteigerung legitimiert.

Was unterscheidet, was verbindet Papua Neuguinea mit Steffeln?

Wenn wir die Geschichte über das Müllproblem eines Eifeldorfes und die über den Widerstand in Papua Neuguinea gegen die Zerstörung des Gemeineigentums durch die Weltbank vergleichen, können wir zunächst kaum etwas Verbindendes feststellen. Und dennoch hängen diese Situationen auf einer tieferen Ebene kausal zusammen.

- Fast alles Land in Deutschland ist entweder Privat- oder Staatsbesitz. Dennoch gibt es, wie in Steffeln, Reste von Allmende oder Gemeindebesitz, der heute aber zunehmend unter die Kontrolle durch private Interessen geraten ist und für die Marktproduktion genutzt wird. Die Subsistenzproduktion ist von den wenigen verbliebenen Bauern fast gänzlich aufgegeben worden.
- Die Mehrzahl der Menschen hat diese „Entwicklung" der Dörfer als Fortschritt begrüßt und akzeptiert, daß die jungen Menschen in die Städte zogen, die Bauern für einen externen Markt Rohstoffe produzieren und die notwendigen Nahrungsmittel aus dem globalen Markt ins Dorf importiert werden. Auch die ruralen Produzenten und Konsumenten haben das Bewußtsein weitgehend verloren, daß ihr Lebensunterhalt von ihrer Beziehung zum Land abhängt. Sie betrachten Geld und den Markt als die Quelle ihres Lebens.
- Daß eine solche „Entwicklung" möglich wurde, läßt sich u.a. dadurch erklären, daß in Ländern des Südens wie Thailand, Brasilien und anderen die lokalen Allmenden und Gemeinschaften für die Exportproduktion von Kraftfutter – Soja, Tapioca z.B. für Europas Vieh – ausgebeutet und eingehegt, d.h. privatisiert wurden.
- Während die „freigesetzten" Kleinbauern in Deutschland bisher noch vom Sozialstaat aufgefangen werden – die Industrie ist kein Auffangbecken mehr für arbeitslose Bauern –, sehen die Menschen in Papua Neuguinea sehr klar, daß die Zerstörung ihrer Allmende und die Nutzung des Landes für die Weltmarktproduktion für sie nur das Elend der Slums, die Zerstörung ihrer Clans, die Zerstörung ihres „guten Lebens" bedeuten kann. Ihr Widerstand und ihr Erfolg basieren auf dieser Erkenntnis und auf der noch bestehenden Verbindung zwischen Gemeinschaft und Gemeineigentum.

- Außerdem führen Globalisierung der Wirtschaft und Freihandel dazu, daß Nahrungsmittel, importiert aus Billiglohnländern (z.B. Produkte aus Palmöl-Margarine statt Butter), in solcher Masse und zu billigsten Preisen auch in den Supermärkten der ländlichen Gebiete vorhanden sind, daß die eigene Produktion von Nahrungsmitteln nicht mehr rentabel ist. Diese Supermärkte können aber nur gefüllt werden, wenn die transnationalen Agrar-, Chemie- und Nahrungsmittelkonzerne weiterhin freien Zugriff auf immer mehr Allmenden in Ländern wie Papua Neuguinea haben.
- Das bedeutet, daß in der Ist-Situation das kurzfristige Interesse auch der ländlichen KonsumentInnen in Deutschland an niedrigen Nahrungsmittelpreisen in einem antagonistischen Verhältnis zu den Frauen und Männern in Papua Neuguinea steht, die ihr traditionelles Allmendeland für ihre eigene Subsistenz nutzen wollen.
- Obwohl in einem Dorf wie Steffeln die Menschen durchaus Zugang zu Land haben und obwohl der globalisierte Agrarmarkt ihre bäuerlichen Arbeitsplätze ohne Alternative vernichtet, folgt die Mehrzahl bewußtseinsmäßig der herrschenden Ideologie, durch die das Land und die Landarbeit entwertet und industrielle Lohnarbeit hochgeschätzt werden. Der faktische Hintergrund dieser Entwertung ist freilich der Import billigster Nahrungsmittel aus der ganzen Welt. Doch diese Zusammenhänge werden in Steffeln (noch) nicht erkannt und durchschaut.
- Anders in Papua Neuguinea. Hier wurde der Zusammenhang zwischen globaler Weltbankpolitik, GATT, den SAPs, Freihandelsdoktrin, Exportproduktion und der Zerstörung des traditionellen Landrechts und als Folge die Verarmung des Volkes klar erkannt, und zwar bis ins letzte Dorf. Hier lehnen die Menschen die Entwicklung genannte Einhegung ihrer Allmende ab.
- Eine Gemeinsamkeit – die gleichzeitig auch einen Unterschied bedeutet – ist die Rolle, die die Frauen in diesen Prozessen spielen. In Steffeln und ähnlichen Dörfern sind es nicht zuletzt die Frauen, die das moderne Entwicklungsmodell gutheißen. Denn es verspricht ihnen weniger Arbeit, sauberere Arbeit, mehr Geld, den „Aufstieg“ zur städtischen Hausfrau oder Lohnarbeiterin. In Papua Neuguinea waren es vor allem die Frauen auf dem Land, die den Widerstand gegen das Landmobilisierungsgesetz organisierten. Sie waren nicht isolierte, schwache städtische Hausfrauen, sondern Subsistenzproduzentinnen mit eigenen Frauen-Kollektiven.

Wir sind der Meinung, daß die Frauen – so oder so – für das Kapital eine strategisch wichtige, vielleicht sogar *die* wichtigste Rolle bei dem

Prozeß spielen, in dem das Kapital das Lebendige, Spontane, Selbstbestimmte, Selbstorganisierte, Sich-selbst Regenerierende aneignet und entwertet, zerstört und durch das Tote, die Ware und das Geld ersetzt. Und zwar bis zu dem Punkt, wo die Frauen, die doch selbst Leben hervorbringen, dieses spontan Lebendige als Bedrohung empfinden.

Wir meinen, es ist an der Zeit, daß die Frauen in den Industrieländern beginnen, von Frauen wie denen aus Papua Neuguinea zu lernen, was wirkliche Macht ist und wie Frau sie verteidigt.

Anmerkungen

1 Dieser Bericht fußt auf Zeitungsberichten über die Widerstandsbewegung der Bevölkerung von Papua Neuguinea gegen das „Landregistrierungsgesetz" der Regierung im Sommer 1995.

2 Sir Julius Chan ist inzwischen abgewählt worden, weil das Volk nicht akzeptierte, daß er südafrikanische Söldner zur Niederschlagung der Unabhängigkeitsbewegung in Bougainville eingesetzt hatte.

3 Prof. Faraclas erklärt die führende Rolle der Frauen beim Kampf um die Erhaltung der kommunalen Kontrolle über das Land aus der Tatsache, daß das Land vor der Kolonisierung in ganz Melanesien unter der Kontrolle der Frauen war. Durch die Kolonisierung und Missionierung wurde die Kleinfamilie eingeführt, wodurch die Männer zu „Ernährern" definiert und zu Lohnarbeitern auf den Plantagen gemacht wurden. Die Frauen mußten weiterhin, meist ohne die Männer, die Subsistenzlandwirtschaft betreiben. Sie haben ein Interesse an der Erhaltung des kommunalen Landes als Grundlage der kommunalen Struktur ihrer Clans, ohne die sie nicht überleben könnten. Sie sind also mehr als die Männer gefeit vor den Verlockungen der Lohnsklaverei, dem Alkohol und der Korruption durch Teilnahme an der Herrenmacht.

4 Ähnlich wie Hardin formuliert der neoliberale wirtschaftswissenschaftliche Theoretiker Friedrich von Hayek in einem Interview der chilenischen Zeitung „El Mercurio" 1981, noch zu Zeiten der Militärdiktatur: „Eine freie Gesellschaft benötigt moralische Bestimmungen, die sich letztendlich darauf zusammenfassen lassen, daß sie Leben erhalten: nicht die Erhaltung aller Leben, weil es notwendig sein kann, individuelles Leben zu opfern, um eine größere Zahl von anderen Leben zu erhalten. Deshalb sind die einzigen wirklichen moralischen Regeln diejenigen, die zum ‚Lebenskalkül' führen: das Privateigentum und der Vertrag." (Zit. nach Peter Mandorfer 1996)

5 Im Zuge der neoliberalen Politik unter der Präsidentschaft von Salinas de Gortari ist inzwischen auch die Rechtsgrundlage für das „Ejido" praktisch abgeschafft worden, denn dem privaten Kapital, wie dem Privatbesitz sind gesetzlich Tür und Tor geöffnet worden.

Lohnarbeit und Subsistenz

Es gibt ein Leben vor und nach der Lohnarbeit: Die Widerstandsgemeinschaften in Guatemala

Die folgende „Subsistenzgeschichte" beruht auf dem Forschungsbe richt von Corinna Milborn, die 1996 mehrere Monate in zwei Gebietei der Widerstandsgemeinschaften in Guatemala gearbeitet hat. (Milbor 1997a und b)

Die „Comunidades de Población en Resistencia" (CPR), auf deutsch wörtlich: „die Gemeinschaften der Bevölkerung im Widerstand", sind eine Antwort der Mayas auf die Genozid-Politik der verbrannten Erde seitens der guatemaltekischen Militärregierungen. Die ersten Organisationsstrukturen der CPR entstanden in den Jahren der schlimmsten Verfolgung 1980-1982 bereits auf der Flucht. Heute gibt es in drei relativ unzugänglichen Gebieten Widerstandsgemeinschaften, in der Sierra, im Ixcán (beide im Departement Quiché) und im Petén. In der Sierra umfassen die CPR vierzig Siedlungen, die großenteils den Mayagruppen und Sprachen der Ixil und Quiché angehören. In der CPR des Ixcán sind Familien aller zweiundzwanzig Völker Guatemalas vertreten. Dieses „Völkergemisch" hat die jahrhundertelange Isolation der Gemeinden durchbrochen und das Bewußtsein einer gemeinsamen Identität als Mayas erwachen und erstarken lassen. Bei den CPR handelt es sich also nicht um einen kleinen, isolierten Versuch der Organisation des Widerstands, sondern um eine regelrechte Bewegung.

Seit der endgültigen Unterzeichnung des Friedensvertrages im Dezember 1996 können die CPR hoffen, nicht mehr vertrieben und verfolgt zu werden. Mit den CPR haben die Mayas wieder eine bäuerliche Subsistenzökonomie aufgebaut, wobei der wöchentliche regionale Markt als Ort des Tauschens wie der Kommunikation eine wichtige Rolle spielt. Für die Menschen der CPR ist es Bestandteil ihres Widerstands, daß sie *keine (Wander-)Lohnarbeit* verrichten. Das erfüllt sie mit Stolz und gibt ihnen ihre Würde zurück, die so brutal verletzt worden ist.

Über Jahrhunderte war die indigene Bevölkerung Guatemalas von

den spanischen Kolonialherren zur Zwangsarbeit gepreßt worden. Die Lohnarbeit für die Großgrundbesitzer, vor allem in den Plantagen an der Küste war und ist die direkte Fortsetzung dieser Zwangsverhältnisse in die Gegenwart hinein. Ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts migriert fast die gesamte Bevölkerung des Hochlandes für einige Monate im Jahr an die Küste. Sie sehen sich dazu gezwungen, denn die nationale Politik im Dienst der mestizischen und weißen Großgrundbesitzer und der ausländischen Agrarmultis – Guatemala ist über weite Strecken eine Bananenrepublik – beraubte die Gemeinden ihres Gemeinschaftslandes, der Allmende. Darüber hinaus werden die BäuerInnen unter Druck gesetzt, nicht mehr Mais und Bohnen, sondern „cash crops" für den Export anzubauen, so daß die Subsistenzbasis immer schmaler geworden ist. (Die Mechanismen waren und sind ähnlich wie im benachbarten mexikanischen Chiapas, wie wir sie in Kapitel III beschrieben haben.) Außerdem werden die Mayabauern übertölpelt, betrunken gemacht, verschulden sich und müssen die Migrationsarbeit in Schuldknechtschaft antreten.
Aber seit den 70er Jahren wuchs der Widerstand, die Gemeinden vernetzten sich und organisierten ihre Subsistenz in kooperativer Form (vor allem in den Kolonisierungsgebieten des Ixcán). Damals wurde die Guerilla auch von den Dörfern unterstützt. Da der Krieg gegen die Subsistenz (Illich) nicht erfolgreich genug gewesen war, ging das Militär zum Völkermord über. Ganze Landstriche im Hochland Guatemalas wurden entvölkert. Zehntausende flohen oder wurden ermordet. Im Wald und in den Bergen begannen die Flüchtlinge sich neu zu organisieren. Um leben zu können, mußten sie zuallererst ihre Nahrung sicherstellen. So entstand die neue Subsistenzökonomie der Widerstandsgemeinschaften.
„Die Gemeinschaften der Bevölkerung im Widerstand" greifen bewußt auf Produktions-, Kultur- und Organisationsformen zurück, die sie vor den Zeiten des Lohnarbeitszwangs und der Verfolgung eher unbewußt benutzten.

- Das Land ist *Gemeinschaftsbesitz*, die Arbeit wird gemeinschaftlich nach dem Prinzip der *Reziprozität* organisiert. Darin ist auch die nicht-landwirtschaftliche Arbeit eingeschlossen; die Inhaber eines Amtes werden zeitweise von der Landwirtschaft freigestellt, aber mitversorgt, *ohne* daß sich daraus eine *Hierarchie* ableiten würde. Überschüsse werden in *Verdienstfesten* kollektiv konsumiert.
- Die Glaubenssysteme (es sind unterschiedliche Religionen und

religiöse Sekten vertreten) knüpfen bewußt an die *kulturelle Mayatradition* an, wodurch auch der mögliche Gegensatz zwischen unterschiedlichen Mayagruppen/-sprachen leichter überbrückt werden kann.

- Politische Entscheidungen werden nach dem *Konsensprinzip* getroffen, alle können an der Meinungsbildung mitwirken. Einmal im Jahr trifft sich die „Asamblea General", in die aus jedem Dorf *je eine alte Frau und ein alter Mann,* je *eine Frau und ein Mann mittleren Alters* und *zwei junge Leute* gewählt werden. Auch die Asamblea entscheidet nach Konsensprinzip, und in jeder wichtigen Frage wird eine *Volksbefragung* aller durchgeführt. Für kurzfristige Entscheidungen gibt es ein lokales und regionales Gremium. Es gibt kein Gericht und wenn Streitigkeiten nicht durch Aussprache geregelt werden können, entscheidet der *Ältestenrat.* Die CPR streben explizit nicht nach einer überregionalen, übergeordneten Macht.
- *HeilerInnen und LehrerInnen kommen aus der eigenen Mitte*; wer etwas weiß, muß es weitergeben. So ist der Analphabetismus in den 15 Jahren des Bestehens der CPR auf 20% der Mitglieder gesenkt worden, während er in sonstigen indigenen Gemeinden Guatemalas bei 80–90% liegt.

Was ist gegenwärtig in Deutschland Nicht-Lohnarbeit?

„Der Weg in eine reine Gesellschaft von Lohn- und Gehaltsempfängern ist eine beschäftigungspolitische Sackgasse." Das sagt nicht ein Theoretiker des Ansatzes der „Wirtschaft von unten", ein Vertreter der Ökodorfbewegung oder einer Landkommune, sondern Edmund Stoiber, CSU-Ministerpräsident von Bayern und Repräsentant der Standortpolitik. (FR vom 11.3.1996) Standortpolitik heißt, daß die sozialen, steuerlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden, damit das nationale und internationale Kapital den „Standort Deutschland" weiterhin für seine Investitionen wählen möge. Welche andere Art der Beschäftigung aber soll durch diese Investitionsanreize entstehen als die für Lohn- und GehaltsempfängerInnen?

Nimmt Herr Stoiber auf diese Weise Abschied vom Ziel und den christlich-sozialen Versprechungen der Vollbeschäftigung? Offensichtlich spricht er nicht von den Arbeitskräften, die die großen Firmen fest einstellen, sondern von jenen, die sie nicht benötigen. Gegenwärtig haben nur noch zwei Drittel aller ArbeitnehmerInnen in West-

deutschland einen unbefristeten Vollzeitjob. Vor zwanzig Jahren waren es vier Fünftel. Angesichts der Ideologie der Standortpolitiker, die staatliche Förderung der großen Unternehmen und Banken werde früher oder später allen zugute kommen, ist Stoibers Äußerung entweder bemerkenswert ehrlich oder bemerkenswert kaltschnäuzig. Auf alle Fälle enthält sie den Hinweis, daß man die Entkoppelung der positiven Entwicklung von Kapital und Lohnarbeit auch vom standortpolitischen Ansatz her für eine unveränderbare Tatsache hält.

Welche Form von Nicht-Lohnarbeit und Nicht-Gehalt mag der bayerische Ministerpräsident meinen? Stoiber sagte den zitierten Satz bei der Eröffnung der Handwerksmesse 1996 in München. Womöglich ist er der Meinung, daß das selbständige Handwerk neben der großen industriellen Fertigung fortbestehen könne. Es ist jedoch zu bezweifeln, daß es das selbständige Handwerk überhaupt noch gibt. Längst hat die elektronisch gesteuerte Fertigung alle Handwerksbereiche (z.B. Tischlerei und Schneiderei[1]) durchdrungen und damit die Konzentration forciert. Ehemalige Handwerksbetriebe sind verschwunden oder kleine Industrieunternehmen geworden.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie die kleine Industrie ihre Waren absetzen soll, da den billigen Weltmarktprodukten Tür und Tor geöffnet sind. Oder wie kleine Dienstleistungsbetriebe unabhängige Beschäftigung bieten sollen, in Zeiten, in denen die Großorganisation nicht nur den Einzelhandel (Supermärkte) oder die Gastronomie (Imbiß- und Restaurantketten), sondern z.B. auch die Arbeiten zur Instandhaltung der Gebäude, vom Putzen über den Wachdienst bis zum Fassadenanstrich erobert hat? Auch diese Bereiche können nicht gemeint sein.

Vielmehr ist die selbstgeschaffene Beschäftigung am Ende des 20. Jahrhunderts, im Zeitalter der Globalisierung in jenem Bereich zu finden, der in der Dritten Welt „informeller Sektor" genannt worden ist. Hierhin gehören vom Schuhputzer über die Heilerin und die Imbißbudenbesitzerin bis hin zum Software-Spezialisten am heimischen Computer und der stellungslosen Zeitungsartikel schreibenden Soziologin alle, die sich, ungeschützt von Sozial-und Krankenversicherung, selbstorganisiert ein meist prekäres Einkommen schaffen. Konservative Theoretiker und Politiker in den Zentren wie Stoiber haben freilich ein wesentlich positiveres Bild der selbstgeschaffenen Beschäftigungen. In ihren Augen sind alle Selbständigen kleine Unternehmer, Kapitalisten, die, wenn sie nur fleißig und hart genug sind, es wie Rockefeller vom Schuhputzer zum Industriemagnaten oder neuerdings wie Bill Gates vom Hacker zum Software-Milliardär bringen

können. Daß staatliche Förderung des großen Kapitals keineswegs Lohnarbeitsplätze schafft, ist in dieser Sicht kein Widerspruch, sondern gehört zum Konzept.

Zum Konzept gehört auch die Versprechung, dadurch werde die Gesamtwirtschaft aufblühen. In der internationalen Entwicklungspolitik wurde diese Vorstellung mit der Metapher vom „trickle down effect" visualisiert, dem „Heruntertröpfeln" von den Gewinnen auf den Lebensstandard der Bevölkerung. In Wirklichkeit werden die kleinen „Selbständigen", die da als zukünftiges Arbeitsverhältnis gepriesen werden, der subventionierten und politisch produzierten Marktmacht der Großen unterworfen, die sie als kurzfristig vernutzbare, ungeschützte Lohnarbeitskraft frei zur Verfügung hält.

Das bestätigt die stetig steigende Zahl der sozialversicherungsfreien, somit ungeschützten 610-Mark-Jobs. In diese Kategorie gehören auch die sogenannten „neuen Selbständigen", deren Zahl Uwe Jean Heuser in der Bundesrepublik Deutschland bereits auf über eine halbe Million schätzt. „Dazu zählen Lastwagenfahrer, denen der ehemalige Arbeitgeber den LKW samt allen damit verbundenen Vepflichtungen verkauft und sie nun auf eigene Rechnung fahren läßt." Auch Bäckergesellen oder Ausbeiner auf dem Schlachthof würden auf diese Weise von ihren bisherigen Chefs „angestellt". (Die Zeit, 14.2.1997) Jegliches Geschäftsrisiko ruht auf den Schultern der Selbständigen, die Gewinne fließen in die Taschen der Banken und des Unternehmens, das Infrastruktur und Organisation in der Hand hat.

Aber die Politik steckt hinsichtlich ihrer Möglichkeiten, sozialstaatliche Arbeitsnormen verteidigen zu können, selbst in der Klemme. Die Wirtschaftsherrschaft der Konzerne und Finanzinstitute ist am Ende des 20. Jahrhunderts so übermächtig geworden, daß der Staat für ihre Interessen erpreßt werden kann. Dieser Zustand ist nicht erst durch die gegenwärtige neoliberale Politik entstanden. Vielmehr handelt es sich dabei um die geradezu notwendige und folgerichtige Konsequenz einer sozialen und kulturellen Entwicklung, deren Weichen vor Jahrzehnten, insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg mit dem Marshall-Plan und der Schaffung der internationalen Entwicklungspolitik mit Weltbank und Internationalem Währungsfonds gestellt worden sind. Wichtiger noch ist, daß sich in dieser Zeit eine Kultur der Zustimmung zu den Mechanismen der Akkumulation herausgebildet hat, so daß wir nicht nur von einer *Maximierungswirtschaft,* sondern von einer Maximierungsgesellschaft sprechen müssen.

Heute glaubt niemand mehr, daß sich der Idealtypus von Lohnarbeit, nämlich der fest eingestellte Facharbeiter, den man für das normale Arbeitsverhältnis hielt, für alle Arbeitenden herstellen werde. Bislang ging man davon aus, daß zumindest in der westlichen Industriegesellschaft jedes abhängige Arbeitsverhältnis diesem Idealtypus angeglichen werden könne; mit anderen Worten, daß es dem Charakter und der Kapazität dieses Wirtschaftssystems entspräche, gut bezahlte, abgesicherte Lohnarbeitsplätze für alle hervorzubringen. Es schien nur von den Gewerkschaften und der entsprechenden staatlichen Politik abzuhängen, wie schnell und auf welchem Weg – etwa über staatlich gesteuerte Umverteilung und Lohnersatzleistungen – sich die vorgeblich typische *Lohnarbeits-Lebensweise* für alle verallgemeinern werde.

Konsequenterweise müßte mit der Ernüchterung auch eine andere Vision einhergehen. Daß dies nicht der Fall ist, liegt an der Verinnerlichung des idealisierten Lohnarbeitsdiskurses, was nichts anderes bedeutet, als daß die Tatsache, daß man sich bei uns kein anderes Arbeitsverhältnis vorstellen kann, kulturell verankert ist.

Dank der herrschenden Verwirrung kann Herr Stoiber seine eingangs zitierte Bemerkung fallenlassen, ohne daß ihm Empörung entgegenschlagen würde – Empörung über den Zynismus, daß er und seine politischen Freunde bittere Pillen gegen die Massenkrankheit (Lohn-)Arbeitslosigkeit anpreisen, während sie gleichzeitig mit denen gemeinsame Sache machen, die die Seuche verursachen. Dabei hat Stoiber durchaus recht, wenn er sagt, „eine reine Gesellschaft von Lohn- und Gehaltsempfängern ist eine Sackgasse". Allerdings hat seine Bemerkung keine andere Funktion, als die Schlupflöcher in der Sackgasse als Weg erscheinen zu lassen, der gar nicht so unwegsam sei, wie er aussieht. Jedoch *der Sackgasse der Maximierungswirtschaft den Rücken zu kehren und die Arbeitsverhältnisse, die bislang durch die politische Macht der Profit- und Zinsmechanismen immer wieder ruiniert werden, aus dieser Umklammerung zu befreien*, das können wir vom CSU-Ministerpräsidenten von Bayern wahrhaftig nicht erwarten. Schließlich, soviel wollen wir ihm zugute halten, glaubt er an die Herrschaft des Kapital-Lohnarbeitsverhältnisses als notwendiger Voraussetzung für das Fortschrittsparadies. Und fast noch inbrünstiger als er tun dies seine marxistisch geschulten linken Zeitgenossen.

Der sozialistische Glaube an die Technik und die Zentralisierung und Konzentration der Produktion war stets von der Überzeugung begleitet, daß die Lohnarbeit und vor allem der Lohnarbeiter die ein-

zig historisch mögliche, moralisch richtige und gesellschaftlich notwendige Aufgabe erfülle. Auch daß das Bild vom Facharbeiter so lange die Vorstellung von Lohnarbeit geprägt hat, ist ganz wesentlich auf das sozialistische Denken zurückzuführen. Tatsächlich ist der Sozialismus, in dem das Kapital von vornherein als Staatskapital auftrat, niemals ein Gegenentwurf zum Kapitalismus gewesen, sondern nur eine Spielart desselben, wie Wallerstein schon lange vor dem Zusammenbruch des realen Sozialismus vertreten hat. (Wallerstein 1984, 76)[3] Gerade diese Tatsache aber wird bis heute von Linken wie Rechten nicht zur Kenntnis genommen und erst recht nicht weitergedacht. Dann nämlich würde sich eine Frage ergeben, die bislang in der Debatte um die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise keine Rolle spielt: Stößt der siegreich herrschende, globale, monopolistische Kapitalismus an die gleichen Grenzen wie der Sozialismus? Genau das ist der Fall. Die Grenzen werden erreicht, weil es in der Maximierungsgesellschaft weder um die Reproduktion der Umwelt (oder Natur oder Erde) noch um die Reproduktion der lebendigen Arbeitskraft geht.

Zur Ideologie des Lohnarbeitsregimes

Die Fixierung auf die Lohnarbeit ist in beiden kapitalistischen Systemen so weit gediehen, daß sie synonym für Arbeit schlechthin gesetzt wird. Bekanntlich wird deshalb von einer Hausfrau, die Mutter von drei oder vier Kindern sein kann, gesagt: „Sie arbeitet nicht." Für unbezahlte Arbeit existiert kein Arbeitsbegriff. In der Dritten Welt hat das Ineinssetzen von Wirtschaft mit dem Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis dazu geführt, daß alle anderen Tätigkeiten in die undifferenzierte Kategorie „informeller Sektor" gepackt worden sind, obwohl sie die Lebenssituation der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung ausmachen und somit die eigentliche Ökonomie darstellen.

Angesichts der Vielzahl von Arbeitssituationen, die weltweit, aber auch bei uns weder unter Lohnarbeit subsumiert werden können noch annähernd der klassischen, euphemistischen Vorstellung von Lohnarbeit entsprechen, fragt sich, was der Begriff „Normalarbeitsverhältnis" bedeuten soll, der in der Debatte um die Zukunft der Arbeit eine so dominierende Rolle spielt. Mit dem Begriff „Normalarbeitsverhältnis" wird das positive Band zwischen Lohnarbeit und Kapital beschworen und der Glaube bekräftigt: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es uns allen gut."

Unter der gesellschaftlich breit geteilten Fiktion, daß ein gewisser

Idealtypus von Lohnarbeit verallgemeinerbar sei, hat sich praktisch widerspruchslos das *Lohnarbeitsregime* verallgemeinert, was mitnichten dasselbe ist. Letzteres bedeutet, *daß sich bestimmte wirtschaftliche und politische Machtverhältnisse etablieren konnten, durch die die Mehrheit der Menschen für ihren Lebensunterhalt auf Lohnarbeit verwiesen sind, ohne jedoch Entsprechendes tatsächlich auch vorzufinden.* Dieser Falle werden wir uns gegenwärtig nach und nach bewußt. Die Schwierigkeit, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, liegt darin, daß die sozialistische wie die bürgerliche Theorie an die Fortentwicklung der Technik/Produktivkraft glauben, die sie an das Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis gebunden sehen, und sich deshalb überhaupt *kein anderes Arbeitsregime* vorstellen können. Der Subsistenzansatz teilt diese Fixierung nicht. So wissen wir aus Erfahrung mit den Reaktionen auf diesen Ansatz, welchen *Tabubruch* eine nicht lohnarbeits-orientierte Theorie für Linke wie Rechte bedeutet.

Die öffentliche Diskussion über Lösungen des Arbeitslosenproblems schwankt zwischen der Forderung nach einem Mehr an keynesianistischem Sozialstaat und neoliberaler, globaler Marktwirtschaft mit einem „schlanken" Staat. (Wobei wir nochmals betonen möchten, daß die neoliberale Freie Marktwirtschaft alles andere als „neo", „liberal" und „frei" ist. Sie besteht in der massiven nationalen wie internationalen Stützung des Finanzkapitals, der TNKs und insgesamt der Reichen, den Wirtschaftskriegsgewinnlern.) Beide Positionen halten am Lohnarbeitsregime fest, die neoliberale Version, trotz ihrer Selbständigkeitsromantik, sogar noch grundsätzlicher als die keynesianische. Denn die neoliberale Theorie und Politik verläßt sich auf das Postulat des Lohnarbeitsregimes. Für sie gibt es überhaupt keinen Zweifel, noch nicht einmal ein Nachdenken darüber, daß alle Arbeitenden existentiell vom Kapital abhängen.

Robert Kurz ist dafür, aus dieser Zwickmühle auszubrechen. „Wäre es nicht raffiniert, den militanten Neoliberalen eine überraschende Antwort zu geben: Ihr habt recht, die persönliche Initiative und die dezentrale Organisation sind dem Dinosaurier des Etatismus überlegen wie David Goliath; aber wer sagt uns denn, daß die Alternative eine kommerzielle sein muß?" (Kurz 1995) Er sieht Anfänge dieses Neuen in den NPOs (Non-Profit-Organizations) und NROs (Nicht-Regierungs-Organisationen), d.h. Initiativen eines entstehenden dritten oder autonomen Sektors. Beispiele: „Sie schaffen öffentliche Küchen, legen Gärten an, bauen Wasserleitungen, beseitigen Müll, betreuen Straßenkinder, stellen Wohnraum bereit, organisieren eigenen Schulunterricht usw." Aber auch Robert Kurz kann und will sich nicht

vom Fetisch der Produktivkraft/Technikentwicklung verabschieden, und so ähnelt seine Vision einer Mischung aus Orwells „1984" und Robinson Crusoes Insel: „Vielleicht gehört die Zukunft einer ‚mikroelektronischen Naturalwirtschaft' auf genossenschaftlicher Basis."

Die Fixierung auf den Mann

Welche kulturellen Barrieren hindern uns daran, die Kontrolle über die eigene Subsistenz wiederzugewinnen? Worin liegt die Beschränkung der gesellschaftlichen Vorstellung von Arbeit auf ***abhängige Arbeit*** begründet? Wieso hat sie sich als unhinterfragte Prämisse für gesellschaftlichen Fortschritt einnisten können, trotz der breiten Diskussion um soziale Gerechtigkeit der letzten 200 Jahre? Wie kommt es, daß ein Arbeitsverhältnis, das Hierarchie, d.h. einen Über- und Unterordnungszusammenhang voraussetzt, in der demokratischen Gesellschaft nicht als solches decouvriert worden ist? Die Antwort ist einfach: Weil es selbst Bestandteil der Hierarchie ist. Und weil in der Lohnarbeitsposition Machtinteressen und Unterdrückungsmechanismen versammelt sind.

Die Fixierung auf die Lohnarbeit ist das modern-patriarchale Ideologie-Instrument schlechthin. Schon das Konzept ist männerzentriert in Abgrenzung, unter Ausschluß, ja Negation weiblicher Anteile. Das Modell der Lohnarbeit ist die industrielle Männerarbeit und nicht die vorsorgende, an die unmittelbaren Bedürfnisse des alltäglichen Lebens, insbesondere von Kindern und Alten geknüpfte Mütter- und Frauenarbeit. Kein Wunder also, daß die Gleichstellung der Frau, vermittelt über die Lohnarbeit (gleiche Bezahlung, gleiche Posten und gleiche Stellung im Beruf wie der Mann), zur Folge hat, daß Frauen zunehmend den männlichen Lebensentwurf übernehmen müssen.

Zum anderen schreibt das Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis das patriarchale Geschlechterverhältnis als Gesellschaftsverfassung fest. Die Idee von ökonomischem Wachstum (Produktionssteigerung und Profitmaximierung), Eroberung der Märkte und Konkurrenz, die unzertrennlich mit diesem Produktionsverhältnis verbunden ist, prägt eine Vorstellung von Wirtschaft als männliches Unterfangen. Wobei der Begriff dessen, was „Wirtschaft" sei, auf die Warenproduktion reduziert bleibt, ganz so, wie der Begriff von Arbeit auf Lohnarbeit reduziert ist. Die friedliche, bewahrende Seite, ohne die auch der „Killerkapitalismus" nicht auskommt, wird als weiblicher, natürlicher Hintergrund phantasiert. Erst diese Zweiteilung der Werte erlaubt, daß die menschenfeindliche und unsoziale Version von Wirtschaft konsensuell ak-

zeptiert und als gesellschaftlich notwendig legitimiert werden kann. Auf diese Weise sind Frauen, besser gesagt, das Weiblich-Mütterliche aus dem Produktionsverhältnis als externes Pendant ausgeschlossen.

Der Facharbeiter, jenes Urbild des Lohnarbeiters, ist männlich gedacht. Der Facharbeiter-Normalverdiener ist zugleich der vorgebliche „Brotverdiener" mit Familienlohn, der scheinbar die Hausfrau alimentiert. Tatsächlich ist der Lohnarbeiter ohne die Hausfrau nicht zu denken, weder real noch ideell. Real nicht, weil seine Ware Arbeitskraft schließlich erst produziert werden mußte, und das ist nicht in Warenproduktion geschehen. Desgleichen muß sie reproduziert werden. Dafür bedarf es trotz Fast Food-Angebot und als Dienstleistungsware erhältlichen Erholungsmomenten einer Person, die Hausfrauenqualitäten einbringt. Diese Konstellation findet sich auch in gleichgeschlechtlichen Arrangements wieder. (Christa Müller 1994)

Auch ideell ist der Lohnarbeiter ohne Hausfrau nicht zu denken, denn *ihre Unterordnung* war und ist der „Ausgleich" für *seine Abhängigkeit* in der Lohnarbeit. Mit der Fixierung auf die Lohnarbeit wird für den Mann auch der Anspruch auf den Hausfrauenservice fixiert. Mit diesem Sachverhalt ist die ganze Komplizenschaft der Gewerkschaften und der einzelnen Männer mit den Kapitalisten erklärt, wenn sie bis in die 70er Jahre nichts gegen Frauenlohngruppen und danach nichts gegen Leichtlohngruppen unternahmen. Ins gleiche Schema paßt die Tatsache, daß die Gewerkschaften schließlich mit der Arbeitzeitverkürzung den männlichen „Normalverdiener" sichern wollten, statt sich für die bessere soziale Sicherung der weiblichen Teilzeitarbeit stark zu machen. Daß dieses Versäumnis sie jetzt als sogenannte Flexibilisierung der Arbeit einholt, haben wir 1983 in der Diskussion um die 35-Stunden-Woche bereits vorhergesagt. Nicht zu vergessen die Realsatire von 1993, als das Motto für den 1. Mai, „Frau geht vor", vom DGB-Vorsitzenden allein durch die Weigerung, zu diesem Thema zu reden, gekippt werden konnte.

Der Frauenbeitrag zur Fixierung auf die Lohnarbeit schließlich besteht darin, daß frau glaubt, keine andere Lebens- und Arbeitsperspektive zu haben, als entweder Hausfrau oder Lohnarbeiterin zu sein. Viele Frauen dünken sich feministisch und antipatriarchal, wenn sie das Hausfrauen-Dasein als Hölle und das Lohnarbeiterinnen-Dasein als Himmel der Unabhängigkeit ansehen. Welch ein Trugschluß!

Wir haben in Kapitel II aufgezeigt, wie sich die hausfrauisierten Lohnarbeitsverhältnisse in der Gegenwart ausbreiten. Deren typische, zeitgenössische Erscheinung ist die Arbeit der jungen Frauen in den Fabriken der Freien Produktionszonen (FPZ), sozusagen am globalen

Fließband. Durch den Abbau der festen Lohnarbeit und den neoliberalen Sozialabbau nehmen die hausfrauisierten, ungeschützten Arbeitsverhältnisse auch im Norden zu. Die Flexibilisierung erreicht jetzt, wie gesagt, auch die Männer, und ganz patriarchal werden die Frauen in die noch schlechteren Jobs abgedrängt.

Die Fixierung der Mehrheit der Bevölkerung auf die Lohnarbeit, statt andere, nicht hierarchisch unterworfene Arbeitsverhältnisse zu konzipieren, ist ein geschlechtsspezifischer Herrschaftsmechanismus. Eine Konsequenz dieses „Arrangements" ist die Tatsache, daß damit die Hierarchie von Kapital und Lohnarbeit festgeschrieben und zum gegenwärtigen historischen Zeitpunkt weiter verschärft wird.

Leben wir von der Lohnarbeit?

Die gesellschaftliche Weise des Umgangs mit Natur ist eng mit der Arbeitsweise verknüpft. Sie prägt nicht nur, sondern sie *ist* das gesellschaftliche Naturverhältnis. Gegenwärtig stehen Umwelt und Arbeitskraft unter dem Diktat der Maximierung. Das heißt nichts anderes, als daß das Ziel der Nutzung nicht die Reproduktion (also Wiederherstellung oder wie man heute sagt, Nachhaltigkeit) ist, weder der Umwelt noch der Arbeitskraft, sondern es darum geht, aus beiden möglichst viel herauszuholen. Hinsichtlich der Natur ist uns dies bewußt, hinsichtlich der Arbeitskraft weniger.

Dabei ging es beim Lohn noch nie um die Reproduktion der *lebendigen Arbeitskraft*, sondern immer nur um die Reproduktion der *Ware* Arbeitskraft. Dies wird besonders deutlich am Phänomen und in Zeiten der Rationalisierung. Obwohl gesamtgesellschaftlich widersinnig, weil genügend Lohnarbeitskraft zur Verfügung steht, wird von Seiten des Kapitals an diesem teuren „input" gespart. Vor allem wird alles das an der Arbeitskraft eingespart, was ihren Status als Ware übersteigt, nämlich das, was an ihre Lebendigkeit, d.h. an den menschlichen Lebenszyklus geknüpft ist. Alte, die krank werden können, werden frühzeitig entlassen. Frauen, die schwanger werden können, werden nicht eingestellt. Der puren Ware Arbeitskraft am nächsten kommten erwachsene Männer oder die jungen Frauen, die gehen, wenn sie eine Familie gründen. Dem reinen Warenverhältnis am nächsten sind jene Arbeitsverhältnisse, in denen nach Belieben geheuert und gefeuert und flexibel nach Stunden oder Stoßzeiten über die Arbeitskraft verfügt werden kann. Das ist das wahre Gesicht der neuen Selbständigkeit, die uns die Standortpolitiker schmackhaft machen wollen.

Genau aus dieser Art von Tätigkeiten besteht das berüchtigte „Job-Wunder" in den USA.

Aufgabe des Staates ist es, gemäß demokratischer, sozialpartnerischer Ideologie, dafür zu sorgen, daß nicht nur die Arbeit als Ware, sondern auch die lebendige Arbeitskraft bezahlt wird. Genau dieser Regulierungsfunktion entzieht sich der standortpolitisch orientierte Staat in der gegenwärtigen neoliberalen Globalisierungsphase explizit. Deshalb werden wir einer Tatsache gewahr, die uns bislang kein oder ein erträgliches Problem war. Es gehört zur Mystifizierung der Lohnarbeit, daß man glaubt, die Menschen könnten ihr (Über-)Leben durch Lohnarbeit reproduzieren, der Staat oder der Arbeiterkampf oder das Kapital würden dauerhaft dafür sorgen. Tatsächlich aber ist Arbeitskraft im Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis nur eine *Quelle*, aus der Wert geschöpft wird, denn wie die Arbeitswertlehre richtig sagt, ist die einzige wertschöpfende Kraft die lebendige Arbeitskraft.[4] Deren Lebendigkeit wird idabei vernutzt, ohne wiederhergestellt zu werden.

Leben reproduziert sich nicht im Austausch mit Kapital, sondern im Austausch mit Natur. Aber unser moderner ideologischer Apparat, ja unsere Kultur ist darauf gerichtet, dieses grundlegende und zugleich banale Wissen aus dem Bewußtsein zu löschen. Mensch und Natur und das heißt auch Wirtschaft und Natur, Gesellschaft und Natur werden als voneinander getrennt gesehen. So kann die lebendige Arbeitskraft im Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis als Naturressource behandelt werden, deren Reproduktion auch der Natur überlassen bleibt. Marx: „Der Kapitalist kann (die Reproduktion der Arbeiterklasse) getrost dem Selbsterhaltungs- und Fortpflanzungstrieb der Arbeiter überlassen." (MEW 23:598; vgl. dazu Neusüß 1985)

Das Natürlich-Kreatürliche am Menschen wird in der modernen Weltsicht in die Unsichtbarkeit hin abgespalten: Dafür ist die Frau da; ihre Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß es sich vorgeblich instinktmäßig von allein reproduziere. Der eigentliche, wirtschaftende moderne Mensch wird männlich gedacht.

Die Naturalisierung der Arbeitskraft

In den Regionen des Südens, dort, wo einheimische Produktionsweisen über Jahrhunderte das Überleben sehr wohl gesichert haben, nimmt der Hunger zu. In den Ländern des Nordens sehen sich die Frauen mitten im Warenüberfluß immer weniger in der Lage, in Würde und Achtung Kinder großzuziehen. Die Ursache ist darin zu suchen,

daß die bisherigen sogenannten „natürlichen" Reproduktionsfonds Landwirtschaft, Hausfrauenmutter (die aus Nichts noch etwas macht), Allmende, Kolonien verlorengehen, und zwar im doppelten Sinn. Zum einen führt die Mißachtung der Tatsache, daß Wirtschaften Ausausch zwischen äußerer und menschlicher Natur ist, zur Zerstörung der stofflichen Naturgrundlage. Zum anderen wird den Menschen der direkte Zugang zu den natürlichen Reproduktionsgrundlagen, unabhängig vom Kapital, immer mehr abgeschnitten. Sie werden immer mehr „eingehegt", privatisiert. Plastisch deutlich wird dies im Fall der Saatgut- und Gen-Patentierungen. Das gilt zunehmend auch für die menschliche Reproduktion selbst. Schwangerschaft und Geburt sind fast total medikalisiert, d.h. kapitalisiert. In der Reproduktionstechnik liefern Frauen nur noch „reproduktive Komponenten".

Geschieht nun das, was Rosa Luxemburg 1923 vorhergesagt hat? Bricht der Kapitalismus, alias die industrielle Wachstumsökonomie, zusammen? Insofern die Naturalwirtschaft verschwunden ist, müßte das Kapital keine Gewinne mehr realisieren können, das Wirtschaftssystem also kollabieren. Wie in Kapitel I ausgeführt, hatte Rosa Luxemburg aber einen zu engen Begriff von dem, was der naturalwirtschaftliche Akkumulationsfonds ist. In Weiterführung der Analyse Rosa Lxemburgs haben wir herausgearbeitet, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Bereiche gibt, die durch kapitalistische Mechanismen immer wieder neu *naturalisiert* werden.

Zu den kapitalistischen Mechanismen mit naturalisierendem Effekt gehört der Sexismus, durch den Frauen immer wieder zu Hausfrauen gepreßt werden, wie nach der Wende ganz massiv in Ostdeutschland geschehen. Solch ein Mechanismus ist auch der Krieg, durch den immer wieder naturalwirtschaftsähnliche Verhältnisse hergestellt werden, wie etwa in Deutschland durch den zweiten Weltkrieg. Dazu zählen auch die Strukturanpassungsmaßnahmen, die den verschuldeten Ländern des Südens vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank oktroyiert werden. Das Streichen sozialpolitischer Ausgleichsmaßnahmen hat zur Folge, daß die Mehrheit der Bevölkerung entweder den Gürtel noch enger schnallen oder sich die fehlenden Subsistenzmittel durch noch höheren Arbeitseinsatz besorgen muß.

Dabei handelt es sich um nichts anderes als um einen Mechanismus der Entwertung, der ganze Volkswirtschaften trifft (z.B. 1994/95 erneut die mexikanische) wie auch die einzelne Arbeitskraft. Aber diese Phänomene betreffen nicht nur die Dritte Welt, wenn sie dort auch besonders hart treffen. Vielmehr gehört die zyklische, periodische Entwertung des Kapitals, wie etwa in der Weltwirtschaftskrise

von 1929, zur kapitalistischen Produktionsweise dazu, genauso wie die immer wiederkehrende Entwertung der Lohnarbeitskraft, wie wir sie gerade neoliberal und standortpolitisch erleben. Dadurch wird der subsistenzproduzierende Anteil an der lebendigen Arbeitskraft erweitert bzw. ihre Reproduktion stärker naturalisiert.

Im Gegensatz zu einer echten naturalwirtschaftlichen Organisation der Gesellschaft schafft die Naturalisierung stets miserablere, jeglichen kulturellen und sozialen Kontextes beraubte Lebenssituationen. Was das bedeutet, können wir anhand von Slums, Obdachlosensiedlungen und AsylantInnen-Lagern vorausahnen. Mit Rosa Luxemburg läßt sich darüber hinaus annehmen, daß in dem Maß, in dem sich weltweit das industrielle Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis nach außen und innen verbreitet, die Wellen der Entwertung immer kürzer aufeinander folgen bzw. die Entwertung eine dauerhafte Form annimmt, etwa durch die Aufteilung der Arbeitenden in eine stetig schrumpfende „Stammbelegschaft" und hart schuftende „selbständige" Jobber, wie es etwa in den USA bereits Wirklichkeit ist. Wir stehen an der Schwelle zu einer neuen Kastengesellschaft. Die Geschichte vollzieht sich eben nicht linear, evolutionär aufstrebend, sondern eher wellenförmig, zyklisch.

Kein Kapitalismus ohne Unterwerfung, weder in den Zentren noch in der Peripherie

Der Mechanismus der Naturalisierung und Entwertung der Arbeitskraft funktioniert nur dann als Mittel zur Lösung der Krise des Kapitals, solange die lebendige Arbeitskraft, die Menschen, nicht dem Zugriff des Kapitals entzogen sind, solange also das Lohnarbeits*regime* herrscht. *In den Zentren des weltkapitalistischen Systems ist diese Macht dadurch garantiert, daß die Unterwerfung in den Köpfen vollbracht ist.* Wie die Feudalherrschaft ihre Macht durch Glauben und Religion legitimierte und sicherte, legitimiert die Kapitalherrschaft ihre Macht durch den Glauben an Technik/Produktivkräfte und die Religion des Fortschritts. Wenn der ideologische Unterwerfungsmechanismus des Gottesgnadentums nicht reichte, setzte die Feudalherrschaft *Gewalt* ein, so wie sie auch durch Gewalt errichtet worden war. Gleiches geschieht mit der Kapitalherrschaft: Der Staat, der sich neoliberal als Kontrollinstanz vorgeblich zurücknimmt, baut in Wirklichkeit das juristische, polizeiliche und militärische Gewaltmonopol als Garant der Kapitalherrschaft und des Lohnarbeitsregimes aus. Das erleben wir in Deutschland bei den Ausländergesetzen, dem „Großen Lauschangriff",

dem Atomgesetz, dem Naturschutzgesetz u.v.a.m. Außerdem nimmt dadurch die „informelle" Gewalt, vor allem der Männer zu.

Neuerdings, dem globalisierten Kapitalismus entsprechend, übernimmt diese Funktion nicht mehr nur der Nationalstaat, sondern der Suprastaat, dessen Institutionen nach dem zweiten Weltkrieg sukzessive aufgebaut worden sind: UNO, IWF, WB, NATO, G7, GATT/WTO. Präsident Bush hat diese suprastaatliche Kontrolle im September 1990 im Zuge der Rechtfertigung des Golfkriegs „neue Weltordnung" genannt, in der „Frieden und Sicherheit, Freiheit und Rechtstaatlichkeit" herrschten. „Die neue Weltordnung ist durchaus real", sagt Noam Chomsky. „Ihre Grundelemente wurden schon vor zwanzig Jahren erkennbar mit der Entscheidung einer tripolaren Welt, als sich die wirtschaftliche Macht innerhalb des westlichen Lagers verteilte. Die USA blieben die vorherrschende Militärmacht, aber ihre ökonomische Überlegenheit ist geschwunden... Mit dem Zusammenbruch der Sowjet-Tyrannei genießen die USA eine größere Freiheit als je zuvor, Gewalt einzusetzen... In der neuen Weltordnung müssen die Gebiete der Dritten Welt auch weiterhin manchmal mit Gewalt kontrolliert werden... die USA (halten) an ihrer historischen Aufgabe fest... während andere die Rechnung bezahlen." Aber: „Sicherlich ist Gewalt nur das letzte Mittel. Kostengünstiger als die Marineinfantrie oder die CIA ist der Einsatz des IWF." (Chomsky 1991, S. 69ff)

In der Dritten Welt, wie das Beispiel aus Guatemala zeigt, ist das Lohnarbeitsregime nicht in gleicher Weise in allen Köpfen verankert wie in der Ersten Welt. Dort hat der zivilisatorische Prozeß der Fortschrittsreligion weniger AnhängerInnen. *In der Peripherie wird die staatliche Gewalt hart und brutal gegen die Häretiker eingesetzt, d.h gegen diejenigen, die ihre Subsistenzproduktion noch oder wieder der Kontrolle des (großen) Kapitals entziehen.* Dabei handelt es sich nicht etwa um frühkapitalistische Methoden, die noch feudale Züge tragen würden, wie anhand der Großgrundbesitzerpolitik behauptet werden könnte, sondern um eine höchst moderne Politik in Funktion des globalisierten Kapitals, das in Guatemala, wie in vielen anderen Ländern der Dritten Welt, in Form des US-amerikanischen Agrobusiness direkt vertreten ist. Wie Corinna Milborn richtig interpretiert, ging und geht es der Regierung in Guatemala um das Aufrechterhalten des agroexportierenden Wirtschaftsmodells. Dafür soll sich die indigene Arbeitskraft möglichst weitgehend selbst subsistent reproduzieren, aber eben so, daß sie billig als Wander-Lohnarbeitskraft zur Verfügung steht. Eine wirkliche *Verselbständigung* konnte nicht geduldet werden.

Im Ixcán, wo sich im Urwald Widerstandsgemeinschaften gegrün-

det haben, hatte das Militär 1982 an den Menschen der subsistenzorientierten Kooperative „Ixcán Grande“ ein Massaker verübt. Am 14. März 1982, einem Sonntag, Markttag, umzingelten die Soldaten „Cuarto Pueblo“, das „Vierte Dorf“, das Handelszentrum der Kooperative. Sie brachten alle Menschen um und machten das Dorf dem Erdboden gleich. Nur zwei junge Männer, die einzigen Zeugen, überlebten. Berthold Unfried, der über diese Geschehnisse berichtet, erklärt den Grund des Genozids. *„Diese subsistenzorientierte Landwirtschaft ist der sozialen Differenzierung hinderlich, sie erwirtschaftet auch keine großen Überschüsse.* Das Land gehört der Kooperative, kann nicht verkauft und daher auch nicht akkumuliert werden. Niemand soll mehr als eine Parzelle haben, niemand aber landlos werden.“ (Neue Züricher Zeitung, 3.1.1997, Hervorhebung von uns)

Ähnliches wie in Guatemala vollzieht sich gegenwärtig vor den Augen der Weltöffentlichkeit in Irian Jaya, dem westlichen, indonesischen Teil von Neuguinea. Dort hat der US-amerikanische Bergbaukonzern Freeport mit Sitz in New Orleans seit zwanzig Jahren die Schürfrechte für Gold und Kupfer. Die indonesische Regierung hat dem Konzern 100 Quadratkilometer abgetreten – angestammtes Land (Allmende) der Amungme und Komoro. Deren Dörfer wurden „umgesiedelt“, d.h. die Menschen wurden vom Militär vertrieben. Uniformierte Schlägertrupps Freeports sorgen dafür, daß die (Lohn-)Arbeit in und rund um den Bergbau reibungslos funktioniert. Wer den Ablauf stört, wird verfolgt, umgebracht, entführt, gefoltert. Riesige Bagger zerstören das Land, der Abbau verseucht die Flüsse, die Luft, den Boden. (Jürgen Dauth, FR, 25.11.1996) Kürzlich ging ein Bild der Vertriebenen durch die Presse, jener Menschen, die uns sonst bunt bemalt, mit Federn und Muschelketten geschmückt aus den Fotos entgegenlachen. Es zeigte ausgemergelte, hungernde Menschen, die aussahen wie die Menschen auf den Fotos aus den Konzentrationslagern.

Die Menschen in den Zentren des Weltkapitalismus müssen sich die Frage der MittäterInnenschaft an solchen Geschehnissen stellen. Die Kapitalherrschaft beweist sich immer wieder als totalitäres System, das durch seine Globalisierung wahrhaftig nicht an Totalitarismus verloren hat. Machtinstrument ist das Lohnarbeitsregime. Zum Lohnarbeitsregime gehört die Kontrolle über die Subsistenz und zwar so, daß über die verschiedenen Formen des Lohnvertrags und des Kaufvertrags von Produkten und Dienstleistungen der Zugriff auf die Subsistenz, den Untergrund der Arbeitskraftquelle, garantiert wird.

Diese Funktion hatte und hat die Weltbankpolitik, die die „BäuerInnen weg von der Subsistenz, hin zur kommerziellen Produktion zie-

hen" soll. Legitimatorisch wird mit diesem politisch programmatischen Spruch außerdem so getan, als würden die Dörfer sonst in isolierter Autarkie verharren und keinen Markthandel betreiben. Erst die Entwicklungshilfe würde sie aus dieser primitiven Statik „befreien". Dieselbe Funktion hat auch die „Hungerhilfe", die dann einsetzt, wenn die BäuerInnen erfolgreich von ihrem Subsistenzregime weggezogen worden waren und nun hungern, weil sie nicht das Einkommen erlösen, um sich genug zu essen kaufen zu können (vgl. Kapitel III). Die „Hungerhilfe" ist nicht dazu da, die eigenständige Subsistenzsicherung zu fördern, sondern die Abhängigkeit fortzusetzen, sie sogar durch die Zerstörung einheimischer Märkte zu verbreitern.

Befreiung vom Lohnarbeitsregime

Für uns in den Zentren der Ersten Welt ist es notwendig, daß wir vom Glauben abfallen: vom Glauben an Fortschritt, Entwicklung und daran, daß Lohnarbeit das Leben garantiert. Auch daran, daß wir ein immer noch größeres Stück vom Kuchen abbekommen würden. Wir müssen wieder lernen, satt zu sein, und den Stolz und die Würde wiedergewinnen, die es bedeutet, nicht von irgendwessen Gnaden zu leben. Erst durch diese Haltung, die Subsistenzorientierung, geben wir die Mittäterschaft an den Morden in Guatemala, in Irian Jaya, in Nigeria und den vielen anderen Kriegsschauplätzen des globalen Kapitals auf. Und durch diese Haltung befreien wir uns als Opfer, die wir trotz der Tatsache, daß wir willige Opfer geworden sind, dennoch bleiben. Die Umorientierung auf die Subsistenz ist die Chance, die die Krise uns bietet. Die subsistenzorientierte Haltung ist gewaltfrei. Sie bedeutet, daß wir uns in kleinen und großen Entscheidungen fragen, ob wir dadurch mehr Subsistenzfreiheit gewinnen oder uns nur mehr unfreies Geld, unfreien Konsum und MittäterInnenschaft einhandeln.

Anders zu handeln ist leicht möglich, sobald wir die Perspektive wechseln und uns bewußt machen, daß wir das Leben, unseres und das unserer Kinder, schließlich selbst produzieren. In Wirklichkeit nämlich reproduziert sich der Mensch nicht „natürlich" von allein, sondern durch Arbeit, durch Lebensmittel, durch Fürsorge, Liebe und Zärtlichkeit. Gerade weil die lebendige Arbeitskraft keine Natur-Ressource ist, weil sie nicht das Uneigentliche ist, das nur als Voraussetzung der vorgeblich eigentlichen Produktion abgespalten werden kann, bezeichnen wir diesen Prozeß auch nicht als Reproduktion, sondern betonen, indem wir von *Subsistenzproduktion* sprechen, das

Kreative, das Schöpferische und Erschaffende zusammen mit der Notwendigkeit dieses Tuns. Zwar macht die weltweite Verallgemeinerung des Lohnarbeitsregimes, die Verwandlung aller Dinge und Dienste in Waren (Wallerstein 1984), daß der Spielraum für die Subsistenzproduktion immer enger wird. Anstatt sich weiterhin an das Kapital zu binden und vergeblich auf gute Lohnarbeit zu hoffen, plädieren wir dafür, die Subsistenzmittel und die subsistenzproduzierenden Verhältnisse wieder in die eigenen Hände zu nehmen.

In den einzelnen Kapiteln geben wir zahlreiche Beispiele für Initiativen und Verhältnisse, die diese Subsistenzpolitik verwirklichen. Viele stammen aus der Dritten Welt. Das ist nicht weiter verwunderlich, weil die Mehrheit der Menschen dort nicht in der Weise kolonialistisch korrumpiert ist wie bei uns, sondern die Leidtragenden dieser Kolonisierung sind. Deshalb finden wir dort auch eine Bewußtheit und Klarheit, wie im Fall der CPR in Guatemala , die im Norden ihresgleichen sucht. Aus diesem Grund halten wir die Entkolonisierung der Hirne und Herzen der Menschen in den Zentren des kapitalistischen Weltsystems, gerade auch von der Fixierung auf die Lohnabhängigkeit für eine wichtige „Subsistenz-Tat". Dieser Entmystifizierung war dieses Kapitel gewidmet, und für konkrete Beispiele, wie eine Umorientierung und der Ausstieg aus der Lohnarbeitsfixierung im Norden gestaltet werden kann, verweisen wir auf die anderen Kapitel.

Abschließender Exkurs: Eine Kuh für Fritjof Bergmann

Abschließend möchten wir von einem Konzept berichten, in dem versucht wird, einen anderen als den herkömmlichen Lohnarbeitsbegriff zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen, das in Deutschland neuerlich viel diskutiert wird. „New Work" ist eine Initiative zur urbanen Selbsthilfe, Selbstorganisation und Selbstversorgung, die in den USA entstand. Sie ging von dem aus Österreich stammenden Philosophieprofessor Fritjof Bergmann aus, der an der Universität Ann Arbor lehrt und sein Modell zuerst in Detroit und Flint in die Praxis umgesetzt hat.

Bergmann beginnt mit einer Neubestimmung des Arbeitsbegriffs. Er will die Arbeit als bloßen entfremdeten Job und notwendigen Broterwerb abschaffen und den Begriff *Berufung* wieder mit dem Begriff Arbeit verbinden. Jeder Mensch soll die Arbeit tun, zu der er sich berufen fühlt. Arbeit, die Menschen verkrüppelt, soll von Maschinen gemacht werden. Jeder Mensch soll für seine Selbstversorgung arbeiten und zwar mit Einsatz von moderner Computertechnologie.

Mit viel weniger Arbeitszeit sollen etwa achtzig Prozent der lebensnotwendigen Dinge hergestellt werden. Dadurch soll jeder Mensch wieder Zugang zu seiner verschütteten Kreativität finden, zum Bücherschreiben, Kunstmachen, Erfinden. Bergmann meint, daß die Menschen sich weniger auf den Staat, auch den Sozialstaat, als auf sich selbst und ihre Fähigkeiten verlassen sollen. Denn der Staat wird nach seiner Auffassung sowieso immer ohnmächtiger und die Konzerne immer mächtiger. Allerdings sieht Bergmann sein Konzept des „New Work" weniger als antikapitalistische Strategie, sondern als Ausweg aus der Orientierungslosigkeit von Politik und Wirtschaft angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit. Die Erwerbsarbeit in der Industrie wird seiner Meinung nach, aufgrund der fortschreitenden Automatisierung, in Zukunft nur noch ein Zehntel des heutigen Volumens ausmachen.

In einem Zeitunginterview erzählt er von Detroit, wo „in einer Reihe von Betrieben zusammen mit fortschrittlichen Unternehmern Projekte mit der ‚Neuen Arbeit'" durchgeführt werden. „Zwei Tage in der Woche wird regulär gearbeitet, zwei Tage widmet man sich dem high-tech self-providing, also der Selbstversorgung auf hohem technischem Niveau, und an zwei Tagen tun die Leute das, was sie schon immer wirklich wollten." (Kölner Volksblatt, 18.6.1997)

Obwohl er von Selbstversorgung spricht, verfolgt Bergmann keinen Subsistenzansatz. Auf die Frage: „Wollen Sie die Menschen wieder zu Bauern und Selbstversorgern machen?" antwortet er „Natürlich nicht." Entsprechend ist er immer wieder bemüht, zu zeigen, daß alle seine Vorschläge für die Herstellung von Kleidung, Nahrung, Wohnung in Eigenarbeit mit „High Tech" erledigt werden soll. Nicht die Liebe zum Alltag, zum Notwendigen steht bei diesen Ideen Pate, sondern der klassische patriarchale Wunsch, das Reich der Notwendigkeit zu transzendieren. Erst jenseits davon beginnt vorgeblich die Freiheit der Kreativität. Was halten wir von dieser offensichtlich unausrottbar männlichen Technikfixierung, speziell auf die Computertechnologie?

- Sie ist hoch umweltverseuchend (Ökoinstitut Freiburg).
- Es ist Militärtechnologie; wir bezweifeln, daß sie von dieser Logik ihres Bauplans befreit werden kann (vgl. Weizenbaum; Kap. II).
- Wer stellt sie her und für wen? (Kap. II)
- Wir glauben nicht an die Möglichkeit der dezentralen Verwendung von Mikroprozessoren; Produktion und Vertrieb sind stark monopolisiert; die Nutzung ist immer von zentralisierter Versorgung abhängig (Energie, Kabel, usw. – George Orwell läßt grüßen!).
- Es ist bis zum Überdruß bekannt, daß sie die Subsistenzarbeit nicht erleichtert.

- Wem soll sie also nutzen? Wer macht die alltägliche Versorgungsarbeit? Oder gibt es in diesem Modell keine Kinder?
- Sie ist nicht notwendig. Es gibt andere, jahrhunderte-, jahrtausendealte erprobte Subsistenztechniken, die an die Umwelt, an Gemeinschaftsstrukturen und an die jeweiligen kulturellen Eigenarten angepaßt sind.

Der Subsistenzperspektive geht es bewußt „um ein Anknüpfen an Bestehendes, darum, die widerständige Praxis zu stärken und auszuweiten, und nicht um eine neugeschöpfte Utopie" (Informationsblatt des ITPS). In Bergmanns wie in ähnlich technikfixierten Entwürfen können wir keinerlei Anknüpfungspunkte an die reale, weiblich-mütterliche und agrarische Subsistenzpraxis entdecken. Bergmann will nicht nur nichts mit dem Land zu tun haben – Gemüse wird „in stapelbaren Biotonnen mit speziellen Pflanzsubstraten, die schnelles Wachstum fördern", gezogen –, er will auch mit den Menschen, die auf dem und vom Land leben, nichts zu tun haben. Er denkt die Dritte Welt nicht mit.

Woher kommen denn die Produkte und High-Tech-Maschinen, mit denen in Detroit „Selbstversorgung" betrieben wird? Wie, unter welchen Bedingungen sind sie hergestellt und nach Detroit geschafft worden? Milliarden Menschen in dieser Welt produzieren ihre Subsistenz ohne die „Inputs", die vor allem Männer im Norden für nötig halten, damit sie sich überhaupt der Subsistenzarbeit zuwenden können. Ist die Arbeit für die Männer des Nordens sonst zu schmutzig und zu niedrig? Welche Menschen welchen Geschlechts und welcher Hautfarbe beseitigen den Müll der Detroiter „New-Work"-Projekte?

In Rückbesinnung auf das Expertinnentum in Subsistenzfragen und die Klugkeit der Frauen von Maishahati in Bangladesch, von denen wir in der Einleitung berichtet haben, lautet das Fazit unseres Nachdenkens über das „New-Work"-Modell: Eine Kuh für Fritjof Bergmann!

Anmerkungen

1 Türen, Fenster, Möbel werden auf computergesteuerten Fertigungsstraßen nicht nur serienmäßig, sondern auch mit variierenden Maßen hergestellt. Nach dem gleichen Prinzip können Kleidungsstücke der Massenkonfektion mit Individualmaßen und persönlichen Fertigungswünschen bei der Fabrik geordert werden.

2 Oder wie Marx es ausdrückt: „Die Arbeitskraft existiert nur als Anlage des lebendigen Individuums." (MEW 23:185)

Frauenbefreiung und Subsistenz

„Was hat das alles mit Feminismus zu tun?"

Im Mai 1997 hielt ich, Maria Mies, ein Frauenseminar zum Thema: „Ökofeminismus. Die Notwendigkeit einer neuen Vision". Ich zeigte, daß Politiker, Gewerkschafter und Wirtschaftsbosse keine anderen ökonomischen Rezepte zur Lösung der derzeitigen Krise haben als die alten, die die Krise verursacht haben, nämlich: mehr Wachstum, mehr Produktivitätssteigerung, noch neuere Technologien, Globalisierung. Nach der Analyse der herrschenden Weltwirtschaftsunordnung formulierte ich einige Thesen über die Notwendigkeit einer Wirtschaft, die auf grundsätzlich anderen Prinzipien beruht, also weder Kolonien noch Frauen noch die Natur noch andere Klassen und Völker zum Zweck der weiteren, unendlichen Kapitalakkumulation ausbeutet. In der anschließenden Diskussion sagten einige Frauen: „Ja, das klingt ja alles plausibel. Aber was hat das denn mit Feminismus zu tun?"

Ich war sprachlos. Ich war der Meinung, ich hätte über Feminismus bzw. Ökofeminismus geredet. Wieso war das nicht (mehr) so verstanden worden? Ich fragte: „Was versteht ihr unter Feminismus?" Keine Antwort. Wir versuchten gemeinsam zu klären, ob und warum der Subsistenzansatz, in seiner Kritik des globalen Kapitalismus und der aus dieser Kritik erwachsenen Zukunftsperspektive, feministisch ist.

Ich begriff, daß viele Frauen heute einen absolut verengten Begriff von Feminismus haben. Ich sagte darum, daß eine solche Frage in den siebziger und frühen achtziger Jahren, als wir unseren Ansatz entwickelten, nicht gestellt worden wäre. Den damaligen Feministinnen war noch klar, daß die Ausbeutung der Dritten Welt, der Natur, Fragen der Ökonomie, Fragen von Krieg und Frieden Frauenfragen waren, ja, daß alle Fragen feministische Fragen waren. Für uns war Feminismus die Bewegung, die mit der Frauenfrage beginnt, aber um diese lösen zu können, muß praktisch „das Ganze" revolutioniert werden.

Aus solchen und ähnlichen Diskussionen geht hervor, daß für viele Feministinnen die Frauenbefreiung heute wieder eine reine „Überbauangelegenheit" geworden ist, um diesen marxistischen Ausdruck zu benutzen. Den ökonomischen „Unterbau", die Frage der materiellen Existenzsicherung, überlassen die meisten dem Staat oder den Groß-

konzernen. Feminismus ist verengt worden auf individuelle Bewußtseinsveränderungen, auf Veränderungen sexueller Orientierungen, auf sprachliche, spirituelle und kulturelle Veränderungen. Dabei steht immer mehr die jeweilige individuelle Befindlichkeit im Vordergrund und nicht mehr eine Betroffenheit, die das Persönliche, das Nächstliegende, mit dem Politischen, dem Allgemeinen und Fernstliegenden, zu verbinden vermag. Darum hören wir auch oft, wenn wir über die erfolgreichen Widerstandsaktionen von Frauen im Süden berichten: „Darin kann ich mich nicht wiederfinden. Das ist zwar sehr interessant. Aber was bringt das mir?"

Was ist mit der Frauenbewegung geschehen, an deren Anfängen doch internationale Schwesterlichkeit stand und der Slogan: „Das Persönliche ist politisch"? Wenn jüngere Frauen nicht mehr verstehen, was an einer gesamtgesellschaftlichen Analyse der globalisierten, patriarchalen kapitalistischen Wirtschaft feministisch ist, ist das weder moralisches oder intellektuelles Versagen, noch ist es dadurch zu erklären, „daß die Welt ja so komplex" geworden sei. Was also ist mit der Frauenbewegung geschehen, daß sie unfähig wurde, das, was uns alle real betrifft, zu verstehen, als Frage des internationalen Feminismus zu begreifen und adäquat damit umzugehen? Wieso ist die feministische Bewegung „entpolitisiert" worden, wie einige sagen? Und was hat diese Entpolitisierung mit Verachtung der Subsistenz zu tun?

Wir werden versuchen, diese Fragen anhand dreier Themenkomplexe zu klären, die etwa seit Mitte der achtziger Jahre die feministischen Diskussionen in Deutschland beherrschen. Dies sind:

1. Die Diskussion um Differenz und Gleichheit.
2. Die Diskussion um Teilnahme der Frauen an der Macht (Geld-Macht oder politische Macht).
3. Der postmoderne feministische Diskurs.

Wir fragen uns, in wessen Interessen diese Diskurse geschaffen und popularisiert wurden, ob sie tatsächlich die Ursache für die Entsolidarisierung, Entpolitisierung, Spaltung und Konfusion der Frauenbewegung sind.

Es muß zunächst festgehalten werden, daß es der frühen Neuen Frauenbewegung *nicht* um Gleichberechtigung ging. In den siebziger Jahren waren die Schlüsselbegriffe des neuen Feminismus Frauen*befreiung*, Freiheit von *Unterdrückung, Sexismus* und *Gewalt*, Abschaffung des kapitalistischen *Patriarchats* und von *Ausbeutung* generell. Die Frauenbewegung war eine Protestbewegung, die ihre Kraft aus der Ablehnung des ganzen herrschenden Systems bezog und nicht aus dem Kampf um Gleichberechtigung mit den Männern *im* System.

Differenz und Gleichheit im Verhältnis der Geschlechter oder: Wie frei macht die Frauenbewegung?

Im Oktober 1989 fand in Frankfurt eine große Tagung statt, deren eigentliches Thema „Differenz und Gleichheit" war.

Wir wollen die Diskussion um Gleichheit und Differenz nicht nachzeichnen, sondern nochmals aufblättern, in welcher Weise wir in sie eingreifen. Wir haben nämlich auch eine Tradition der Differenzposition. Allerdings haben wir nicht von „Differenz" bzw. Betonen der Differenz gesprochen, sondern von Befreiung, vom notwendigen Eigensinn von uns Frauen, vom Beharren auf unserer Weiblichkeit, ja, von der positiven Seite der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die darin besteht, daß wir Frauen für das unmittelbare Überleben zuständig sind, bzw. wie wir – Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia v. Werlhof – aufgrund unserer internationalen Zusammenhänge sagen, für die *„Subsistenz"*. Aus dieser Position heraus haben wir unseren alternativen Ansatz entwickelt. Die Subsistenzorientierung oder Subsistenzperspektive ist alternativ zur Wachstumsökonomie, aber auch alternativ zur bloßen Gleichberechtigungspolitik von Grünen und Sozialdemokraten und ebenfalls zum neuen Differenzdenken der Postmoderne. Die Postmoderne deckt immer weitere Differenzen zwischen den Menschen auf, nur nicht Ausbeutung und Unterdrückung.

Geld und Gleichheit

Heute vertritt die Mehrheit der Frauen in der deutschen Frauenbewegung das Ideal der Gleichheit im Sinn der Gleichberechtigung bzw. um noch präziser zu sein, jene vertreten dieses Ideal, die nach zwanzig Jahren Frauenbewegung öffentlich besonders sichtbar sind. Dies war nicht von Anfang an so. Aufgebrochen waren wir, um uns vom Patriarchat zu befreien, von der Erniedrigung und Beleidigung, die Frauen in dieser Gesellschaft allein aufgrund ihres Geschlechts widerfährt. Heutzutage erscheint es dringlich, uns die Frage zu stellen, wie frei uns die Frauenbewegung inzwischen eigentlich gemacht hat. Das ist die Frage, die bei der Diskussion um Gleichheit und Differenz immer mitschwingt. Daß die Diskussion immer noch so „en vogue" ist, scheint ein Zeichen dafür zu sein, daß die Frauenbewegung die Frauen so frei gar nicht gemacht hat, wie sie gehofft hatten. Warum nicht? Die Ursachen liegen in ihrer Orientierung selbst.

Obwohl sie aus dem Patriarchatsgefüge herauswollten, sehnten sich viele von uns dennoch danach, in diesem starren, aber scheinbar

sicheren, festgefügten Rahmen einen Platz zu haben. Sie wollten, daß Vater Staat sie gütig aufnimmt in sein Haus und ihnen einen besseren Platz garantiert. Sie wollten von der Sklavin zur Herrin aufsteigen.

Sie wollten mit den Männern zusammen den privilegierten Platz im Herrenhaus einnehmen. Das freilich geht nicht, zumindest nicht für alle, das lassen die Herren nicht zu. Vielleicht sind sie so – um im Bild zu bleiben – zu weiblichen Onkel Toms geworden: das System mittragend, aber doch ahnend, daß es noch etwas anderes geben müßte. Die Zahlen über das fortgesetzt niedrigere Einkommen von Frauen, über das wenige Geld zumal von alleinstehenden Frauen mit Kindern und über die geringe politische Repräsentanz von Fraueninteressen führen eine beredte Sprache. Andererseits kommen auch Zweifel auf nach dem Motto, so schlecht leben wir, finanziell gesehen, nicht, aber zufriedene Frauen sind wir deshalb noch lange nicht. Ist die Erfüllung eines weiblichen Lebensentwurfs vielleicht doch nicht so eng an das Geld geknüpft? Und ferner: Wenn wir die Lage der Frauen im ehemaligen „realen Sozialismus" betrachten und sehen, wie abhängig sie gleich wieder gemacht wurden und wieviel schlechter sie in diesem sowieso schwierigen Prozeß wegkamen als die Männer, dann beschleicht viele das Gefühl, daß es vielleicht doch an dieser gepriesenen Marktwirtschaft selbst liegen könne. Es waren aber die von ihr erwarteten Segnungen, an denen Frauen gleichen Anteil haben wollten wie die Männer auch. Sie forderten: „Out of the Margin – into the Mainstream" (Weg vom Rand – rein ins Zentrum des Systems).[1] Sie wollten alles, Freiheit *und* Geld.

Von der Frauenbefreiung zum Gleichheitsstreben

Wieviel Freiheit hat uns die Frauenbefreiung gebracht? Am Anfang hat sie uns unglaublich frei gemacht. Die Entdeckung ihrer Gemeinsamkeiten verlieh den Frauen eine bislang unbekannte Stärke. Sie stürmten voran, und niemand schien sie aufhalten zu können. Was geschah, war, daß sie lernten, Frauen zu lieben, weil sie Frauen sind. Das war unendlich befreiend. Vorbei war die Zeit, in der sie glaubten, sich voneinander abgrenzen zu müssen, als es darum ging, nach dem Motto „Spiel nicht mit den Schmuddelkindern" nichts mit denen zu tun haben zu wollen, die unten sind, weil sie „nur" Frauen sind.

Die von der Neuen Frauenbewegung neu entdeckte Gemeinsamkeit von Frauen, jene Entdeckung der Schwesterlichkeit, die den Frauen solche Stärke verlieh, bezog sich für viele jedoch nicht auf das ganze Spektrum weiblicher Existenz weltweit, sondern hatte ihr eingegrenztes Thema und Ziel: die Anerkennung und Aufnahme durch

die Gesellschaft der Herrschenden, der Männer eben. Wie gesagt, diese Orientierung auf das politisch Machbare im Herrenhaus geschah vor allem nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag.

Wer aus diesem unausgesprochenen Programm ausscherte, wurde nun zunehmend härter ausgegrenzt, häufig durch Stillschweigen über die andere Meinung anstatt in der Auseinandersetzung mit ihr. So entstanden schweigend neue Mehrheitsmeinungen. Wir erinnern uns an den Kongreß „Zukunft der Frauenarbeit" im November 1983 in Bielefeld. Tausend Frauen waren gekommen. Er war die Antwort auf den Kongreß „Zukunft der Arbeit. Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung", der ein Jahr vorher von Grünen und alternativen Gruppierungen ebenfalls in Bielefeld abgehalten worden war. Unsere Empörung, aber auch Enttäuschung war damals groß gewesen. Man sprach von Arbeit ohne Frauenarbeit zu nennen, es sei denn in diffamierenden Wendungen. Die Männer hatten die „Eigenarbeit" erfunden. All jene Arbeit, die unbezahlt und niedrig bewertet von Frauen verrichtet wird und die wir seit Jahren auf ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhang hin untersucht hatten, erschien plötzlich als geschlechtslose Eigenarbeit, selbstbestimmt und befreiend. Oder Teilzeitarbeit: Man sprach und schrieb darüber, vergaß aber geflissentlich, daß 90% der Teilzeitarbeitenden in der BRD Frauen sind. All diese Themen sollten behandelt werden. Das Bedürfnis nach Diskussion war groß, die Erwartung ebenfalls. Wir aus der Vorbereitungsgruppe waren ganz naiv beseelt vom gemeinsamen Aufbruch der Frauen. Wir wollten eine Frauengesellschaft, eine Frauenzukunft, ohne uns um die Männer und vor allem das Machtgerangel zu kümmern. Wir empfahlen den Frauen zu Beginn, sich in Kleinstgruppen zusammenzusetzen und getreu dem Motto „Das Private ist politisch" ihre jeweils persönliche Ökonomie zu durchleuchten, zu sehen, was Frauen tatsächlich leisten, und in Anknüpfung daran sich Gedanken über Alternativen zu machen. Wir waren aber nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Es ging um Einfluß, Macht und politische Posten und nicht mehr um eine alternative Frauenökonomie, wurden wir belehrt.

Der Kampf um die Macht

Die „Mütterfrage"

Kernstück der Auseinandersetzung um Teilnahme an der Macht oder Aufbau einer Alternative wurde die „Mütterfrage". Gemeinsam mit dem Gleichheitsstreben nahm in der Frauenbewegung die Ablehnung

der Hausfrauen und Mütter zu. Anstatt eigene neue Formen von Gesellschaft und Weiblichkeit zu suchen, wurde aus der Ablehnung der erniedrigenden herrschenden Konstrukte von Weiblichkeit eine Ablehnung von Weiblichkeit, besonders von Mütterlichkeit, als solche. Teile der Frauenbewegung dachten selbst biologistisch. Mutterschaft und die direkte Überlebensarbeit, Hausfrauenarbeit eben, galten als unfeministisch. So gab es Frauen, die sich deshalb sterilisieren ließen. Putzen, Kochen, gastfreundlich auf andere zugehen, Kinder haben und versorgen – so etwas galt als typisch weibliche unentgeltliche Beziehungsarbeit, und bald herrschte in den WGs und Frauenzentren Langeweile und Kühle, die frieren machten.

Vehemente Ablehnung rief 1987 das „Müttermanifest" einiger grüner Frauen hervor. Dabei war es gegenüber der herrschenden Ökonomie und Gesellschaft keineswegs besonders kritisch. Im Gegenteil, die Mütter meldeten an, daß auch sie Anspruch darauf hätten, die gleichen Positionen wie Männer zu besetzen, trotz der Tatsache, daß sie Kinder haben. Sie verlangten, die Arbeitsorganisation sollte sich so ändern, daß Frauen die Teilnahme an Politik und Gesellschaft möglich sei, ohne auf Kinder verzichten zu müssen. Es war, als hätten sie in ein Wespennest gestochen. Plötzlich standen sich zwei angeblich antagonistische Lager gegenüber: die „Karrierefrauen" gegen die „Mütter".

Den Manifest-Frauen wurde vorgeworfen, ihre Haltung sei reaktionär, der CDU ähnlich, die ja das Kinderkriegen hochlobt, um billige Teilzeitarbeiterinnen zur Verfügung zu haben. Hier spräche das „Muttertier", der Mutterinstinkt. Das Glorifizieren des Mutterseins nutze nur dem Kapital. Sollten Frauen wieder zurück ins Heim, an den Herd und zu den Kinderwindeln? In Wirklichkeit wurde im Müttermanifest nichts gesagt, das zu solchen Unterstellungen Anlaß gegeben hätte. Die Mütterfeindlichkeit der Mehrheit der deutschen Frauenbewegung wurde offenbar. Wenn wir bedenken, wieviel Abgrenzung gegen die eigene Mutter darin enthalten ist, welche Geringschätzung gegenüber dem eigenen Körper, wie wenig Selbstachtung und damit auch Achtung gegenüber anderen Frauen, dann wird klar, daß darüber unsere anfängliche Power, unsere Gemeinsamkeit, verlorenging und auch das Gefühl, daß die Frauenbewegung frei mache.

In Deutschland hindert noch ein weiteres Moment Frauen und Männer an anderen Einsichten und Orientierungen: der Faschismusvorwurf, der in der BRD mehr als anderswo wie ein Denkverbot wirkt. Die Wertschätzung der Mütterlichkeit und weiblicher handwerklicher Fähigkeiten gerät dabei ebenso in Verdacht wie die Subsistenzorientierung, die Überzeugung, daß wir uns auf den Konsum der Früchte

unserer natürlichen Umgebung und eigener Arbeit konzentrieren sollten, um eine Existenzsicherung ohne Raubbau praktizieren zu können. Dabei ist all diesen polarisierenden Wertungen von faschistisch, konservativ, rechts, links, bürgerlich, sozialistisch eines gemeinsam, daß damit die entscheidende Frage der Moderne vermieden wird: Wie hältst du's mit dem Lebens-, Natur- und Frauen-verachtenden technologischen Fortschritt? Allen geht es immer nur um den Anteil an der Beute, nicht aber um die Abschaffung des Beutemachens.

Der Männerkampf der Frauen

Frauen fingen an zu kämpfen. Wenn eine den Herrschenden etwas abringen will von ihrer Herrschaft, bleibt ihr auch gar nichts anderes übrig. Erklärtes Ziel war: gleicher Lohn, gleiche Posten, gleiche Arbeit, gleiches Geld. Statt die Unterdrückung durch das patriarchale System mit der Aufkündigung der Mittäterschaft zu quittieren und nach anderen, Natur-, Frauen- und Kinder-freundlichen Arbeits- und Lebensformen zu suchen, kämpften Frauen um Teilhabe an der Macht.

Was den Frauen Stärke gegeben hatte, war die Nähe, die Liebe zwischen den Frauen – als Schwestern, als Geliebte, als Mütter, als Töchter und als Freundinnen –, die Wertschätzung des eigenen Geschlechts und die Solidarität miteinander, die aus der Erfahrung von Unterdrückung und selbstorganisiertem Widerstand erwuchs.

Es war die Egalität, die autonome Selbstorganisation, die Vielfalt, die den Frauen diese stürmische Kraft verliehen hatte, aber sie gaben sie auf zugunsten des Versuchs, sich einzuordnen in die Hierarchie der kapitalistisch-patriarchalen Männergesellschaft. Gemeinsamkeit wurde umgemünzt in Formierung, ein typisches Phänomen von Hierarchien. Aus der Egalität, die ungeordnetes, lebendiges Durcheinander von Unterschiedlichen ist, wurde Streben nach standardisierter Gleichheit.

Frauen waren der Überzeugung, sie kämpften für ihr gutes Recht, auch mal „oben" zu sein. Sie wollten was Höheres sein, geachtet werden. Gleichheit meinte nicht Gleichheit mit Männern „da unten", etwa Bauersmännern hier oder in den Kolonien. „Gleichheit" bedeutet Gleichheit mit privilegierten weißen Männern. „Gutes" Recht dagegen– Naturrecht, das Recht von Natur aus, von Geburt her nämlich – ist in Wirklichkeit, auf die „da oben" zu pfeifen, deren Achtung weder zu erbitten noch zu erkämpfen, auch nicht deren Gerechtigkeit oder ein Stück ihrer Herrschaft haben zu wollen.

Nachdenken über diese Zusammenhänge wäre ein ganz wichtiger Teil in der Aufarbeitung der Geschichte der Neuen Frauenbewegung und entsprechend in der Diskussion um Gleichheit und Differenz im

Geschlechterverhältnis. Es scheint, als ob die Tatsache, daß Frauen in dieser patriarchalen Gesellschaft im Norden gegenüber den eigenen Männern benachteiligt werden, gegenüber Frauen und Männern im Süden aber privilegiert sind, sie daran hindert, über einen grundlegend anderen Gesellschaftsentwurf nachzudenken. Da heißt es dann schnell: „Wieder sollen Frauen die Retterinnen sein; wir wollen nicht immer die Trümmerfrauen sein; Frauen müssen nicht besser sein, bloß weil sie Frauen sind." In der Tat, können wir da nur sagen.

Weiblichkeit und Freiheit

Einer solchen Sicht der Dinge wird oft entgegengehalten: Das sei idealistisch, ein schöner Traum; die Wirklichkeit sähe anders aus, denn die Frauen hätten nichts in Händen, sie seien arm. Worum es ginge, sei die Ökonomie, sei die Erwerbsarbeit, sei das Geld. Aber die Ökonomie ist notwendigerweise patriarchal, die Erwerbsarbeit ist notwendigerweise sexistisch strukturiert und das „Vielegeld" ist Männergeld. Es gibt eine ursächliche Verquickung zwischen dem herrschenden Gesellschaftsentwurf und der Frauen- und Mütterverachtung. (Bennholdt-Thomsen, Mies, v. Werlhof 1983/92)

Die moderne Wirtschaft, sei sie kapitalistisch oder sozialistisch, islamisch oder christlich, ist auf dem Rücken von Frauen errichtet. Grundlage ist ein lebensverachtender, räuberischer Umgang mit der Natur, dessen Voraussetzung Frauenverachtung ist. So hängt die Geschichte der Naturzerstörung eng mit der Frauenunterdrückung zusammen. Denn Weiblichkeit ist mehr als nur ein Symbol für lebenspendendes, natürliches Wachstum. Ihre Wertschätzung ist ein Prinzip, das die soziale Organisation, den Zusammenhang von Mensch und Natur und die Wirtschaftsweise prägt. Umgekehrt beruht die moderne Wirtschaftsweise darauf, daß das künstlich Produzierte, das beliebig Repetierbare gegenüber dem organisch Gewachsenen den Vorrang hat. Daß die Frauenverachtung nicht nur ein nebensächliches Begleitelement der modernen Ökonomie ist, sondern jede Frau in der ganzen sozialen Brutalität, die das bedeutet, trifft, liegt am unversöhnlichen Widerspruch, der über Existenz oder Nichtexistenz der Kapital- und Männerherrschaft entscheidet. Die moderne Technologie-, Geld- und Warenökonomie muß das Wissen um eine andere Ökonomie aus dem Gedächtnis tilgen, denn das künstlich Produzierte könnte in offener Konkurrenz zur natürlichen Lebendigkeit nicht bestehen.

Schließlich ist die Gebärfähigkeit – trotz aller Verrenkungen, die postmoderne Feministinnen anstellen – von der Frau nicht zu trennen. Und da das von Natur aus Lebendige in der modernen technologisier-

ten Welt als Eigenständiges verdrängt und nur noch wie eine untergeordnete tote Sache als Rohstoff benutzt wird, trifft der Bann auch die Frauen selbst. Anstatt ihre Fähigkeit, ja Potenz zu achten, werfen auch Frauen sie heute in die Waagschale als Gegengewicht zu einem armseligen Häufchen Geld. Tatsächlich wird zur Durchsetzung von gleichen Rechten und gleichem Lohn immer wieder der Gebärstreik erwogen. Und so manche heutige Feministin spricht auch nach all den Jahren Frauenbewegung von der „Kinderfalle". Gemeint ist, daß Frauen keine Kinder bekommen sollten, um im Geschlechterkampf um Geld nicht an Terrain zu verlieren. Das Gegenteil ist der Fall: Dies ist der Weg der Ausschaltung von Frauen.

Die neueste biotechnologische Entwicklung ist eifrig bemüht, dies zu erreichen. Aber immer mehr Frauen wird klar, daß sie diesen Weg nicht wollen, und viele setzen sich vehement gegen den Genozid des weiblichen Geschlechts zur Wehr. Dennoch passiert es immer wieder, daß denen, die den Zusammenhang von Natur und Kultur, Natur und Weiblichkeit, von Gebärfähigkeit und weiblicher Stärke in den Mittelpunkt der Überlegungen zur Frauenbefreiung stellen, Biologismus oder neuerdings Essentialismus vorgeworfen wird. Wirklicher Biologismus jedoch, d.h. Reduzierung der Frau auf die Gebärfähigkeit, speist sich aus dem Abtrennen und Ignorieren der Natur der Frau – als habe sie keine. Auf diese Weise wird der weibliche Körper des Menschlichen, Kulturellen und Spirituellen beraubt und kann beliebig weiter zerstückelt und manipuliert werden. Damit wiederholt sich nur nochmals das, was im gesamten Prozeß der Moderne im Umgang mit der Natur exekutiert worden ist: Sie wird zerstückelt, entseelt, entlebendigt und versachlicht. Stärke und Freiheit der Frauen hingegen liegen im Identifizieren mit der eigenen Leiblichkeit, nur so ist Selbstwertgefühl, Selbstbehauptung und lebendige Entfaltung möglich. Diese Erfahrung, so meinen wir, haben wir in den ersten Jahren der Frauenbewegung wenigstens ansatzweise gemacht.

Freiheit oder Geld

Viele Frauen haben ihr aber nicht vertraut, sondern haben bei der Suche nach Sicherheit, Überlebenssicherheit ohne ständige Abhängigkeit und Gewaltdrohung, auf das Geld gesetzt. Dabei sind sie der wirklich lebenszerstörenden kapitalistisch-patriarchalen Ökonomie aufgesessen, statt sie zu bekämpfen. Ihnen fehlte und fehlt ein anderer Begriff von Überlebenssicherheit und Reichtum, den wir nun, angesichts des rapiden Fortschreitens der Zerstörung der tatsächlichen natürlichen Lebensgrundlagen neu bedenken müssen.

Wenn wir uns mit den Menschen im Süden vergleichen, müssen wir fragen: Waren wir, sind wir wirklich arm? Sind wir am Verhungern? Kaum, zumal hier in Deutschland und erst recht in Westdeutschland nicht, denn wir profitieren noch von der Zugehörigkeit zu den Ländern, die die Weltwirtschaft beherrschen.

Zur gleichen Zeit gab und gibt es genügend Frauen auf dieser Welt, die tatsächlich hungern, also nicht nur relativ gesehen arm sind. Hängt unsere Angst um unsere Sicherheit mit ihrem Hunger zusammen? Gewiß! Die Angst macht, daß wir verbohrt an einer Ökonomie festhalten, ja unbedingt bei ihr mitmachen wollen, die Frauen und Kinder woanders in den Hunger treibt. Sie versperrt uns die Einsicht, daß unter dem Vorzeichen dieser Ökonomie sich auch die Hungerhilfe und das Leihen von Geld in ihr Gegenteil verkehren, ja das Gegenteil sind. Die Weizen- und Nahrungsmittelhilfen zerstören am Ende auch noch die letzten einheimischen Fähigkeiten, die eigenen Lebensmittel zu produzieren, bis schließlich das Überleben wirklich von den fortgesetzten Almosen abhängt. (Mies/Shiva 1995, Shiva 1996) Sie zerstören auch die sozialen und kulturellen Zusammenhänge, die traditionell ein gutes Überleben, nämlich Überlebenssicherheit garantierten.

Bei uns gilt es hingegen immer noch als Fortschritt, die Abhängigkeit voneinander, die Verpflichtung der Personen aufeinander aufzugeben zugunsten einer Abhängigkeit vom anonymen Geld und vom Staat. Aber die Neutralität des Geldes ist ein Mythos. Vielmehr werden Frauen durch die Geldverhältnisse gezwungen, sich den Regeln des Patriarchats zu unterwerfen: für Frauen wenig Geld, das kleine Geld. So erscheint es ironischerweise als Befreiung, das gleiche Geld, die gleichen Posten, die gleiche Lebensweise wie Männer zu fordern und damit die gleiche patriarchale Wachstumsökonomie voranzutreiben.

Was macht frau mit der Macht?

Wenn wir von der Subsistenzperspektive reden, wird uns oft vorgehalten, eventuell könnten sich ja einige Aussteigerinnen das leisten, nicht aber das Gros der Frauen. Die müßten um politische Machtanteile kämpfen. „Radikaler Ausstieg ist kein politisches Modell", schrieb Lisbeth Herger als Erwiderung auf einen Vortrag von Veronika Bennholdt-Thomsen, in dem sie obige Gedanken vortrug. (Herger 1989, 13)

Anders als bei dem Gleichheits-Differenz-Diskurs geht es bei der Machtfrage nicht nur um einen Diskurs, sondern um reale Politik, Realpolitik. Wie schon erwähnt, ist in Deutschland die reale Basis für diesen Kampf um Frauenbeteiligung an der politischen Macht, daß die „Grünen" es 1983 schafften, ins Parlament zu kommen, und daß sie

von Anfang an eine frauenfreundliche Politik betrieben. 50 Prozent aller Parteimandate sollten an Frauen gehen. Bei Versammlungen hatten Frauen vorrangig Rederecht. Anfangs war die Partei auch offen für feministische Forderungen aus der autonomen Frauenbewegung. Sie förderte z.B. Kongresse wie „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnik" im April 1985, der hierzulande eine breite Bewegung gegen diese Technologien initiierte. Als es darum ging, eine parteinahe Stiftung zu gründen, setzten Feministinnen durch, daß neben der Buntstift- und der Heinrich-Böll-Stiftung eine Frauenstiftung gegründet wurde, die Frauenanstiftung. Diese hat im Lauf der Jahre im In- und Ausland viele Frauenprojekte gefördert. Trotz interner Probleme war es möglich, das Stück Macht, das Frauen erkämpft hatten, im Sinn der Frauenbefreiung zu nutzen.

Den anderen Parteien, wollten sie die Frauenstimmen nicht an die Grünen verlieren, blieb nichts anderes übrig, als selbst Frauenquoten einzuführen. Das geschah nach 1989 durch die SPD und die PDS. Die Frauenquote von Bündnis 90/Die Grünen beträgt 50%, die der PDS ebenfalls. Die Quote der SPD ist 40%. Selbst die CDU diskutierte die Einführung eines „Quorums" für Frauen.

Es besteht kein Zweifel daran, daß diese Quotierungspolitik insofern erfolgreich war, als sie mehr Frauen in die Parlamente gebracht hat. Zwischen 1949 und 1987 betrug der Frauenanteil im Bundestag nie mehr als 10%. 1972, zur Zeit der sozialliberalen Koalition war er nur 5,8 bis 6,8%, nach 1989, nachdem das Quotensystem eingeführt worden war, stieg der Anteil, 1996 auf 26,4%. Die Grünen hatten einen Frauenanteil von 59,1%, die SPD von 34,1% und die PDS 43%. Begründet wird die Quotierungsforderung durch das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes. (Pfarr 1996) Heute müssen wir jedoch fragen, was diese zahlenmäßige Erhöhung des Frauenanteils gebracht hat. Vor allem müssen wir fragen, was die Frauen mit dem Stück Macht gemacht haben, für das viele Frauen so lange gekämpft haben.

Begründet wird die Forderung *Frauen an die Macht* ähnlich wie die Forderung *Frauen ran ans Geld,* mit dem Argument: Erst müssen wir an der Macht teilhaben, dann werden wir sie, anders als die Männer, zum Wohl der Frauen, der Kinder, der Natur nutzen. Die Strategie: erst die Macht erkämpfen (die Gleichheit mit den Männern, den Herrschenden), dann eine andere Politik betreiben, ist im Grunde die, die die alte Linke betrieben hat: Zuerst die Eroberung der Staatsmacht, dann Aufbau des Sozialismus/Kommunismus. Wir wissen inzwischen, was sie dort, wo sie unter unendlichen Opfern des Volkes die Macht im Staat errungen hatten, mit der Macht gemacht haben.

Wenn nun Feministinnen an die Macht wollen, ist es nach diesen Erfahrungen angebracht zu fragen, was der Kampf um Machtanteile (wir begnügen uns ja mit Anteilen) uns bisher gebracht hat und was er bestenfalls bringen *kann*. Dieser Frage wollen wir nicht spekulativ oder argumentativ nachgehen, sondern empirisch. Wir wollen fragen: Was haben Feministinnen mit der Macht gemacht, wenn sie davon einen Zipfel erhascht hatten oder erhaschen wollten? Als Beispiel beziehen wir uns auf den Diskussionsprozeß, der 1995 innerhalb der Bündnisgrünen über die Umstrukturierung der drei parteinahen Stiftungen begann und das Ziel hatte, sie zu einer einzigen, der Heinrich-Böll-Stiftung zu vereinigen.

Was in diesem Reformprozeß im Zusammenhang mit der Gründung eines neuen „Instituts für feministische Theorie und Praxis" geschah, ist höchst lehrreich. Eine Gruppe Frauen, der „Frankfurter Kreis", veranstaltete am 27. Mai 1995 in Hamburg einen Workshop unter dem Thema: „Was heißt hier politische Öffentlichkeit?" Aus dem Bericht über diesen Workshop geht hervor, daß mit der Gründung dieses Instituts eine gründliche Abkehr von der bisherigen feministischen Öffentlichkeit, der bisherigen feministischen Wissenschaft, ja dem ganzen bisherigen Feminismus vollzogen werden soll. Als eine der Zielsetzung dieses Instituts wird die Förderung des postmodernen Diskurses um Differenz angegeben.

Barbara Holland-Cunz, Professorin in Gießen, griff das feministische Wissenschaftverständnis an, das auf den „berühmt-berüchtigten" methodischen Postulaten von Maria Mies aufgebaut sei. Diese hätten die ersten Gehversuche der deutschen Frauenforschung und Generationen von Studentinnen zu Diplomarbeiten mit dem „Betroffenheitsansatz" inspiriert und die Trennung von Wissenschaft und Politik als etwas zu Überwindendes erklärt. Da es zu der Zeit, als Maria Mies ihre Thesen aufstellte, zwar eine Frauenbewegung, aber keine ernstzunehmende Frauenforschung gegeben hätte, hätten sich „Parteilichkeit und Betroffenheit", als kritisches Einklagen verdrängter Wirklichkeit gedacht, zur Legitimation feministischer Wahrheit entwickelt. Politik und Wissenschaft seien aber getrennte Bereiche. Damals sei die Verbindung von Theorie und Praxis noch in der Lebensrealität engagierter Frauen in den Hochschulen verankert gewesen, und „alle zentralen wissenschaftlichen Arbeiten z.B. von Carol Gilligan bis Carola Pateman" noch nicht geschrieben. Heute gebe es eine

> *ausdifferenzierte feministische Theorie, die wieder die Trennung von Theorie und Praxis fordert. Die Orte von Theorie und Praxis sind unterschiedlich, die Akteurinnen sind nur noch selten iden-*

tisch, die jeweils geforderten Kompetenzen sind hochgradig ausdifferenziert, das Selbstverständnis von Wissenschaftlerinnen und politisch engagierten Frauen geht häufig weit auseinander. Aus einem frauenbewegungs-nostalgischen Blick mag dieser Zustand beklagenswert erscheinen, aus der Perspektive feministischer Professionalität ist er dennoch ein erfreulicher Fortschritt. (Holland-Cuntz 1995, 27)

„Fortschritt" bedeutet also: möglichst schnell von der Bewegung wegkommen, die frau dahin gebracht hat, wo sie ist; möglichst schnell Theorie und Praxis wieder entkoppeln, sobald frau ein warmes Plätzchen ergattert hat. Folgerichtig muß sich Holland-Cuntz auf den Vater der positivistischen Trennung von Theorie und Praxis, Wissenschaft und Politik, Max Weber, berufen. Dies geschieht bei ihr unter Einbeziehung des Differenzdiskurses. Wissenschaft und Politik sind (angeblich) nicht miteinander zu vermitteln, weil beide so *different* sind.

Nach über zwanzig Jahren Frauenbewegung und Kampf für die Überwindung dieser zerstörerischen und bornierten Spaltung zwischen Wissen und Handeln, Politik und Wissenschaft sind es ausgerechnet grünen-nahe Feministinnen, bei denen es heißt: „Zurück auf Null!" Nach dem Referat der Wissenschaftlerin wundert es nicht mehr, daß auch die Politikerin Krista Sager, Bundessprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, auf diesem Workshop meinte: „Eine kritische Revision und Weiterentwicklung des Feminismusbegriffs steht an, weil junge Frauen Feminismus oft als old fashioned empfinden." (Sager 1995, 39)

Ohne diesen Workshop überzubewerten, scheint es symptomatisch, was sich dort abspielte und wie auch Feministinnen mit Macht umgehen, wenn sie denn ein bißchen davon in die Hand bekommen haben. Charakteristisch ist vor allem der Umgang mit den eigenen Anfängen oder genauer, der „Mord an den Anfängen" (Blaise 1986). Im Fall der grünen Feministinnen ging es darum, möglichst schnell den Zusammenhang zwischen Frauenbewegung und Frauenforschung vergessen zu machen, die Frauenforschung der Anfänge, ihre radikalen Prinzipien, ihren Politik- und Wissenschaftsbegriff in den Bereich des Vorwissenschaftlichen zu verweisen, zwar gut für eine „Bewegung", d.h. für die Mobilisierung, aber doch nicht für „echte", „professionelle" Wissenschaft, um die es in diesem neuen Institut gehen soll.

Ähnlich schnell sollte in Vergessenheit geraten, daß die Grüne Partei mal etwas mit „Feministinnen" zu tun hatte, ja maßgeblich ihre ersten Erfolge Frauen verdankte. Frau beruft sich auf die jeweils neue Mode „junger Frauen", für die ein Begriff wie Feminismus ein Igitt-Begriff ist. Wer will noch was mit Feministinnen zu tun haben? Also, da

frau an der Macht bleiben will, wenn sie schon mal an der Macht ist, distanziert sie sich besser rechtzeitig von den Schmuddelkindern oder besser Schmuddelmüttern, denen sie ihre Macht verdankt. Denn nun geht es ja um „richtige“, „professionelle“, „ordentliche“ Parlamentspolitik im Männerhaus. Da muß frau eben auch mal über ihren Schatten springen und einige radikale „unreife“ Prinzipien über Bord werfen, wenn sie „nicht mehr in die Landschaft passen“.

Was ist neu oder anders an diesem Schmierentheater, wenn es von Frauen gespielt wird? Wir kennen die Regie aus Tausenden Jahren patriarchaler Macht- und Herrschaftsgeschichte. Sie läuft immer nach demselben Muster ab:

- 1. Akt: Großer Aufstand aller Unterdrückten und Gedemütigten gegen den/die Tyrannen;
- 2. Akt: Eroberung der Macht oder, zumindest für einige der ehemals Geknechteten, Teilhabe an der Macht;
- 3. Akt: Institutionalisierung, Professionalisierung, Transformierung der neuen Macht zur Herrschaft, meist nach dem Vorbild der alten Tyrannen-Väter.
- 4. Akt: Distanzierung von den eigenen Schmuddelanfängen, -genossen, -müttern, -schwestern, -prinzipien, -wörtern, -diskursen.
- 5. Akt: Anerkennung als legitime Söhne (Töchter) und Erben der früheren Herrschenden.

Zirkulation der Eliten heißt das in der Soziologie.

Also, nichts Neues, wenn Frauen machen, was patriarchale Männer immer schon gemacht haben. Nur peinlicher und langweiliger.

Immerhin sollte die Betrachtung dieses Dramas dazu führen, daß uns klar wird, daß Frau-Sein noch kein politisches Programm bedeutet, daß es nicht genügt, wenn möglichst viele, eventuell wirklich 50% der Machtinhaber im ökonomischen oder parlamentarischen Herrenhaus Frauen sind. Es kommt darauf an, was diese Frauen in ihren Köpfen und Herzen haben, ob sie tatsächlich eine andere Gesellschaftsordnung wollen oder nur Teilhabe an der Macht. Frauen sind per se noch nicht das bessere Geschlecht. (v. Werlhof 1996)

Postmodernismus, die Ideologie des Vergessens und die Ent-mater-ialisierung der Frau

Was wir in der deutschen Frauenbewegung über die Abkehr von den Anfängen beobachtet haben, ist keine Einzelerscheinung. Dieser Trend ist vor allem in den USA verbreitet, von wo er sich seit etwa

1980 unter dem Banner des postmodernen Feminismus als *die* neue theoretische Grundlage über die ganze Welt verbreitet hat.

Wie 1996 auf dem internationalen Frauenkongreß „Radical Feminist Politics" in Melbourne berichtet wurde, ist der Postmodernismus inzwischen die herrschende Theorie an fast allen Frauenforschungs- und -studienschwerpunkten in der Welt, vor allem der angelsächsischen Welt. Frauen, die diese Theorie ablehnen, finden kaum mehr eine Stelle in den Women's Studies.[2]

Auch in Deutschland sind die akademischen Diskurse um Differenz, Identität, „Gender", Macht von der amerikanischen postmodernen Diskussion beeinflußt. Die Ideen des Postmodernismus gelten nicht nur als das „Neueste" in bezug auf feministische Theoriebildung, sondern dienen vor allem der Legitimierung politischer Kehrtwendungen wie den eben beschriebenen. Gleichzeitig werden die Anfänge der neuen deutschen Frauenbewegung verdrängt und vergessen. Die postmoderne Ideologie leistet diesem Vergessen nicht nur Vorschub, sie besteht aus „Strategien des Vergessens", wie Füssel es ausdrückt. Füssel unterscheidet fünf postmoderne Strategien des Vergessens.

1. Alles ist Oberfläche und Erscheinung. Selbst die Materie ist wie eine Zwiebel, bestehend aus Schichten und Schichten von Erscheinungen. Darunter gibt es kein Wesen.
2. Alles ist gleichwertig. Alles kann in Frage gestellt werden. Das macht alles gleichzeitig beliebig und wertlos. Wenn alles gleichgültig ist, entfällt jeglicher Grund, eine Möglichkeit gegenüber einer anderen zu wählen.
3. Es gibt keine Beziehung mehr zwischen Input und Output im Produktionsprozeß. Es zählt nur das Resultat – in Form von Geld. Vergessen wird, wer diesen Prozeß steuert und in wessen Interesse er geschieht.
4. Klassenunterschiede werden vergessen und ersetzt durch den Konsumismus, der Massen und Eliten in einer homogenisierten, globalisierten Kultur verbindet. Je nach Marktwert wird das „Traditionelle", „Ethnische" oder das „Moderne" kodiert.
5. Niemand bezieht mehr Stellung. Es gibt nur noch unterschiedliche Meinungen, die nebeneinander bestehen. Sie sind privat und folgenlos: „Vor allem muß Streit vermieden werden. Die Konfrontation des Gegensätzlichen weicht dem Nebeneinander des Unterschiedlichen." Es gibt keine vereinigende Vision und Strategie mehr. (Füssel 1993, 53ff).

Der Begriff „Postmoderne" wurde von dem französischen Philosophen Jean François Lyotard in „La condition postmoderne" (1979,

dtsch: Das postmoderne Wissen, 1986) erstmalig verwendet. Lyotard rechnet in diesem Buch mit „der Moderne“ ab, die für ihn – und alle weiteren Anhänger der Postmoderne – mit der Aufklärung im 18. und 19. Jahrhundert anfängt und nun angeblich zu Ende gegangen ist.

Die Postmoderne stellt vor allem den Rationalitätsbegriff der Aufklärung in Frage und damit sowohl den Menschen als verantwortliches, bewußtes Subjekt (der Geschichte) als auch eine materielle bzw. „essentielle“ Wirklichkeit der Welt, eine Geschichte, die *nicht* sprachliches Konstrukt ist. Für die Postmoderne gibt es keine gegebene, erkennbare Wirklichkeit mehr, sie wird nur jeweils sprachlich konstruiert durch orts-, zeit- und kontextgebundene Diskurse.

Wenn wir uns fragen, warum sich (vor allem nordamerikanische) Feministinnen ausgerechnet die Ideen dieser (männlichen) französischen postmodernen Philosophen zu eigen gemacht haben, stellen wir fest, daß es eine gewisse Gemeinsamkeit in der Vernunftkritik beider Gruppen gibt, die u.E. auf ganz verschiedenen Praxen und Visionen beruht. Die Philosophen kamen von der theoretischen Marx- und Freud-Kritik zu ihren postmodernen Schlüssen. Die Feministinnen hingegen kamen, zumindest in den Anfängen, aus der Frauenbewegung und der Kritik an patriarchaler Gewalt und frauen- und naturfeindlicher Technologie (Atom-, Gen- und Reproduktionstechnologie) zu ihrer Kritik am herrschenden Wissenschaftsparadigma.

Allerdings ging dieser Bezug zur Frauenbewegung und zur politischen Praxis in den USA schnell verloren, vor allem in den Jahren, als an fast allen Universitäten Women's Studies als reguläre Abteilungen eingerichtet und neue Lehrstühle für Frauenforschung institutionalisiert wurden. Mit dieser Institutionalisierung einher ging nicht nur die Etablierung des Gender-Diskurses, der bereits 1975 von Gayle Rubin initiiert worden war[3], sondern auch die Etablierung des feministischen Postmodernismus als der dominanten feministischen Theorie in den Hochschulen. Politisch wurde dieser Postmodernismus in den USA vor allem wegen der Differenztheorie und dem pluralistischen radikalen sozialen Konstruktivismus favorisiert, denn in den USA hatten sich vor allem schwarze Frauen und Frauen anderer ethnischer Gruppen gegen die Dominanz weißer Mittelklasse-Feministinnen zur Wehr gesetzt. Für diese Situation paßte der Differenzdiskurs. Hinfort gehörte es zur *political correctness,* nach „gender“ auch immer gleich „race, class, sexual orientation, ethnicity“ gebetsmühlenhaft aufzuzählen, um nur ja nicht in den Verdacht zu geraten, eine von diesen Kategorien zu „essentialisieren“, d.h. als soziales oder biologisches Fundament gesellschaftlicher Praxis anzusehen.

Diese Wende im angelsächsischen Feminismus geschah um 1980, zur Zeit der Reagonomics und des Thatcherismus. Es paßt in diesen politischen Kontext, daß Feministinnen in England und den USA alle früheren, radikaleren, umfassenderen Gesellschaftstheorien, vor allem die linker Provenienz, ad acta legten und sich einer Vielzahl begrenzter lokaler Forschungsprojekte zuwandten. Nancy Fraser und Linda Nicholson geben offen zu, daß diese Wende im angelsächsischen Feminismus mit der Institutionalisierung der Frauenforschung in den Universitäten zusammenhängt. Sie schreiben, feministische Forscherinnen hätten seit 1980 aufgehört, nach *der* großen theoretischen Erklärung für den fortdauernden Sexismus zu suchen, und sich statt dessen begrenzteren Forschungsfragen zugewandt.

> *Ein Grund für diesen Wandel ist die zunehmende Legitimität von feministischer Forschung. Die Institutionalisierung von Frauenstudien in den Vereinigten Staaten bedeutete einen dramatischen Anstieg der Zahl feministischer Forscherinnen, eine viel größere wissenschaftliche Arbeitsteilung und einen größeren Fonds konkreter Information.* (Fraser u. Nicholson 1990, 32)

Die Institutionalisierung von Frauenstudien in den USA hatte also einen ähnlichen Effekt wie die Institutionalisierung grüner, ökologischer und feministischer Politik in Deutschland: die Verdrängung bzw. Vernichtung der Anfänge. Dies ging einher mit der Übernahme zentraler postmoderner Theorieteile in die neu etablierte „feministische Theorie", vor allem der Übernahme des radikalen sozialen Konstruktivismus im Gender-Diskurs. „Frau" war hinfort *nur* noch ein soziales und kulturelles Konstrukt; damit einhergehend die Diskurstheorie, die die soziale Wirklichkeit in Diskurse, d.h. „Texte" auflöst und ihr außerhalb solcher Diskurse keine Wirklichkeit zubilligt. Zentral war/ist in dieser neuen postmodernen feministischen Theorie vor allem die Zurückweisung des *Essentialismus.*

Essentialismus – die neue Todsünde

Postmoderne Feministinnen sind trotz ihrer Ablehnung universalistischer Äußerungen in einem absolut einig: Der größte theoretische Sündenfall ist der Essentialismus. Er wird in allen möglichen Texten aufgespürt und de-konstruiert, und auch in den eigenen Texten sind sie dauernd auf der Hut, nicht in essentialistische Fallen zu tappen.

Was ist Essentialismus? Danach befragt, können postmoderne Feministinnen meist nichts anderes angeben als das, was wir in den siebziger Jahren Biologismus genannt haben: daß die Anatomie von Frauen und Männern und nicht soziale, polit-ökonomische und histo-

risch gewordene Verhältnisse als Ursache der patriarchalen Geschlechterverhältnisse angesehen wird. Postmoderne Feministinnen fügen diesem biologischen Essentialismus allerdings noch den sozialen hinzu, was bedeutet, daß auch soziale und kulturelle Verhältnisse essentialisiert werden können. Das heißt, sie werden nicht mehr als relativ und von der jeweiligen Sichtweise und Situation abhängig angesehen, sondern als quasi-naturgegeben.

Dabei stellt sich aber für Feministinnen ein Problem, das von einigen postmodernen Theoretikerinnen auch bemerkt wurde. Wenn der Kategorie „Frau" nur noch eine lokal und ad hoc begrenzte, auf jeweiligen Ansichten beruhende Wirklichkeit zukommt, wird es fast unmöglich, noch politische Kämpfe im Namen *der* Frauenbefreiung oder *der* Frauenemanzipation zu führen. Dann sind keine Gemeinsamkeit, keine Moral, kein Wir-gehören-zusammen, keine politische Handlungsmöglichkeit mehr denkbar. Denn um politisch aktiv werden zu können, braucht frau wenigstens eine etwas größere „Erzählung", sprich einen etwas größeren empirischen und theoretischen Rahmen als ihren eigenen Tellerrand. (Fraser/Nicholson 1990, 26) Außerdem muß frau sich und andere Frauen zumindest als Subjekt und real und ihre politischen Ziele als wichtig und wirklichkeitsgerecht im Rahmen einer Langzeitperspektive verstehen können, wenn sie sich überhaupt engagieren will. Aber der postmoderne Feminismus läßt einen solchen Essentialismus nicht zu. Judith Butler beschreibt das Dilemma: Nach Julia Kristeva existieren „Frauen" eigentlich nicht. Deshalb schlägt Kristeva vor, die Kategorie Frau als politisches Instrument zu benutzen, ohne ihr aber ontologische Integrität zuzubilligen. Butler zitiert Gayatri Spivak, die argumentiert, daß Feministinnen einen operationellen Essentialismus, eine falsche Ontologie der Frau als universelle Kategorie konstruieren müßten, damit sie ihr politisches Programm überhaupt in Angriff nehmen können. (Butler 1990, 325)

Um also politisch handeln zu können, muß frau so tun, als ob der Kategorie Frau universelle ontologische Wirklichkeit zukäme. Um theoretisch argumentieren zu können, muß sie genau dies aber um jeden Preis leugnen. Hier sind wir bei dem Punkt angelangt, den Somer Brodribb (1993) als den neuen Idealismus in der feministischen Theorie kritisiert hat. Er hat u.E. nicht nur zu einer weiteren Spaltung zwischen Theorie und Praxis, zu einer absoluten Verwirrung des Denkens, sondern auch zu einer weitgehenden Entpolitisierung und Ohnmacht der Feministinnen, speziell der jungen Frauen in den Hochschulen geführt, und das zu einer Zeit, in der klares Denken und entschlossenes Handeln notwendiger sind denn je.

Somer Brodribb ist eine der ersten Feministinnen, die darauf hingewiesen haben, daß die Eliminierung der *Materie* und der *Geschichte* in der postmodernen, poststrukturalistischen Ideologie und ihre Ersetzung durch Diskurse und Narrative letzten Endes auf der „Ermordung der Mutter" als des Beginns menschlichen Lebens beruht. In „Nothing Mat(t)ers: A Feminist Critique of Postmodernism" (1993) erinnert sie uns an die gemeinsame linguistische Wurzel von „mater" und „materia". Sie weist nach, daß die patriarchalen Kultheroen des Postmodernismus, Nietzsche, Lacan, Lyotard, Derrida, Foucault, die Tatsache nicht akzeptieren konnten, daß wir alle von Frauen geboren werden und wie alle anderen organischen Kreaturen sterben. Somer Brodribb identifiziert den „Mord der Anfänge" in der Form des tatsächlichen oder symbolischen Frauen- bzw. Muttermordes als den wichtigsten Impetus postmodernen Denkens. Ohne diesen Mord der mat(t)er als unseres Ursprungs in dieser Welt, ohne die Entmaterialisierung, Verdunkelung oder Mystifizierung dieses Ursprungs wäre es nicht möglich, den Mann als Erschaffer der Kultur, der symbolischen Ordnung, vor allem der Technologie zu feiern. Postmoderne Männer und Frauen, die in diese symbolische Ordnung „aufsteigen" wollen, müssen daher als erstes vergessen, daß sie von einer Frau geboren wurden. (Rich 1977, v. Werlhof 1996) Sie verstehen sich als selbst-„konstruiert", durch die Kombination der Maschinen-Logik mit organischen „Systemen". Sie sind Cyborgs, wie Donna Haraway (1991) schreibt.

Dieser postmoderne Muttermord hat einen neuen Idealismus produziert, der nicht nur die gesamte Realität zu einem „Text", zu einer „Erzählung" reduziert, sondern auch die Erinnerung an unsere individuellen Anfänge, unsere gesellschaftliche Geschichte, aber auch an das Band vernichtet, das uns mit dem Rest der organischen und inorganischen Welt verbindet, an unser Verwurzeltsein in der Natur *als etwas Gegebenem* und nicht Konstruiertem.

Warum Feministinnen, vor allem in den Zentren des industriellen Kapitalismus, auf diese Ideologie abfahren, sie im Namen der Frauenemanzipation nicht nur in den „Gender Studies", sondern auch in der Politik propagieren, ist uns unverständlich. Denn es geht in dieser Ideologie nicht um den Widerstand gegen das globalisierte kapitalistische Patriarchat, sondern um die „Emanzipation" vom Ursprung, den symbolischen Müttern, den wirklichen Müttern und von Mutter Erde. Für Frauen bedeutet diese „Emanzipation", daß sie, wie Renate Klein schreibt, schließlich „körperlos im Cyberspace" schweben. (Klein 1996, 376 f) Erst in einer virtuellen Wirklichkeit können sie sich als frei und gleich empfinden. Die postmoderne Kritik am „Essentialismus"

z.B. des Ökofeminismus hat u.E. ihre Wurzeln in diesem Verleugnen der Ursprünge, unserer weiblichen Körper, der wirklichen Mütter und der symbolische Ordnung der Mütter. Für Frauen kann dieser Haß nur selbstzerstörerisch sein. Gen- und Reproduktionstechnik befreien sie dann endgültig von diesem lästigen weiblichen Leib. Barbara Duden beschreibt in ihrer Kritik an Judith Butler diese entmaterialisierte postmoderne Frau als „Frau ohne Unterleib". (Duden 1993, 26)

Diese Leugnung der materiellen Ursprünge geht einher mit der Hoffnung, endlich Zugang zum patriarchal und technokratisch definierten Reich der Männer, der Kultur, dem „Reich der Freiheit" zu gewinnen. Es ist der alte Traum aller Unterdrückten, durch „nachholende Entwicklung" ins Herrenhaus aufzusteigen, statt dem Herrenhaus den Rücken zu kehren. Im heutigen akademischen Diskurs der Frauenstudien weltweit heißt das, Anschluß an den akademischen „Male-Stream" (O'Brien) zu gewinnen. Dieser „Male-Stream" ist mehr denn je gekennzeichnet durch die Trennung von Praxis und Theorie, durch Spezialisierung, Hierarchisierung und zunehmende Entpolitisierung von Studierenden und Studieninhalten.

Die postmoderne Re-Akademisierung der Frauenforschung fand in den angelsächsischen Ländern unter dem Begriff „gender-studies" statt, der den Begriff „women's studies" ablöste. Dieser Gender-Diskurs hatte den Effekt, Frauenstudien respektabel und für Männer zugänglich zu machen. Denn er ließ den Begriff „Frau" – und alles, was damit assoziiert wird – aus dem akademischen und öffentlichen Diskurs verschwinden. Ebenso verschwanden die Begriffe Patriarchat und Kapitalismus oder kapitalistisches Patriarchat, durch die wir das System der Frauenausbeutung bezeichneten. Von „Gender" zu reden, war anständig und bedrohte niemanden. „Gender" trennte wieder säuberlich Sexualität und unseren organischen weiblichen Körper von den abstrakten und angeblich „höheren" Bereichen wie Kultur, Gesellschaft, Geschichte, Ökonomie. Maria Mies hat bereits 1986 darauf hingewiesen, daß auch „Sex" bei uns Menschen eine soziale und historische Kategorie ist und sie deshalb die Trennung zwischen „Sex" und „Gender" ablehnt. In der etablierten Frauenforschung in Deutschland wird es jedoch inzwischen als fortschrittlich angesehen, von „Gender"-Forschung statt von „Frauenforschung" zu reden. Würde man wenigstens von „Geschlechterforschung" reden, wäre das koloniale Nachplappern des angelsächsischen Diskurses weniger peinlich.

Diese Re-Akademisierung der Frauenforschung *braucht* den Mord an den Anfängen. Die Methode ist immer die gleiche: Zuerst werden die Fakten beseitigt oder verschwiegen, nämlich daß Frauenforschung

aus der Frauenbewegung erwuchs. Nicht die Frauenbewegung und deutsche Feministinnen werden als Ursprung der Frauenforschung genannt, sondern die Übersetzungen der Werke US-amerikanischer Feministinnen. (Clemens 1983, Bublitz 1992, KOFRA 1990, Bruck u.a. 1992) Dann wird die Geschichte auf den Kopf gestellt und behauptet, die Frauenbewegung sei aus der Frauenforschung erwachsen.

Das Vergessen der eigenen Mütter und Ursprünge ist nicht nur ein Problem der Literatur, sondern hat eine Reihe international bekannter Pionierinnen der deutschen Frauenforschung existentiell getroffen. Sie finden keinen Platz an deutschen Universitäten. Zu den „vergessenen Müttern“ gehören Luise Pusch, Senta Trömel-Plötz, Heide Göttner-Abendroth, Veronika Bennholdt-Thomsen, um nur einige zu nennen. (v. Werlhof 1996)

Nachdem frau sich so von den radikalen „Müttern“ distanziert und ihre Loyalität gegenüber dem Mainstream demonstriert hat, ist der vierte Schritt, Bruchstücke aus dem Werk der „Mütter“ herauszubrechen, mit anderen Bruchstücken zu kombinieren und als originales eigenes Werk herauszugeben. Damit ist frau dann selbst der Anfang eines Neuen.

Dieser Prozeß des Muttermordes oder die Emanzipation von den Müttern folgt genau den Etappen, die Catherine Keller in ihrem Buch „Der Ich-Wahn“ als Geheimnis der patriarchalen Ideologie in Europa identifiziert hat. Sie führt diese Ideologie auf den sumerischen Mythos von Marduk und Tiamat zurück. Marduk, der Krieger-Sohn, muß seine Mutter Tiamat – das Seeungeheuer – töten, ihren Körper in Stücke schneiden und die Stücke übers Land verteilen. Aus diesen Stücken erwachsen dann die neuen Kulturzentren und die patriarchale Zivilisation. (Keller 1986) Nicht nur patriarchale Männer folgen dieser Methode, um ihre Ursprungsmythen zu schaffen. Frauen benutzen heute dasselbe Schema. Der Prozeß des Muttermordes, Zerstörung der weiblichen Genealogie, der Dekonstruktion und Rekonstruktion zu neuen „Erzählungen“ ist lediglich eine Angelegenheit von einigen Stunden Word-Processing auf einem Computer. Und schon gibt es einen anderen Anfang, eine andere Geschichte.

Selbst dort, wo deutsche akademische Feministinnen den Gender-Diskurs, vor allem in Butlers Werk, kritisieren (Duden 1993, Landweer 1993, Hagemann-White 1993 u.a.), sind sie peinlich darauf bedacht, jeden „Essentialismus“ zu vermeiden und die prinzipielle und dualistische Spaltung zwischen unserem organischen Frauenleib, den wir mit den Säugetieren teilen, und unserer Symboltätigkeit, die uns erst eigentlich zu Menschen mache (Landweer 1993), aufrechtzuerhalten.

Für alle ist die Sprache *das* Kennzeichen des Humanen, das uns von den Tieren unterscheidet.

Uns wundert, daß diese Feministinnen solch panische Angst davor haben, Tier-Sein und Mensch-Sein als Kontinuum zu denken. Was uns noch mehr wundert, ist die Tatsache, daß eins der wichtigsten Postulate des Konstruktivismus von ihnen kaum beachtet wird, nämlich zu fragen, in welchem historischen Kontext welche Diskurse von welchen AkteurInnen zu welchen Zwecken und in wessen Interesse initiiert und popularisiert werden. Hätten sie diese Frage gestellt, wäre ihnen vielleicht aufgefallen, daß der Aufstieg der Postmoderne zur Hegemonie in den Hochschulen, vor allem in den Women's Studies, einherging mit dem Zusammenbruch des Sozialismus, aber auch mit dem Siegeszug der neoliberalen Wirtschaftspolitik, zunächst von Thatcher und Reagan, dann institutionalisiert und universalisiert durch GATT/WTO. Es fällt ihnen offensichtlich nicht auf, daß die Postmoderne genau die Ideologie ist, die das globale patriarchale Kapital braucht, um jede Subversion von vornherein unmöglich und die Menschen durch nihilistischen Hedonismus weltweit zu bewußtlosen, gewissenlosen, entpolitisierten Zwangskonsumenten zu machen, für die „anything goes and nothing matters".

Frauenbefreiung und Subsistenz

Wir haben mit unserer Kritik an den Diskursen über Differenz und Identität, pragmatische Machtpolitik, den feministischen Postmodernismus und Gender-Diskurs so weit ausgeholt, weil wir der Meinung sind, daß diese Tendenzen die Grundlagen für die Befreiung der Frauen aus patriarchalen Verhältnissen hierzulande verhindern und darüber hinaus alle Ansätze für eine internationale Solidarität unter Frauen vernichten. Diese Selbstzerstörung unserer Bewegung wollen wir nicht einfach hinnehmen. Vor allem weil wir andere Erfahrungen mit Frauen und Männern aus der ganzen Welt gemacht haben, stellen wir die Subsistenzperspektive der postmodernen Beliebigkeit entgegen. Sie ist in der Analyse der bestehenden Verhältnisse konsequenter und umfassender als die Postmoderne und bietet einen realitätsgerechteren, weitreichenderen und tieferen Ansatz für die Vision eines „glücklichen Lebens" für alle. Da wir die Kategorie Frau nicht in Anführungsstriche setzen wie die Postmodernistinnen, kann eine solche Vision nur realitätsgerecht sein, wenn sie auf eine andere Ökonomie zielt, nicht nur im Süden, sondern auch im reichen Norden.

Wir möchten unsere Position zu den diskutierten Themenkomplexen durch folgende Thesen präzisieren:

1. Nicht Differenz und/oder Gleichheit sind das Problem, sondern Ausbeutung, Unterdrückung und Kolonialismus. Unsere Unterschiedlichkeit ist vielmehr unser Reichtum und unsere Kraft.
2. Wir bleiben hier unten, auf dieser Erde, verbunden mit allen anderen irdischen Wesen. Wir suchen unsere Freiheit, unser Glück, unseren Reichtum nicht in irgendeiner Transzendenz *jenseits* dieser Subsistenz, sei es die Theorie, die Religion oder die Geld-Transzendenz, sondern *in* dieser Subsistenz.
3. Unsere Macht erwächst nicht aus technokratischer Herrschaft über andere Menschen und Naturwesen oder aus Teilhabe an patriarchaler Macht, sondern aus unserer autonomen Eigenmächtigkeit, aus Gegenseitigkeit, Selbstorganisation, Selbstversorgung und Vernetzung weltweit. Wir sind gleichzeitig lokal verwurzelt und international vernetzt mit vielen Frauen und Männern.
4. Wir halten fest an der Geschichte. Wir wissen, daß es ohne Achtung vor der weiblichen Genealogie keine Überwindung des Patriarchats gibt. Wir verbinden uns mit unseren Müttern. Wir verbinden uns mit unseren Töchtern.

Für uns gehören Differenzen, Unterschiede, unter uns Menschen wie in der Natur, zur *Vielfalt* des Lebens. Sie sind unser Reichtum, unsere Lust, unsere Begeisterung, unsere Kraft. Wir haben erfahren, daß wir Frauen, nicht trotz, sondern aufgrund unserer kulturellen sexualorientierten, religiösen, rassischen Unterschiede nicht nur gemeinsame politische Aktionen, Kampagnen und Bewegungen aufbauen können, sondern daß inzwischen vielfältige internationale Vernetzungen und Bewegungen eine uns alle inspirierende Quelle der Kraft, der Schwesterlichkeit, der politischen Orientierung und der Freude sind. Und sie sind wirksam. Wir haben auch erfahren, daß wir durch unsere internationale Selbstorganisation, Selbstbewegung und Kreativität sehr viel mehr bewirken können als die in ihren idealistischen Gedankengebilden verfangenen Postmodernistinnen.

Wir können in der Tat von einem neuen feministischen Internationalismus sprechen, einem Internationalismus der Vielfalt und Aktion. Er braucht keine Partei, kein Zentralkomitee, keine Hierarchie und keine formale Organisation. Er beruht auf Erfahrungen des Widerstands gegen die Strukturen des frauen- und naturverachtenden Kapitalismus und der Reflexion darüber, wie und wo wir uns gegen dieses System verbünden können. Dabei haben wir Feministinnen im Norden erfahren, wieviel wir von den Frauen im Süden lernen können.

Jüngste Beispiele solcher Erfahrungen internationaler feministischer Gemeinsamkeit sind der „Women's Day on Food", der am 15. November 1996 anläßlich der Welternährungskonferenz in Rom von Feministinnen des Südens und Nordens organisiert wurde, und das von Vandana Shiva gegründete Frauennetzwerk „Diverse Women for Diversity".[4]

Unsere Vision für uns Frauen besteht in einem engen Zusammenhang von Arbeit und Leben, d.h. von alltäglichem Handeln und der Produktion des Lebens, auch in emphatischem Sinn. Weg und Ziel ist die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse, was auch die Bedürfnisse nach Schönheit, Muße, Glück und Achtung beinhaltet, kurz: ein frauenwürdiges Leben. Zur Vision gehört ferner anstelle der Ausplünderung der Natur das Produzieren in Kooperation mit ihr und das heißt auch Kenntnis der uns unmittelbar umgebenden Landschaft und der natürlichen Bedingungen. Zentral dabei ist unsere Autonomie d.h. unsere Kontrolle über Arbeit und Produkte, so daß wir sie stolz, großzügig und gütig anbieten können. Unser Reichtum besteht in der Egalität und Vielfalt anstelle der diktierten hausfrauisierten, macdonaldisierten weltweiten Einheitskultur. Unter diesen Bedingungen braucht der weibliche Körper weder abgelehnt, noch idealisiert, noch kontrolliert zu werden, dieser Körper ist Quelle der Kraft, der Kenntnisse und des (Über-)Lebens. Wir können, was unseren Körper, unsere Landschaft und unsere Stärke anbelangt, „bei uns bleiben".

Die Perspektive der Frauenbefreiung liegt für uns im Anerkennen der Grenzen, die dann aufhören, Grenzen zu sein, wenn an die Stelle des Machbarkeitswahns Stärke tritt, die Identität mit uns selbst, die das Erleben und Ausleben des eigenen Wertes zusammen mit anderen erlaubt.

Anmerkungen

1 Dies war der Titel einer Konferenz über feministische Ökonomie, die vom 2.–5. Juni 1993 in Amsterdam stattfand.
2 Persönliche Mitteilung von Renate Klein, Melbourne 1996.
3 Der Gender-Diskurs macht einen Unterschied zwischen dem anatomischen und sozio-kulturellen Geschlecht der Frau. Ersteres wird mit „Sex", das zweite mit „Gender" umschrieben. Gender gilt als kulturell konstruiert, Sex als biologisch gegeben.
4 Auskunft bei: Research Foundation for Science, Technology and Ecology, V. Shiva, 60A Hauz Khas, 110016 New Delhi.

Subsistenz und Politik

Taro-Feld-Politik oder Männerhauspolitik?

Die Friedens- und Umweltaktivistin Zohl de Ishtar aus Sydney hat ein Buch über den Widerstand der Frauen des Pazifik geschrieben. Es hat den Titel „Daughters of the Pacific" (1994). Sie hat an den Aktionen von Greenpeace gegen die französischen Atomversuche im Pazifik teilgenommen und war vorher ein Jahr lang im Pazifik herumgereist und hatte die Geschichten der Frauen über ihre Erfahrungen mit dem realen Kolonialismus und Militarismus und ihren Widerstand dagegen aufgeschrieben.

In den Berichten und Erzählungen der Frauen kommt fast immer die Bedeutung der Kontrolle über eigenes kommunales Land zum Ausdruck, vor allem aus den Gebieten und Inseln, wo noch mutterrechtliche Verhältnisse vorherrschen und das Clan-Land matrilinear weitervererbt wird. Fast alle indigenen Völker des Pazifik haben kommunales Land, das sie als Gemeinwesen zusammenbindet. Die Maori von Neuseeland sagen: *„Das Land gehört zu den Leuten und die Leute zum Land. Land und Menschen sind eins."* Diese Weltsicht wird am deutlichsten im Begriff „Te Whenua" ausgedrückt. Er bedeutet gleichzeitig „Land" und „Nachgeburt". Wo deine Nachgeburt begraben wurde, ist dein Land, und du bist existentiell mit ihm und den AhnInnen verknüpft; in Belau (Palau) bedeutet „beluu" das Land und die Menschen, die dort geboren wurden. Darum sehen die Maori-Frauen auch viele Gemeinsamkeiten mit anderen indigenen Völkern, z.B. den Indianern in Nordamerika.

Interessant sind die Äußerungen der Frauen von der Inselgruppe Belau, die einmal deutsche Kolonie war und jetzt von den USA als militärstrategisches Gebiet kontrolliert wird. Gegen Okkupation und Militarisierung, vor allem im Zusammenhang der US-Atompolitik, hat es eine massive Bewegung gegeben, die vor allem von Frauen getragen wurde. Belau war das erste Land der Erde, das sich als atomfrei erklärt hat. Eine Führerin der Bewegung, Gabriela Ngirmang, schreibt:

> *Der Hauptstreitpunkt (mit den USA) ist das Land. Das ist ein sehr empfindlicher Punkt hier, denn es gibt Privatland und Clan-Land. Der Vertrag (Compact) mit den USA sagt, daß, wenn die USA Land*

will, die Regierung es in sechzig Tagen zur Verfügung stellen muß. Aber die Regierung hat kein Recht, das zu tun. Das Land gehört ihr nicht. Es gehört den Clans. Dieser „Vertrag" wird eine Menge Probleme zwischen den Clanleuten schaffen. (Ishtar 1994, 47)

Die Clans in Belau sind matrilinear organisiert. Darum haben dort die Frauen das Sagen, nicht die gewählte Regierung, die nur aus Männern besteht. Die Frauen, die in den Taro-Feldern arbeiten und das tägliche Brot erwirtschaften, haben die eigentliche Macht in den Händen. Sie bestimmen einen ihrer Söhne, nicht einen Ehemann, der sie als Clan-Sprecher in öffentlichen Angelegenheiten vertritt. Aber er muß den Frauen Rechenschaft ablegen über das, was die Männer beschließen, und die Frauen können die Männerbeschlüsse jederzeit umstoßen. Das beraten sie nicht in separaten Versammlungen, sondern in ihren Taro-Feldern, wo sie unter sich sind. Dort werden alle Nachrichten, Neuigkeiten, alle Politik, die große und die kleine, durchgehechelt und überlegt. Zu den Taro-Feldern kommen die Männer nicht. Sie „lungern herum", sie haben keine Macht, sagt Bernie Keldermans, eine der Frauen von Belau. Eine andere, Cita Morei, beschreibt die politische, psychologische und philosophische Bedeutung der Frauenarbeit in den Taro-Feldern folgendermaßen:

Als die Fremden kamen, trafen sie die Männer im Männerhaus, dem abai, *und sie entschieden, daß die Männer hier das Sagen hätten. Die Frauen wurden in ihren Taro-Feldern in Ruhe gelassen, wo sie ihrer Arbeit nachgingen. So dachten diese Ausländer, sie hätten die Politik von Belau beeinflußt, aber das haben sie natürlich nicht. Sie haben nicht das Volk beeinflußt, das diese Männer wählt, die nur reden und reden. Das ist ein Fehler in der Perspektive dieser Ausländer. Sie kümmerten sich nicht um die Frauen und ließen sie ihre Sache machen. Und die Frauen machten weiter wie bisher, ungestört von der ausländischen Bürokratie, der Gier und all dem, was die Psyche der Männer durchdringt.*

Denn das Taro-Feld ist der Ort, wo die Frauen diskutieren, was der „Compact" bedeutet. Wenn du es einer Frau erklärst, erzählt sie es den anderen weiter. Die Taro-Feld-Politik ist sehr einflußreich. Das Taro-Feld ist sowieso so etwas wie ein heiliger Ort, dort denkst du über das Land nach. Du denkst: „Das ist es, was ich wertschätze." Du denkst nicht an Geld und Politik: Du denkst darüber nach, was es heißt, eine Frau aus Belau zu sein. Und das spielt sich im Taro-Feld ab. Du denkst darüber nach, was unsere Prioritäten sind, was unsere Bedürfnisse sind, was unsere Schwächen sind. Wenn wir Frauen auch in Zukunft zu unseren Taro-Feldern kommen wollen,

müssen wir uns um Belau kümmern. Wir müssen einfach weitermachen mit Taro-Feld-Politik. Männer denken an Politik, an Geld. Aber Frauen sind stark, wegen des Taro. (Zohl de Ishtar 1994, 57)

Politisierung der Subsistenz?

Vor einigen Jahren organisierte die Wuppertaler Gruppe SCHWUPS (*Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft und Politisierung der Subsistenz*) einen Workshop, bei dem es um eben diese Politisierung der Subsistenz gehen sollte. Eingeladen waren Projekte und Initiativen, die nach Meinung der Veranstalter einem Subsistenzansatz folgten, sowie die „Mütter" dieses Ansatzes: Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies und Claudia von Werlhof. Der Gruppe ging es darum, klarzustellen, daß sie den Subsistenzansatz als theoretische Grundlage für gesellschaftliche Veränderung für wichtig und richtig halten, daß er aber leider noch zu unpolitisch sei. Sie sieht es als Aufgabe an, den Ansatz im Hinblick auf seine politische Dimension weiterzuentwickeln.

Es gelang uns nicht, überzeugend zu vermitteln, daß wir von einem anderen Politikverständnis her denken. Allerdings akzeptierte die Gruppe Claudia von Werlhofs Statement, „Keine Subsistenz ohne Dissidenz", als in die richtige Richtung weisend. Die Kritik der Gruppe an unserem Politikdefizit wurde von Christoph Spehr in „Die Ökofalle" elaboriert und präzisiert. Spehrs wichtigste Kritikpunkte sind zusammengefaßt folgende.

1. Der Subsistenzansatz ist *unattraktiv*, Subsistenz-Projekte sind zu klein, verlangen zu viel Arbeit, sind gegenüber dem herrschenden System ohnmächtig.
2. *„Subsistente Nischen"* helfen dem Staat, die Kosten des Sozialsystems und für ökologische Reparatur zu senken.
3. Subsistenz ist *nicht definiert*. Wer hat die Definitionsmacht?
4. Die Subsistenztheoretikerinnen neigen zur *Romantisierung* und halten eine „allergische Distanz" zur *Macht- und Organisationsfrage*. Sie bleiben beim *„individuellen*" Auszug stehen.
5. „Wenn die Geschichte der Akkumulationslogik auf *Gewalt* beruht und nicht etwa auf ideologischer Manipulation, dann kann sie auch nicht dadurch beendet werden, daß alle vom *guten Leben überzeugt* werden." (Hervorhebungen von uns)

Auf viele dieser Kritikpunkte sind wir in den vorigen Kapiteln eingegangen. Hier wollen wir uns auf den Aspekt beschränken, der das – angeblich fehlende – Politische betrifft.

Spontan sind wir geneigt, Christoph Spehr zunächst zu antworten: Wer die falschen Fragen stellt, bekommt die falschen oder keine Antworten. Mit falsch ist nicht gemeint, daß die Fragen an sich falsch sind, sondern daß der Denkhorizont, aus dem sie stammen, für das, was die Subsistenzperspektive anvisiert, nicht geeignet ist. Einmal ist der Standpunkt, von dem her Spehr fragt, falsch, weil er nicht authentisch ist. Er fragt von einer linken Avantgardeposition aus, ergo von oben und außen und von der angenommenen strategischen Macht der Massenlinie her. Zum anderen ist auch die Methode des Fragens, des erwarteten Diskurses „falsch", weil sie unproduktiv ist. Es ist der uns allen bekannte Stil, in dem Argument mit Argument ausgetauscht wird und schließlich, so hofft man, eine neue Erkenntnis zustandekommt. Obwohl wir dieses Paradigma des rationalen Diskurses kennen und es auch nicht in Bausch und Bogen verwerfen wollen, wissen wir aus Erfahrung, daß durch solche Diskurse niemand von der Notwendigkeit oder gar der Attraktivität der Subsistenz zu überzeugen ist. Überzeugungen erwachsen aus Betroffenheit und Parteilichkeit und nicht losgelöst allein aus rationalen Diskursen.

Wir haben einen anderen Politikbegriff als den, den Spehr offensichtlich meint. Um ihn anzudeuten, liefern wir keine neue Definition, sondern erzählen die Geschichte von den Frauen aus Belau und wie sie Politik verstehen. Das ist der Begriff von Politik, den wir für die Subsistenzperspektive für „richtig", für angemessen halten: *Taro-Feld-Politik anstatt Männerhaus-Politik*. Wir wollen aus dieser Perspektive auf die Einwände eingehen.

Zu 1. Es ist kein Wunder, daß der Subsistenzansatz für alle unattraktiv ist und bleiben wird, deren Denk- und Erfahrungshorizont durch das herrschende Paradigma „eingehegt" ist. Diese „Einhegung des Denkens" macht es für westlich sozialisierte Intellektuelle fast unmöglich, unter „Politik" etwas anderes zu verstehen als das, was die alten Griechen unter der elitären, vom Haushalt, vom Oikos und dem Alltäglichen abgetrennten Beschäftigung „freier" Männer mit den Angelegenheiten der POLIS verstanden haben. Wie wir längst alle wissen, hatten/haben Unfreie, Frauen, Sklaven, Ausländer, Kolonisierte usw. keinen Zugang zur Politik im athenischen Männerhaus, dem angeblichen Ursprung aller Demokratie. Es war eben *nicht* der *demos,* das ganze oder „gemeine" Volk, das sich dort versammelte, sondern eine Klasse von Männern, die die Sorge für die Subsistenz auf Frauen und Sklaven abgewälzt hatte. Solange diese Struktur existiert, ist das Männerhaus, zumal für die, die Zugang zu ihm haben oder glauben, ihn erringen zu können, auf jeden Fall attraktiver als der Oikos oder

das Taro-Feld. Kein Argument unsererseits, kein Werbefeldzug kann die Subsistenz unter den Bedingungen der Identifikation mit dieser Struktur für die Menschen attraktiv machen.

Allerdings gelingt unter dieser Struktur auch das Umgekehrte nicht, daß mit noch etwas mehr Gleichstellungspolitik mehr Frauen ins Männerhaus aufgenommen würden und mehr Männer ins Taro-Feld gingen. Die Struktur selbst ist das Problem, nämlich die Trennung und Hierarchisierung von Alltag und Politik.

Zu 2, 3, 4, 5. Natürlich helfen „subsistente Nischen" in Ökoprojekten, Ökodörfern, SVGS, Tauschringen usw. dem System, Kosten zu sparen. Doch muß alles, was dem System Kosten spart, für die Betroffenen und die Förderung einer Subsistenzperspektive schlecht sein? Auch dieser Einwand kommt u.E. aus einem „eingehegten" Schwarz-Weiß-Denken. Vielleicht sind solche „Subsistenz-Nischen" ja Lernwerkstätten, in denen gelernt wird, wie Einhegungen durchbrochen werden. Vielleicht hört man/frau dann auf, sich in die Untertanenposition zu phantasieren? Denn solange dies der Fall bleibt, sind nicht Freiheit und Selbstbestimmung (Autonomie) Weg oder Ziel, sondern das, was ich vom Staat glaube fordern zu können oder müssen.

Wenn wir so etwas sagen, hören wir immer den Vorwurf, das sei alles nur klein-klein. In Spehrs Worten: Wir haben eine Allergie gegen die *Macht- und Organisationsfrage.* Wenn wir das richtig verstehen, heißt das wohl: Macht im alten Sinn sind große, organisierte Massen, nach dem Vorbild etwa von Gewerkschaften, Parteien, Kirchen usw., durch die „die Politik" verändert werden kann. Und zwar möglichst auf einen Schlag. Alle anderen Versuche gelten als „individuell", „partiell" und darum als ohnmächtig.

Christel Neusüß hat dieses Führer-Massen-Modell mit einem Bagger und einem Baggerführer verglichen, wobei der Bagger die Massen repräsentiert und der Baggerführer die Partei, die politische Avantgarde, unter deren Direktive der Bagger den Feind beiseiteschaufelt. (Neusüß 1985, 160f) Zwar meint Spehr nicht mehr das alte KPD- oder SPD-Bagger-Modell. Dennoch haben wir den Verdacht, daß er und seine FreundInnen immer noch diesem Revolutionsbegriff anhängen und unter Macht eben die übliche politische Macht bzw. Herrschaft *über* verstehen.

Macht und Herrschaft sind auch für uns kein Tabu. Wenn Spehr unsere Arbeiten sorgfältig gelesen hat, dann weiß er, daß wir uns dauernd und in vielfältiger Weise mit Gewalt, Macht und Herrschaft befaßt haben, zuletzt Claudia von Werlhof in „Herren-Los" (1996). Allerdings unterscheiden wir uns von Spehr darin, daß wir nicht mehr glauben,

man könne oder müsse Gleiches mit Gleichem bekämpfen. Womit wir bei der Gewaltfrage wären.

In der herrschenden Männerhaus-Politik erwächst Macht und Herrschaft, wie bekannt, „letzten Endes" aus den Gewehrläufen. Das gilt, wie wir immer betont haben, auch für die Wirtschaft, die herrschende Akkumulationslogik. Wir haben immer wieder klargemacht, daß Gewalt – vor allem gegen Frauen – intrinsischer Teil dieser Wirtschaftsweise ist. Das bedeutet aber nicht, wie Spehr (unausgesprochen) suggeriert, daß ein solches System nur mit Gewalt zu stürzen sei und eine solche Herrschaft nicht dadurch beseitigt werden könne, „daß alle vom guten Leben überzeugt" würden. Überzeugungsarbeit ist nach Spehr naiv. Seit Jahrtausenden ist das das Modell der Revolutionen (und Kriege) in den patriarchalen Männerhäusern gewesen. Ist es noch heute. Und was hat es uns gebracht? Was hat es aus Männern und Frauen gemacht? Dieses Modell von Gewalt und Gegengewalt hat inzwischen eine Männeridentität geschaffen, die losgelöst ist von allen politischen Zielen und im Kalaschnikow-schwenkenden Rambo ihr Ideal sieht. Eins der größten Probleme unserer Zeit ist die Ramboisierung der jungen Männer.

Die Globalisierung hat den Männern die Basis für sinnvolle, sie auch körperlich auslastende Arbeit weggenommen. Gleichzeitig erzeugen die neuen Technologien Super-Potenz- und Gewaltphantasien, die sich zunehmend an Frauen und anderen Opfern austoben. Die Waffenindustrie tut ein weiteres, um diese gutgenährten, nutzlosen jungen Männer zu militarisieren, zu ramboisieren, und die Medien fördern dieses waffenstarrende, letztlich infantile Männerbild. Keine noch so mutige Frauenbewegung, keine noch so gut durchdachte, friedliche Politik von Frauen allein kann die Ramboisierung der männlichen Kinder und Jugendlichen stoppen. Hier ist eine Männerbewegung gefordert, die der allgemeinen Brutalisierung entgegentritt und Entmilitarisierung fordert. Also auch hier heißt Subsistenzpolitik nicht, daß Frauen die Rambos nachahmen, wie es heute sogar Frauen wie Waltraud Schoppe fordern, sondern umgekehrt, daß die Männer die Subsistenzarbeit der Frauen teilen. Und diese Initiative müßte von Männern ausgehen, nicht nur von Frauen. (Mies 1995)

Wenn wir uns von der Taro-Feld-Politik inspirieren lassen, merken wir, daß die Frauen im Taro-Feld einen anderen Begriff von Macht haben als die Männer, „die nur reden und reden". Die Macht der Frauen erwächst aus ihrer Kontrolle über die Subsistenz und die Subsistenzmittel, vor allem das Land. Diese kollektive Macht haben sie sich nicht durch Ehemänner und Kolonialherren entreißen lassen. Und

die Männer wissen, daß sie von ihren Müttern und Schwestern abhängen. Sie haben keine „Kolonie" außerhalb, die sie ausbeuten könnten. Darum akzeptieren sie in ihrem Männerhaus letztlich die Entscheidungen der Frauen, obwohl die USA sie als die neuen Träger der politischen Macht zu bestechen versucht. Offensichtlich ist die Solidarität zwischen Frauen und Männern in Belau noch nicht gebrochen.

Was uns an der Taro-Feld-Politik im Gegensatz zur Männerhaus-Politik aufgefallen ist, sind folgende weitere Aspekte:

- Politik ist nicht vom Alltag, von der Subsistenz getrennt. Die Politik wird während der Arbeit gemacht. Die Frauen brauchen dazu keinen speziellen Raum, keine spezielle Zeit, keine besondere Bezahlung. Taro-Arbeit ist gleichzeitig Politik-Arbeit.
- Diese Politik funktioniert nicht per Delegation, Wahlen, Parteien usw. sondern alle sind direkt daran beteiligt. Alle können mitreden und direkt handeln. Alle sind ermächtigt.
- Politik betrifft nicht nur die aktuellen Tagesfragen, im Taro-Feld werden diese Fragen mit den tieferen Fragen der Geschichte, den AhnInnen, dem Sinn des Lebens verwoben. Taro-Feld-Politik ist darum nicht provinziell, sondern kümmert sich ums Ganze.
- Gerade weil es keine Definitionsmacht gibt, die bestimmt, was für alle wichtig sein soll, ist allen klar, worum es geht und wie zu handeln ist. Damit ist freilich jeglicher Avantgarde-Traum ausgeträumt.
- Es herrscht Konsensprinzip. Aber Konsens ist etwas anderes, als wir gewöhnlich darunter verstehen. Konsens erwächst aus dem Frauenpalaver, dem Frauenklatsch, der mit der Subsistenzarbeit verbunden ist. Er muß nicht einmal formal hergestellt werden.
- Darum braucht es auch keine besonderen Medien und Informationskanäle. Taro-Feld-Politik und Taro-Feld-Meinungen verbreiten sich vom Nächsten zum Entferntesten durch ein System ineinander verwobener Freundschafts- und Verwandtschaftsbeziehungen.
- Taro-Feld-Politik bedeutet ferner, daß Politik als Prozeß verstanden wird, analog zum Prozeß des Säens, Jätens, Erntens, und daß sie nicht aus plötzlichen Interventionen, Kriegen, Revolutionen hervorgeht. Politik, die orientiert bleibt an den Bedürfnissen lokaler Gemeinschaften, an einer „Moral Economy", am Schutz der Umwelt und der Sorge für die Zukunft, muß eine Langzeitperspektive haben und kann sich nicht durch kurzfristige Profitinteressen oder Machtkonkurrenz bestimmen lassen.
- Gegenüber der isolierten Macht der Männer im Männerhaus ist die Taro-Feld-Macht überall. Sie wird von der Mutter an die Tochter weitergegeben und ist so schwer von außen zu kontrollieren.

Spätestens hier werden Spehr und ähnlich Denkende einwenden, „das sei doch eine *Romantisierung* vor- oder anti-industrieller Gesellschaften, deren Herrschaftsstruktur tabuisiert oder lyrisch überspielt werden". (Spehr 1996, 197) So etwas ließe sich auf unsere Gesellschaft in unserer Zeit nicht übertragen.

Zum Argument der Romantisierung ist zu sagen, daß es unausgesprochen von der Vorstellung eines linearen Geschichts- und Fortschrittsverlaufs ausgeht, in dem die westliche Industriegesellschaft als das unausweichliche Bild der Zukunft für alle „vor-industriellen" Gesellschaften angesehen wird. In Kapitel III haben wir bereits gesagt, daß genau dies das echte, märchenhafte Romantisieren der Moderne ist. In dieser Auffassung manifestiert sich auch das, was Veronika Bennholdt-Thomsen die „kulturelle Ahnungslosigkeit" genannt hat.

Wir verkennen keineswegs, daß es in Gesellschaften wie Papua Neuguinea und Belau (wieso werden sie vormodern und vor-industriell genannt?) auch Herrschaft und Gewalt, auch gegen Frauen gab. Das erklärt jedoch nicht, wie es kommt, daß trotz Kolonialismus, Missionierung und trotz globaler kapitalistischer Politik Frauen in Papua Neuguinea es fertigbringen, Soldaten gegen die gewählte Regierung zu mobilisieren. Oder warum in Belau die Frauen in ihren Taro-Feldern es fertigbringen, die US-amerikanische Atom- und Militärpolitik in die Schranken zu weisen. Freilich, hier haben wir solche Taro-Felder nicht (mehr). Wir erzählen die Geschichte der Frauen von Belau auch nicht, weil wir meinen, dies sei ein Modell, das wir hier Punkt um Punkt nachmachen könnten.

Es geht uns um etwas anderes. Darum, uns und andere, die ohnmächtig und hoffnungslos vor den „Schwarzen Löchern" stehen, die das herrschende System vor uns aufreißt, zu der Erkenntnis zu inspirieren, daß Papua Neuguinea oder Belau oder viele andere Subsistenzgesellschaften die *Norm* sind, nach der die Mehrzahl der Menschheit seit Jahrtausenden gelebt hat, und daß die Industriegesellschaft eine sehr junge, sehr marginale und nicht verallgemeinerbare, destruktive Abweichung von dieser historisch normalen Weise ist. Wir wollen den Provinzialismus, die Enge, die Denkblockaden der metropolitanen Arroganz überwinden. Und dazu hilft es uns, wenn wir hören, wie Menschen anderswo Politik verstehen und machen.

Lothar Gothe hat dieses Eingesperrtsein unseres Denkens einmal in einem Bild ausgedrückt: Wir sind wie Hühner in einer Hühnerbatterie. Wenn die plötzlich aus ihren Käfigen auf die grüne Wiese gelassen werden, wissen sie nicht mehr, wie sie Gras fressen sollen.

Keine Subsistenz ohne Widerstand
Kein Widerstand ohne Subsistenz

Wir haben in den bisherigen Kapiteln aufgezeigt, daß Menschen im Süden wie im Norden angefangen haben, der menschen- und naturfeindlichen Globalisierung eigene Projekte und vielfältige, kreative Entwürfe entgegenzustellen. Viele zögern noch, in diesen Ansätzen so etwas wie Politik von unten zu sehen, Taro-Feld-Politik. Andere finden den Subsistenzansatz, sowohl in seiner Kritik als auch in seiner Zukunftsperspektive plausibel und richtig. Aber sie können sich nicht vorstellen, wie so etwas hier und jetzt realisiert werden könnte. „*Wie kommen wir von hier nach da?*" Auf diese Frage können wir nicht mit einer fertigen Strategie antworten. Eine bloße Auflistung der wichtigsten Subsistenzprinzipien reicht aber auch nicht. Wir können jedoch wiederum versuchen, diese Frage durch zwei Geschichten zu beantworten, die aufzeigen, wie Menschen „von hier nach da" gekommen sind. Auch diese Geschichten stammen aus dem Süden, wo die Konfrontation zwischen den Subsistenzinteressen der Menschen und der neoliberalen, globalen Einhegungspolitik des Kapitals viel brutaler und direkter ist. Diese Geschichten zeigen vor allem, daß der Kampf um die Erhaltung oder Wiedereroberung der Subsistenz gleichzeitig ein Kampf um eine andere Politik, einen anderen Politikbegriff ist.

Der Kampf um die Wiedergewinnung der autonomen Subsistenz steht im absoluten Widerspruch zu allem, was seit Ende des zweiten Weltkrieges „Entwicklung" genannt wird. Fünfzig Jahre danach ist vielen „Unterentwickelten" klargeworden, daß, was offiziell Entwicklung heißt, nichts weiter ist als eine andere Form von ökonomischem Kolonialismus und Imperialismus.

Zum Verständnis dieser Kämpfe zur Verteidigung der Subsistenzgrundlagen hilft nach Terisa Turner u.a. nicht mehr die alte Klassenanalyse. Sie und ihre Kolleginnen fordern statt dessen eine „gendered class analysis" – also eine geschlechtsbezogene Klassenanalyse. Durch eine solche Analyse konkreter Widerstandsbewegungen, zum Beispiel gegen weitere Privatisierungen und *enclosures,* wird nicht nur der Zusammenhang zwischen der Ausbeutung von Frauen durch die eigenen Männer, den Staat und das internationale Kapital deutlich; in diesen Kämpfen werden diese Verhältnisse wie auch die Politik kreativ verändert und transformiert. (Turner u. Benjamin 1995)

Wie solche dynamischen Prozesse eines „gendered class struggle" sich vollziehen können, beschreiben Brownhill u.a. im folgenden Beispiel aus Kenia (Brownhill, Kaara, Turner 1997).

Die Frauen von Maragua
Maragua liegt 80 km nordwestlich von Nairobi, mitten in einem Kaffeeanbaugebiet. Die Männer sind die Eigentümer der meist kleinen 1 – 5 ha großen Farmen. Ihre Frauen sind nach dem Recht und auch technisch landlos, aber sie hatten in Kenia das traditionelle Recht, auf dem Land ihrer Männer zu arbeiten und das Produkt ihrer Arbeit zu kontrollieren. Diese Arbeit verrichteten die Frauen traditionellerweise im Kollektiv. Als die Exportproduktion eingeführt wurde, z.B. der Kaffeeanbau, weigerten sich die Frauen, als einzelne in der Exportproduktion ihrer Männer zu arbeiten, weil der Ertrag dieser Arbeit nur von den Männern angeeignet wurde. Nur erfolgreich hausfrauisierte Frauen arbeiteten als einzelne auf den Cash-Crop-Feldern ihrer Männer und hatten keine Kontrolle über den Ertrag.

Bis etwa 1975 brachte der Kaffeeanbau den Kleinbauern ein gutes Einkommen und dem Staat mehr Devisen als je zuvor. Daß das „kenianische Wunder“ nicht lange anhielt, ist teilweise das Resultat der Weigerung der Frauen, diese neuen Geschlechter- und Produktionsverhältnisse mitzumachen, die so wichtig für die Exportproduktion sind. Sie bestanden auf ihrer Subsistenzproduktion durch selbstorganisierte gemeinschaftliche Frauenarbeit. Außerdem sank seit Ende der siebziger Jahre der Weltkaffeepreis, der für afrikanischen Kaffee zwischen 1980 und 1990 um 70%.

Dieser Kaffeepreisverfall hatte für die Frauen die Folge, daß sie noch weniger von den Einkünften der Männer abbekamen, obwohl sie und ihre Kinder die eigentliche Arbeit in den Kaffeefeldern machten. Die Männer verbrachten ihre Zeit in den Bars in der Stadt, vertranken den Erlös und wollten nicht anerkennen, daß der Kaffee von ihren Frauen und Kindern gepflückt worden war.

Die Frauen waren es leid, daß sich die eigenen Ehemänner wie Großgrundbesitzer, sogar wie abwesende (absentee landlords) verhielten. Etliche sagten: „Ich pflücke keinen Kaffee mehr.“ Die Männer drohten, die Frauen aus dem Haus zu werfen, und beschwerten sich bei den Regierungsvertretern. Die versuchten, zwischen den wütenden Frauen und ihren Ehemännern zu vermitteln. Sie unterstützten die Frauen, denn sie wußten, wie notwendig deren unbezahlte, hausfrauisierte Arbeit für die Exportproduktion war. Die Regierungsvertreter versuchten, Ehen wie Kaffeeproduktion zu retten. Es half nichts, die Kaffeeproduktion sank bis 1986.

Das rief die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF) auf den Plan, die um die Zahlung der Zinsen fürchteten, die vor allem aus dem Export von Kaffee bezahlt werden sollten. Sie verord-

neten Kenia ihre berühmt-berüchtigten SAPs, hoben die Bezahlung für den Kaffee für die Männer an und bewogen sie, ihre Frauen zurück in die Kaffeepflückerei zu zwingen. Gleichzeitig wurden 1986 im Zuge der SAPs und der damit gewährten Kredite staatliche Ausgaben für Gesundheit, Schulen, Sozialprogramme gekürzt, Programme, die vor allem für die Frauen wichtig waren.

Internationale und nationale EntwicklungsexpertInnen versuchten, die Frauen zu überreden, ihre unbezahlte Arbeit auf den Feldern ihrer Ehemänner wieder aufzunehmen. Vor und nach der 3. UN-Frauenkonferenz 1985 in Nairobi waren „Women and Development"-Projekte der Renner, die Weltbank propagierte sogar „Investment in Women".

Auch diese neue Frauenförderpolitik war nicht in der Lage, den Widerstand der Frauen zu brechen. In Maragua gingen die Frauen einfach dazu über, zwischen die Kaffeesträucher Bohnen zu pflanzen. Das war zwar verboten, aber sie machten es und ernährten so sich und ihre Kinder besser, außerdem war es auch Nahrung für den chemisch verseuchten Boden. Und als die Frauen von Maragua merkten, daß weder ihre Männer noch die Vertreter der Regierung willens oder in der Lage waren, ihr Bedürfnis nach Subsistenznahrung und sicherem Geldeinkommen zu befriedigen, schritten sie zur direkten Aktion: In Maragua und anderswo in Kenia rissen die Frauen die Kaffeebäume aus und benutzten sie als Brennholz.

Auf die Beschädigung eines Kaffeebaumes standen sieben Jahre Gefängnis. Die Frauen machten sich nichts daraus und sagten: „Laß doch die Polizei kommen und uns Geld für unsere Arbeit im Kaffee bringen." Bald war die Bewegung nicht mehr zu stoppen. Diese Form des Widerstands und der Wiedereroberung der Subsistenz wurde in unterschiedlicher Intensität überall in Ostafrika wiederholt.

Der Kampf der Frauen richtete sich gegen mindestens drei Ebenen der Frauenausbeutung: durch den eigenen Ehemann, durch den Staat und durch die Transnationalen Konzerne, z.B. die Chemieindustrie, den internationalen Handel und die Weltbank. Sie gewannen diesen Kampf, weil sie *gleichzeitig* eine neue Subsistenzbasis aufbauten. So waren sie nicht mehr erpreßbar durch die alten und neuen Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen. Die Erringung der Kontrolle über die Subsistenzbasis Land befreite sie aus der Kontrolle durch ihre Männer, sie durchbrachen die Beziehung der chronischen Verschuldung, durch die sie an den Staat gefesselt waren, und etablierten ihren eigenen regionalen Markt mit selbstangebauten Früchten und Gemüse. Außerdem befreiten sie sich vom internationalen Kaffeemarkt und damit von der Kontrolle durch transnationales Kapital.

Ende der achtziger Jahre hatten auch die Männer verstanden, daß es besser war, Früchte für den lokalen Markt zu produzieren als Kaffee für den Export. Sie schlossen sich dem Kampf der Frauen an.

Die direkten Aktionen der kenianischen Bäuerinnen zur Wiedereroberung ihrer autonomen Subsistenz waren nicht nur ökonomische Aktionen im engeren Sinn, sondern hatten unmittelbar politische Konsequenzen. Kleinhändlerinnen der Stadt Sagana weigerten sich, den Kaffee an die Regierungsaufkäufer zu verkaufen. Die Frauen trugen wesentlich dazu bei, daß sich eine politische Opposition überhaupt bildete und die Einparteienregierung KANU schließlich Oppositionsparteien zuließ. Die Männer erkannten, daß der Widerstand der Frauen eine ökonomische Basis und organisierte Militanz darstellte, die es ihnen inmitten der von oben durchgesetzten neoliberalen Politik der „enclosures" ermöglichte, an ihrem Land festzuhalten. Die Frauen setzten die Kontrolle der ProduzentInnen über das Land und die Art der Produktion durch. (Brownhill et al, 1997 a, 42)

Der Widerstand der Bäuerinnen lehrt uns zur Beantwortung der Frage, wie wir von hier nach dort kommen, folgendes:

1. Die Frauen begannen ihren Widerstand, indem sie eine unabhängige Subsistenzproduktion *innerhalb* der ausbeuterischen, exportorientierten Warenproduktion aufbauten. Sie kämpften nicht um Lohn für ihre Arbeit – etwa analog der „Lohn-für-Hausarbeit"-Kampagne –, sondern brachten die lebenswichtigen Ressourcen Land, Wasser usw. unter ihre Kontrolle. Sie taten dies durch stillschweigende direkte und kollektive Aktionen und nicht, indem sie sich erst strategisch organisierten, um dann angeblich „politisch" handeln zu können. Sie agierten an Ehemännern und Staat vorbei. Durch den Aufbau regionaler Märkte schufen sie eine Subsistenzgesellschaft.

2. Die Frauen kämpften *gleichzeitig* gegen alle Mächte, die sie ausbeuteten: Ehemänner, Staat und transnational operierendes Kapital. Diese wiederum waren untereinander eng verflochten. Die Regierung brauchte zur Mobilisierung der unbezahlten Arbeitskraft der Frauen dringend die Ehemänner als Agenten. Das internationale Kapital und seine Institutionen als Gesamtpatriarch kontrollierte und manipulierte beide durch den Zwang zur Exportproduktion und die Schuldenfalle.

3. Sie versuchten nicht, in das herrschende System als hausfrauisierte Einzelne aufzusteigen, sondern hielten an ihren traditionellen, kollektiven Frauenstrukturen fest und bauten diese, ebenfalls am offiziellen, staatlich regulierten Markt vorbei, zu einem florierenden regionalen und lokalen Produktions- und Marktsystem aus.

4. Da sie sich auf diese Weise eine eigene, unabhängige lokale und

regionale Subsistenzbasis aufgebaut und Ehemännern, Staat und TNKs ihre Arbeitskraft entzogen hatten, blieben den Männern nur zwei Optionen: entweder die Frauen zu unterstützen und ihre natürliche Autorität anzuerkennen oder sich gegen sie zu stellen und mit Regierung und Kapital gewaltsam gegen sie vorzugehen.

Der Saatgutkrieg der indischen Bauern

Wie schon erwähnt, kämpfen indische Bauern gegen GATT, besonders gegen Artikel 27 der GATT-Vereinbarung, die *Trade Related Intellectual Property*-Rechte (TRIPs). Nach diesen Bestimmungen müßte das indische Patentrecht dem amerikanischen angepaßt werden. Das würde für die indischen Bauern vor allem bedeuten, daß sie die Kontrolle über die Produktion, Modifizierung und den Verkauf ihres Saatguts verlieren. Multinationale Saatgutfirmen wie z.B. die Firma *Cargill-Seeds India,* versuchen mit Biotechnologie und GATT im Rücken das Monopol über die Saatgutproduktion in die Hand zu bekommen. Wenn die TRIPs akzeptiert werden, bedeutet das, daß *Cargill* Patente auf und damit Eigentumsrecht am gesamten indischen Saatgut besitzen kann. Das heißt, daß kein Bauer eigenes Saatgut züchten, anwenden und weiterverkaufen darf. Das Saatgut müßte immer wieder neu von *Cargill Seeds* gekauft werden.

Gegen diese Enteignung ihres Saatguts, ihres Wissens, ihrer Nahrungsmittelunabhängigkeit kämpft die südindische Bauernorganisation *Karnataka Rajya Ryota Sangha (KRRS).* Sie hat 1992 nach dem Vorbild Gandhis eine *„Seed Satyagraha“*[1] gestartet, die am 29.12.1992 damit begann, daß Bauern das Regionalbüro des Saat- und Lebensmittelmultis *Cargill Seeds-India Pvt. Ltd.* in Bangalore stürmten. Auf dem Flugblatt nach dieser Aktion ist zu lesen:

> *Die KRRS-AktivistInnen verlangen die Aufrechterhaltung des indischen Patentgesetzes von 1970, das das Patentieren landwirtschaftlicher, gärtnerischer und fischhalterischer Methoden untersagt und den Multinationalen Gesellschaften das Eindringen in den indischen Saatgutsektor verbietet.*

Im März 1993 demonstrierten 500 000 Bauern in Delhi gegen den neuen Bio-Kolonialismus. Sie verlangten das Recht, ihre Bevölkerung zu ernähren, Self-Reliance in bezug auf Nahrung, und forderten die Multis auf, ihr Land zu verlassen. Auch andere multinationale Konzerne in Karnataka wurden von der KRRS aufgefordert, ihre Tätigkeit einzustellen. „Wir werden alle multinationalen Saatgutfirmen, die unser Land plündern, aus dem Land verbannen“, sagte Dr. Nanjundaswamy, der Führer der Bewegung.

Dr. Nanjundaswamy nannte dies die 2. *Quit India*-Bewegung gegen den Imperialismus. (Die erste wurde von Gandhi gegen den englischen Kolonialismus geführt.) Die Seed-Satyagraha der indischen Bauern richtet sich, wie die Aktionen der kenianischen Frauen, gleichzeitig gegen alle Akteure und Agenturen, die ihnen die neoliberale globale Einhegungspolitik aufzwingen wollen: die eigene Regierung, die TNKs, gegen GATT/WTO. Sie forderten statt dessen, daß die Regierung aus den GATT-Verträgen aussteigt, daß „Self-Sufficiency" wieder das Ziel in der Nahrungspolitik ist und daß sie selbst das Recht haben, das indische Volk zu ernähren. (BIJA 15/16, 1996)

Ein anderer Ökonomieentwurf führt zu einer anderen Politik

Es ist klar, daß Bewegungen, deren Ziel regionale Selbstversorgung ist, mit der herrschenden, den globalen Freihandel unterstützenden Politik in Konflikt geraten und nach anderen Politikkonzepten suchen müssen. Wie die Frauen aus Kenia wandten die südindischen Bauern sich gar nicht erst an die Regierung in Delhi, sondern griffen zur direkten Aktion. Es hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Widerstandsbewegungen, *„People's Movements"*, in Indien gegeben, die ähnlich vorgingen. Alle diese Bewegungen haben sich an lokalen, von der Globalisierung verursachten Problemen entzündet, und alle kamen in der Folge zu neuen Vorstellungen, was Politik sein soll.

In dem Dossier, das die Research Foundation for Science, Technology and Ecology der UN-Sonderversammlung zu Rio plus 5 (23.–27.6. 1997) vorlegte, berichten die AutorInnen, daß folgende Bürgerbewegungen gegen die Globalisierung in Indien Erfolg hatten:

1. Die Aktionen der National Fish Workers Federation gegen ausländische Fischereischiffe, die die Küstengewässer leerfischen. Die Lizenzen wurden zurückgenommen.
2. Die Aktionen gegen die multinationalen Shrimp-Farmen, durch die das Land und das Grundwasser an der Küste versalzen und die Mangroven-Wälder zerstört werden. Der Oberste Gerichtshof hat industrielle Shrimp-Farmen an den Küsten verboten.
3. Die Aktionen gegen Schlachthäuser, die dem Export von Rindfleisch dienen. Der Oberste Gerichtshof hat die Reduzierung dieser Schlachthäuser angeordnet.
4. Aktionen gegen die Firma Du Pont; die eine toxische Industrie in Goa errichten wollte. Du Pont mußte Goa verlassen.
5. Aktionen gegen den Import toxischer Abfälle. Der Oberste Gerichtshof hat den Import toxischer Abfälle verboten.

Die AutorInnen des Dossiers stellen die entscheidende politische

Frage: Wer soll in Konflikten über Ressourcen die Kontrolle haben: die lokalen Kommunitäten oder die internationalen Konzerne und ihre Handlanger, die nationalen Regierungen? Die Volksbewegungen der letzten Jahre erklären, daß:

die Macht nicht in den Institutionen zentralisierter Nationalstaaten konzentriert, sondern im ganzen Volk verteilt werden soll, durch eine Vielzahl von Institutionen, mit mehr Macht für die lokale Ebene, die durch lokale Gemeinschaften und ihre Institutionen kontrolliert werden soll. (Shiva/Jafri/Bedi 1997, 82)

Die „People's Agenda" fordert Lokalisierung statt Globalisierung in der Ökonomie wie in der Politik. Diese Lokalisierungspolitik basiert in Indien auf den Ghandianischen Prinzipien der „Self-Rule", *Swaraj*, Selbstregierung, die ihren wichtigsten Ort im Dorf, der lokalen Gemeinde hat, von der, nach Ghandi, alle Macht ausgehen soll. Dezentralisierung und Lokalisierung ist die Antwort der Volksbewegungen auf Globalisierung und Freihandel.

Wenn Globalisierung die von den TNKs angetriebene Strategie zur Erreichung einer totalen Kontrolle der Unternehmen ist, dann ist Lokalisierung die entsprechende Gegenstrategie der BürgerInnen, um ihre Umwelt, das Überleben und den Lebensunterhalt der Menschen zu schützen. (ebd., 83)

Da die nationale Regierung diese Grundrechte nicht mehr schützt, müssen die BürgerInnen den Schutz selbst in die Hand nehmen. Sie schaffen eine neue Politik, einen neuen Protektionismus, den der lokalen Gemeinschaften gegen den Protektionismus der Konzerne durch den Staat, der dann auch auf einem anderen Begriff von Demokratie basiert: der pluralistischen, direkten oder „People's Democracy". Die Philosophie der pluralistischen direkten Demokratie lokaler Gemeinschaften erkennt an, daß verschiedene Gemeinschaften verschiedene Interessen haben, die sie durch jeweilige Selbst-Regierung und Selbstbestimmung ausdrücken sollen.

In Systemen, die durch patriarchale Herrschaft über Frauen, der Stadt über das Land, von Kolonisatoren über indigene Völker charakterisiert sind, verlangt demokratischer Pluralismus den Einschluß der bisher Ausgeschlossenen. (ebd., 85)

Wenn die politische Struktur eines Landes, z.B. in Indien, aus einer Vielzahl solcher sich selbst regierender, mehr oder weniger autonomer Gemeinschaften und Regionen bestünde, wäre es unmöglich, eine pyramidale Eisberg-Struktur aufrechtzuerhalten, in der die sichtbare Spitze von immer breiter werdenden, unsichtbaren Schichten von Ausgebeuteten und Ausgeschlossenen getragen wird. Das Leben wäre

vielmehr, so sieht es Ghandi, organisiert in „ozeanischen, konzentrischen Kreisen", deren Zentrum das Individuum ist und die Macht des äußersten Kreises, des Nationalstaats, allen diesen Individuen in Gemeinschaften dient.

Wenn nach der politischen Antwort auf die Globalisierung der kapitalistischen Ökonomie gefragt wird, ist klar, daß wir vieles, was die indischen Volksbewegungen als politische Zukunftsperspektive anvisieren, auch für uns übernehmen können: Dezentralisierung von Macht, Lokalisierung und Regionalisierung, Selbstregierung (Autonomie) lokaler Gemeinschaften, demokratischer Pluralismus und direkte Demokratie, lokale und regionale Kontrolle über Ressourcen, den Schutz der Umwelt, den Lebensunterhalt und die Existenzbedingungen der Menschen.

Was die indischen FreundInnen über die Rolle der nationalen Regierungen in bezug auf die TNKs und das Kapital sagen, trifft bei uns eher noch mehr zu. Im Rahmen des globalen Markts und regionaler Handelsblöcke wie der EU sind die nationalen Regierungen nicht mehr in der Lage, die vitalen Grundbedürfnisse und Grundrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Das wird eklatant deutlich am Beispiel der gen-manipulierten Nahrung und am BSE-Skandal. Im Rahmen der EU haben die BürgerInnen die Nahrungssouveränität verloren. Sie wissen und bestimmen nicht mehr selbst, was sie essen. Obwohl etwa 80 Prozent der deutschen KonsumentInnen gegen Gen-Nahrung sind, wird diese hergestellt und zum größten Teil ohne Kennzeichnung vermarktet. In dieser Situation, wo die Menschen faktisch zu Zwangskonsumenten gemacht worden sind, ist lokale Ökonomie und direkte Demokratie ein Weg, grundlegende demokratische Freiheitsrechte zurückzugewinnen.

Hiermit haben wir indirekt auch jenen eine Absage erteilt, die meinen, der Globalisierung der Ökonomie müsse eine globale Regierung, die „global governance" folgen. Wir sind gegen „global governance" nicht nur, weil sie nie funktionieren wird, wie wir an der UNO feststellen können, sondern vor allem weil wir wissen, daß sie nichts wäre als die totalitäre Herrschaft der „global players", der gigantischen Konzerne, und alle Menschen zu ohnmächtigen, unwissenden, fremdgesteuerten Zwangskonsumenten dieser „Weltpolitik" machen würde. Sie wäre das Ende dessen, was wir unter Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung verstehen.

Subsistenzpolitik bedeutet demgegenüber die konkrete politische und ökonomische Ermächtigung der Individuen an konkreten Orten und in ihren Gemeinschaften. Ihr Leben soll nicht von irgendeinem

abstrakten, fernen politischen Gipfel determiniert werden. Sie sollen es selbst aus eigener Kraft mit anderen gestalten.

Wenn wir statt „global governance“ Subsistenzpolitik erreichen wollen, dann bedeutet das nicht, daß wir damit Kirchturmpolitik betreiben. Wir sind der Meinung, daß wahre, nicht auf Ausbeutung basierende Internationalität erst dann möglich ist, wenn im Süden wie im Norden Subsistenzökonomien auch ihre Subsistenzpolitik machen. Erst dann kann internationale Solidarität wieder frei von allem Paternalismus Begegnung und Austausch zwischen Gleichen sein. Erst dann ist die Vielfalt der Kulturen, Gesellschaften, Ethnien ein Reichtum und wird nicht als Bedrohung empfunden.

Was kann Subsistenzpolitik hier und heute konkret bedeuten?

Die Subsistenzpolitik ist kein Modell, sondern ein Prozeß. Darum können wir auch keine Richtlinien geben, wie sie Punkt um Punkt umzusetzen wäre. Es geht uns nicht darum, zu allen Problemen etwas zu sagen, sondern eine Richtung anzugeben. Der Weg ist das Ziel! Vor allem kommt es darauf an, sich auf den Weg zu machen. Wer jedoch nach Inhalten und Zielen fragt, die für uns hier und heute relevant sein könnten, den möchten wir auf folgende wichtige politische Ziele verweisen, die zum Teil in den vorigen Kapiteln auch erörtert wurden:

- Es ist absolut notwendig, daß sich städtische VerbraucherInnen stärker für den Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft einsetzen, sei es durch Förderung von Direktvermarktung, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, lokale Wochenmärkte, Einkaufen aus der Region, Bereitschaft, für gute Nahrung einen gerechten Preis zu zahlen.
- Es ist absolut notwendig, daß sich sehr viel mehr Menschen als bisher offen gegen Gen-Technik in der Landwirtschaft, gegen Patentierung von Leben und die weitere „Einhegung“ des Lebens wenden. Nahrungssouveränität ist ein Grundrecht, das durch die Euro-Bürokratie in Brüssel verletzt wird, die uns vorschreibt, was wir essen sollen. Gegen diese Grundrechtsverletzung müssen BürgerInnen der EU klagen und gleichzeitig, durch die Politik des Einkaufskorbs, handeln.
- Es ist absolut notwendig, daß die Frage der Arbeit nicht mehr Politikern, Wirtschaftsbossen und Gewerkschaften überlassen bleibt, die nicht über das Lohnarbeitsregime hinausdenken können. Nicht-LohnarbeiterInnen – angefangen mit den Hausfrauen –

müssen dem anderen, umfassenden Arbeitsbegriff, den sie bereits praktizieren, öffentliche Anerkennung verschaffen. Vor allem ist es notwendig, schon jetzt die Hegemonie des Lohnarbeitsregimes aufzulösen und die politische Behinderung und Zerstörung selbstorganisierter Arbeitsplätze zu beenden. Wenn dies nicht jetzt geschieht, bleibt den Menschen, wenn die Eisberg-Wirtschaft noch mehr Risse bekommt oder der Eisberg gar schmilzt, nur die Panik. Sie werden dem nächsten Faschismus ohne Alternative in die Arme laufen. Das heißt nicht Abschaffung der Lohnarbeit, aber es heißt, daß sie nicht mehr dominiert. Konkret: Statt bäuerliche Landwirtschaft und vor allem Nebenerwerbsbetriebe weiter zu zerstören, sollen solche Kombinationen aus Subsistenz- und Lohnarbeit ausgebaut werden wie z.B. bei den Yabo-Bauern in Tokio.

- Es ist notwendig, daß der Einhegungs-(Privatisierungs-)politik von öffentlichem Raum Einhalt geboten wird. BürgerInnen müssen ihr kollektives Recht an diesen öffentlichen Räumen und Ressourcen behaupten und verteidigen. Darüber hinaus können sie neue Allmenden schaffen, indem sie Land in städtischem oder staatlichem Besitz (z.B. ehemalige LPGs) als Allmende einfordern. Kommunalisierung statt Privatisierung oder Verstaatlichung! Sie müssen dem Müllexport Einhalt gebieten. Es darf regional nichts produziert werden, was regional nicht „entsorgt" werden kann.
- Es ist absolut notwendig, daß *Männer* die zunehmende Ramboisierung vor allem junger Männer stoppen. Das kann dadurch geschehen, daß sie sich zusammen mit den Jungen an der notwendigen unbezahlten Subsistenzarbeit beteiligen. Männer und Frauen müssen ein Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Spielzeugwaffen und der Gewaltdarstellungen in den Medien und der Öffentlichkeit fordern. Nur wenn Männer den „Male Deal" mit Kapital und Staat aufkündigen, kann wieder Solidarität zwischen Frauen und Männern entstehen.
- Statt darauf zu hoffen, daß Staatsregierungen und/oder UN-Konferenzen die Probleme der Umweltzerstörung, der Armut, der Kriege per „global governance" lösen werden, sollten wir uns mit bereits bestehenden internationalen Vernetzungen[2] von People's Movements (Volksbewegungen der Bauern, Frauen, indigenen Völker usw.) verbünden, sie bekannt machen, voneinander lernen und eine People's Agenda organisieren. Wir können sofort beginnen, uns gegenseitig ermutigende Subsistenzgeschichten zu erzählen.
- Es ist notwendig, mit der Urbarmachung der Städte zu beginnen. Diese Bewegung könnte mit der Wiedereinforderung der Allmen-

de einhergehen, mit dem Aufbau neuer Gemeinschaften und Nachbarschaften, der Durchsetzung eines anderen Arbeitsbegriffes, und der Lösung ökologischer und sozialer Probleme in den Städten. Und sie kann sofort und überall begonnen werden, wie unsere letzte Subsistenzgeschichte zeigt.

Der 1. Kölner Frauenkartoffelacker

Wenn wir, Ulla, Margit und Inge, heute vor unserem Kartoffelacker stehen, die üppig wachsenden Kartoffelpflanzen betrachten, den zart rankenden Erbsen eine Stütze in Form von kleinen Ästen geben und den Kürbis bereits in seinem ungebremsten Wachstum einschränken müssen, können wir kaum glauben, daß hier vor vier Monaten noch Wildnis pur vor uns lag.
Die Idee und die Kraft, die Wildnis in ökologisch bebaubares Land zu verwandeln, bezogen wir durch die Vortragsreihe von Maria Mies zum Thema „Frauen und Weltwirtschaft". Unter anderem stellte sie am letzten Seminartag Projekte von Subsistenzwirtschaft vor. Besonders begeisterte uns ein Projekt, das mitten in Tokio praktiziert wird. Wir waren überzeugt, daß sich so ein Projekt auch in Köln verwirklichen lassen müßte, denn brachliegendes Land gibt es auch hier genug.
Bei dem sich an das Seminar anschließende Kaffeetrinken taten wir uns, begeistert von der Idee, Nutzpflanzen auch in unserer Stadt anzubauen, zusammen und riefen das Projekt des 1. Kölner Frauenkartoffelackers ins Leben. Als wir überlegten, woher wir Land bekommen könnten, fiel Margit ein, daß sich hinter ihrem Schrebergarten verwildertes Land befindet, das von der Schrebergartengemeinschaft gepachtet wird.
Schon eine Woche später trafen wir uns, um „unser neues Land" zu begutachten. Beim Anblick der von riesigen Brombeerbüschen zugewachsenen Wildnis wurde uns angst und bange. Wir ließen uns jedoch nicht entmutigen und merkten schnell, daß die gemeinsame Arbeit uns gut von der Hand ging. Da wo sich eine dicke Wurzel der Anstrengung einer Frau widersetzen konnte, hatte sie, wenn wir alle drei gemeinsam Hand anlegten, keine Chance mehr, sich im Boden festzuhalten, so daß wir es schon nach ca. vier Wochen und ein bis zwei wöchentlichen Treffen geschafft hatten, die Wildnis zu bezwingen und die ersten Kartoffeln zu setzen.
Unser Umfeld reagierte hauptsächlich positiv auf unsere Arbeit. Un-

erwartete Bestätigung und Hilfe bekamen wir von den uns anfangs sehr skeptisch beobachtenden Gartennachbarn. Beim Roden, bei der Beschaffung von Saatkartoffeln, Salat oder Kohlrabipflänzchen boten sie uns ihre Hilfe an. So mancher nützliche Gartentip wurde über den Gartenzaun hinweg ausgetauscht.
Auch waren wir überrascht, daß die „Kinderbeete" von unseren Kindern mit Begeisterung bepflanzt wurden. Jedes Kind nutzte die Möglichkeit, sein Beet zu pflegen.
Die bisher von uns gemachten positiven Erfahrungen geben uns die Kraft und den Mut, unser Projekt zu erweitern und im nächsten Jahr auf einem noch zu besorgenden Stück Land Kindergarten- und Grundschulkindern die Möglichkeit zu geben, Natur zu erleben; sowie 2 bis 3 langzeitarbeitslose Frauen durch die gemeinsame Feldarbeit wieder sozial zu integrieren.

ANMERKUNGEN

1 „Satyagraha" heißt „Wahrheit". Diesen Begriff wählte Gandhi zur Bezeichnung seiner gewaltlosen Kampagne gegen die englische Kolonialherrschaft.
2 Eine solche Vernetzung ist das People's Planning for the 21st Century (PP21) in Asien.

Akemine Tetsuo in: Pestemer, Richard (Hg.), *Landwirtschaftliche Selbstversorgung als Überlebensstrategie in der Metropole Tokio. Texte zur Vortragsreihe von Akemine Tetsuo in Deutschland*, 1997.
Akhter, Farida, *Reflections on empowerment*, paper, Ubinig, Bangladesch, 1994.
Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit, „Die globale Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts", in: *Widerspruch*, 16. Jg. Heft 31, 1996.
Amadiume, Ifi, *Male Daughters, Female Husbands. Gender and Sex in an African Society*, London 1987.
Bagby, Rachel L., „Daughters of Growing Things", in: Diamond, J. and Feman-Orenstein, Gloria (Hg.), *Reweaving The World. The Emergence of Ecofeminism*, San Francisco 1990.
Bartra, Roger, *Estructura agraria y clases sociales en México*, Mexiko 1974.
ders., „Und wenn die Bauern verschwinden ... Überlegungen zur politischen Konjunktur in Mexiko", in: Bennholdt-Thomsen, V., et al. (Hg.), *Lateinamerika, Analysen und Berichte 1*, Berlin 1977.
Becker, Ruth, „Befreiung durch Konsumverzicht – konsequent zu Ende gedacht. Provokantes zu einem ökofeministischen circulus vitiosus", in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 21/22, 1988.
Bell, Diane; Klein, Renate (Hg.), *Radically Speaking, Feminism Reclaimed*, Melbourne 1996.
Bennholdt-Thomsen, Veronika, „Zur Bestimmung des Indio", *Indiana* Beiheft 6, Berlin 1976.
dies., „Probleme einer Klassenanalyse in Staaten weltmarktabhängiger Produktion. Ein neuer Ansatz zur Untersuchung der Klassen auf dem Land in Mexiko", in: Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie, Bd. 5, *Subsistenzproduktion und Akkumulation*, Saarbrücken 1979a.
dies., „Marginalität in Lateinamerika. Eine Theoriekritik", in: dies u.a. (Hg.), *Lateinamerika, Analysen und Berichte* 3, Berlin 1979b.
dies., „Investition in die Armen. Zur Entwicklungsstrategie der Weltbank", in: dies. u.a. (Hg.), *Lateinamerika, Analysen und Berichte 4*, Berlin, 1980.
dies., „Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. Ein Beitrag zur Produktionsweisendiskussion", in: *Gesellschaft: Beiträge zur Marxschen Theorie* Nr. 14, Frankfurt 1981.
dies., *Bauern in Mexiko. Zwischen Subsistenz- und Warenproduktion*, Frankfurt 1982.
dies.; Mies, Maria; v. Werlhof; Claudia, *Frauen die letzte Kolonie*, Zürich 1983/1992.
dies., „Hausfrauisierung und Migration", in: dies. et al., *Frauen aus der Türkei kommen in die BRD*, Lüdinghausen 1987.
dies., „Die Würde der Frau ist kein Überbauphänomen. Zum Zusammenhang

von Geschlecht, Natur und Geld", in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, 12. Jg., Heft 24, 1989.
dies., „Der Sozialismus ist tot, es lebe der Sozialismus? Gegenseitigkeit statt sozialer Gerechtigkeit", in: *Kurswechsel* (Gorz und die Kritik der ökonomischen Vernunft), Heft 3, Wien 1990.
dies., „Gegenseitigkeit statt sozialer Gerechtigkeit. Zur Kritik der kulturellen Ahnungslosigkeit im Patriarchat", in: Birgitta Hauser-Schäublin (Hg.), *Ethnologische Frauenforschung*, Berlin 1991.
dies., „Entwicklung und Fortschritt aus feministischer Sicht", in: Hennings, Werner (Hg.), *Drei Annäherungen an einen Begriff: Entwicklung aus ökologischer, feministischer und strukturalistischer Sicht*, Unterrichtsmaterialien Bd. 42, Oberstufenkolleg, Bielefeld 1992.
dies. (Hg.), *Juchitán – Stadt der Frauen. Vom Leben im Matriarchat*, Reinbeck 1994.
Birkhölzer, Karl, „Soziale Ökonomie, Gemeinwesenwirtschaft und Dritter Sektor", in: Stiftung Bauhaus Dessau u.a. (Hg.), *Wirtschaft von unten. Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa*, Dessau 1996.
Blaise, Suzanne, „Le Rapt des Origines", in: *Le Meurtre de la Mère*, Paris 1986.
Bloch, Ernst, *Naturrecht und menschliche Würde*, Gesamtausgabe Bd. 6, Frankfurt 1961.
Bock, Gisela; Duden, Barbara, „Arbeit aus Liebe, Liebe als Arbeit. Die Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus", in: *Frauen und Wissenschaft*, Beiträge zur Berliner Sommeruniversität, Berlin 1976.
Boserup, Ester, *Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika*, Stuttgart 1970 (1882).
Böttger, Barbara, „Macht und Liebe, Gleichberechtigung und Subsistenz – kein Ort. Nirgends. Auf der Suche nach einem feministischen Politikverständnis", in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* Nr. 19/1987.
Brodribb, Somer, *Nothing Mat(t)ers: A Feminist Critique of Postmodernism*, Melbourne 1993.
Brownhill, Leigh S.; Kaara Wahu M.; Turner, Terisa E., „Gender Relations and Sustainable Agriculture: Rural Women's Resistance to Structural Adjustment in Kenya", in: *Canadian Women's Studies* Vol. 17, No. 2, 1997.
Bruck, Birgitte; Kahlert, Heike; Krüll, Marianne; Milz, Helga; Osterland, Astrid; Wegehaupt-Schneider, Ingeborg, *Feministische Soziologie. Eine Einführung*, Frankfurt 1992.
Brunner, Otto, „Vom ‚ganzen Haus' zur ‚Familie'", in: Rosenbaum, Heidi (Hg.), *Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen*, Frankfurt a.M. 1980.
Brzezinski, Zbigniew, *Between Two Ages. America's Role in the Technotronic Era*, 1969.
Bublitz, Hannelore, „Feministsche Wissenschaft: Patriarchatskritik oder Geschlechterforschung?" in: Stahr, Ingeborg (Hg.), *Wenn Frauen Wissen Wissen schafft. Zehn Jahre Frauenstudien und Frauenforschung an der Universität GH Essen*, Essen 1992.
Butler, Judith, „Gender Trouble", in: Fraser/Nicholson, *Feminism/Postmodernism*, New York und London 1990.
Chomsky, Noam, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), *Materialien zum Golfkrieg*, Sensbachtal 1991.

Clemens, Bärbel, Frauenforschungs- und Frauenstudienintitiativen in der Bundesrepublik Deutschland, Kassel 1983.
Cobb, J.; Daly, H., *For The Common Good*, London 1989.
Comité d'information Sahel, *Qui se nourrit de la famine en Afrique?* 1975.
Committee for Asian Women (CAW) (Hg.), *Silk and Steel*, Hongkong 1995.
Creutz, Helmut, *Das Geldsyndrom; Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft*, Aachen 1993.
Cutrufelli, Maria Rosa, *Women of Africa. Roots of Oppression*, London 1985.
Dallacosta, Mariarosa, Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, Berlin 1973.
De Ishtar, Zohl, *Daughters of the Pacific*, Melbourne 1994.
Decornoy, Jaques, „Arbeit oder Kapital. Wer bestimmt die Zukunft?" *Le Monde Diplomatique/Die Tageszeitung/Wochenzeitung*, Mai 1995.
Deutscher Bauernverband (Hg.), *Zur wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft*, Situationsbericht 1995, Bonn 1995.
ders. (Hg.), *Trends und Fakten zur wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft*, Situationsbericht 1996, Bonn 1997.
Dickinson, Torry D., *Common Wealth, Self-Sufficiency and Work in American Communities 1830–1993*, London 1995.
Dresler, Wiltrud, „Kritik der Subsistenztheorie und der Matriarchatsthese", in: *Ökolinx* 19/20, Sommer 1995.
Duden, Barbara, „Die Frau ohne Unterleib: Zu Judith Butlers Entkörperung. Ein Zeitdokument", in: *Feministische Studien*, Heft 2, 1993.
Engels, Friedrich, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*, Berlin 1989.
eurotopia, Zeitschrift für „Leben in Gemeinschaft", Heft 4/95, *Schwerpunkt: Auf dem Weg zu einer anderen Ökonomie.*
eurotopia, Zeitschrift für „Leben in Gemeinschaft", Heft 1-2/96, *Schwerpunkt: Love in Action, Politik und Spiritualität.*
eurotopia, Zeitschrift für ökologisch und sozial verträgliche Lebensweisen, Heft 19/95, *Anders leben, anders wirtschaften.*
Evans, Paul, „Salford's Urban Oasis", in: *The Guardian Weekly*, Nov. 1995.
Evers, Hans-Dieter; Heiko Schrader, *The Moral Economy of Trade, Ethnicity and Developing Markets*, London/New York 1994.
FAO, *World Food Summit 1996: Technical Papers*, No.4, Rom 1996.
Faraclas, Nicholas, (a) *Awareness Training Packets PNG Trust University of Papua New Guinea* (unpublished); (b) *Cargo, Culture and Politics of Cultural Pluralism in PNG. Critical Literacy*, University of Papua New Guinea 1992.
Fox Keller, Evelyn, *Liebe, Macht und Erkenntnis. Männliche oder weibliche Wissenschaft?*, München und Wien 1986.
Frank, André Gunder, *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt 1969 a).
ders, „Die Entwicklung der Unterentwicklung", in: ders. et al., *Kritik des bürgerlichen Antiimperialismus*, Berlin 1969 b).
Fraser, Nancy; Linda Nicholson, „Social Critisism without Philosophy", in: Nicholson, Linda (Hg.), *Feminism/Postmodernism*, New York 1990.
Frey-Nakonz, Regula, *Vom Prestige zum Profit: Zwei Fallstudien aus Südbenin zur Intergration der Frauen in die Marktwirtschaft*, Saarbrücken 1984.

Füssel, Kuno; Sölle, D.; Steffensky, F., *Die Sowohl-als-auch-Falle*, Luzern 1993.
Gambaroff, Marina, u.a., *Tschernobyl hat unser Leben verändert. Vom Ausstieg der Frauen*, Reinbek 1986.
Gimbutas, Marija, *The Civilization of the Goddess; The World of Old Europe*, San Francisco 1991.
Goldman, Michael, „Reinventing the Commons", A Literature Review and Discussion Paper (unveröffentlicht), vorgelegt beim 2. Workshop über „Reinventing the Commons, Bonn 1995.
González, Nancie L., „Toward a definition of matrifocality", in: Whitten, Norman E.; Szwed, John F. (Hg.), *Afro-American Anthropology. Contemporary Perspectives*, New York 1970.
Gorz, André, *Wege ins Paradies*, Berlin 1983.
ders., *Kritik der ökonomischen Vernunft, Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft*, Berlin 1989.
ders.; Erich Hörl, „‚Archäologie' des philosophischen Fadens. Die ent-Packung der ver-packten Philosophie. Ein Streitgespräch", in: *Kurswechsel*, Heft 3, 1990.
Grossenbacher, Veronika, „Frauen als landwirtschaftliche Betriebsleiterinnen. Erfahrungen von Frauen aus bäuerlichen Familienbetrieben", in: Agrar-Bündnis e.V. (Hg.), *Landwirtschaft 96, Der kritische Agrarbericht*, Bonn 1996.
Hagemann-White, Carol, „Die Konstrukteure des Geschlechts auf frischer Tat ertappen? Methodische Konsequenzen einer theoretischen Einsicht", in: *Feministische Studien* Heft 2, 1993.
Halbach, Dieter, „Ökodorf-Projekt: Neue SiedlerInnen braucht das Land!" in: eurotopia 1-2/96.
Haraway, Donna, *Simians, Cyborgs and Women, The Reinvention of Natur*, London 1991.
Hardin, Garret, „Die Tragödie der Allmende", in: Larry Lohmann (Hg.), *Prognosen angloamerikanischer Wissenschaftler*, München 1973.
Hart, Keith, „Informal Income Opportunities and Urban Employment in Ghana", in: *Journal of Modern African Studies*, Bd. 11, 1973.
Heider, Frank; Hock, Beate; Seitz, Hans-Werner, *Selbstverwaltete Betriebe in Hessen I + II*, Gießen 1997.
Henderson, Hazel, *Das Ende der Ökonomie*, München 1985.
Herger, Lisbeth, „Raus aus der Politik, rein in die Schrebergärten?" in: *Fraue-zittig* Nr. 31, Zürich 1989.
Herrmannstorfer, U., *Scheinmarktwirtschaft. Die Unverkäuflichkeit von Arbeit, Boden und Kapital*, Stuttgart 1992.
Holland-Cunz, Barbara: „Zum Verhältnis von Politik und Politikwissenschaft", in: *„Leidenschaft für die unbequeme Sache." Zur Diskussion um die Gründung eines feministischen Instituts im Rahmen der bündnisgrün-nahen Stiftung*, Hamburg 1995.
Holzer, Brigitte, „Mais, Tauschbeziehungen zwischen Männern und Frauen", in: Bennholdt-Thomsen, Veronika (Hg.), *Juchitán*, a.a.O.
dies., „Subsistenzorientierung als ‚widerständige Anpassung' an die Moderne", in: *Juchitán, Oaxaca, México. Ethnien, Religionen, Konflikte*, Frankfurt 1995.
dies., „Das Verschwinden der Haushalte. Geschlechtsspezifische und gesell-

schaftliche Arbeitsteilung in der Wirtschaftstheorie", in: Komlosy, Andrea, et al. (Hg.), *Ungeregelt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft*, Frankfurt 1997.

Hoppichler, Josef; Josef Krammer, „Was wird aus Österreichs Bauern?", in: Brandstaller, Trautl (Hg.), *Österreich* 2 1/2, Anstöße zur Strukturreform, Wien 1996.

Illich, Ivan, *Das Recht auf Gemeinheit*, Reinbek 1982.

Imfeld, Al, *Hunger und Hilfe, Provokationen*, Zürich 1975.

Inhetveen, Heide; Margret Blasche, *Frauen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft*, Opladen, 1983

Inhetveen, Heide, „Von der ‚Hausmutter' zur ‚Mithelfenden Familienangehörigen'. Zur Stellung der Frau in den Agrartheorien", in: Bedal und Heidrich (Hg.), *Freilichtmuseum und Sozialgeschichte*, Bad Windsheim 1986.

Kandiyoti, Deniz, „Sex Roles and Social Change: A Comparative Appraisal of Turkey's Women", in: *Signs*, Vol. 3, Nr.1, 1977.

Keller, Catherine, *Der Ich-Wahn*, Stuttgart 1986.

Kennedy, Margrit, *Geld ohne Zins und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient*, München 1990.

Kindl, Gotthard, *Das Ende der Modernisierung? Polnische Bauern nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus*, Frankfurt 1995.

Kirk, Gwyn, „„Rebuilding, Recreating, Respiriting The City From the Ground Up': A Movement In The Making", in: *Capital Nature, Socialism* 1996/97.

Klauss, Martin, *Politik für mehr Reichtum, Daten und Anmerkungen zur Entwicklung von Reichtum und Armut in Deutschland*, Freiburg 1997.

Klein, Renate, „(Dead) Bodies Floating in Cyberspace. Post-Modernism and the Dismemberment of Women", in: Bell; Klein, *Radically Speaking*, a.a.O.

Klinger, Cornelia, „Abschied von der Emanzipationslogik? Die Gründe, ihn zu fordern, zu feiern oder zu fürchten", in: *Kommune* 1/1988.

Kofra (Hg.), *Frauenforschung und Feminismus*, Nr. 49 Okt./Nov. 1990.

Kolbeck, Thekla, *Landfrauen und Direktvermarktung: Spurensicherung von Frauenarbeit und Frauenalltag*, Gesamthochschule Kassel 1985.

Kollektiv KommuneBuch (Hg.), *Das Kommunebuch: Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie*, Göttingen 1996.

Kommune Niederkaufungen (Hg.), *10 Jahre Kommune Niederkaufungen*, Rundbrief Nr. 14, Nov. 1996.

Krammer, Josef, „Österreichs EU-Beitritt: Die verpaßte Chance für eine europaweite ökosoziale Agrarpolitik", in: AgrarBündnis e.V. (Hg.), *Landwirtschaft 96, Der kritische Agrarbericht*, Bonn 1996.

Kristeva, Julia, „Woman Can Never Be Defined", in: Elaine Marks; Isabelle de Courtivron (Hg.), *New French Feminism*, New York 1984.

Kurz, Robert, *Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie*, Frankfurt/M. 1991.

ders., „Perspektiven am Ende der Marktwirtschaft", in: Trägerkreis Krisis (Hg.), *Null komma nix. beiträge zur entkoppelung vom geldsystem*, Köln 1995.

Kurzbein, Uwe, „Schrittweise. Geschichte der Kommunebewegung aus persönlicher Sicht, in: *Kollektiv KommuneBuch*, 1996.

Landweer, Hilge, „Kritik und Verteidigung der Kategorie Geschlecht. Wahrnehmungs- und symboltheoretische Überlegungen zur Sex/Gender Unterscheidung, in: *Feministische Studien* Heft 2, 1993.

Lenz, Ilse, „Liebe, Brot und Freiheit. Zur neuen Diskussion um Subsistenzproduktion, Technik und Emanzipation in der Frauenbewegung“, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 21/22, 1988.
Lerner, Gerda, *Die Entstehung des Patriarchats*, Frankfurt/New York 1991.
Libreria delle donne di Milano, *Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis*, Berlin 1988.
Loziczky, Tanja, *Kooperationsformen zwischen Bauern/Bäuerinnen und VerbraucherInnen. Wege zu einem solidarischen Wirtschaften im Ökologischen Landbau anhand von ausgewählten Beispielen*, Diplomarbeit, Universität f. Bodenkultur, Institut f. Ökologischen Landbau, Wien 1997.
Luxemburg, Rosa, *Die Akkumulation des Kapitals*, Frankfurt a.M. 1966.
Lyotard, Jean Francois, *Das postmoderne Wissen*, Graz/Wien 1979.
Märke, Erika. *Ein Weg aus der Abhängigkeit. Die ungewisse Zukunft des informellen Sektors in Entwicklungsländern*, Heidelberg 1986.
Martin, Hans-Peter; Schumann, Harald, *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Reinbek 1996.
Marx, Karl, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, in: Marx/Engels *Ausgewählte Schriften*, Bd. 1, Berlin 1951.
Marx/Engels-Werke, MEW Bd. 23, Berlin 1977.
Max Neef, Manfred, u.a., Human Scale Development: An Option for the Future, in: *Development Dialogue*, Cepaur, Dag Hammerskjold 1989.
McLuhan, Marshall; Quentin Fiore, *War and Peace in the Global Village*, 1969.
Meillassoux, Claude, *Die wilden Früchte der Frau, Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft*, Frankfurt 1976.
Merchant, Carolyn, *Der Tod der Natur, Ökologie, Frauen und die neuzeitliche Naturwissenschaft*, München 1987.
Mies, Maria, „Methodische Postulate zur Frauenforschung. Dargestellt am Problem der Gewalt gegen Frauen“, in: *Beiträge zur feministen Theorie und Praxis* Nr.1, Köln 1978.
dies., *The Lace Makers of Narsapur. Indian Housewives Produce for the World Market*, London 1982.
dies., „Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung“, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* Nr. 9/10, 1983.
dies., *Patriarchy and Accumulation On a World Scale*, London 1986a.
dies., *Indian Women in Subsistence and Agricultural Labour*, Genf 1986b.
dies., *Die Befreiung vom Konsum. Wege zur ökologischen und feministischen Gesellschaft*, Groß Chüden 1988a.
dies., *Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung*, Zürich 1988b/92.
dies.; v. Werlhof, C. (Hg.), Reader zur Tagung „Die Subsistenzperspektive, ein Weg ins Freie“, Bad Boll 1988.
dies., „Brauchen wir eine neue ‚Moral Economy‘?“ in: *Politische Ökologie*, Sonderheft Nr. 6 „Vorsorgendes Wirtschaften“, München 1994 a.
dies., „Frauenbewegung und 15 Jahre ‚Methodische Postulate zur Frauenforschung‘“, in: Dietzinger et al. (Hg.), *Erfahrung mit Methode*, Freibg. 1994b.
dies., „Gegen die Ramboisierung der Männer“, in: Bündnis 90/Die Grünen NRW (Hg.), *Zwischen Rambo und Märchenprinz. Ein politischer Diskurs zur Männeremanzipation*, Reader zum 1. Männerkongreß, Düsseldorf 1994c.

dies.; Shiva, Vandana, *Ökofeminismus*, Zürich 1995.
dies., „Patente auf Leben. Darf alles gemacht werden, was machbar ist?" in: Lisbeth Trallori (Hg.), *Die Eroberung des Lebens*, Wien 1996a.
dies., *Frauen, Nahrung und globaler Handel*, ITPS, Bielefeld 1996b.
dies., „Liberating Women Liberating Knowledge: Reflections on Two Decades of Feminist Action Research", in: *Atlantis* Vol 21 (1), 1996c.
Milborn, Corinna, „Die Widerstandsgemeinden in Guatemala (CPR): Versuch der Autarkie in einem agroexportierenden Land", Referat zur Tagung der österreich Lateinamerikanisten, Strobl, April 1997a.
dies., *Comunidades de Población en Resistencia. Widerstandsdörfer und 500 Jahre indigener Widerstand in Guatemala*, Diplomarbeit, Wien 1997b.
Mitterauer, Michael, „Der Mythos von der vorindustriellen Großfamilie", in: Rosenbaum, Heidi (Hg.), *Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen*, Frankfurt a.M. 1980.
Mohanty, Bidyut, „Globalisation and Grass Roots Democracy", in: BIJA Nr. 15/16, 1996.
Möller, Carola, „Über das Brot, das Euch in der Küche fehlt, wird nicht in der Küche entschieden", in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, Nr. 29, 1991.
dies., „Feministische Ansätze zu einer alternativen Ökonomie", in: *Kölner Volksblatt* 5/1997.
Moore, Joseph; Frances Moore Lappé, *Vom Mythos des Hungers. Die Entlarvung einer Legende: Niemand muß hungern*, Frankfurt 1978.
Müller, Christa, „Frauenliebe in einer frauenzentrierten Gesellschaft", in: Bennholdt-Thomsen, V. (Hg), *Juchitán*, a.a.O.
Müller, Christa, *Bestand und Auflösung der lokalen ländlichen Ökonomie in Borgentreich/Westfalen*, Forschungsbericht des ITPS, Bielefeld 1997.
Müller, Julius Otto, „Probleme eigenständiger Agrarkultur im Sahel. Bauern zwischen Erwerbsdruck und Desertifikation", in: Gödde, H.; Voegelin, D. (Hg.), *Für eine bäuerliche Landwirtschaft*, Schriftenreihe des Fachbereichs Stadtplanung/Landschaftsplanung der Gh Kassel, 1988.
NACLA (North American Congress on Latina America), *Weizen als Waffe. Die neue Getreidestrategie der amerikanischen Außenpolitik*, Reinbek 1976.
Neusüss, Christel, *Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder: Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander*, Hamburg 1985.
Nicholson, Linda (Hg.), *Feminism/Postmodernism*, New York 1990.
Norberg-Hodge, Helena, *Leben in Ladakh*, Freiburg 1993.
Paré, Luisa, *Revoluciones verdes para espantar revoluciones rojas*, Mexiko 1979.
dies. (Hg.), *Polémica sobre las clases sociales en el campo mexicano*, Mexiko 1979.
Pestemer, Richard (Hg.), *Landwirtschaftliche Selbstversorgung als Überlebensstrategie in der Metropole Tokio. Informationsmaterialien zur Studien- und Vortragsreise von Akemine Tetsuo und Richard Pestemer*, Neunkirchen 1997.
Pfarr, Heide, „Reservation of Seats for Women in Political Institutions in Germany", in: Poonacha, Veena (Hg.), *Women, Empowerment and Political Partizipation*, Bombay 1996.

Pinl, Claudia, *Vom kleinen zum großen Unterschied. „Geschlechterdifferenz" und konservative Wende*, Hamburg 1993.
Planck, Ulrich, *Der bäuerliche Familienbetrieb zwischen Patriarchat und Partnerschaft*, Stuttgart 1964.
Polanyi, Karl, „The Economy as Instituted Process", in: ders. et al., *Trade and Market in the Early Empires*, New York 1957.
ders., *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/M. 1978.
Ramonet, Ignacio, „Die neuen Herren der Welt. Formen der Macht am Ende des 20. Jahrhunderts", *Le Monde Diplomatique/taz/WoZ*, Mai 1995.
Reformausschuss des Stiftungsverbands Regenbogen e.V. (Hg.), *„Leidenschaft für eine unbequeme Sache". Zur Diskussion um die Gründung eines feministischen Instituts im Rahmen der bündnis-grün-nahen Stiftung*, Hamburg 1995.
Rengam, Sarojeni V., „Till Victory, Experiences from Cuba", in: PAN AP Safe Food Campaign 1996, *Eat Smart Healthy Local Food*, Penang 1997.
Rich, Adrienne, *Von Frauen geboren. Mutterschaft als Erfahrung und Institution*, München 1978.
Rifkin, Jeremy, zitiert in: *The Ecologist*, „Whose Common Future?" Vol 22, No.4 Juli-August 1992, aus *Biosphere Politics*, New York 1991.
Rott, Renate, „Strukturen der Frauenerwerbsarbeit im urbanen Bereich am Beispiel Brasiliens. Eine Fallstudie aus dem Nordosten (Fortaleza, CE.)", in: Grohs, Elisabeth (Hg.), *Frauen in der Entwicklung Afrikas und Lateinamerikas*, Interdisziplinärer Arbeitskreis Dritte Welt, Veröffentlichungen Bd. 3, Universität Mainz 1989.
Rubin, Gayle, „The Traffic in Women", in: *Toward an Anthropology of Women*, New York 1975.
Sager, Krista, Zitat in „Leidenschaft für die unbequeme Sache", a.a.O.
Sahlings, Marshall, *Stone-Age Economics*, London 1974/1984.
Sarkar, Saral, „Die Bewegung und ihre Strategie. Ein Beitrag zum notwendigen Klärungsprozeß", in: *Kommune* 5, Frankfurt 1987.
Schanze, Kathrin, „„...alle ächten, die nicht 14 Stunden rackern?" Geschichte der Finanzen im LebensGut Pommritz", in: eurotopia 4/95.
Schmitt, Mathilde, „Und welche Rolle spielt das Geschlecht? Landwirtinnen in ihrem Arbeitsalltag", in: Agrar-Bündnis e.V., Bonn (Hg.), *Landwirtschaft 97, Der kritische Agrarbericht*, Bonn 1997.
Schröder, Tilman, in: *Wurzelwerk-Zeitung*, April 1989.
Schultz, Irmgard, *Der erregende Mythos vom Geld. Die neue Verbindung von Zeit, Geld und Geschlecht im Ökologiezeitalter*, Frankfurt a.M. 1994.
Scott, James C., *The Moral Economy of the Peasant. Rebellion and Subsistenz in Southeast Asia*, New Have/London 1976.
Sethuraman, S.V., „The Urban Informal Sector: Concept, Measurement and Policy", in: *International Labour Review*, Bd. 114, Nr. 1, 1976.
Shanin, Teodor (Hg.), *Peasants and Peasant Societies*, Harmondsworth 1971
Shanin, Teodor, *Defining peasants: essays concerning rural societies, expolary economies, and learnung from them in the contemporary world*, Oxford 1990.
Shiva, Vandana, *The Violence of the Green Revolution*, Dehra Dun 1989.
dies., „Food Security. The Problem", in: *Seminar* Nr. 433, New Delhi 1995a.

dies., *Captive Minds, Captive Lives, Ethics, Ecology and Patents on Life*, New Delhi 1995b.
dies., GATT, „Landwirtschaft und Frauen in der Dritten Welt", in: Mies, M.; Shiva, V., *Ökofeminismus*, a.a.O.
dies., „Globalisation of Agriculture and the Growth of Food Security. Report of the International Conference on Globalisation, Food Security and Sustainable Agriculture", in: BIJA Nr. 15/16, New Delhi 1996a.
dies., „The Alternative Corporate Protectionism", ebd., 1996b.
dies.; Jafri, Afsar H.; Bedi, Gitanjali, *Ecological Cost of Economic Globalisation: The Indian Experience (prepared for UN General Assembly Special Session on Rio + 5) (UNGASS)*, New Delhi 1997.
Smith, Joan; Immanuel Wallerstein; Hands-Dieter Evers, *Households and the World-Economy, Explorations in the World-Economy*, Beverly Hills, London, New Delhi 1984.
Smith, Raymond T., „Hierarchy and the Dual Marriage System in West Indian Society", in: Fishburne Collier, Jane; Yanagisako, Sylvia Junko (Hg.), *Gender and Kinship, Essays Toward a Unified Analysis*, Stanford 1987.
Spehr, Christoph, *Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise*, Wien 1996.
Spittler, Gerd, „Tschajanow und die Theorie der Familienwirtschaft", Einleitung zu Tschajanow, a.a.O.
Sprang, Heiko, „Am Anfang war die gemeinsame Kasse, über die alle Einnahmen und Ausgaben liefen... Geschichte der Finanzen im LebensGut Pommritz", in: *eurotopia* 4/95.
Steinbrügge, Lieselotte, *Frauen, das moralische Geschlecht. Theorien und literarische Entwürfe über die Natur der Frauen in der französischen Aufklärung*, Weinheim/Basel 1987.
Steinem, Gloria, *Moving beyond Words*, New York 1994.
Stiftung Bauhaus Dessau und Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung (Hg.), *Wirtschaft von unten. People's Economy*, Dessau 1996
Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) (Hg.), *Globale Trends 93/94. Daten zur Weltentwicklung*, Frankfurt 1993/94.
Tanner, Nancy, „Matrifocality in Indonesia and Africa and among Black Americans", in: Rosaldo, Michelle; Lamphere Louise (Hg.), *Women, Culture and Society*, Stanford 1974.
Technologie-Netzwerk Berlin (Hg.), *Lokale Ökonomie*, Bd.I: Zusammenfassung der Forschungsergebnisse 1988-1990, Berlin 1990.
The Ecologist (Hg.), „Whose Common Future?" Vol. 22 No.4 Juli/August 1992.
Thompson, E.P., *The Making of the English Working Class*, Hammondsworth, 1980
Trainer, Ted, *Towards a Sustainable Economy. The need for fundamental change*, Oxford 1996.
Tschajanov, Alexander, *Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft*, Frankfurt a.M. 1987 (1923).
Turner, Terisa E.; Benjamin, Craig S., „Not in Our Nature: The Male Deal and Corporate Solutions to the Debt-Nature Crisis", in: *Review Journal of the Fernand Brandel Centre*, Binghampton 1995.
Turner, Terisa; M.O. Oshare, Gender Relations and Resource Development: Women, Petroleum and Ecology in Nigeria", Halifax, Nova Scotia, 1993.

Ullrich, Otto, *Weltniveau. In der Sackgasse des Industriesystems*, Berlin 1979.
UNESCO-Dossier, *Internationale Konsultation zum vorläufigen Entwurf einer UNESCO-Erklärung zum Schutz des menschlichen Genoms*, Deutsche UNESCO-Kommission, Bonn 1996.
v. Werlhof, Claudia, „Frauenarbeit: Der blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie", in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, Nr. 1/1978.
dies., *Wenn die Bauern wiederkommen. Frauen, Arbeit und Agrobusiness in Venezuela*, Bremen 1985.
dies., „Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau?" in: Bennholdt-Thomsen, V.; Mies, M.; v. Werlhof, C.: Frauen die letzte Kolonie, a.a.O., 1983/1992a.
dies., „Zum Natur- und Gesellschaftsbegriff im Kapitalismus", in: Bennholdt-Thomsen/Mies/v. Werlhof, Frauen die letzte Kolonie, Zürich 1992 (b).
dies., *Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun?*, München 1991.
dies., *Subsistenz: Abschied vom ökonomischen Kalkül?* Vortrag Humboldt-Universität, Berlin 1993.
dies.; Schweighofer, Annemarie; Ernst, Werner (Hg.): *HerrenLos Herrschaft-Erkenntnis, Lebensform*, Frankfurt 1996 (a).
dies., *MutterLos. Frauen im Patriarchat zwischen Angleichung und Dissidenz*, München 1996 (b).
Van Allen, Judith, „‚Sitting on a Man': Colonialism and the Lost Political Institutions of Igbo Women, in: *Canadian Journal of African Studies*, VI, ii, 1972.
Viezzer, Moema (Hg.), *Con Garra e Qualidade. Mulheres em economias sustentativeis: agricultura e extrativismo* (Mit Mut und Kompetenz: Frauen in nachhaltigen Wirtschaften, Landwirtschaft und Sammelwirtschaft), Bericht über den Frauen-Workshop, Rio de Janeiro 1992.
Voß, Elke, „Wege, Umwege, Irrwege", in: Kollektiv KommuneBuch 1996.
Wallerstein, Immanuel, *The Modern World System I: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy, 1600–1750*, New York 1974.
ders., *Der historische Kapitalismus*, Berlin, 1984.
Ware, Helen, „Female and Male Life-cycles", in: Oppong, Christine (Hg.), *Female and Male in West Africa*, London 1983.
Waring, Marilyn, *If Women Counted. A New Feminist Economics*, London 1989.
Wichterich, Christa, *Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio*, Köln 1992.
Wolf, Eric, *Peasants*, Englewood Cliffs, New Jersey, 1966.
Wolf, Heinz Georg, *Die Abschaffung der Bauern. Landwirtschaft in der EG – Unsinn mit Methode*, Frankfurt a. M. 1987.
Woodall, Pam, „The Global Economy", in: *The Economist*, 1.10.1994.



Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz e.V.

Mitglieder:
Das ITPS, ein eingetragener und gemeinnütziger Verein, ist ein außeruniversitärer Zusammenschluß von sieben Frauen und zwei Männern aus den Bereichen der Wissenschaft, der Kunst und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft.

Vorstand:
Leitung: Priv.Doz. Dr. Veronika Bennholdt-Thomsen
Beratender Vorstand: Prof. Dr. Maria Mies, Prof. Dr. Claudia von Werlhof,
Prof. Dipl.Ing. Karl-Heinrich Hülbusch

Forschung:
Dipl.Soz. Andrea Baier, Priv.Doz. Dr. V. Bennholdt-Thomsen,
Dr. Brigitte Holzer, Dipl.Soz. Susanne Lüpsen, Dipl.Soz. Christa Müller

Ziele:
Ziel des ITPs ist es, einen Beitrag zur ökologischen und sozialen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis zu leisten. Mehr denn je erscheint es uns dringlich, Alternativen zur Wachstumsökonomie aufzuzeigen. Die herrschende Politik hat bisher die Maximierungswirtschaft als das einzige wahre Zivilisationsmodell propagiert und ist bemüht, auch die letzten Bereiche unserer Gesellschaft und der Gesellschaften weltweit zu kolonisieren. Im Gegensatz zur Fixierung auf das eine Modell will das ITPS die andere, vielfältige wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität erforschen, positive soziale und ökologische Prinzipien erarbeiten und unmittelbar praktisch gangbare Wege aufzeigen.
Seit 20 Jahren arbeiten Mitglieder des ITPS an der Subsistenztheorie und verfolgen einen Subsistenzansatz. Mit „Subsistenz" bezeichnen wir das, was notwendig ist für ein zufriedenes und erfülltes Leben, im Gegensatz zu Gewinnstreben, Konkurrenz, Konsumismus und Umweltzerstörung. So entstand der alternative Ökonomie- und Gesellschaftsentwurf der *Subsistenzperspektive.* Darunter verstehen wir eine Umorientierung bezüglich der Ziele des Wirtschaftens und bezüglich der Werte, die damit verbunden sind, auf genau jene alltäglich und überall praktizierte Überlebens- oder Subsistenzproduktion, die sich unter den Bedingungen der Maximierungswirtschaft nicht entfalten kann. Es geht also um ein Anknüpfen an Bestehendes, darum, die widerständige Praxis zu stärken und auszuweiten, und nicht um eine neugeschöpfte Utopie. In unserer Gesellschaft hat die Subsistenzorientierung vor allem in den Frauenarbeitsbereichen und auch in der bäuerlichen Wirtschaft überlebt, allerdings in einer ruinierten, den Mechanismen des Patriarchats und des Kapitalismus unterworfenen Form. Erst die Befreiung von den geistigen und kulturellen Fesseln der Wachstumsideologie verleiht der Subsistenzproduktion eine *neue* Qualität, die wir *Subsistenzperspektive* nennen.
Das ITPS mißt neuen Arbeits- und Lebensgemeinschaften eine hohe Bedeutung für die *Subsistenzperspektive* bei. Wir selbst arbeiten auf dem Fögenhof mit, um die

Subsistenzperspektive in der biologischen Landwirtschaft, sowohl durch Deckung des Eigenbedarfs als auch durch regionale Vermarktung in Erzeuger/Verbrauchergemeinschaften zu realisieren. Dabei geht es uns um das Zusammenbringen von Hand- und Kopfarbeit, Stadt und Land sowie insgesamt von Natur und Gesellschaft.

Leistungen des Instituts:
- Empirische Forschungsprojekte, Gutachten, Expertisen
- Aktionsforschung und Begleitforschung
- Praxis- und Institutionenberatung
- Seminare, Vorträge, Fort- und Weiterbildung
- Zeitungsartikel, Aufsätze, Essays, Features
- Organisation von Kongressen

Die MitarbeiterInnen verfügen über
- langjährige Erfahrungen in der Lehre und der empirischen Sozialforschung in
  Agrarsoziologie
  Sozialökologie
  Frauenforschung
  Weltwirtschaftsanalyse und Regionalanalyse
- journalistische Berufserfahrung
- Erfahrung in graphischem Design und desk top publishing
- jahrzehntelange Praxis in biologischem Landbau und artgerechter Tierhaltung
- sowie über weltweite Kontakte zu universitären und außeruniversitären Teilen der Frauen-, Ökologie-, Bauern- und Anti-Entwicklungsbewegung

Arbeitsschwerpunkte:
- die Subsistenzperspektive: ein alternativer Wirtschaftsentwurf zur Wachstumsökonomie
- Wirtschaft von unten
- neue Arbeits- und Lebensgemeinschaften
- Regionalisierung versus Globalisierung
- Subsistenzproduktion versus Akkumulation
- Agrar-Kultur
- Frauenarbeit
- Zusammenhang von internationaler und geschlechtlicher Arbeitsteilung

Laufende Vorhaben:
- Möglichkeiten der Regionalisierung in zwei ländlichen Regionen NRWs
- Dokumentation „Wirtschaft von unten“ in Deutschland/Mitteleuropa
- Aufbau eines Bio-Hof-Kneipen-Laden-Bildungs-Treffs
- Markt und Subsistenzorientierung
- Vielfalt der Lebensentwürfe in der Subsistenzperspektive: Menschen mit und ohne Behinderungen.

33602 Bielefeld • August Bebel-Str. 16 Bankkonto: 110 429 Fögenhof • Natzunger Str. 22
Tel. + Fax 0521-67692 Sparkasse Bielefeld BLZ 480 501 61 34434 Borgentreich

Maria Mies, *Frauen, Nahrung und globaler Handel. Eine ökofeministische Analyse zum Welternährungsgipfel 13.–17. November 1996 in Rom*, Diskussionsbeiträge zur Subsistenz Nr. 1, Bielefeld 1996. Die Broschüre kann gegen Überweisung von DM 8,-- auf das Konto des ITPS beim ITPS bestellt werden. Überweisungsabschnitt der Bestellung bitte beilegen.